

# Kommentare

Die folgenden Kommentare zu einzelnen Büchern aus der Literaturliste stellen die Sichtweise der jeweiligen Autoren dar. Sie sind nicht nur reine "Buchbesprechungen", sondern teilweise auch streitbare Positionierungen zu in den Büchern formulierten Einschätzungen.

## Inhaltsverzeichnis Stand: 1.11.2025

Seite	Jahr	Autoren	Titel
2	2025	Bittner	Greenwashing - das schmutzige Geschäft mit deinem Gewissen
5	2025	Staab	Systemkrise
10	2025	von Brackel	Am Kipppunkt
13	2025	Paech	Befreiung vom Überfluss - das Update
15	2025	Schroeder	Eine Gigafabrik in Grünheide
19	2025	Neubauer	Was wäre, wenn wir mutig sind?
21	2024	Beck	Wie wir wohnen wollen
22	2024	Club of Rome	Earth for all Deutschland
26	2024	Eversberg et al.	Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt
27	2024	Hamann	Klimabewegt
29	2024	Beckert	Verkaufte Zukunft
34	2024	Kern	Industrielle Abrüstung jetzt!
39	2023	Otto	Klimaungerechtigkeit
40	2023	Levermann	Die Faltung der Welt
43	2023	Götze / Joeres	Durstiges Land
46	2023	von Redecker	Bleibefreiheit
47	2022	Thunberg et al.	Das Klima-Buch
49	2022	Herrmann	Das Ende des Kapitalismus
53	2022	Randers et al.	Earth for All
61	2022	Göpel	Wir können auch anders
63	2022	Dohm & Schulze	Klimagefühle
65	2022	Wiegandt et al.	3 Grad mehr
66	2022	Peukert	Klimaneutralität jetzt! (mit Update)
77	2022	Lepenies	Verbot und Verzicht
81	2021	Dörre	Die Utopie des Sozialismus
85	2021	Mann	Propagandaschlacht ums Klima
86	2020	Schmelzer et al.	Zukunft für alle
88	2020	Riexinger	System Change
92	2020	Götze / Joeres	Die Klimaschmutzlobby
97	2020	Folkers / Paech	All you need is less
102	2020	Berg	Ist Nachhaltigkeit utopisch?
110	2020	Göpel	Unsere Welt neu denken
112	2020	Grießhammer	#klimaretten.
114	2020	Banerjee / Duflo	Gute Ökonomie für harte Zeiten
120	2019	Kopatz	Schluss mit der Ökomoral!
122	2019	Kessler	Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern.

123	2019	Binswanger	Der Wachstumszwang
124	2019	Otto	Wütendes Wetter
128	2019	Welzer	Alles könnte anders sein
130	2018	Balser / Ritzer	Lobbykratie
136	2017	von Weizsäcker	Wir sind dran!
137	2017	Peukert	Das Moneyfest
141	2016	Randers / Maxton	Ein Prozent ist genug
142	2016	Kopatz	Ökoroutine
143	2015	Piketty	Die Schlacht um den Euro
144	2013	Hunecke	Psychologie der Nachhaltigkeit
145	2012	Paech	Befreiung vom Überfluss

**Erscheinungsdatum: 6.10.2025**

**Ursula Bittner: Greenwashing - das schmutzige Geschäft mit deinem Gewissen.** Wie Konzerne & Regierungen uns mit falschen Versprechen täuschen: die Wahrheit über Klimaneutralität, Zertifikate & Co

**Interview mit der Autorin aus FR v. 31.10.2025**

**„So wird Nachhaltigkeit zur Fassade für Machtstrukturen“**

**Ursula Bittner** ist Expertin für Wirtschaft, Lieferketten und Biodiversität sowie Organisationssprecherin bei Greenpeace. Sie warnt, dass Unternehmen Greenwashing gezielt einsetzen, um strengere Umweltgesetze zu verhindern.

**Der Begriff Greenwashing ist mittlerweile allgegenwärtig. Was verstehen Sie darunter?**

Begriffe wie „klimaneutral“, „grün“ oder „umweltfreundlich“ begegnen uns heute überall – auf Verpackungen, in Imagekampagnen oder in der Werbung. Unternehmen wollen damit ein nachhaltiges Image vermitteln. Problematisch wird es, wenn Produkte oder Dienstleistungen gar nicht so umweltfreundlich sind, wie sie dargestellt werden, oder das Unternehmen an sich keinen nachhaltigen Weg einschlägt. Greenwashing bedeutet, dass ein Unternehmen, ein Produkt oder eine Dienstleistung „grüner“ erscheint, als es tatsächlich ist – also eine irreführende Schönfärbung. Im Ergebnis entsteht ein verzerrtes Bild von Nachhaltigkeit, das mit der Realität oft wenig zu tun hat. Greenwashing ist jedenfalls mehr als Marketing: Es ist eine systematische Täuschung, die uns vorgaukelt, auf dem richtigen Weg zu sein, während sich in Wahrheit kaum etwas ändert – und das seit Jahrzehnten. Oder um es bildlich zu sagen: Es ist, als würde man eine Tablette ohne Wirkung einnehmen – in der Hoffnung, gesund zu werden.

**Wie gehen Konzerne dabei vor?**

Greenwashing ist keine zufällige Kommunikationsstrategie, sondern ein gezieltes Instrument, mit dem Unternehmen und Branchenverbände Einfluss auf politische Prozesse nehmen. Das Ziel ist, sich einen festen Platz am politischen

Entscheidungstisch zu sichern und damit strengere Umweltauflagen und Gesetze zu verhindern. Absatz und Gewinne sollen gesichert, tatsächliche Veränderungen vermieden werden. So wird Nachhaltigkeit zur Fassade, hinter der wirtschaftliche Interessen und Machtstrukturen geschützt werden.

### **Können Sie ein konkretes Beispiel nennen?**

Ein klassisches Beispiel für Greenwashing ist das MSC-Siegel für „nachhaltigen Fisch“. Es wurde mit dem Ziel gegründet, verantwortungsvolle Fischerei zu fördern. Die Kriterien schließen jedoch Überfischung nicht aus – obwohl die eines der größten Probleme der weltweiten Meere ist. Selbst Fischereien, die mit Grundschieppnetzen arbeiten und dabei den ganzen Meeresboden zerstören, dürfen das Siegel tragen. Ein weiteres Beispiel – und zugleich eine typische Strategie beim Greenwashing – lässt sich beim Unternehmen Danone beobachten. Das Unternehmen verschiebt seine eigenen Nachhaltigkeitsziele immer und immer wieder in die Zukunft und schiebt damit die Verantwortung bewusst von sich. Danone erreicht seit Jahrzehnten seine eigens festgeschriebenen Quoten zur Verwendung von recyceltem Plastik nicht.

### **Sie beschreiben in Ihrem Buch auch neue Phänomene: „Greenhushing“ und „Greencancelling“. Was steckt dahinter?**

Beide Phänomene zeigen, dass wir statt Fortschritt eine gefährliche Gegenbewegung im Klima- und Umweltschutz erleben. Greenhushing betreiben Unternehmen, die ihre Klima- und Umweltschutzmaßnahmen bewusst verschweigen – meist aus Angst vor Kritik oder dem Vorwurf des Greenwashings. Statt mit Nachhaltigkeit zu werben, halten sie ihre Strategien unter Verschluss. Greencancelling geht noch einen Schritt weiter: Bestehende Klimaziele oder Umweltschutzgesetze werden zurückgenommen, wie aktuell in der EU: Der ursprünglich gefeierte „Green Deal“ wurde zu einem „Greenwashing Deal“, nachdem Klimaschutzgesetz um Klimaschutzgesetz ausgehöhlt, verwässert oder verschoben wurde.

### **Ist das auch eine Folge von Lobbyismus?**

Absolut. In Brüssel kommen auf einen EU-Abgeordneten rund 35 Lobbyist:innen. Viele davon arbeiten gezielt daran, Umweltgesetze zu verwässern oder zu verzögern. Auf internationalen Klimakonferenzen ist das Bild ähnlich: Dort sitzen heute oft mehr Unternehmensvertreter:innen als Delegierte kleinerer Staaten. Konzerne mischen aktiv in den Verhandlungen mit und versuchen, Gesetze so zu beeinflussen, dass ihre Geschäftsmodelle möglichst unberührt bleiben.

### **Woran erkennen wir als Konsument:innen, ob etwas wirklich nachhaltig ist?**

Ganz ehrlich: Es ist sehr schwierig. Eine Faustregel ist, je „schmutziger“ ein Geschäft, desto wahrscheinlicher ist Greenwashing. Aber es ist auch unfair, diese Verantwortung allein auf Verbraucher:innen zu schieben. Wir können recherchieren, auf glaubwürdige Siegel achten – etwa auf gesetzlich geregelte wie „Bio“ – und auf Greenwashing-Guides zurückgreifen. Doch am Ende braucht es politische Rahmenbedingungen. Es kann nicht an der Supermarktkasse entschieden werden, ob Wälder abgeholzt werden oder nicht. Das muss schon vorher passieren – durch strenge Gesetze und verbindliche Regeln.

## **Und trotzdem halten Sie internationale Klimagipfel wie die COP für sinnvoll?**

Ja, trotz aller Frustration. Es sind die einzigen Orte, an denen die Weltgemeinschaft zusammenkommt – auch Länder, die sonst keine Stimme haben. Was wir brauchen, ist mehr Transparenz: Wer sitzt dort, wer verhandelt mit wem, und welche Interessen stehen dahinter? Aber: Im Idealfall müssen Lobbyist:innen der klimaschädlichen Industrien ausgeschlossen werden.

## **Greenwashing ist also auch eine Frage von Macht und Ungleichheit.**

Die Verantwortung auf den einzelnen Menschen abzuwälzen, geht nicht. Es braucht eine grundlegende Systemänderung und klare Verantwortung für jene, die am meisten verursachen. Natürlich gibt es Bereiche, die schlicht nicht „grün“ sein können – die Rede ist unter anderem von Luxusyachten und Privatjets. Sie sind ungerecht und gehören sofort eingestellt. Treibhausgase werden extrem ungleich ausgestoßen. Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung sind für rund zwei Drittel der globalen Emissionen seit 1990 verantwortlich. Noch drastischer wird es im Vergleich einzelner Superreicher: Die 50 vermögendsten Menschen stoßen in weniger als drei Stunden so viel CO<sub>2</sub> aus wie eine durchschnittliche Person in ihrem ganzen Leben. Sie fliegen im Schnitt 184 Mal im Jahr mit Privatjets und verbringen 425 Stunden in der Luft – das entspricht den Emissionen eines durchschnittlichen Menschen weltweit in 300 Jahren.

## **Und diese Schere der Ungleichheit geht aktuell noch weiter auseinander.**

Genau. Diese wachsende Ungleichheit macht das gesamte System instabil. Wenn wenige vom Raubbau an Ressourcen profitieren, während die Mehrheit die Folgen trägt, kann Klimaschutz nicht funktionieren. Wir brauchen deshalb klare Regeln: starke staatliche Regulierung, den Abbau klimaschädlicher Subventionen und eine ernsthafte Debatte über neue Wirtschaftsmodelle – von der Gemeinwohl-Ökonomie über Kreislaufwirtschaft bis hin zu sozialen Innovationen.

## **Sie kritisieren auch, dass sich die Klimadebatte zu stark auf CO<sub>2</sub>-Reduktion verengt. Warum ist das so?**

Weil wir so andere Krisen ausblenden – etwa den massiven Verlust der Artenvielfalt. Ein Wald ist nicht nur eine CO<sub>2</sub>-Senke, sondern Lebensraum für Millionen Arten. Wenn wir nur auf Emissionen schauen, schaffen wir neue Zielkonflikte: Aufforstungen, die Monokulturen fördern, oder Massentierhaltung, die effizient erscheint, aber ökologisch und ethisch verheerend ist.

## **Viele Menschen wenden sich vom Thema Klima ab. Wie können wir sie wieder erreichen?**

Ich glaube nicht, dass die Menschen sich abgewendet haben. Eine globale Studie aus dem Jahr 2024 zeigt: 89 Prozent wünschen sich entschiedene Klimaschutzmaßnahmen. Aber viele glauben, sie seien in der Minderheit. Diese „Spirale des Schweigens“ müssen wir durchbrechen. Wir sollten Klimaschutz auch als Sicherheitsfrage begreifen: Wer Hochwasser, Dürre oder Energiekrisen erlebt, versteht, dass das Überleben ganzer Gesellschaften davon abhängt.

## **Sehen Sie noch Gründe für Optimismus?**

Ja. Sonst würde ich das alles nicht machen. Wir erleben gerade einen Backlash, aber der zeigt auch, wie stark die Bewegung geworden ist. Greenwashing ist ein enormes Problem und ein riesiger Skandal. Aber dass es heute überhaupt betrieben wird, ist paradoxerweise ein Beleg für die Stärke der Umwelt- und Klimaschutzbewegungen.

---

**Erscheinungsdatum: 15.09.2025**

## **Philipp Staab: Systemkrise. Legitimationsprobleme im grünen Kapitalismus**

Der "grüne Kapitalismus" propagiert, dass man die Klima-Katastrophe unter Beibehaltung des wirtschaftlichen Wachstums abwenden könne, wenn man nur durch technologische Erneuerungen - wie etwa die Energie-Erzeugung durch ein regeneratives Instrumentarium - die Erderwärmung ausbremse. Dann müsse niemand seine Lebensweise ändern und auf Wohlstand verzichten. Genau dieses Narrativ ist die Basis des derzeit - allerdings nur sehr zögerlich und inkonsequent - praktizierten "Klimaschutzes" in Deutschland und in der EU. Der Autor legt aus sozialwissenschaftlicher Sicht das Scheitern dieses Ansatzes dar. Die folgenden beiden Rezensionen gehen darauf etwas ausführlicher ein,

*Rolf Oesterlein, 31.10.2025*

## **Krise des Systems: Philipp Staab sucht nach Gründen für das Scheitern der grünen Transformation**

**VON MATTHIAS ARNING**

Wie konnte es dazu kommen? Noch vor kurzem gehörte der Klimawandel zu den Top-Themen, mit denen die Grünen punkten konnten. Warum ist das Projekt einer ökologischen Transformation so krachend gescheitert? Für Philipp Staab steht außer Frage: „Die emanzipatorischen Funken (scheinen) erloschen.“ Denn: „Der Modernisierungsprozess ist ins Restaurative gekippt.“ Aus, vorbei. Das Programm eines grünen Kapitalismus ist gescheitert. Zumindest einstweilen.

Dabei versprach dieses Programm doch, die Klimakrise in den Griff zu bekommen und gleichzeitig den Lebensstandard der westlichen Industrienationen beizubehalten. Zu Beginn seines neuen Buches „Systemkrise“ fragt der Soziologe Staab: „Warum gelingt es der ökologischen Modernisierung nicht, als erstrebenswertes Projekt gesellschaftlicher Erneuerung wahrgenommen zu werden?“ Und der Soziologe von der Humboldt-Universität in Berlin stellt die Frage: „Was bedeutet dies für die

politische Zukunft der betreffenden Gesellschaften?“ Er legt seiner spannenden Untersuchung die These zugrunde, dass sich „das Scheitern der grünen Erneuerung“ aus „einer Identitäts-Krise der spätmodernen Gesellschaft“ ergibt.

Staab, auch Co-Direktor am Einstein Center Digital Future, stützt sich dabei auf die alte These von Jürgen Habermas über die „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ aus den 70er Jahren. Danach gründet sich jedes Versprechen des Spätkapitalismus auf das Wachstum der Wirtschaft und die Aussicht auf Wohlstand für alle. Gleichwohl diagnostizierte Habermas einen Mangel an gesellschaftlichem Sinn, der nicht zuletzt in den Studentenprotesten zum Ausdruck kam. Während die Legitimationskrise bei Habermas noch auf „emanzipatorischem Erwachen“ basiere, sei die Transformation in der Gegenwart „defensiv geprägt“: Selbsterhaltung ist für Staab heute „das entscheidende Grundmotiv“. So habe sich der Akzent von einer „Grundausrichtung von Öffnung auf Schließung und von Selbstentfaltung auf Selbsterhaltung“ verschoben.

Wissenschaft hat ökologische Krisen immer wieder zum Anlass genommen, Begriffe neu zu sortieren. Spätestens nach Tschernobyl. Nach der Reaktorkatastrophe prägte der Soziologe Ulrich Beck den Begriff „Risikogesellschaft“. Etliche Jahrzehnte später fragte sein Kollege Bruno Latour nach den Aussichten der „ökologischen Klasse“, denn inzwischen stelle der Klimawandel „kein abstraktes Risiko mehr dar, sondern ist zur akuten Gefahr für die ‚Bewohnbarkeit des Planeten‘“ geworden. Die ökologische Klasse sei, jenseits von Eigentumsverhältnissen und Kapitalfrage, die Gruppe, „die sich zum Anwalt der Erde erklärt.“

Im Grunde, glaubt der Autor Philipp Staab, ließen sich derzeit zwei unterschiedliche Ansätze für eine Klima- und Umweltpolitik beschreiben: Wollen die einen den Kopf in den Sand stecken, in der Hoffnung, dass es doch nicht so schlimm kommen möge, setzen andere „auf präventives Handeln“. Beiden Perspektiven der Gegenwart gemeinsam ist, dass es nicht mehr „die Hoffnung auf eine bessere, sondern die Angst vor einer schlechteren Zukunft“ gibt. Diese Veränderung, fasst Staab den Impuls für sein neues Buch über „den grünen Kapitalismus“ zusammen, lasse sich so beschreiben, dass „die ökologische Frage die ehemals als offen proklamierte Zeitlinie sukzessive geschlossen hat.“

Die in diesem Zusammenhang von Staab konstatierte Verschiebung von der Selbstentfaltung zur Selbsterhaltung, sieht er belegt durch die an seinem Lehrstuhl betriebene Empirie: In Interviews mit Beschäftigten, die die Ampelkoalition zum Kern der wirtschaftlichen Transformation erkoren hatte. Unter den Befragten sei „das Gefühl weit verbreitet, dass der Menschheit die Zeit ausgeht, um die Destabilisierung des Erdsystems noch zu verhindern“. So herrsche das Gefühl vor, in einer Restzeit zu leben, „die man im besten Fall in seiner privaten Arche Noah noch bis zum eigenen Lebensende durchsegeln kann“.

Zuversicht klingt anders. Staab hat keinen Zweifel, dass „Angst und Sinnverlust den Wunsch nach Verlängerung der Gegenwart speisen“. Ein Beharren auf dem Status quo? Ist die ökologische Transformation deshalb nicht nur in Deutschland auf so großen Widerstand gestoßen? Woher resultiert die offene Ablehnung nicht nur der Wärmepumpe, sondern auch liberaler Grundwerte und demokratischer Errungenschaften?

Philipp Staab konstatiert eine Systemkrise. Was also tun? Philipp Staab hat keine einfachen Antworten. Sein überaus lesenswertes Buch wird hoffentlich Debatten befeuern. Debatten darüber, wie das Projekt einer ökologischen Modernisierung künftig klappen könnte.

*Frankfurter Rundschau, 10.10.2025*

## **Allein mit den Problemen der Gegenwart**

**Unsere Gesellschaft ist in einer schweren Identitätskrise, schreibt der Soziologie Philipp Staab in seinem neuen Buch. Kommen wir da wieder raus?**

Von Dirk Knipphals

Das fast schon rührend schlichte Modell eines Hauses wandert durch dieses Buch, das den Titel „Systemkrise“ trägt und dem man viele interessierte Leserinnen und Leser wünscht, weil es, so der Eindruck, dazu beitragen kann, unsere herausfordernde Gegenwart besser zu verstehen.

Das Haus, in einfachen Strichzeichnungen präsentiert, repräsentiert unsere Gesellschaft. Zunächst sieht es noch ganz stabil aus. Ein paar Abschnitte weiter bröckelt aber schon das Fundament. Die Dachbalken werden morsch. Irgendwann stehen die Wände schief. Schließlich pfeift der Sturm gegen das Haus und erschüttert es endgültig in seinen Grundfesten. Der Sturm, das ist die Klimakatastrophe, die inzwischen unseren Alltag erreicht hat. Sie spielt in diesem Buch die zentrale Rolle der menschengemachten Bedrohung, die nun von außen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verschiebt. Aber auch im Inneren des Hauses gibt es Herausforderungen. Wird es halten?

Philipp Staab heißt der Autor dieses Buches. Er ist Soziologieprofessor, 1983 geboren, er lehrt an der Humboldt-Universität in Berlin. Während andere Autor\*innen in diesem Bücherherbst näher herangehen an die heftigen aktuellen Kulturkämpfe – Polarisierung, Zerstörungslust, Vibe Shift lauten die Stichworte –, tritt Staab ein, zwei Schritte zurück. Er bemüht sich, aufs Ganze der Gesellschaft zu blicken. Das ist ein Wagnis. Denn das Ganze, so die vielfach gehörte Diagnose, löst sich gerade krisenhaft auf. Aber warum tut es das und in welchem Rahmen? Und warum kommen derzeit vor allem rechte kulturkämpferische Narrative durch? Philipp Staab legt eine zur Bearbeitung solcher brisanter Fragen interessante Gegenwartsanalyse vor.

Um das zu tun, lehnt er sich an ein berühmtes Vorbild an, an Jürgen Habermas' Band „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ aus dem Jahr 1973, damals ein ziemlicher Aufreger. Nach dem Abebben der Studentenproteste um das Jahr 1968 herum erklärte Habermas den Revoltierenden, dass sie ihre Revolte sowieso falsch verstanden hatten. Ihre Revolutionshoffnungen waren noch den Ideen eines Aufstands des Proletariats gefolgt. Bei der Arbeiterschaft hatte sich die boomende Nachkriegsgesellschaft aber längst Gefolgschaft, Habermas sagt Legitimation, erkaufte, durch Wirtschaftswachstum, Wohlfahrtsstaat und die Aussicht auf Wohlstand für (fast) alle. Die 68er-Revolution deutete Habermas nun als gesellschaftliche Sinnkrise. Die jungen Leute wollten halt nicht mehr so funktionieren wie ihre Eltern, deren Malocherei kam ihnen entfremdet vor, sie wollten Selbstverwirklichung.

An diese Analyse knüpft nun Philipp Staab an. Auf die von Habermas analysierte gesellschaftliche Sinnkrise hat die kapitalistische Gesellschaft vielfältig reagiert, sagt Staab, und zwar mit einer Erweiterung der individuellen Möglichkeiten der Sinnstiftung. Neue, vielfältige Identitätsangebote. Mehr Ellbogenfreiheit für Frauen und Minderheiten. Autonomere Möglichkeiten des privaten Lebens. Mit dem Versprechen einer permanent erweiterten Selbstentfaltung hat sich die liberalisierte Gesellschaft also die Legitimation ihrer Mitglieder erkaufte und der Kapitalismus sich erneuert.

Nur, und das ist jetzt der Kniff, mit dem Staab die Habermas'sche Deutung weiterführt, funktioniert das alles so in der Gegenwart halt nicht mehr, was eine gesellschaftliche Identitätskrise auslöst. Für diese Krise führt Staab zwei Gründe an. Zum einen haben sich die gesellschaftlichen Freiheiten inzwischen als mindestens anstrengend, zum Teil auch als trügerisch erwiesen. Die modernisierte Familie mit ihren vielfältigen Aushandlungsprozessen will erst mal gewuppt und gemanagt werden. Zum Beschreibungsprofil der neuen Arbeitswelten gehört neben flachen Hierarchien und Selbstverantwortung auch der Burn-out. Nicht, dass man zu überkommenen Rollenmodellen zurückkehren wollte, aber als Verheißungen verkaufen kann man das nicht mehr.

Hinzu kommt zum anderen mit großer Wucht der Klimawandel. Er zeigt, Staab zufolge, lebensweltlich konkret auf, dass der Erweiterung individueller Selbstentfaltungsmöglichkeiten Grenzen gesetzt sind. Die Szenarios kennt ein jeder. Die Erde reagiert auf die größer gewordenen Autos und Eigenheime, die Massenflüge und aus dem Boden sprießenden Großrechenzentren mit Temperaturanstiegen, Starkregen und Überschwemmungen da, Trockenheit dort. Damit aber funktioniert das zentrale Versprechen der Moderne auf stetig wachsende Selbstentfaltung nicht mehr. Staab: „Das etablierte Modell der Legitimationsbeschaffung durch Versprechen auf eine bessere Zukunft dürfte an durch Klimawandel und Ölkrise verunsicherte Lebenswelten nicht mehr anschlussfähig sein.“ Kurz, die Zeiten gesellschaftlicher Aufbrüche sind erst einmal vorbei. Von der Zukunftshoffnung schaltet die Lebenswelt darauf um, sich angesichts ihrer Bedrohung an die Gegenwart zu klammern und wenigstens möglichst viel von ihr zu retten.

Die einzelnen Bausteine dieses Ansatzes sind keineswegs neu und auch nicht originell. Interessant ist aber, wie Staab sie zusammensetzt: als Identitätskrise einer Gesellschaft, deren eingeübte Strategien der Konfliktlösung nicht mehr reibungslos funktionieren. Staab: „Zugespitzt formuliert, taucht der Klimawandel die gesamte Kultur und mit ihr alle politischen Fragen in die Farben des Überlebens. Der politische Raum wird dabei in einer Weise eingefärbt, die verständlich macht, warum selbst vergleichsweise unschuldige Themen wie der Veggieday in der Kantine oder das Ausweisen von Zonen für Einfamilienhäuser von empörten Bürgern wie Konflikte ums Ganze behandelt und es dadurch tatsächlich auch werden.“

Wie mit diesem Ansatz umgehen? Vielleicht ist die produktive Frage gar nicht, ob er stimmt oder nicht, sondern was er dazu beiträgt, die gegenwärtige Lage zu erkennen. Dabei gibt es noch viele Leerstellen. So kommt die AfD bei Staab nicht systematisch vor. Warum werden die Leute nicht einfach konservativ, sondern laufen völkischen Denkern in die Arme? Staab benennt in seinem Blick aufs Ganze keine politischen Gegnerschaften und gönnt einem so auch nicht die Entlastung durch mögliche Mobilisierung.

Außerdem differenziert er nicht zwischen überkommenen und vielleicht ja doch zeitgemäßen Formen der Selbstentfaltung. Es ist schließlich etwas anderes, ob man im Vorort als Zweitauto einen SUV-Sportwagen in die Doppelgarage packt oder ob man sich in den urbanen Innenstadtbereichen mitsamt seiner Einkäufe und Kinder mit dem Lastenrad fortbewegt. Insgesamt ist in diesem Buch, ähnlich wie bei den Häuser-Modellen, vieles eher noch abstrakte Skizze als tatsächlich ausgearbeitete Theorie. Mal sehen, wie sich das Denken dieses Autors weiterentwickelt.

Auf der Habenseite stehen aber viele augenöffnende Einsichten. So geht Staab davon aus, dass sich der Klimawandel als großes globales Szenario gesamtgesellschaftlich längst durchgesetzt hat. Selbst ihn zu leugnen, erweist sich längst als eine Strategie, mit ihm umzugehen: Augen zu und durch. Wenn das so ist, dann hilft noch mehr Ökoprotest und noch mehr Aufklärung, so wichtig sie bleiben, allein nicht mehr.

Was dann? Wie ein Schatten aus der Vergangenheit erscheint in dem Buch etwa der Glaube an Prozesse subjektiver Reifung, den etwa noch Ulrich Beck in seinem Buch „Risikogesellschaft“ vertrat. Jürgen Habermas hat bei allen Krisenszenarios, die er entworfen hat, letztlich immer am zwanglosen Zwang der Vernunft festgehalten. Philipp Staab ist da deutlich pessimistischer. Ihm zufolge funktioniert das komplette Modell, dass ausgetragene Konflikte die Gesellschaft voranbringen, nicht mehr. Und das hat gerade auf progressiver Seite zunächst etwas Niederschmetterndes.

Hoffnung auf Problemlösungen setzt Staab eher auf Politiker\*innen, die geistesgegenwärtig die Gunst günstiger Gelegenheiten nutzen – doch die kann man sich auch nicht einfach backen. Als Beispiel nennt Staab die Coronakrise, in der die Politik eine bessere materielle Ausstattung und kulturelle Aufwertung von Pflegeberufen hätte betreiben können (es allerdings nicht getan hat). Womöglich steht ihm auch Angela Merkel vor Augen, die nach Fukushima die Abkehr von der Atomenergie durchsetzte.

Man kann nach dieser Lektüre aber auch denken, dass es strukturelle Ähnlichkeiten unserer Gegenwart mit den 1970ern gibt, in der Habermas seine Legitimationskrise analysierte.

Nachdem sich 1968 die Revolutionshoffnungen zerschlagen hatten, mussten damals die emanzipativen Aufbrüche in einem kleinteiligen gesellschaftlichen Prozess Schritt für Schritt erstritten werden. In der Legitimationskrise der Gegenwart hat sich die Hoffnung etwa der Realo-Grünen zerschlagen, die ökologischen Probleme vernünftig und mit möglichst wenig Nebenfolgen für die Bevölkerung zu lösen. Vielleicht markiert ein zurücktretender Blick aufs Ganze, wie Staab ihn skizziert, ja – dem gegenwärtigen Augenschein zum Trotz – den Beginn eines langwierigen Prozesses, neue, zeitgemäße Konfliktlösungen einzuüben. Wenn das stimmt, dann schickt Staab die Gesellschaft auf den langen Marsch, sich nicht ständig von Triggerpunkten leiten und ablenken zu lassen.

Immerhin ist das eine Perspektive. Leicht wird es nicht. Und die Zeit drängt.

*taz 20.9.2025*

**Erscheinungsdatum: 5.6.2025**

## **Benjamin von Brackel, Toralf Staud: Am Kipppunkt. Wo das Klima zu kollabieren droht – und wie wir uns noch retten können**

Das Buch kommt einer Offenbarung gleich, denn Benjamin von Brackel und Toralf Staud zeigen an zahlreichen Beispielen aus jüngsten wissenschaftlichen Studien, dass es keineswegs leicht ist, Kipppunkte zu benennen. Es ist oftmals ein kompliziertes Geflecht sich teilweise sogar gegenseitig aufhebender Faktoren, die entscheiden, wann und wo das Klima tatsächlich kippen wird.

Das Buch ist eine persönliche Erfahrungsreise der beiden Autoren rund um die Welt zu den wichtigsten Stätten der Klimaforschung. Ihre Faszination für die Leistungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist ansteckend und macht die Lektüre zu einer aufregenden Entdeckungsreise.

Beruhigend sind ihre Erkenntnisse nicht, denn sie betonen immer wieder, dass wir uns binnen weniger Jahrzehnte den gefürchteten Kipppunkten nähern, falls wir nicht endlich konsequent die CO<sup>2</sup> Emissionen reduzieren.

Entscheidend ist, welche Veränderungen in Luft, Wasser und Natur bis zur Mitte und bis zum Ende dieses Jahrhunderts stattfinden. Benjamin von Brackel und Toralf Staud listen im zweiten Kapitel detailliert und mit vielen leicht verständlichen Beispielen und Vergleichen auf, wie sie das Klima beeinflussen und ab wann sie unumkehrbar sind.

An erster Stelle steht das in den Medien gerne zitierte Abschmelzen des Eisschildes an beiden Polen. Es ist ein extrem langsamer Prozess, der weit über dieses Jahrhundert hinaus reichen wird, selbst wenn das 1,5 Grad Ziel der Pariser Klimakonferenz nach den derzeitigen Bemühungen verfehlt wird.

Selbst bei zwei Grad Erwärmung, weisen Studien nach, bleibt in vielen Bereichen noch Zeit für menschliches Handeln. Es ist - und das ist die optimistische Botschaft des Buches - dafür noch nicht zu spät. Das rechtfertigt natürlich nicht, in den Bemühungen nachzulassen, den CO<sup>2</sup>-Ausstoß möglichst rasch zu minimieren.

Die Kipppunkte zu bestimmen ist – so die Autoren – ein schwieriges Geschäft, denn es spielen unendlich viele Faktoren eine Rolle, die bisher kein Szenario vollständig berücksichtigen kann.

Wann schmelzen die Gletscher unwiderruflich und wenn ja in welcher Geschwindigkeit, wie beeinflusst das die Meeresströmungen, besonders den Golfstrom, der Europa mit Wärme versorgt. Welche Rolle spielt der wenig erforschte Subpolarwirbel vor der Südspitze Grönlands?

Auch Veränderungen in der Luft können das Klima beträchtlich beeinflussen. Auch in der Natur drohen heftige und bereits jetzt unmittelbar bevorstehende Veränderungen. Es sterben deutlich sichtbar die Korallenriffe, wichtige Heimat zahlreicher Fischarten, der Amazonas-Urwald schwindet dramatisch rasch und die borealen Nadelwälder

rücken beim Auftauen der Permafrostböden in den hohen Norden. Hier sind schon bald Kippunkte erreicht, die sich nicht mehr rückgängig machen lassen.

Die Situation ist ernst, aber nicht zum Verzweifeln, denn – so die Autoren in ihrem letzten Kapitel – es gibt auch positive Kippunkte beim Klimaschutz.

Dazu zählen sie den unaufhaltsamen Aufstieg der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Solarenergie und die E-Auto Revolution, die sich auch nicht mehr stoppen lässt. Ein dritter positiver Kippunkt: eine Änderung des Essverhaltens. Weniger Fleisch, mehr Gemüse und Obst, möglichst biologisch angebaut.

Ein sehr schwieriger Weg, wie die Autoren unumwunden zugeben, aber durchaus lohnenswert, denn die positiven Entwicklungen könnten uns vor den negativen Kippunkten bewahren. Fazit des Buches: noch ist nicht alles verloren.

*Johannes Kaiser (swr), 2.9.2025*

## **Fakten statt Panikmache**

In ihrem Buch „Am Kippunkt“ beschreiben Toralf Staud und Benjamin von Brackel, wo das Klima zu kollabieren droht – aber auch, wie sich das noch verhindern lässt  
Eine Rezension von Joachim Wille

Der Klimawandel ist längst im Alltag vieler Menschen angekommen: Extreme Waldbrände wie aktuell in Spanien und Portugal, Hitzesommer mit Temperaturrekorden wie im Jahr 2022, rasant schmelzende Gletscher in den Alpen, am Himalaya, in den Anden. Doch die Gefahren, die die Menschheit seit 200 Jahren mit ihrer fossilen Kohle-, Öl- und Gaspyromanie heraufbeschwören, gehen weit darüber hinaus.

Es drohen unumkehrbare Veränderungen und die Vernichtung ganzer ökologischer Großsysteme. Die Erde könnte in einen neuen „Betriebszustand“ fallen, der sie teilweise unbewohnbar macht. Das ist das Thema des neuen Buches „Am Kippunkt“ der langjährigen Klimajournalisten Benjamin von Brackel und Toralf Staud.

## **Es gibt doch noch Hoffnung**

Der Titel macht die Dringlichkeit klar. Klima-Kippunkte sind jene Schwellen, ab denen gefährliche Prozesse im globalen Klimasystem nicht mehr aufzuhalten sind und sich selbst verstärken – darunter das Abschmelzen der Eisschilde von Grönland und Antarktis, das Austrocknen des Amazonas-Regenwaldes, die Vernichtung der Korallenbänke in den Tropen, das Auftauen der Permafrostböden. Brackel und Staud erklären diese Mechanismen präzise und anschaulich. Wer bislang nur vage von „Kippunkten“ gehört hat, erhält hier eine gut lesbare Einführung.

Doch auch für Leserinnen und Leser, die der Klimadebatte seit Jahren folgen, ist die Lektüre spannend. Denn noch nirgends sonst hat man die wissenschaftliche Detektivgeschichte, welche die Aufdeckung dieser Kippelemente war und ist, so detailliert gelesen. Es ist eines der wichtigsten Klima-Bücher der letzten Jahre.

Stilistisch setzen die Autoren auf eine Mischung aus wissenschaftlicher Erklärung und reportagehaften Szenen. Sie sprechen mit Forscherinnen und Forschern, begleiten Betroffene, machen abstrakte Aussagen plastisch. So illustrieren sie beispielsweise, wie sich das Auftauen der Permafrostböden in den Alpen schon heute auswirkt. Sie beschreiben, wie ein US-Forscher 2021 erlebt, dass zum ersten Mal seit Menschendenken auf dem Gipfel des Grönländischen Eisschildes Regen fällt. Sie zeichnen detailliert nach, wie Fachleute bereits seit Jahrzehnten an der Frage knobeln, wie wahrscheinlich das Abreißen der Atlantischen Umwälzzirkulation (AMOC) inklusive des Golfstroms ist, die Europa das warme Klima beschert. Diese Passagen sind eindrucksvoll, das journalistische Erzählen erzeugt Nähe.

Die Autoren zeichnen ausführlich die rasante Entwicklung der Kippunkt-Debatte nach, die maßgeblich zur Ausgestaltung des Pariser Weltklimavertrags von 2015 beigetragen hat. Die Festlegung des Ziels einer Erwärmung von maximal zwei, besser aber nur 1,5 Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit beruht ja unter anderem darauf, dass das Auslösen der Kippelemente verhindert werden soll.

Hinweise aus der Klimageschichte, dass es Kippelemente im Klimasystem geben könnte, gab es zwar schon seit den 1980er Jahren. Doch noch 2001 im dritten Sachstandsreport des Weltklimarats IPCC, der Bibel der Klimaforschung, wurden die „großskaligen Diskontinuitäten“, wie man die Kippunkte damals noch nannte, zwar als einer von mehreren „Gründen zur Besorgnis“ aufgeführt, aber bis zu einer Erwärmung von vier Grad nicht für relevant beachtet. Heute weiß man: Bereits ab 1,5 Grad wird es kritisch.

Gebührend kommt in dem Buch daher auch jener Klimaforscher zu Wort, der das Wort „Kippunkte“ in die wissenschaftliche und politische Debatte eingeführt hat: der frühere Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Professor Hans Joachim Schellnhuber. Ein erstes Konzept zu jenen neuralgischen Punkten im Klimasystem entwickelte er um das Jahr 2000, damals nannte er sie noch „Umschlagpunkte“. Doch erst als er unter Rückgriff auf eine Formulierung des US-Reporters Malcom Gladwell das Ganze „tipping points“ (Kippunkte) nannte, bekam das Konzept die große Aufmerksamkeit, die es heute hat. Und von Brackel und Staud gehen natürlich auch auf die wissenschaftliche Kontroverse ein, die sich nach der beispiellosen Karriere des Kipp-Konzepts entwickelt hat. Denn, so die Autoren: „Nicht allen in der Forschungsszene gefiel das, und das sollte insbesondere Schellnhuber zu spüren bekommen.“

Einer der bekanntesten Kritiker wird zitiert, der Direktor des renommierten Max-Planck-Instituts für Meteorologie in Hamburg, Jochem Marotzke, der Sätze sagt wie: „Das Risiko durch Kippunkte wird oft maßlos übertrieben.“ Marotzke betont, die Worst-Case-Szenarien seien „völlig ausgeschlossen“, spricht halb scherzhaft sogar von der „Kippunkte Mafia“ um Schellnhuber und seinen Co-Forscher auf dem Feld, den Briten Tim Lenton. Und er warnt, das damit einhergehende „Katastrophen-Narrativ“ sei nicht nur falsch, sondern sogar kontraproduktiv. Der starke Fokus auf die Kippelemente lenke die Aufmerksamkeit von anderen Gefahren ab, über die in der Forschung viel mehr Gewissheit bestehe – mehr Starkniederschläge etwa, wie bei der Flutkatastrophe im Ahrtal 2021. Marotzke gibt nach der Meinung der Autoren des Buches aber zu viel Entwarnung.

## **Aber auch viel Sorge vor Trumps Politik**

Das Risiko sei groß, dass „vor allem ein Eindruck hängen bleibt: Ganz so schlimm wie gedacht wird es zum Glück doch nicht kommen“. Doch dass es bei einem fortgesetzten Aufwärtstrend bei den globalen Emissionen und mangelhaftem Klimaschutz tatsächlich ganz schön schlimm kommen wird, daran lassen von Brackel und Staud keinen Zweifel. Sie verweisen auf die inzwischen Tausenden wissenschaftlichen Publikationen zu den Fragen der Kippunkte. Manche Kippelemente seien in der Debatte weggefallen, dafür andere hinzugekommen. Unter dem Strich aber habe das wissenschaftliche Konzept Bestand.

Die Stärke des Buches liegt in der Klarheit der Darstellung. Die Autoren vermeiden Panikmache, sie lassen Fakten sprechen. Gleichzeitig formulieren sie ein eindeutiges Plädoyer: Noch bleibt Zeit, Katastrophen abzuwenden – vor allem, indem „positive Kippunkte beim Klimaschutz“ ausgelöst werden. Drei Kapitel widmen sie diesen, dem „Solarwunder“ durch erneuerbare Energien, der „E-Auto-Revolution“ und der „Fleischwende“ in der Ernährung. Darin wird deutlich, dass auch hier Entwicklungen viel schneller als erwartet verlaufen und negative Trends in wenigen Jahren ins Positive kippen können. Die Autoren betätigen sich damit freilich ein wenig wie die „Rufer in der Wüste“, denn in ihrem Buch ist doch klar geworden: Das Fenster für Veränderungen schließt sich rasant, und in einer Welt, die mit dem Trumpismus gestraft ist, noch schneller.

Am Ende lassen von Brackel und Staud einen gewissen Pessimismus durchblicken. Sie glauben, dass bestimmte Kippunkte wie etwa das Absterben der Korallenriffe und der Beginn des Abschmelzens der Eisschilde an Nord- und Südpol kaum noch zu verhindern sind. „Werden erste Kippunkte überschritten, dann bedeutet das zweifellos viel Leid und Wirren, und, ja, viele Menschen werden sterben.

Aber komplett ausgeradiert wird die Menschheit nicht.“ Will sagen: Die Welt wird dann zwar nicht untergehen, aber es wird eine andere Welt sein – auf die wir nicht eingestellt sind.

*Joachim Wille (Frankfurter Rundschau), 1.9.2025*

---

**Erscheinungsdatum: 3.4.2025**

**Nico Paech: Befreiung vom Überfluss - das Update. Eine Postwachstumsökonomie für das 21. Jahrhundert**

Wer das Original von 2012 zu diesem Buch gelesen hat und nun die Unterschiede des Updates aufzufinden versucht, muss sehr penibel vergleichen. Die Kapitel-Einteilung ist - bis auf ein hinzugefügtes Vorwort und einen neuen Unter-Abschnitt im Kapitel 6 - völlig identisch, und über zwei Drittel des Textes sind wortgleich übernommen worden. Der Rest sind nur selten Aktualisierungen, bis auf besagten Abschnitt auch keine Erweiterungen, sondern nur Umformulierungen. Aber die messerscharfe Analyse des Ist-Zustands war auch schon 2012 verständlich. Der Kommentar zur 2012-Ausgabe am Ende dieser Sammlung trifft noch in vollem

Umfang zu - leider auch bei den kritischen Anmerkungen, und leider auch bei deren Knackpunkt: es ist nicht ersichtlich, ob das von Paech vorgeschlagene Modell überhaupt funktionieren kann, nämlich ein idyllisches Szenario der sesshaften Selbstgenügsamkeit mit 50% Subsistenz-Tätigkeiten und nur noch 50% gewerblich-industrieller Lohnarbeit, und diese im ökologischen Schongang.

Paech behauptet, dass der Staat in seinem Modell - trotz des mindestens halbierten Steueraufkommens aufgrund des industriellen Rückbaus - noch genügend Mittel für die nach wie vor erforderlichen Sorge-Maßnahmen ("für Soziales, Gesundheit und Bildung") habe. Dazu hieß es im Kommentar von 2021 zur alten Ausgabe:

*Dies ist die entscheidende Frage: die Behauptung muss stark angezweifelt werden, solange sie nicht ansatzweise durchgerechnet worden ist. Zum Beispiel sind hohe "Straf-Einnahmen" bei der Eindämmung von ökologischen Schäden gar nicht wünschenswert, denn dann funktioniert diese Eindämmung nicht wirklich. Man kann die Effekte nicht zweimal verbuchen (Eindämmung und hohe Einnahmen). Ungeklärt ist auch der Verdacht, dass eine konsequente Internalisierung aller externen, derzeit nicht von den Firmen zu bezahlenden Kosten - z.B. Infrastrukturnutzung oder Umweltschäden - an vielen Stellen zur Zerstörung der Wirtschaftlichkeit und im Gefolge zu Insolvenzen mit einer massiven Rezession führen könnte, dass also das derzeitige BIP-Wachstum in großen Teilen genau auf der Subventionierung in Gestalt der Kostenexternalisierung fußt und auf diese angewiesen ist. Alle Vorschläge, die rein qualitativ bleiben, sind wohlfeil und bezüglich des angestrebten Erfolgs letztlich nicht überzeugend.*

Auch die anderen Defizite und Unvollständigkeiten des alten Textes (die Paech z.T. selbst einräumt) bestehen weiter; der neue ist ja immer noch ein kleines Büchlein von 137 Seiten: da wird nichts detailliert und der Oberflächlichkeit entzogen, die rein qualitativen Aussagen eigen ist. Das ist nach 13 Jahren eine große Enttäuschung, zumal auch das zwischenzeitlich erschienene Buch **"All you need is less" (2020)** sehr unbefriedigend ist (siehe zugehörige Rezension in dieser Sammlung).

Paech schimpft auf die Politik, die von sich aus nicht das richtige tut, und auf Bürger, die blind an ihrem "imperialen" Lebensstil festhalten, statt die Politiker zum richtigen Handeln zu treiben. (Die Wirtschaftskapitäne und Lobbyisten, die die Politiker weitgehend zu ihren Sklaven gemacht haben und schon zufrieden sind, wenn sie in den Ahrtal-Fluten als Millionäre versinken und nicht als Habenichtse, erwähnt er zurecht erst gar nicht.) Mit dieser doppelten Trägheit - die durchaus richtig beobachtet ist - begründet er den Verzicht auf eine detaillierte Ausarbeitung und Überprüfung seines Ansatzes. Das ist ein gravierender Denkfehler: auch das Szenario muss überzeugend sein, so wasserdicht wie möglich, wenn man die beiden Fraktionen des Starrsinns in Bewegung setzen will, nicht nur die Problem-Analyse.

Und es ist sogar noch schlimmer: vollkommen ausgespart wird die Frage, wie denn der Weg aussehen könnte / sollte vom falschen ins richtige Leben. Darauf warten alle von der Realität Überforderten und Verängstigten. Verläuft der Weg stetig oder disruptiv? Mit sozialen Kahlschlägen? Lang anhaltenden Dystopien? Sind das keine wichtigen Fragen, mit denen man sich beschäftigen sollte?

Paech jedoch zeigt bei diesem Fragenkomplex (vor allem in anderen Veröffentlichungen, auch in Vorträgen, in Kurzform auch in dem zusätzlichen Abschnitt) nur auf ein paar Vorreiter, die in gesellschaftlichen Nischen und im Kleinen

dieses richtige Leben bereits praktizieren (was lobenswert ist; die Sache soll ihnen - wenn sie dazu in der Lage sind - keinesfalls ausgedreht werden). Diesen Pionieren, so der Autor weiter, würden die anderen dann sukzessive folgen und ihr Beharren auf dem falschen Lebensstil durch eine fundamentale Wandlung aufgeben, so dass auch die Politik imstande wäre, ihre postwachstumskompatiblen Aufgaben zu erkennen und auszuführen.

Nur so und nicht anders könne es gehen, weil die Politik - so seine Doktrin - immer nur das tut, was ihr die Mehrheit der Bevölkerung signalisiert. Leider ist auch diese Doktrin falsch. Oder glaubt Paech etwa, die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen arm und reich wäre darauf zurückzuführen, dass die Politik auch hier - wie immer - den Mehrheitswillen der Wählerschaft umsetzt!?

Die Verweigerung des Weiterdenkens und Auffächerns ist höchst bedauerlich. Paechs Ansatz hätte sehr wohl etwas Besseres verdient.

Fazit: wer die Ausgabe von 2012 kennt, muss das Update nicht unbedingt lesen. Allerdings ist der analytische Teil von Paechs Veröffentlichungen sprachlich so brillant und inhaltlich so wichtig, dass man ihn immer klar vor Augen haben sollte. Da kann ein erneutes Lesen nichts schaden, und dann wird man natürlich zur neuen Ausgabe greifen. Es sind ja nur 137 Seiten - mit der Substanz eines 1000-Seiten-Werks.

*Rolf Oesterlein, 27.10.2025*

---

**Erscheinungsdatum: 5.2.2025**

**Heidemarie Schroeder: Eine Gigafabrik in Grünheide. Oder der Albtraum vom grünen Kapitalismus**

**Die Gigafabrik in Grünheide: Autorin Heidemarie Schroeder und Philosoph Bruno Kern im Gespräch**

Heidemarie Schroeder hat in der ersten Hälfte ihres Lebens als Ostberlinerin miterlebt, wie die Idee eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden scheiterte. Heute erlebt sie im brandenburgischen Grünheide, wo mit Tesla eine der größten europäischen Industrieansiedlungen entsteht mit, wie Grundwerte grüner und roter Politik gerade von grünen und roten Politikern aufgegeben werden. Ihr Gesprächspartner Bruno Kern ist Theologe und Philosoph. Er arbeitet als selbstständiger Lektor, Übersetzer und Autor in Mainz. Außerdem begründete er mit anderen die Initiative Ökosozialismus (2004) und das Netzwerk Ökosozialismus (2018).

In Grünheide nehmen nicht nur das Wasser, der Wald und geschützte Arten Schaden, sondern auch das Demokratieverständnis der Menschen. Die E-Autos, die bei Tesla produziert werden, leisten keinen Beitrag zu einer echten Verkehrswende. Die Arbeit bei Tesla ist keine gute Arbeit. Der Einfluss, den Elon Musk auch dank

explodierender Tesla-Aktienwerte gewinnt, kann zu Schaden für die Demokratie weltweit führen.

Quelle:

<https://www.leipziger-buchmesse.de/pco/de/buchmesse/678e59ee1222a197d8079514>

abgerufen am 27.4.2025

-----

Statt einer Kritik ein Interview der Frankfurter Rundschau von Claus-Jürgen Göpfert mit der Autorin vom 10.4.2025, abgerufen am 27.4.2025 unter

<https://www.fr.de/politik/klimaaktivistin-heidemarie-schroeder-sagt-elon-musk-den-kampf-an-93677662.html>

## **„Tesla versucht, Widerstand zu unterdrücken“**

### **Umweltaktivistin Heidemarie Schroeder über ihr Engagement gegen Elon Musks Giga-Fabrik Tesla in Brandenburg**

*Heidemarie Schroeder setzt sich gegen Tesla ein. In ihrem Buch „Eine Gigafabrik in Grünheide oder der Albtraum vom grünen Kapitalismus“ stellt sie fest, dass nicht nur der Wald und das Wasser beschädigt werden, sondern auch das Demokratieverständnis der Menschen: Es werden Elektroautos produziert, die nicht zu einer echten Verkehrswende beitragen.*

**Frau Schroeder, Sie haben sich als Mitglied verschiedener Bürgerinitiativen fünf Jahre lang mit dem reichsten Mann der Welt angelegt, Elon Musk. Und Sie haben versucht, den Bau der Gigafabrik Grünheide in Brandenburg zu verhindern, in der Musk seine Elektroautos produzieren lässt. Heute steht die Fabrik und sie wird gerade erweitert. Was macht das mit den Leuten vor Ort?**

Da muss man differenzieren. Eine Minderheit, die schon vor fünf Jahren engagiert für Naturschutz eingetreten ist, macht dies nach wie vor. Als solche bekommt sie inzwischen die Unterstützung von Menschen, die anhand des Tesla-Beispiels eine generellere Kapitalismuskritik üben. Diese Leute sagen: Wir sind hier fünf Jahre lang systematisch verarscht worden, vom Land Brandenburg, von den Behörden. Eine Mehrheit der Grünheider schlussfolgert jedoch: Widerstand hat keinen Sinn, das sieht man doch.

**Sie haben ein Buch geschrieben mit dem Titel „Eine Gigafabrik in Grünheide oder der Albtraum vom grünen Kapitalismus“, in dem Sie eine Bilanz Ihres Kampfes ziehen. Sie kommen zu dem Urteil, Tesla in Grünheide illustrierte alles, „was in unserem Land gerade schief läuft“ und „wohin falsches politisches Handeln führt“. Was meinen Sie damit?**

Wir müssen uns verschiedene Themen anschauen. Das eine ist: Wie wurde mit dem Landschaftsschutz umgegangen? Die Gigafabrik entstand in einem geschlossenen Waldgebiet, das dafür gefällt wurde, 308 Hektar. Das war inmitten eines Landschaftsschutzgebietes. Allerdings war das Tesla-Areal 2001 juristisch vom Landschaftsschutz befreit worden, als das Land eine Autofabrik von BMW ansiedeln

wollte, wozu es dann nicht kam. Das heißt: De jure war es 2020 kein Landschaftsschutzgebiet mehr, de facto natürlich. Der Wald war ja weiter da.

**Das Land hat argumentiert: Das war nur eine Kiefern-Monokultur, also nicht von ökologischem Wert.**

Das ist falsch. Das war kein minderwertiger Wald. Es gab dort Bäume, die waren 80, sogar 120 Jahre alt. Die Förster hatten längst begonnen, die Monokultur in Mischwald umzuwandeln. Dort lebten verschiedenste, streng geschützte Arten.

**Haben die Förster nicht protestiert?**

Doch, sogar sehr engagiert. Sie haben mit Fotos den Wert des Waldes dokumentiert und während Führungen demonstriert. Dann wurde von der Landesforstbehörde Druck gemacht. Der aktivste Forstbeamte bekam eine Abmahnung. Verbunden mit der Drohung: Wenn er nicht aufhöre mit dem Widerstand, werde er seine Arbeit verlieren.

**Und was geschah?**

Der Mann hat aufgehört. Auch wir, die wir Widerstand leisten, müssen Vorsicht walten lassen.

**Was meinen Sie damit?**

Tesla versucht, den Widerstand zu unterdrücken. Als es jetzt um die anstehende Neuverhandlung des Wasservertrages mit dem örtlichen Versorger ging, hatte meine Initiative Briefe geschrieben an die Vertreter der betroffenen Gemeinden. Daraufhin hat Tesla seinerseits mit Briefen reagiert, und uns bezichtigt, Falschbehauptungen aufzustellen. Da fragt man sich schon, wer im Ernstfall wohl Recht bekommen würde: Eine kleine Wasserinitiative oder der reichste Mann der Welt.

**Abgesehen vom Wasserverbrauch: Gibt es denn tatsächlich Belege dafür, dass von der Gigafabrik ausgehend Schadstoffe in den Wasserkreislauf gelangen?**

Schadstoffe nicht, aber Stoffe, bei denen die Dosis das Gift macht. Wir haben hier kein eigenes Klärwerk. Unser Abwasser wird vom Land Berlin geklärt. Die dortigen Anlagen waren schon vor dem Bau der Fabrik an den Grenzen ihrer Kapazität angelangt. Ich muss jetzt vorsichtig formulieren: Beim Abwasser von Tesla wurden die zulässigen Grenzwerte bei Phosphat und Nitrat wiederholt und langanhaltend überschritten. Das liegt wahrscheinlich an Stoffen, die in der Produktion und für den Schutz der Anlagen verwendet werden.

**Ein großes Plus in den Augen der Landesregierung ist, dass in der Gigafabrik 12 000 Arbeitsplätze entstanden sind.**

Auch da muss man differenzieren. Aus der Region arbeiten nicht viele Menschen bei Tesla und wir hatten hier auch vor 2020 nur eine sehr geringe Arbeitslosigkeit. 60 Prozent der Beschäftigten kommen aus Berlin, darunter sind viele Migranten, Menschen aus Syrien, Afghanistan, Afrika. Für sie ist ein Arbeitsplatz bei Tesla viel wert, denn aus der Arbeit kann ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland entstehen.

Für die Arbeit am Band ist keine lange Anlernphase notwendig. Es braucht auch keine Deutschkenntnisse. Es reichen rudimentäre Englischkenntnisse. Etwa zehn Prozent der Beschäftigten stammen aus Polen oder anderen osteuropäischen Ländern. Der Rest kommt aus der Region.

### **2024 hatte es zur Erweiterung des Tesla-Werkes eine Befragung der betroffenen Bürger:innen gegeben.**

Ja, und dabei sprachen sich 65 Prozent der Abstimmenden gegen die geplante Erweiterung aus. Daraufhin wurde die Erweiterung aber nicht gestoppt, sondern nur modifiziert. Die Eingriffe in den Wald sollen jetzt geringer ausfallen. Wir erwarten aber, dass auch dies wieder nur eine Zwischenstufe sein wird. Hinzuziehen muss man noch all die Rodungen, die für die Anpassung der Infrastruktur nötig werden.

### **Wofür soll das Gelände erweitert werden?**

Es soll ein Güterbahnhof und Logistik entstehen, und zwar in einem noch bestehenden Landschafts- und Trinkwasserschutzgebiet. Auch dafür hat das Land wieder ein Verfahren begonnen, dass das Gelände vom Schutzstatus ausgenommen wird. Der erste Spatenstich für den Güterbahnhof war gerade.

### **Sie kritisieren auch das Genehmigungsverfahren für den Bau. Tatsächlich will ja die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD die Einspruchsmöglichkeiten bei großen Bauvorhaben noch verringern, um die Projekte zu beschleunigen.**

Schon die Genehmigung von Tesla war ein Husarenstück, das bundesweit einmalig war. Tatsächlich wurde zur Genehmigung das Bundesimmissionsschutzgesetz herangezogen, das inhaltlich völlig ungeeignet war. Dabei geht es nämlich um Schadstoffe aus der Abluft eines Betriebes, die bei Tesla keine große Rolle spielen. Tatsächlich hätte das Wasserhaushaltsgesetz Grundlage sein müssen wegen der Eingriffe in den Wasserhaushalt und der Folgen, die die Batteriefabrik und alle weiteren Ausbaustufen zeitigen werden. Das Bundesimmissionsschutzgesetz wurde gewählt, weil es abschnittsweise Teilerlaubnisse ermöglicht. Die Landesbehörden haben so insgesamt 19 Teilzulassungen für Tesla erteilt, also immer nur für kleine Abschnitte des Werks. Die abschließende Gesamtgenehmigung gab es erst am Tag der Eröffnung! Eine Verweigerung der Genehmigung und die Wiederherstellung des Ausgangszustandes, wie es das Bundesimmissionsschutzgesetz vorsieht, war damit völlig ausgeschlossen.

### **Was hat der Umgang mit den Gesetzen und Vorschriften bei den Menschen vor Ort bewirkt?**

Die Menschen fragen sich: Was sind denn die Gesetze in Deutschland überhaupt wert? Das Demokratieverständnis der Menschen wurde extrem geschädigt. Profitiert hat davon nur eine Partei, die AFD, die sich während der fünf Jahre als Kümmerer-Partei profilierte. Das hat man dann bei der Landtagswahl in Brandenburg gesehen.

**Erscheinungsdatum: 28.1.2025**

**Luisa Neubauer: Was wäre, wenn wir mutig sind?**

### **Eine unqualifizierte Kritik beleuchtet die Qualität des Diskurses**

Wer so in der Öffentlichkeit steht und auch noch mit einem politischen Anliegen "nervt" wie die FFF-Protagonistin Luisa Neubauer, stößt auf den Widerstand derer, die sich genervt fühlen (und ja, meistens auch gemeint sind). Gezielt wird dabei häufig nicht auf das Inhaltliche (das könnte ja zu einem durchaus wünschenswerten Diskurs führen), sondern auf das Persönliche: man sucht dort nach Unvollkommenheiten, um vor allem die unangenehmen Äußerungen zu desavouieren, denn man einen sachlichen Diskurs geradezu vermeiden.

Diese Haltung reicht bis zu an sich ehrenwerten Literaturkritikern, wenn sie sich - in der Regel gezwungenermaßen - in das Feld der Sachbücher verirren, wo fachliche Kompetenz gefordert wäre, aber nicht vorhanden ist. Am 30.3.2025 wurde - gewohnheitsgemäß - in der ARD-Sendung "Druckfrisch" die aktuelle SPIEGEL-Bestsellerliste "Sachbuch" mit Kurz-Bewertungen gewürdigt, darunter auch das vorliegende Buch.

Offenbar hat dessen Inhalt den Kritiker bezüglich seiner persönlichen Verhaltensweisen erheblich unter Druck gesetzt. Er reagiert wie ein 12-jähriger Schüler, der, wegen einer Unbotmäßigkeit zur Rede gestellt, hochmoralische Anschuldigungen in alle Richtungen erhebt - idealerweise auch gegen den rügenden Lehrer, in der Hoffnung, sein Verhalten zu relativieren und in ein besseres Licht zu tauchen, um ohne deprimierende Gewissensbisse weiterhin selbstbewusst wie gewohnt agieren zu können. Dieses Stereotyp zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Klimawandel-Diskussion, von der höchsten politischen Ebene bis ins privateste Umfeld.

Der Kritiker macht der Großmutter der Autorin ihre 4 Kinder zum Vorwurf. Offenbar geht er axiomatisch davon aus, dass jede 4-Kinder-Familie zu den schuldhaft das heranrückende Klima-Desaster verursachenden Bewohnern dieses Planeten gehört und deren Nachfahren deshalb nicht das Recht haben, irgendwelche Klima-Ignoranten zu tadeln. Von Frau Neubauer erwartet er letztlich, dass sie in ihrem Buch die Großmutter für ihre - Frau Neubauers - Existenz in den Senkel stellt.

Wörtlich lässt er folgendes verlauten:

*"Neubauer beginnt ihr in der Sprache eines Kirchentags verfasstes Pamphlet mit der Beschreibung ihrer Großmutter, die sich seit 50 Jahren als Klima-Aktivistin engagiert. Allerdings erwähnt sie dabei nur en passant, dass die Dame 4 Kinder in die Welt gesetzt hat und verschweigt, dass leider auch ein solches Fortpflanzungsverhalten zum Klimawandel beiträgt. So muss sie sich Jesus' Frage aus der Bergpredigt gefallen lassen: Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken in deinem Auge bemerkst du nicht?"*

(Übrigens entgeht dem literarisch geschulten Kritiker der tückische Bumerang-Effekt des Zitats von Jesus, der grundsätzlich auch und vor allem den Balken des Zitierenden im Blick hat.)

Auf jeden Fall verdient Neubauers Buch eine sachlich kompetente Kritik, die nun folgt und dem Magazin "Spektrum" entnommen ist (Link aufgerufen am 17.4.2025: <https://www.spektrum.de/rezension/buchkritik-zu-was-waere-wenn-wir-mutig-sind/2257121>)

*Rolf Oesterlein, 25.4.2025*

## **Klimaerzählung mit Emotionen**

**Auch wenn sich die Klimakrise vielleicht nicht mehr aufhalten lässt: Ohne Engagement wird nichts besser. So das Credo von Luisa Neubauers lesenswerter Streitschrift.**

**Rezension von Katja Maria Engel vom 13.03.25 (aus "Spektrum")**

Wird aus dem Klimawandel die ganz große Klimakrise? Das weiß niemand – aber wahrscheinlicher wird dies jedes Mal, wenn Fakten geleugnet werden oder Menschen resignieren, weil sie sich hilf- und machtlos fühlen. Genau dagegen schreibt Luisa Neubauer, Geografin und eine der weltweit bekanntesten Klimaaktivistinnen der jüngeren Generation, in ihrem Buch an. Es ist eine Streitschrift; die Vermittlung von Informationen zum Klima steht also nicht im Vordergrund. Vielmehr schreibt Luisa Neubauer erfrischend kämpferisch, eröffnet neue Sichtweisen, etwa auf das Wirtschaftswunder, und erklärt, warum Fakten oft kaum eine Chance haben, wahrgenommen zu werden. Also setzt sie auf Erzählungen – mit Emotionen und persönlichen Erfahrungen.

So startet das Buch im Wohnzimmer vor dem Bücherregal ihrer Großmutter Dagmar Reemtsma. Dort sieht sie die reichhaltige Klimaliteratur eines halben Jahrhunderts, etwa Titel aus den 1970er Jahren wie »Small is beautiful« oder »Haben oder Sein« von Erich Fromm, außerdem »Wir Klimamacher« von Hartmut Graßl und Reiner Klingholz aus dem Jahr 1990, das Klimaschutztipps für den Alltag bereithält. Ihre Oma ist gut informiert, sie kämpft schon seit Jahrzehnten als Umwelt- und Friedensaktivistin. Mit diesem bildhaften Einstieg will Luisa Neubauer wohl zeigen: Das Wissen um die Klimakatastrophen ist nicht neu. »Alles schien auf dem Tisch zu liegen, zu klar und zu deutlich, um nur eine Sekunde länger ignoriert zu werden«, schreibt sie. Der Mangel, der die Kindheit ihrer Oma prägte, sei jetzt in Maßlosigkeit umgeschlagen. Mit gravierenden Folgen: Sieben von neun quantifizierbaren Erdsystemgrenzen seien überschritten, etwa die für Artensterben, Klimaerhitzung und Umweltzerstörung.

Luisa Neubauer geht der Frage nach, warum die schon lange drohende Klimagefahr die Menschen immer noch nicht zu echten Veränderungen bewogen hat. Einen Grund dafür sieht sie darin, dass sich die Klimaforschung von Anfang an gegenüber den großen Marketingkampagnen der Öl- und Kohleindustrie kommunikativ kaum behaupten konnte. Oder sie greift auf Studien aus der Politikwissenschaft zum Begriff der »Banalität« zurück. Er beschreibt ein Verhalten von Menschen in Wirtschaft und

Politik, die ihre Karriere priorisieren, also etwa in der fossilen Industrie weiterhin »einfach ihren Job machen«, weil sie es so gelernt haben und es so von ihnen erwartet wird.

Wissenschaftliche Erkenntnisse und Studien kommen also sehr wohl vor, werden aber meist in persönliche und emotionale Geschichten eingebunden. So steht die Autorin nicht nur staunend vor dem Bücherregal ihrer Großmutter, sondern berichtet auch von Schlammeinsätzen in Slowenien, einem ausgefallenen Kindergeburtstag, vom Wasser im eigenen überfluteten Keller oder vom Genuss gerösteter Auberginen. Kämpferisch und immer voller Hoffnung schreibt Neubauer gegen das lähmende Gefühl an, dass man gegen die großen Krisen der Welt mit kleinen Taten nichts ausrichten könne. Und sie betont, dass Widerstand und Veränderungen nicht nur mit Verzicht und Mühe verbunden seien, sondern auch »mit Spaß im Engagement, mit Leichtigkeit und Humor, mit einem Sich-nicht-immer-zu-ernst-Nehmen« einhergehen.

Einige ihrer Thesen sind provokant, andere klug, manchmal klingt resignative Ironie durch und viele Themen reißt sie nur kurz an – das Buch lässt also genug Raum für Diskussionen. Und zu diskutieren sei definitiv besser als in resignative Agonie zu verfallen. Gerade jetzt wäre es, so Neubauer, der größte Fehler, gar nichts zu tun. Denn auch wenn die Klimakrise vielleicht nicht mehr aufzuhalten sei: Jetzt seien wir dafür verantwortlich, wie die Welt in Zukunft aussehe; ob auch trotz Klimakrise noch Menschenleben respektiert oder Freiheiten verteidigt werden; ob angesichts einer möglichen Katastrophe Gesellschaften den Weg der Spaltung und Abschottung einschlagen oder eine neue weltweite Solidarität entstehe.

Eines gelingt Luisa Neubauer: Ihr Buch liest sich spannend. Manche Passagen bieten sich auch für ein genaueres Nachlesen an. Und sicher hofft der eine oder andere Leser nach der Lektüre, dass dieses Buch nicht unbeachtet im Regal verstaubt und dann erst wieder von den eigenen Enkeln hervorgeholt wird.

---

**Erscheinungsdatum: 23.10.2024**

**Gabriela Beck: Wie wir wohnen wollen: Was unsere Städte brauchen, um wieder lebenswert zu werden. Ein Bauplan für den Wandel**

Der folgende Kommentar von BauNetz Wissen wurde auf <https://www.baunetzwissen.de/nachhaltig-bauen/tipps/buecher/wie-wir-wohnen-wollen-9629563> am 27.4.2025 abgerufen.

Städte sind so unterschiedlich, wie die Menschen, die in ihnen leben. Trotzdem stehen viele europäische Städte vor ähnlichen Herausforderungen: Steigende Mieten, überfüllte Straßen und ein Mangel an Grünflächen prägen das Leben vieler Bewohner\*innen. Zusätzlich fordert der [Klimawandel](#), mit immer häufigeren Hitzewellen und Starkregenereignissen, ein Umdenken in der Planung. In ihrem Buch *Wie wir wohnen wollen* stellt Gabriela Beck die drängenden Fragen urbanen Lebens und zeigt, dass wir unser städtisches Umfeld grundlegend verändern müssen. Die

Städte, wie wir sie heute kennen, sind häufig nicht mehr an die sich wechselnden Bedürfnisse der ihrer Bewohner\*innen angepasst. Doch genau hier liegt eine große Chance: Die Möglichkeit, Städte lebenswerter, nachhaltiger und gerechter zu gestalten.

Gabriela Beck setzt dabei auf konkrete Lösungsansätze aus der Praxis, die zeigen, wie den Herausforderungen der Zukunft begegnet werden kann. So stellt das Buch Mobilitätskonzepte vor, die den Autoverkehr reduzieren und Raum für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen schaffen. Ebenso geht es um die notwendige Anpassung an den Klimawandel, etwa durch hitzeresistente Stadtplanung, mehr Grünflächen, die nicht nur Erholungsräume bieten, sondern auch das Klima regulieren. Auch die alternde Gesellschaft und die Digitalisierung stellen Städte vor neue Anforderungen: Wie können Planende die Städte so gestalten, dass sie für ältere Menschen ebenso lebenswert sind wie für junge Familien? Und wie kann die digitale Infrastruktur sinnvoll genutzt werden, um städtisches Leben effizienter und ressourcenschonender zu organisieren?

Gabriela Beck gelingt es, komplexe Themen verständlich darzustellen. Sie zeigt, dass die Veränderungen keine bloßen Utopien sind, sondern bereits heute in einigen Städten umgesetzt werden. Ob es um den Umbau von Verkehrsflächen, die Umgestaltung öffentlicher Räume oder Smart Cities geht – Wie wir wohnen wollen zeigt, dass eine andere Zukunft möglich ist und welche Schritte jetzt dafür gegangen werden müssen. Ein zentrales Thema des Buches ist dabei der Gedanke, dass die Gestaltung lebenswerter Städte keine Aufgabe ist, die allein Politik oder Stadtplaner\*innen übernehmen sollten. Jede\*r, der kann, sollte sich an diesem Veränderungsprozess beteiligen. Das Buch stellt die Menschen stets als wichtigste Ressource der zukunftsfähigen Städte dar. Es regt dazu an, nicht nur über die großen gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen nachzudenken, sondern selbst ins Handeln zu kommen.

#### **Inhalt:**

- Gesellschaft: Wie wollen wir gemeinschaftlich leben?
- Wohnungskrise: Wie halten wir unsere Innenstädte lebendig?
- Mobilität: Wie viele Autos wollen wir in der Stadt?
- Gesundheit: Wie reduzieren wir Stress im Stadtalltag?
- Artenvielfalt: Wie viel Natur wollen wir in der Stadt?
- Klimawandel: Wie wappnen wir uns gegen Hitze?
- Ressourcen: Wie können wir nachhaltig bauen und wohnen?
- Digitalisierung: Wie durchschaubar wollen wir sein?

---

**Erscheinungsdatum: 14.10.2024**

**Club of Rome / Wuppertal Institut: Earth for all Deutschland.**  
**Aufbruch in eine Zukunft für alle**

Irgendwie scheinen wir immer vor der Wahl zu stehen: Retten wir die Wirtschaft, sorgen wir für ein würdevolles Leben oder stoppen wir doch eher den Klimawandel?

Dass das kein Widerspruch sein muss, zeigen das Wuppertal Institut und der Club of Rome in ihrem neuen Buch „Earth for All Deutschland“. Mit fünf Wenden können wir demnach unsere Demokratie und den Wohlstand sichern und die Umweltkrisen überwinden. Ein Baustein dabei ist die Gleichberechtigung.

Es herrscht Krieg in Europa, Extremwetterereignisse führen uns vor Augen, wie wenig Kontrolle wir haben, von einer Spaltung der Gesellschaft ist die Rede. Angesichts der zahlreichen Krisen und verschärften gesellschaftlichen Debatten ist es leicht zu resignieren. Resignation ist aber genau das, was die Forschenden des Wuppertal Instituts und des Club of Rome vermeiden möchten. In Ihrem neuen Buch „Earth for All Deutschland“ zeigen sie mit welchen Strategien und Maßnahmen Deutschland die aktuellen Herausforderungen bewältigen kann und zwar alle zusammen. Möglich wird das durch fünf Wenden.

### **Die fünf Wenden: Große Sprünge für eine bessere Zukunft**

Es ist eine große Transformation, die Deutschland durchlaufen müsste, um Umweltkrisen zu überwinden und gleichzeitig Demokratie und Wohlstand zu sichern. Im Buch werden dafür fünf Kehrtwenden anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse beschrieben. Sie alle sind eng miteinander verzahnt: Die Armut soll beseitigt werden, die Ungleichheit verringert, die Selbstwirksamkeit gestärkt, das Ernährungssystem umgestaltet und das Energiesystem transformiert werden. Wenn alle Kehrtwenden gemeinsam umgesetzt werden, werden sie sich stärken, so das Credo der Autoren und Autorinnen. Eine allein wird scheitern.

Die sozialen Kehrtwenden (Armut, Ungleichheit und Selbstwirksamkeit oder eigentlich Empowerment) bereiten dabei die ökologischen Wenden vor, so Jacqueline Klingen, Forscherin in der Abteilung Zukünftige Energie- und Industriesysteme am Wuppertal Institut. Die zentrale Frage: "Wie muss unsere Gesellschaft sein, um überhaupt dahinzukommen, diese multiplen Krisen, mit denen wir uns aktuell konfrontiert sehen, auch bewältigen zu können?" Ein wichtiger Baustein ist dabei die Gleichberechtigung.

### **Es braucht mehr Perspektiven: Was MeToo mit dem Klimaschutz zu tun hat**

Denn in den sozialen Wenden geht es vor allem darum, die Gesellschaft anzugleichen, ein Gefühl von Gerechtigkeit zu schaffen, Teilhabe zu fördern, Macht zu verteilen. Miteinander statt gegeneinander.

Eine Gruppe, der deshalb – nicht nur, aber fast – ein ganzes Kapitel gewidmet wird, sind Frauen und die Frage, wie auch sie gestärkt werden können. "Wir leben auch heute in der Welt, die einfach noch davon lebt, dass die einmal aus einer männlichen Perspektive für männliche Bedürfnisse gebaut wurde", so Jacqueline Klingen, Autorin des Empowerment-Kapitels. "Das gar nicht mal absichtlich, sondern eher, weil Männer in der Vergangenheit bestimmte Rollen eingenommen haben." Entsprechend groß sei das Potenzial, durch weibliche Perspektiven die Welt von morgen zu formen: "Und ich denke, dass sie auch anders gestaltet werden würde und sich dann daraus auch ganzheitliche Städte für alle entwickeln würden."

Untersuchungen weltweit – so heißt es im Buch – zeigen, dass Frauen Veränderungen in Richtung mehr Verantwortungsbewusstsein treiben, dass sie in Regierungen eher für öffentliche Güter wie Gesundheit und Bildung einstünden und in Führungspositionen stärker umwelt- und sozialverträgliche Praktiken umsetzen.

Das liegt nicht allein an den Frauen, sondern eher den Rollen, die sie einnehmen, so Jacqueline Klingen: "Ich glaube, es ist jetzt nicht nur dieses: 'Frauen sind besser in Care-Arbeit und sorgen sich deswegen auch besser um den Planeten'. Das würde ich den Männern gar nicht absprechen. Was jedoch in vielen Fällen fehlt, ist eine weitere Stimme und Perspektive, nicht nur von Frauen, sondern beispielsweise auch von Jugendlichen und Kindern."

Entsprechend wichtig ist es, Gleichberechtigung für alle zu schaffen und so soziale Themen mit Machtpositionen zu mischen. Das könnte eine Reihe positiver Wechselwirkungen zur Folge haben, hier nur beispielhaft für das Thema Nachhaltigkeit aufgeführt: Der Fokus auf Bildung könnte – in Kreisen, die etwas zu sagen habe – die nötigen Mittel loslösen, um den Grundstein für ein neues Verständnis von Inklusion, Diversität und Nachhaltigkeit zu legen. Die Ernährung an Schulen und Kitas könnte verbessert und unter Nachhaltigkeitsaspekten, etwa weniger Fleisch und regionale Lebensmittel, gekocht werden. Das würde auch ärmeren Kindern eine gesündere Ernährung ermöglichen und auf Dauer das Gesundheitssystem weniger belasten. Bereits an diesem kleinen Beispiel sehen Sie die Verzahnung der verschiedenen Wenden. In der Theorie klingt das gut. Wie aber kann das bewerkstelligt werden?

### **Alle gemeinsam: Wie wir die Empowerment-Wende schaffen können**

Eine wenig überraschende Konsequenz ist erst einmal, mehr Frauen in Führungspositionen und mehr Männer in die Care-Arbeit zu bekommen. Doch die Probleme sind weitläufig, die Lösungsansätze ebenso. Sexismus am Arbeitsplatz muss eisern bestraft, Rollenbilder schon in den Kindergärten aufgebrochen werden – etwa durch männliches Personal. Es braucht gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und mehr Elternzeit für die Väter. Klingt nicht neu? Wirklich angepackt wird aber zu wenig.

In Norwegen gibt es viele dieser Dinge bereits: Väter haben einen mindestens dreimonatigen Pflichtteil in der Elternzeit, den sie allein mit Kind zu Hause bleiben, Frauen haben während der Arbeit stillfrei und arbeiten zu fast gleichen Teilen in Führungspositionen wie Männer. Und Kinder erfahren dadurch von klein auf, dass beide Eltern beides machen, auch wenn dadurch die Belastung für die Frauen in Norwegen steigt. Trotzdem: Der positive Effekt für die Gesellschaft ist da, ermöglicht durch politische Maßnahmen, etwa die Frauenquote, deren Nichteinhaltung in Norwegen hart bestraft wird. Braucht es so etwas also auch in Deutschland?

Auch Jacqueline Klingen hat darüber nachgedacht, ist aber skeptisch: "Es gibt natürlich Studien, die zeigen, dass Frauen in Führungspositionen für die Gesamtwirtschaft besser sind. Aber wenn ich mir jetzt vorstelle, unter unveränderten Rahmenbedingungen in eine hohe Position zu kommen, mit der gesamten Verantwortung für Arbeit und Familie, dann wüsste ich nicht, wie das möglich sein soll."

Empowern heißt ermutigen und befähigen. Es sei entsprechend wichtig, dass die Politik die nötigen Rahmenbedingungen für selbstbestimmte Entscheidungen schafft:

Dazu müssten falsche Anreize wie das Ehegattensplitting abgeschafft werden. Auch ein längerer Pflichtteil für Väter in der Elternzeit kann helfen, Väter zu ermutigen, eine aktivere Rolle einzunehmen und diese Rolle ein Stück weit Normalität werden zu lassen. Das wichtigste sei aber, dass Beruf und Sorgearbeit vereinbar sind, einerseits durch verlässliche und flächendeckende Betreuungsangebote, aber zum Beispiel auch durch eine Arbeitszeitverkürzung auf eine 32 oder 34-Stunden-Woche.

"Häufig wird vor allem in Machtpositionen davon ausgegangen, dass es kein Privatleben gibt, in dem es auch große Herausforderungen geben kann", so die Forscherin. Das anzuerkennen, sei aber ein extrem wichtiger Baustein. Mit flexiblen Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodellen hätten alle Menschen in Deutschland mehr Zeit für sich und andere. Mehr Zeit für die Kinder, Zeit für die Gemeinschaft, Zeit für den Klimaschutz, Zeit für gesünderes Essen, Zeit für mehr Verantwortung im Job oder einfach nur Zeit für die eigenen Bedürfnisse. Klingt gut, aber wer soll das finanzieren?

### **Umverteilen und Umdenken: Wie die Wenden finanziert werden**

Auch dafür hält das Buch Ansätze bereit. Die für die Autoren und Autorinnen sinnvollsten: Weniger Konsum, die Verbesserung gemeinschaftlicher Infrastrukturen (um statt eines Autos den Bus nehmen zu können), die Abkehr von überhöhten Erwartungen an das Wirtschaftswachstum. Das Wichtigste sei aber eine Umverteilung, also die Besteuerung der sehr großen Vermögen (vor allem Erbschaften), vielleicht sogar eine Kopplung der Steuern an die Staatsbürgerschaft. Das würde der Logik der Forschenden zufolge die Wenden finanzieren, Ungleichheiten reduzieren und eine friedlichere Gesellschaft nach sich ziehen, die auch gemeinsam daran arbeitet, ihren Lebensraum zu erhalten.

Auf die Frage, ob dann nicht der Frust sich auf die Reichen verschieben könnte, hat Hans Haake, Forscher in der Abteilung Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik am Wuppertal Institut und Autor der Ungleichheitswende folgende Antwort: "Es gibt Studien, die zeigen, dass eine zu ungleiche Verteilung, auch, wie wir es in Deutschland momentan haben, einfach insgesamt von den Ergebnissen her schlechter ist, also, dass wir dann schlechtere Standards haben bei der Bildung, im Gesundheitswesen, auch subjektiven Wohlbefinden. Also, wir haben ganz viele negative Effekte: Kriminalität, die Lebensqualität sinkt bei höherer Ungleichheit."

Reiche könnten sich davon vielleicht ein Stück weit herausnehmen, wären aber eben von einer gespaltenen Gesellschaft trotzdem betroffen: "Grundsätzlich werden die Ergebnisse eben für alle schlechter." Besonders auch in Sachen Klima. "Das muss man auf dem Schirm haben." Genauso wie die anderen Wenden, mit denen wir den großen Sprung in eine bessere Zukunft wagen sollen.

*Katja Evers, MDR, 22.10.2024*

**Erscheinungsdatum: 11.7.2024**

## **Dennis Eversberg et al.: Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation**

AfD, Klimastreit, Bauernproteste: Vier Wissenschaftler\*innen der Universität Jena haben mittels einer Bevölkerungsbefragung die gesellschaftlichen Verwerfungen um die sozial-ökologische Transformation untersucht.

Sachsen im Hochsommer. Alle paar Meter grüßt ein aggressives Wahlplakat. Die AfD findet „Keine Heizung ist illegal“, die rechtsextremen Freien Sachsen wollen ausländische Kriminelle „nach Berlin abschieben“. Auf anderen Plakaten wird über Lastenfahräder, Bioessen und Gendersternchen hergezogen.

Wer wissen will, warum es gerade die Grünen sind, die derzeit nicht nur im Osten zur Zielscheibe politischer Hetze werden, sollte die soziologische Analyse von vier Wissenschaftler\*innen der Universität Jena lesen. Dennis Eversberg, Martin Fritz, Linda von Faber und Matthias Schmelzer haben in einer repräsentativen Umfrage 4.000 Menschen zu ihren Einstellungen und Gefühlen bezüglich des gesellschaftlich-ökologischen Wandels sowie zu ihren Alltagsgewohnheiten und sozio-ökonomischer Situation befragt. Die Ergebnisse haben sie in dem Band „Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt“ zusammengefasst, der eine Art Mentalitätslandkarte Deutschlands entwirft.

Heiter ist diese Landkarte nicht gerade: Die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft drohe zu scheitern, schreiben die Autor\*innen. Im Gegensatz zur vielbeachteten „Triggerpunkte“-Analyse der Wissenschaftler\*innen um Steffen Mau, die Ende 2023 noch eine stabile Mitte und einen Konsens für notwendige Veränderungen in der deutschen Bevölkerung vorfanden, sieht das Quartett aus Jena diesen Konsens nun „ausgehöhlt“. Und das nicht nur an den politischen Rändern: Die Wissenschaftler\*innen sprechen von einer „gemeinsamen Frontstellung gegen eine Klima- und Transformationspolitik, die als sozial unausgewogen, übereilt und ideologiegetrieben wahrgenommen wird“.

Wohlhabende städtische Grünenwähler\*innen gegen überforderte „einfache“ Leute? So einfach ist es laut den Autor\*innen nicht. Der Konflikt um einen klimagerechten Umbau des Landes finde nicht nur von oben nach unten statt – sondern genauso auf der Horizontalen, zwischen einem „materiell-eigentumsbasierten“ und einem „postmateriell-bildungsbasierten“ Lager. Während die einen von Geschwindigkeit und Ausmaß des gesellschaftlichen Wandels überfordert sind, blicken die anderen optimistisch auf Veränderungen.

Dieser Veränderungskonflikt werde politisch und medial allerdings überbetont und falsch dargestellt, finden die Autor\*innen. So sei das ökosoziale Spektrum sehr uneinheitlich und die pauschale Unterstellung von sozialer Unsensibilität ungerechtfertigt: Viele Wohlhabende träten sehr wohl für sozialen Interessenausgleich ein – andere wieder lebten ökonomisch prekär und seien eher konservativ-verzichtsorientiert eingestellt.

Nach Ansicht der Autor\*innen verläuft der Konflikt nicht ideologisch zwischen Grünen- und AfD-Wähler\*innen, wie gängige Analysen behaupten. Die entscheidenden Widerstände gegen transformative Politik kämen aus den Zentren wirtschaftlicher Macht und von einer besitzenden Klasse; gegen eine angemessene Beteiligung großer Vermögen an den Kosten, gegen Sozialbindung und verbindliche Regeln.

Ein Verteilungskonflikt also, auf Kosten derer, die im Buch als „innere“ und „äußere Peripherie“ bezeichnet werden: Pflege- und Dienstleistungsbeschäftigte, landwirtschaftliche Saisonkräfte, Mittellose und diejenigen, die anderswo die Grundlagen unseres Wohlstands erwirtschafteten.

FDP und Union und AfD versuchten von dieser Konfliktdimension abzulenken, indem sie die im übergeordneten Überlebensinteresse aller liegende Klimapolitik zum Spezialanliegen der Grünen umdeuteten – und so die die Interessen wohlhabender Eigenheim- und Autobesitzer\*innen schützten.

Kann es unter diesen Vorzeichen eine Klimawende überhaupt geben? Die Jenaer Autor\*innen bejahen das sehr vorsichtig und geben politische Empfehlungen: Keine Moralappelle an die Einzelnen, sondern verbindliche politische Weichenstellungen für alle samt Ausbau einer ressourcenschonenden öffentlichen Infrastruktur. Umverteilung durch höhere Belastung der Vermögens- und „Vermenschmutzereliten“. Mehr demokratische Partizipation statt Werben um „Akzeptanz“.

Dann, und nur dann, könnte die ökosoziale Transformation, so schlecht sie derzeit politisch durchsetzbar sei, doch noch gelingen.

*Nina Apin, taz 31.8.2024*

---

**Erscheinungsdatum: 4.4.2024**

**Karen Hamann et al.: Klimabewegt. Die Psychologie von Klimaprotest und Engagement**

Statt einer Rezension folgt hier ein Interview mit der Autorin von Maximilian Arnhold, das am 25.4.2025 in der taz erschienen ist.

**„Viele wissen nicht, dass sie nicht allein sind“**

Eine Menge Menschen finden Klimaschutz wichtig, weniger engagieren sich. Oft liege das an einem Gefühl individueller Ohnmacht, sagt Karen Hamann, Umwelt- und Sozialpsychologin an der Uni Leipzig.

**taz: Frau Hamann, laut Umfragen sehen global 80 bis 89 Prozent der Menschen den Klimawandel als ernstes Problem. Warum steht das Thema trotzdem nicht mehr ganz oben auf der politischen Agenda?**

**Karen Hamann:** Aus der psychologischen Forschung wissen wir: Nur weil wir ein Problem wahrnehmen, führt das nicht unbedingt zum Handeln – das kennen wir zum Beispiel vom Rauchen. Auch in Deutschland zeigen Umfragen seit Jahren konstant: Die Mehrheit der Menschen wünscht sich mehr Klimaschutz. Trotzdem bleiben die politischen Maßnahmen teils weit hinter dem Notwendigen zurück. Ein Grund dafür ist das Gefühl individueller Ohnmacht. Viele glauben, dass ihr eigenes Verhalten wenig ausrichtet – und übertragen ihre Wahrnehmung auf die gesamte Gesellschaft. Es fehlt die Überzeugung, gemeinsam etwas verändern zu können.

**taz: Ist der Mehrheit gar nicht bewusst, dass sie sich in der Mehrheit befindet?**

**Hamann:** Genau, wir unterschätzen, wie viele andere sich ebenfalls für Klimaschutz aussprechen. Das nennt man pluralistische Ignoranz und kann lähmen: Wer denkt, mit seiner Haltung allein dazustehen, wird seltener aktiv. Wenn ich in meinem Umfeld erlebe, dass Klimaschutz belächelt oder abgelehnt wird, ist es noch schwieriger, sich zu engagieren. Wir müssen auch anerkennen, dass wir in einer Gesellschaft leben, die noch nicht sehr nachhaltig ist. Zeitmangel, fehlende Angebote, soziale Unsicherheit – all das kann Menschen abhalten, laut zu werden.

**taz: Gefühlt waren schon mal alle fürs Klima, heute spricht kaum noch jemand davon oder geht gar auf die Straße.**

**Hamann:** Die Sorge um den Klimawandel ist geblieben – sie existiert nun gleichzeitig zu Sorgen über die Pandemie, Kriege, Inflation. Aber die Aufmerksamkeit verteilt sich neu. Und wir erleben auch eine Gegenbewegung. Klimaschutz wird von der neuen Rechten aktiv bekämpft. Barack Obama hat kürzlich gesagt: „Früher war es leicht, für Gerechtigkeit einzustehen – heute wird dies schwieriger, und wir müssen neu mit uns selbst ausmachen, welche Opfer wir bringen wollen.“ Das trifft es gut. Es reicht nicht mehr, nur auf die Dringlichkeit der Krise hinzuweisen. Wir müssen aktiv werden und über gesellschaftlich getragene Lösungen diskutieren.

**taz: Was hilft Menschen, sich trotzdem nach wie vor für mehr Klimaschutz einzusetzen?**

**Hamann:** Es braucht resiliente Wirksamkeit, Strategien zu entwickeln, um die eigene Motivation aufrechtzuerhalten. Gerade dann, wenn Pläne wie etwa „3,5 Prozent der Bevölkerung mobilisieren“ – was Extinction Rebellion in Großbritannien lange als Ziel für die Straßenproteste ausgegeben hat – unerreichbar scheinen und langsam demotivierend wirken. Unsere Überzeugung von Wirksamkeit sollte auf mehr als nur großen Erfolgen gebaut sein. Eine Strategie wäre ein „Sicherheitsnetz“ auf unterschiedlichen Ebenen: Wenn es im Großen nicht vorangeht, konzentriere ich mich auf kleine Schritte und meinen moralischen Kompass. Und wenn ich mich lokal ohnmächtig fühle, hilft vielleicht der Blick aufs große Ganze und das Gefühl, Teil eines kollektiven Wegs – einer Gruppe – zu sein.

**taz: Im Koalitionsvertrag spielt das Klima eine eher untergeordnete Rolle. Dabei haben wir vielerorts eine schwere Dürre. Alles Verdrängung?**

**Hamann:** Nicht ganz. Es gibt Rückschritte, aber auch Konstanten: Der Kohleausstieg bleibt, die Klimaneutralität bis 2045 steht als Ziel drin. Die entscheidende Frage ist, wie die Regierung das konkret umsetzt. Und sie muss sich bewusst sein, welche Signale sie sendet – das beeinflusst die Motivation der Menschen.

**taz: Wenn Friedrich Merz den Klimawandel für überschätzt hält, bleibt das hängen?**

**Hamann:** Politische Führung oder auch Gerichtsurteile wirken auf soziale Normen. Die Forschung zeigt: Es ist wichtig, dass politische Entscheiderinnen und Entscheider Geschlossenheit ausstrahlen. Ich fand es zwar positiv, dass die Ampelregierung versucht hat, Diskussionen offen zu führen und die Menschen mit einzubeziehen. Doch genau das kann bei vielen das Gefühl verstärkt haben, dass nichts vorangeht. Motivation entsteht oft durch ein gemeinsames Vorhaben. Bei Energiegenossenschaften sehen wir etwa, wie sehr auch staatliche Unterstützung Menschen motivieren kann mitzumachen – als Teil eines gemeinsamen Ziels, der Energiewende. Immerhin: Bürgerenergie ist im Koalitionsvertrag erwähnt. Da gibt es mal einen Moment, wo Bürger als aktive Gestalter der sozial-ökologischen Transformation mitgedacht werden.

**taz: Welche Aufgabe kommt der Zivilgesellschaft in diesem Prozess zu?**

**Hamann:** Sie muss den Entscheidern zeigen, dass die Klimabewegung noch da ist. Aber nicht nur durch Protest. Auch zivilgesellschaftliches Engagement in anderen Bereichen ist wichtig. In Australien haben Menschen vor der Wahl Schilder mit dem Spruch „Climate Action Now“ in ihren Vorgärten gestellt. Da wurde vielen Unbeteiligten bewusst: Okay, die haben vielleicht ein SUV in der Einfahrt, aber sie unterstützen die Klimapolitik. Das hat gezeigt: Klimabewusstsein ist breiter verankert, als man denkt.

**taz: Wie wird die stille Mehrheit noch lauter?**

**Hamann:** Durch Gespräche. Und lokale Initiativen. In einer Zeit, in der große politische Würfe vielleicht ausbleiben und wir Rückschläge erleben werden, ist die Transformation von unten und im Zwischenmenschlichen entscheidend. Auf lokaler Ebene kann viel angestoßen und Sympathie gewonnen werden. Ein Beispiel sind die Haustür-Wahlkämpfe der Linken, die von vielen jungen Leuten auch aus der Klimabewegung gemacht wurden. Wir sollten das gesellschaftliche Streben nach Gerechtigkeit als Teil einer sozial-ökologischen Transformation nicht unterschätzen.

---

**Erscheinungsdatum: 11.3.2024**

**Jens Beckert: Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht**

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in Kursivschrift gesetzt.)

Der Kölner Soziologe Jens Beckert, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, hat sich genau angeschaut, welche Maßnahmen in Deutschland und weltweit ergriffen werden, um den Klimawandel auszubremsen. Sein Fazit steht im Buchtitel: es reicht bei weitem nicht. Dies legt er als Analyse der gegenwärtigen Situation in angemessener Kompaktheit und Ausführlichkeit auf 240 Seiten dar.

"Wissen ohne Wandel" nennt er das erste Kapitel seines Buchs. Obwohl unabwiesbar ist, dass die Klimawandel-Bekämpfung umso mehr Ressourcen aller Art verschlingt, je später sie ernsthaft einsetzt, werden eher kurzatmige und läppische Maßnahmen den wirkungsvollen vorgezogen, weil deren Nutzen ja erst von zukünftigen Verantwortungsträgern eingefahren werden könnte. Eine 2,5°-Erwärmung wird für Klima-Reparaturen alles an "Wohlstand" verschlingen, was dann noch da ist. Wegen der Irreversibilität - darin liegt der fundamentale Unterschied zu Krisen wie Pandemie und Finanz-Crash - werden auch die Demokratie und der soziale Frieden massiv gefährdet. Und dennoch: Niemand gibt es zu, aber verfahren wird auf breiter Front gemäß dem schlimmen Prinzip "Nach mir die Sintflut". Es fehlt auf allen Ebenen an der Mobilisierung politischer und moralischer Ressourcen. Der Irr-Glaube an persönliche Schadenvermeidungsmöglichkeiten ist weit verbreitet, vor allem natürlich bei der wohlhabenden Elite, die ihr Heil in verstärkten Abschottungsmaßnahmen sucht - natürlich unter Beibehaltung ihres obszönen ökologischen Fußabdrucks.

Ein tiefgreifender Wandel ist für Beckert nicht in Sicht. Der fossile Energie-Anteil, derzeit weltweit immer noch bei 87% liegend (das Volumen ist seit 2000 um 45% gestiegen), wurde 2022 von der Internationalen Energie-Agentur (IEA) für das Jahr 2050 immer noch auf 60% geschätzt - mit entsprechenden CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die aktuell laufende Dekarbonisierung ist also ein neues Geschäftsmodell - mehr nicht; schon gar kein Ende des Wachstumzwangs. Die Energiewirtschaft, die den Klimaschutz seit Jahrzehnten mit aggressivem Lobbyismus bekämpft, schmiedet weiterhin massenhaft CO<sub>2</sub>-intensive Pläne, weiterhin hoch subventioniert, weil mit ihren Produkten immer noch mehr Geld zu verdienen ist als mit erneuerbaren Energieformen, die weltweit nur für 2% des Primärenergiebedarfs stehen. Allein die 60 größten Banken statten die Petro-Industrie jährlich mit rund 700 Milliarden US-Dollar an Krediten aus und verhelfen ihr zu einem Umsatz von rund 5 Billionen Euro mit Gewinnen, die vor allem in den Krisen (Kriege) kräftig sprudeln. Dabei hätten für das 1,5°-Ziel alle neuen Prospektionen eingestellt und 40% der bekannten Vorräte im Erdboden bleiben müssen.

Die Staaten, oft selbst Mitverdiener, lassen den Konzernen ihr unsägliches (meist auf die ferne Zukunft gerichtetes) Nachhaltigkeitsgefasel ebenso durchgehen wie ein riesiges, undurchsichtiges Kompensationssystem, eine Art Ablasshandel, mit dem sie sich von ihren Umweltsünden freikaufen können. Beckert stellt die Verlogenheit dieser weltweit verbreiteten Zertifizierungs-Industrie unmissverständlich dar ("zu mehr als 90% totaler Betrug"). *[Noch mehr Details hierzu kann man bei Helge Peukert "Klimaneutralität jetzt! Politiken der Klimaneutralität auf dem Prüfstand" nachlesen.]* Ein besonders infamer Trick der Selbstrechtfertigung ist die Verschiebung der Verantwortung auf die Konsumenten (es sind ja sie, die die fossilen Stoffe fürs Heizen und Autofahren kaufen), z.B. durch die Publikation individueller CO<sub>2</sub>-Rechner.

Natürlich kann man auch die Verhaltensweisen von Konsumenten kritisieren, deren Klima-Aktivismus de facto wesentlich geringer ist als gemäß ihren Selbstauskünften, etwa wenn sie die entgrenzte Konsum-Freiheit (die die ideologische Aufgabe hat, von anderen Zwängen abzulenken ) und ihre "Bequemokratie"-Bedürfnisse als unveräußerliches demokratisches Recht betrachten (*siehe hierzu von Philipp Lepenies, "Verbot und Verzicht"* )- aber das entlastet die fossile "Umweltschmutzlobby" nicht, zumal der Klima-Kampf aufgrund der betonhart festgemauerten Infrastruktur-Probleme nicht allein durch die persönliche Lebensführung zu gewinnen ist.

Der Ursprung des Wohlstands kommt seit den 1850er Jahren aus der Naturausbeutung mittels Maschinen und Kolonialismus. Es gab nie eine Schadenskompensierung in der Natur. Der Energieverbrauch ist in den letzten 200 Jahren auf das 40-fache gestiegen (die Bevölkerungszahl auf das 8-fache). Die Verbrennung fossiler Stoffe hat sich seit 1900 auf das 14fache erhöht, der gesamte Materialverbrauch allein in den letzten 30 Jahren auf das 3fache. Der vorindustrielle CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre von unter 300 ppm stieg bereits in den 1990er Jahren über die tolerierbare Grenze von 350 ppm und liegt derzeit bei 417 ppm, Tendenz steigend. Denn die Natur bleibt weiter ein gewinnträchtiges Marktprodukt, inzwischen zum Preis ihrer Zerstörung.

Der Klimawandel sei "das größte Marktversagen aller Zeiten", sagte ein Finanzmanager (wie auch sollten die Märkte Umweltschäden bekämpfen, wenn diese noch nicht einmal zur Minderung des BIP führen?). Und jetzt? Der Staat setzt immer noch statt auf eigenes Handeln auf die versagenden Märkte. Er versucht von ungelösten Problemen abzulenken, indem er effektiven Schutz vortäuscht oder Maßnahmen in ferner Zukunft verspricht. Den daraus resultierenden Schäden müssen sich die jetzt Verantwortlichen (so glaubt man) nicht mehr stellen: sie werden dann längst entpflichtet sein. Wozu sich mit Umweltkosten-Internalisierung herumschlagen? Das bringt keinen Wohlstandsgewinn und keinen kurzfristigen Nutzen, eher sogar soziale Verwerfungen, wenn umweltschädliche Arbeitsplätze entfallen. Und der erforderliche massive Umbau (scheinbar) funktionierender Infrastruktur bei Energie, Industrieproduktion, Landwirtschaft, Verkehr und Gebäuden verursacht hohe Kosten; da werden die bedrohlich auf uns zukommenden Umweltkosten in Katastrophen-Fällen lieber verdrängt - man versteckt sich einfach hinter der Unbekanntheit der genauen Summen (es gibt nur grobe Schätzungen: schon 2010 lagen sie bei etwa 700 Milliarden US-Dollar, und für die Zukunft geht z.B. McKinsey [2022] von 7%-8% der weltweiten Wertschöpfung aus). Jede wirkungsvolle Maßnahme wird als Zumutung angesehen, die in der Bevölkerung Verlustängste weckt. Obwohl vermutlich alle (zurecht) vom Gegenteil überzeugt sind, soll der Eindruck aufrechterhalten werden, die Vermeidung des totalen Klima-Desasters ließe sich in unserer "imperialen Lebensweise" ohne Wohlstandsverlust bewerkstelligen.

Der Autor wirft auch einen Blick auf die Situation jenseits dieser "imperialen" Welt. *Obwohl manche Beobachter dort ein neues Selbstbewusstsein ausmachen wollen, weil es auf Klima-Konferenzen massive Forderungen nach Klimaschutz-Zahlungen an die reichen Länder gibt*, hängen die Staaten des Globalen Südens immer noch am Extraktivismus. In Ecuador hat die Nichtförderung der Ölvorräte gegen Kompensationszahlungen nicht funktioniert. Die Erhöhung der Lebenssicherheit der Einheimischen durch Förderung von Bodenschätzen hat auch nicht funktioniert, sondern es wurde auch vor Ort die Natur zerstört. Und weiterhin will man mit der Ressourcen-Förderung die Armut z.B. in den afrikanischen Ländern besiegen. Die

stolpern neuerdings verstärkt über westliche Heuchelei, wenn die selbsternannten moralischen Vorbilder im eigenen Land Wärmepumpen entwickeln und im Ausland der fossile Ausbau vorangetrieben wird, wie in alten kolonialen Zeiten; an der Konstellation ändert sich auch nichts, wenn die Ressourcen nachhaltig werden wie z.B. der "deutsche" Wasserstoff in Namibia. Afrikanische Ressourcen-Kriege könnten in die Zukunft die Migrationsströme verstärken.

Die Verhältnisse im Globalen Süden sind eine Folge davon, dass hierzulande auf gar keinen Fall eine Konsum-Reduktion stattfinden soll. Der Konsum, der auch der sozialen Positionierung dient, steht für ein Aufstiegsversprechen gegenüber jedermann & jederfrau. Deshalb gibt es auch keine Massenbewegung für Konsumverzicht, noch nicht einmal gegen den Luxuskonsum. Selbst die Propagandisten des "Grünen Wachstums" können sich nicht zu einer Superreichen-Steuer durchringen, um das "Grüne" in ihrer Ideologie-Bezeichnung zu finanzieren.

Das Ziel des "Grünen Wachstums" besteht darin, unter allen Umständen jede Verhaltensänderung des geneigten Publikums entbehrlich zu machen. Erreicht werden soll dies durch eine extreme und unrealistische Naturbeherrschung. Mit exzessivem Technoismus soll von den Strukturschwächen des Kapitalismus abgelenkt werden, die im angebrochenen Andropozän mit seiner "neuen Unzuverlässigkeit der Natur" zu Tage getreten sind. Eine grenzenlose Technologiegläubigkeit tritt an die Stelle von Wissenschaftlichkeit, *übrigens propagiert überwiegend von Nicht-Naturwissenschaftlern oder solchen, die im Sold von entsprechenden Interessengruppen stehen.*

Einigermaßen konkrete Zielsetzungen werden in die Zukunft geschoben und bleiben ohne Umsetzungspläne, weil keine erprobten Technologien verfügbar sind. Das Szenario für das 2-Grad-Ziel kalkuliert mit dauerhafter CO<sub>2</sub>-Einlagerung in großem Stil; der Stand der Dinge verharrt aber bei schmalen Ergebnissen auf Experimentier-Level, begleitet von lautem Hoffungsgetöse in der Petro-Industrie, die an den Erfolgsfall glaubt, weil sie dann jedes Barrel Öl aus der Erde emporholen dürfte. Ein Gewusel unausgereifter Technologien produziert ein extremes Hinterherhinken hinter allen Zeitplänen: selbst der Ausbau erneuerbarer Energie gehört dazu, gemessen am geplanten Strom-Mix, auch deshalb, weil zwar der Betrieb nachhaltig ist, aber die Herstellung der Anlagen stark CO<sub>2</sub>-emittierend: toxischer Dreck für saubere Energie (z.B. Abbau von Kupfer, Lithium usw.). Heilsversprechungen wie Kreislaufwirtschaft & Recycling kommen nicht vom Fleck: Experten erwarten im Jahr 2040 für Lithium nicht mehr als 12% Recycling-Quote. Das Wundermittel "Grüner Wasserstoff" für nachhaltiges Fliegen? Unverbindliche Zukunftsmusik. *In Frankfurt hat der lokale Verkehrsverbund gerade seine Wasserstoff-Fahrzeuge wegen technischer Unzuverlässigkeit wieder außer Betrieb genommen.* Manche Elektro-Monster-Autos sind umweltschädlicher als kleine Verbrenner. Ohne massive Gegenmaßnahmen könnte 2050 im Verkehr der CO<sub>2</sub>-Ausstoß höher sein als heute. Die Lösung "Verkehrsvermeidung"? Passt nicht in die Ideologie des "Grünen Wachstums", die auch unverdrossen die grenzenlose Verfügbarkeit von Energie in Aussicht stellt.

Die prosperitätshörigen Staaten haben weder die Macht noch ein Interesse an der Überwindung des Wachstumszwangs, obwohl eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung nicht in Sicht ist und die Rebound-Effekte weiterhin ungebremst um sich greifen. Offenbar wird das Wachstum auch immer noch für geopolitische Überlegenheitsträume genutzt. In denen hat Abrüstung,

auch industrielle, überhaupt keinen Platz. Kein Wunder, dass das jährliche Datum der planetaren Übernutzung immer weiter nach vorne rückt.

Jens Beckert erachtet die kapitalistischen Wachstumsstrukturen nicht für haltbar. Er kritisiert aber den fehlenden "Masterplan" für ihre Überwindung. *Diese Kritik ist durchaus berechtigt. Das Defizit liegt daran, dass die Zunft der (Mainstream-) Ökonomen sich um diese Aufgabe in gnadenloser Ideologie-Verbissenheit herumdrückt. Es kommt einfach nichts, Man kann in diesem Zusammenhang mit Fug und Recht die Wissenschaftlichkeit dieser merkwürdigen Fachleute anzweifeln. Es gibt nur wenige rühmliche Ausnahmen (z.B. Peukert, Paech). Aber auch diese haben es bisher nicht geschafft, die offene Flanke zu schließen.*

*Völlig unlogisch jedoch ist es, wenn sich Beckert aufgrund dieser Unvollkommenheit wachstumsüberwindender Ansätze dann doch wieder den Strukturen zuwendet, die er zuvor nach allen Regeln der Kunst als untauglich entlarvt hat. Er erwartet bei "Systemveränderungen" massive "Kämpfe". Meint er gar Kriege? Und was erwartet er beim Klima-Kollaps aufgrund von ungebremstem Wachstum? Dazu überlegt er sich kein Szenario und behandelt auch keines von jenen, die in der Literatur bereits existieren.*

*Das kann nicht überzeugen. Was Beckert vermutlich selbst weiß. Er stellt ein paar sehr allgemeine Vorschläge zusammen:*

- einen Ausgleich zw. Bevölkerung, Wirtschaft & Politik (mit Gewinnmargen für die Unternehmen)
- die Bildung von "Klimaschutz-Koalitionen"
- "Loyalität der Bevölkerung" gegenüber dem für den Klimaschutz werbenden Staat, auch bei (vordergründig) nachteiligen Maßnahmen
- Ausgleich von sozialen Belastungen
- Prosperität für staatliche Steuereinnahmen (auch Steuererhöhungen) und eine Daseinsvorsorge unabhängig von "Märkten"

*Wieso fordert er all dies nicht als flankierende Maßnahmen bei der Überwindung der schädlichen kapitalistischen Strukturen? Dies ist ein gravierender Widerspruch, allerdings nicht der einzige: er kritisiert das Schielen nach Mehrheiten statt nach Lösungen, tut das stellenweise aber selbst (es ist die falsche Reihenfolge und führt zu Denkverboten); er fordert die "Mobilisierung moralischer Ressourcen", warnt aber - wie viele andere ängstliche Diskutanten auch - vor dem "moralischen Zeigefinger" - als könne man moralische Aspekte, die einfach permanent existent sind wie das tägliche Wetter, für irgendwelche Anbieterungszwecke abschalten wie eine Stehlampe.*

*Trotz allem: Jens Beckert hat nicht nur ein kenntnisreiches, sondern auch zutiefst aufrichtiges Buch verfasst. Man kann sein Unbehagen an der aktuellen Situation auch zwischen den Zeilen regelrecht spüren. Könnte man dieses Maß an Wahrhaftigkeit in allen Diskussionen zur Einhegung des Klimawandels konstatieren, wären wir bei der Lösung des Problems schon viel weiter.*

*Rolf Oesterlein, 27.11.2024*

—

---

**Erscheinungsdatum: 1.2.2024**

## **Bruno Kern: Industrielle Abrüstung jetzt! Abschied von der Technik-Illusion**

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

Das Buch von Bruno Kern umfasst zwar nur knapp über 200 Seiten, *ist aber vollgepackt mit Fakten und Forderungen, die zielgerichtet die brisanten Knackpunkte des komplexen Themas ansprechen, durchaus auch in streitbarer Form.* Diese beginnt schon im ersten Kapitel, das man als evolutionsphilosophischen Diskurs bezeichnen könnte, der nicht ohne das Rekurrenieren auf den Säulenheiligen Marx auskommt (über den Kern auch schon anderweitig publiziert hat, u.a. in seiner Dissertation). Was er unter (industriellen) "autonomen Entscheidungsprozessen" versteht und inwiefern diese Negativ-Ereignisse wie z.B. Dammbüche verhindern würden (das legt er nahe), *das erschließt sich (dem Nicht-Marx-Kenner?) nicht. Das gilt auch für das Gegensatz-Paar "produktive Selbsttätigkeit" und "Zentralisierung" mit der pauschalen Aversion gegen letztere. Und wer könnte derzeit "ex cathedra" entscheiden, ob in einer gelingenden Zukunft eher handwerkliche oder industrielle Produktionsverfahren vorherrschen sollten?*

Das zweite Kapitel befasst sich mit einigen für die Klimawandel-Bekämpfung "gesetzten" Zukunftstechnologien, allen voran mit dem Ökostrom. Zunächst wird dessen quantitative Unendlichkeit zurecht angezweifelt, die von "Greenwashern" (steht verkürzt für die Verfechter von "Grünem Wachstum" als Ersatz für gesellschaftliche und verhaltensorientierte Veränderungen) unterstellt wird, wenn man nur alle Energie-Formen "elektrifiziert" hätte. Es wäre natürlich besonders überzeugend, wenn jemand einmal ausrechnen würde, welche Mengen möglich und welche gewünscht sind, aber die Technologie-Freaks halten sich hier sehr bedeckt und argumentieren immer nur qualitativ. Auch die grüne Wasserstoff-Träumerei wird (*angemessen kritisch*) dargestellt, ebenso die Konkurrenz der Biomasse zwischen Energie- und Lebensmittel-Bedarf. Ebenso werden die erforderlichen Ressourcen bei der E-Auto-Produktion *treffend* problematisiert. Die Rolle des Recycling mit seinen erbärmlichen aktuellen Quoten (und seinem erheblichen Energie-Bedarf) wird ebenfalls ins richtige Licht gerückt. *Die Prognosen für die Zukunft sollte man hierbei allerdings den Greenwashern überlassen und dann mit der Realität kontern. Auch eine Argumentation mit dem physikalischen Begriff der "Entropie" kann man sich sparen, weil er - wiewohl durchaus zutreffend - selbst den Physikern zu komplex ist. Ähnliches gilt auch für gelegentliche weitere Physikbuch-Ausflüge mit etwas willkürlich wirkender Detail-Verliebtheit. Zum zustimmenden Zitieren sollte man auch nicht unbedingt den Professor Hanns Werner Sinn heranziehen: der Mann ist ein - zum Glück emeritierter und aus der fast täglichen Tagesschau-Präsenz verschwundener - ideologisch festbetonter Mainstream-Ökonom, der vielleicht auch einmal zu einem zutreffenden Statement fähig ist, aber insgesamt keinerlei Vertrauen verdient.*

Im dritten Kapitel macht sich der Autor die Mühe, fast jede technologische "Schnapsidee" aufzugreifen und kritisch zu beleuchten, etwa das unwirtschaftliche Kernenergie-Revival, die never-ending Story der Kernfusion, das Geo-Engineering als riskantes Groß-Experiment (*beim CCS ist der Energiebedarf pro Tonne im großtechnischen Rahmen vermutlich noch gar nicht bekannt.*) Es folgen finanzpolitische

Maßnahmen wie der Emissionshandel (einschließlich der verlogenen Kompensationsmöglichkeiten), die CO<sub>2</sub> - Bepreisung mit ihrem Widerspruch zwischen ökologischer Steuerungswirkung und fiskalischem Nutzen der Einnahmen (die Schweden praktizieren das übrigens bereits seit über 30 Jahren mit geringem Erfolg für die Ökologie) oder das hierzulande immer noch nicht verabschiedete Klimageld. Das alles soll trotz begrenzten Nutzens als ökologisches Allheilmittel die marktradikale Ideologie retten und weitergehende, effizientere "ordnungspolitische Eingriffe" verhindern.

Mit der Technologie-Kritik begonnen hat schon 1972 der Club of Rome. Ausgeräumt worden ist das alles nicht. Heute wirken auch z.B. die Düngemittel schwächer als früher, und dann braucht man immer mehr und stärkeren "Tobak". Auch die erneuerbaren Energien erfordern ohne Degrowth immer mehr Ressourcen. Es bleibt vollkommen unklar, auf welche Weise Leute wie Habeck (Grüne) und Ernst Ulrich v. Weizsäcker den "Wohlstand" hierzulande davon abkoppeln wollen. Der Autor spricht auch das brisante Thema Demographie an (*wobei die Senkung der Geburtenrate nicht mit der Industrialisierung, sondern der Erhöhung der Lebenserwartung verknüpft ist, was keineswegs dasselbe ist*). *Prompt tappt er auf dem verminten Gelände allerdings in eine der fatalen Fallen, indem er den ökologischen Raubbau der "imperialen Lebensweise" durch ein Drehen an den "reproduktiven Rechten" der Privilegierten abmildern will.*

Das entscheidende Kapitel in Bruno Kerns Buch ist das sechste: "System change! - aber wie?" Hier werden konkrete Vorschläge für die "industrielle Abrüstung" dargestellt. *Dass diese einer Diskussion bedürfen, auch einer kontroversen, ist zu erwarten, ja nachgerade wünschenswert, sonst wären sie auch nicht fundiert. Gewiss, auch mit Maßnahmen (und vor allem Unterlassungen) aus dem "Grünen Wachstum" muss man sich (leider) kontrovers herumschlagen, aber das ist etwas völlig anderes: dort bewegt man sich in einer von Realitätsflüchtlingen übervölkerten Sackgasse.*

Hier jedoch ist klar: Systemkritik ohne Degrowth reicht nicht, eine schmalere materielle Basis in der Zukunft ist unvermeidlich. Die knappen Ressourcen müssen demokratisch kontrolliert und zugeordnet werden. Einen motorisierten Individualverkehr wird es dauerhaft nicht geben; ein öffentlicher Anteil von vielleicht 10% wird verbleiben. Ein grenzenloser Ausbau des ÖPNV und der Bahn wird ökologisch nicht tragbar sein; letztere wird um eine Geschwindigkeitsreduzierung nicht herumkommen (*die man auch nicht durch eine erhöhte Taktfrequenz energetisch konterkarieren darf*). Man muss vielmehr die Mobilitätszwänge abbauen, durch Sesshaftigkeit die Flugreisen obsolet machen (was für 90% der Weltbevölkerung bereits heute der Fall ist). Der Fernhandel ist zu minimieren, die unentbehrlichen Transporte sind von fossilen Dreckschleudern auf Segelschiffe umzustellen. Zu warnen ist vor der Digitalisierung als Energiefresser; für die KI wird ab 2030 30% des gesamten Strombedarfs prognostiziert. *Überzogen ist allerdings, die private Computer-Anschaffung nur "auf Antrag" zu erlauben; andererseits ist aus Energiegründen auch bei Kreislaufwirtschaft und Recycling Vorsicht geboten.* Die Bautätigkeit muss aus Ressourcengründen massiv optimiert werden; die Holz-Überbeanspruchung einerseits als Baustoff und fossilen andererseits als CO<sub>2</sub> - Senke ist aufgrund von Waldbränden und Trockenheitschäden bereits eingetreten.

*Diese Beispiele skizzieren zwar den bevorstehenden Weg, aber keinen "Masterplan" für die Realisierung. Ohne eine umfassende Quantifizierung kann man nichts Genaues darüber sagen, was z.B. in der chemischen Industrie (Medikamente), der Landwirtschaft (Ernährung)*

*oder bezüglich der Arbeitsplätze in der verstärkt notwendigen Subsistenzwirtschaft geschehen wird. Mit welchen "einfach durchsetzbaren ordnungspolitischen Maßnahmen" könnte man denn beginnen, ohne die komplexen Interdependenzen zu unterschätzen? Fängt man mit der Kerosinbesteuerung an oder gleich mit drastischen ordnungspolitischen Maßnahmen zur Flugreduzierungen? Was erlauben die Kräfteverhältnisse? Kommt man mit der Aneinanderreihung von Einzelschritten progressiven Handelns vorwärts oder muss man nicht eher die dystopischen Systemänderungen planen und umsetzen, um die einzelnen Maßnahmen dann sozial abgefedert realisieren zu können, damit nicht z.B. die Streichung umweltschädlicher Subventionen durch wegfallende Arbeitsplätze eine Akzeptanz-Krise heraufbeschwört?*

Kurz gefragt: wie kommt man, zur Reduktion des Ressourcen-Verbrauchs, aus dem kapitalistischen Wachstumszwang heraus? Dieser wird *übrigens nicht durch das Konkurrenz-Prinzip hervorgerufen, sondern durch die auf zinstreibenden Krediten der Geschäftsbanken beruhenden Geldschöpfung. (Näheres hierzu siehe Literaturliste in Mathias Binswanger: "Geld aus dem Nichts. Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen" und vom gleichen Autor "Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben")*

Wenn die aktuelle Geldtheorie die Ursache für den Wachstumszwang ist (und nicht etwa die Gier der Kapitalisten, obwohl es diese natürlich durchaus gibt), kann der Zwang nur durch die Veränderung der Geldschöpfung überwunden werden. Hierzu hat u.a. Helge Peukert einen Ansatz vorgelegt (Vollgeldsystem mit Zentralbankgeld, siehe Literaturliste, **"Klimaneutralität jetzt! Politiken der Klimaneutralität auf dem Prüfstand"**). Der Staat wird dadurch unabhängig von wachstumsgetriebenen Finanzmärkten und Steuereinnahmen, und das verändert u.a. auch völlig die Situation im Zusammenhang mit der sog. "Schuldenbremse". Bruno Kern zitiert in seinem Buch diesen Ansatz von Peukert und verschafft sich dadurch nach meinem Kenntnisstand ein Alleinstellungsmerkmal, denn die meisten Autoren drücken sich um dieses ganze - zugegebenermaßen sehr komplexe - Thema herum.

*Dies liegt allerdings daran, dass es an einer ausführlichen Ausarbeitung dieses Ansatzes fehlt. Eine solche wird dringend gebraucht, um die vorgenannten Fragestellungen bearbeiten zu können. Ein entsprechender intensiver, auch ungeduldiger Wunsch geht deshalb an "plurale Ökonomen" wie Helge Peukert, diese entscheidende Lücke endlich zu schließen. Von den Mainstream-Ökonomen ist hier rein gar nichts zu erwarten, weil sie in ihrer ideologischen Verbhrtheit an ihren kapitalistischen Dogmen nicht rütteln, auch wenn die Welt zuschanden geht. Und tatsächlich blockiert dieses geldtheoretische Manko jede denkbare Transformation, die nicht im Bereich des für einen Klimawandel-Stopp unzureichenden "Grünen Wachstums" verharren will.*

Im Folgenden wendet sich Bruno Kern einigen Protagonisten zu, die er im Widerspruch zu seinen politischen Einstellungen sieht. Nicht etwa den Greenwashern, die hat er ja bereits in den ersten Kapiteln auf der Maßnahmen-Ebene kritisch gewürdigt. Der Text wird nun streitlustiger, aber auch anfechtbarer.

Als erster bekommt Franz Groll sein Fett weg, weil er Degrowth im Kapitalismus für möglich hält. Die Kritik ist berechtigt, wertet den Ingenieur, der gelegentlich auf attac-Sommerakademien auftritt (ansonsten aber kaum), jedoch etwas über Gebühr auf. Dann ist der österreichische Wirtschaftsgeograph Christian Zeller an der Reihe (vgl. Literaturliste **"Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen"**). Er ist wohl deshalb für Kern eine wichtige Reibungsinstanz, weil beide

"ökosozialistische" Positionen beanspruchen, aber eben nicht die identischen. Der Soziologe Klaus Dörre schließlich ist der Dritte im Bunde, dem er "Sozialchauvinismus" vorwirft, also: das soziale Wohlergehen nicht weltweit zu fordern; auch *er ist in unserer Literaturliste vertreten (Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution)*, auch mit einem ausführlichen Kommentar.

Auch die Gewerkschaften hierzulande werden kritisiert. In der Tat sind „Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich“ Wachstumstreiber und im Klimawandel nicht zukunftsfähig. Die Klientel-Fixiertheit, die etwa neu entstehende Arbeitsplätze in einer demechaniserten Landwirtschaft im Rahmen einer Transformation nicht wahrnimmt, verhindert leider meistens, dass Gewerkschaften über kurzfristigen und nur vermeintlichen Interessen die auf lange Sicht existentiellen Bedürfnisse ihrer zahlenden Mitglieder beim Klima-Thema angemessen berücksichtigen. *Es ist allerdings Vorsicht geboten: Man kann nicht im Vorgriff auf zukünftige materielle Rückgänge jetzige Tarifkonflikte als notwendigen sozialen Ausgleich in Abrede stellen. Es wäre ein Denkfehler, ausgerechnet die sozial Schwächsten in Vorleistung treten zu lassen. Genau dieser (von rechts verbreitete) fatale Eindruck sorgt derzeit für Akzeptanz-Probleme bei der Transformation; die einschränkende Relativierung in Kerns Text reicht zur Widerlegung dieses Eindrucks eher nicht aus.*

Besonders schlecht zu sprechen ist der Autor auf informelle und zivilgesellschaftliche Gruppierungen wie "Fridays for Future" oder die "Letzte Generation". Untermuert durch Zitate von Nico Paech (*dessen z.T. höchst ambivalente Positionen im Kommentar zu seinem Buch "All you need is less. Eine Ökonomie des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht" auf dieser Website ausführlich gewürdigt sind*), *verkennt Kern - genau wie der Zitatgeber - die Rolle und die Aufgabe solcher Akteure: sie sollen in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit für das Thema hervorrufen und nicht die perfekte Lösung entwickeln. Sie an letzterem zu messen, ist abwegig.*

Als nächstes ist der IPCC dran. *Es fängt mit dem logischen Faux-Pas an, eine 1988 (von der UNO) gegründete Organisation mit einem Zitat aus 1979 (von Habermas) zu kritisieren: letzterer kann nicht gemeint haben, was Kern (vielleicht) meint. Überholte (weil zu alte) Zitate ziehen sich übrigens durch das ganze Buch, etwa wenn es um die technische Einschätzung von Brennstoffzellen geht. Bemängelt wird vom Autor, dass die "Arbeitsgruppe III" des IPCC, die zusammenfassende Bewertungen technologischer Vorschläge zur politischen Entscheidungsfindung zu erstellen hat, sich kaum mit kapitalismussprengenden Degrowth-Mechanismen beschäftigt. Er erkennt dabei, dass der Auftrag für die Arbeitsgruppe sich nur auf die Betrachtung existierender, nicht die Entwicklung neuer, innovativer Technologien erstreckt - so wie die Kompetenz des IPCC nicht in der Durchführung neuer Studien, sondern nur in der Einordnung bereits existierender besteht. Wenn etwas fehlt (und es fehlt wahrlich eine ganze Menge), ist es auftragsgemäß nicht das Versäumnis des IPCC .*

Auch die schwierige Balance zwischen Alarmismus und Verharmlosung, die der IPCC zu finden hat, *scheint den Nicht-Naturwissenschaftler grundsätzlich zu irritieren. Sie liegt aber im Wesen der Sache: Zukunftsprognosen fußen zwingend auf Annahmen, und diese sind nicht "beweisbar". Die Ergebnisse können nur in Wahrscheinlichkeiten und / oder behaftet mit systembedingten Messfehlern angegeben werden. Ohne auf diese Ebene hinabzusteigen, ist ein 2-Seiten-Bashing unqualifiziert. Kern vergisst offenbar, dass er ohne die IPCC-Daten im Sachgebiet seines Buches völlig nackt und hilflos umherirren würde. Vor allem ignoriert er die Rolle des IPCC als Garant gegen Korruption: die etwa bis zu 1500*

*Naturwissenschaftler sind auch durch die finanzstarke Lobby-Phalanx z.B. der Petro-Industrie als Ganzes nicht zu knacken, im Unterschied zu manchem singulären Lehrstuhl-Inhaber. Der Vorwurf, (ausgerechnet!) der IPCC betreibe das Geschäft der Klimawandel-Leugner, ist an Absurdität kaum zu übertreffen, denn es verhält sich genau andersherum: gerade Kerns unbegründete Beckmesserei lässt sich bequem vom fossilen Lager instrumentalisieren. Da hat sich der Autor gründlich verhoben, vermutlich deshalb, weil auch die entsprechenden Kapitel bei Helge Peukert ("Klimaneutralität jetzt!", 2021 mit Update 2022), auf die er sich zitierend bezieht, im Gegensatz zu dem ansonsten sehr aufschlussreichen Werk wenig überzeugend sind (es war schon in der Schule fatal, Falsches abzuschreiben ....)*

Nach eigenem Bekunden führt Bruno Kern auch Umfragen durch, und zwar bei Klima-Aktivisten, also jenen, die u.a. auch auf die Straße gehen. Er will das richtige politische Bewusstsein testen. Und stellt fest: es lässt zu wünschen übrig. Er zitiert wiederum ausgiebig Nico Paech, der Ähnliches konstatiert hat. *Dem bedauerlichen Sachverhalt ist in der Tat nicht zu widersprechen; dafür gibt es zahlreiche weitere Belege. Was ist daraus zu schließen? Auf jeden Fall, dass Publizisten wie Kern, Paech & andere nicht ausreichend durchdringen (rührt daher vielleicht ein Neidgefühl gegenüber kommunikativen Schwergewichten wie FFF?). Aber bei Kern klingt eine elitäre Haltung durch, als dürften Menschen, die richtige Dinge aus intuitiven und / oder emotionalen Motiven tun wollen (und nicht aus wohlüberlegten analytischen), nicht mitmischen. Warum? Wegen der fehlenden Glaubwürdigkeit! Gegenüber wem? Wieder wird Paech zitiert: (Solange das mit der Glaubwürdigkeit nicht passt,) "..... wird der RWE-Vorstand um gute Ausreden nicht verlegen sein." Na und? Seit wann ist den Umwelt-Schurken, ausgerechnet den Umweltschurken, erlaubt, mit dem Finger auf irgendwen oder irgendwas zu deuten, um von den eigenen Schurkereien abzulenken? Glauben die Herren umgekehrt, die perfekte Vorbildhaftigkeit der gesamten Menschheit würde die Schurken beeindrucken und zum Einlenken bewegen?*

*Die Französische Revolution hätte niemals stattgefunden, wenn damals Anführer vom Schlage Kerns & Paechs an der Spitze der Bewegung gestanden hätten: alle potentiellen Kombattanten wären durch die Aufnahmeprüfung gefallen, die die beiden auf Anforderung von König Ludwig XVI. oder in vorauseilendem Gehorsam durchgeführt hätten. Leider ist es seit den 1968er Jahren unter den Linken ständig zu beobachten, dass Abgrenzung vom nächstgelegenen Umfeld wichtiger ist als das große Ganze. Man ertrinkt im Feintuning, ohne das Grobtuning überhaupt angegangen zu haben. Wer eine andere Schuhgröße hat, darf nicht mitdemonstrieren. "Sektierertum" nannten die Soziologen das 1968. Der Begriff ist weitgehend verschwunden, die Sektierer sind es nicht und bringen die Linke um die Früchte ihrer (soweit vorhanden) moralischen und intellektuellen Überlegenheit.*

Es ist kein Wunder, dass Leute wie Bruno Kern und Nico Paech (zumindest verbal) den Hedonismus verteufeln. Dabei ginge es auch weniger sauertöpfisch, wenn man ihn und seine Anziehungskraft einfach "klimafreundlich" (Peukert) umlenken würde - beispielsweise auf das Verfassen und Rezensieren lesenswerter Bücher.

Rolf Oesterlein, 2.12.2024

**Transparenz-Hinweis:**

Bruno Kern ist gelegentlich bei der Mainzer **attac**-Regionalgruppe präsent und insofern dort bekannt.

**Erscheinungsdatum: 28.12.2023**

**Friederike Otto: Klimaungerechtigkeit.** Was die Klimakatastrophe mit Kapitalismus, Rassismus und Sexismus zu tun hat

Die globale Erwärmung ist mittlerweile neben den neuen geopolitischen Friktionen zu einem zentralen Thema der internationalen Debatten geworden, wie etwa ein warnender Bericht der Europäischen Umweltagentur vor kurzem zeigte. Wir verfügen über zahlreiche Studien, Prognosen, Szenarien, Grafiken und Temperaturkurven. Weniger im Blickfeld haben wir, dass der menschengemachte Klimawandel wesentlich auch ein soziales Problem ist, weil eben die Betroffenheiten von den Folgen der Erwärmung sehr unterschiedlich ausfallen. Diesem Thema widmet sich seit vielen Jahren Friederike Otto, bekannt geworden durch den mit ihrem Kollegen Benjamin von Brackel verfassten Bestseller „Wütendes Wetter“. In ihrem neuen Buch „Klimaungerechtigkeit“ richtet die Klimawissenschaftlerin den Scheinwerfer auf jene, die bereits jetzt massiv unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden.

Das 1,5-Grad-Ziel sieht die Autorin als ambivalenten „Kompromiss zwischen Toten, Schäden und Verlusten auf der einen Seite und Profiten aus dem Verbrennen fossiler Brennstoffe auf der anderen“ (S. 12). Im Klartext: Das 1,5-Grad-Ziel wird für viele Menschen dennoch Chaos und Zerstörung bedeuten. Otto macht deutlich, dass neben der Zunahme der Wetterextreme auch andere Faktoren eine Rolle spielen. Sie nennt drei davon: „Die Naturgefahr, die Art und Weise, wie wir ihr ausgesetzt sind – die Forschung spricht hier von Exposition –, und die Vulnerabilität, also die Verletzlichkeit, mit der wir ihr gegenüberstehen“ (S. 14) Am Beispiel der dramatischen Überschwemmungen 2022 von Mai bis Oktober in Westafrika: Besonders betroffen waren die etwa 30 Millionen Bewohner:innen des Nigerdeltas in Nigeria, deren Hab und Gut einfach weggeschwemmt wurde. Es hätte in dieser Region schon längst ein Staudamm gebaut werden müssen, der das Wasser auffängt. Aber dieser wurde nicht gebaut, so Otto.

### **Exposition und Vulnerabilität**

Zu den ungleich verteilten Folgen der zunehmenden Wetterereignisse kommen also die ungleichen Ressourcen, sich dagegen zu schützen. Exposition und Vulnerabilität sind für Otto daher Faktoren, die beide in den Blick genommen werden müssen. Eine Schlussfolgerung der Autorin: „Was mich Extremereignisse vor allem gelehrt haben, ist, dass die Klimakrise eine Krise ist, die hauptsächlich durch Ungleichheit und die nach wie vor unangefochtene Vorherrschaft patriarchaler und kolonialer Strukturen geprägt ist, die zudem verhindern, dass ernsthaft Klimaschutz betrieben wird“ (S. 18). Es gehe bei Klimapolitik daher um Menschenrechtspolitik. Otto dazu pointiert: „Das Pariser Klimaabkommen ist ein Menschenrechtsvertrag, kein Vertrag zum Schutz von Eisbären und kein Almosenvertrag zur Unterstützung des Globalen Südens“ (S. 26).

„Hitze“, „Dürre“, „Feuer“ und „Flut“ lauten die Kapitel des Buches. In diesen macht die Klimaforscherin an zahlreichen Beispielen deutlich, wie ungleich nicht nur die Treibhausgas-Emissionen nach Ländern und sozialen Schichten verteilt sind, sondern auch die Folgen davon. Dabei gibt es durchaus wissenschaftlich geführte

Datenbanken über Katastrophen, doch die Datenlage sei zum Beispiel für Afrika aufgrund nur rudimentärer Wetterdienste völlig unzureichend, zudem würden beispielsweise Hitzewellen je nach Region sehr unterschiedlich definiert. Otto spricht neben dem Feilschen um die Entschädigungszahlungen für Klimaschäden – man spricht hier von „Attributionsforschung“, also wieweit Schäden dem menschengemachten Klimawandel zuzurechnen sind, auch von einem „medialen Faktor“: „Internationale Medien interessieren sich nicht für das, was in Afrika passiert“ (S. 85). Kritik übt die Autorin auch an der praktizierten Entwicklungszusammenarbeit, die viel zu wenig auf den Klimawandel abgestimmt sei. Beispielsweise bräuchten afrikanische Länder bedeutend mehr Frühwarnsysteme und Anpassungsstrategien.

„Und jetzt?“ – so die Frage im Schlusskapitel. Otto kritisiert das Arbeiten mit der Angst etwa im Kontext von Kipppunkten („Angst macht Auflage, doch zum Handeln regt sie nicht an.“ S. 291), sie plädiert vielmehr dafür, die Auswirkungen des Klimawandels auf konkrete Menschen und zudem die Co-Benefits von wirksamer Klimapolitik für Lebensqualität, Gesundheit u. a. in den Mittelpunkt zu stellen.

### **Ein Buch, das aufrütteln möchte**

Resümee: Ein Buch, das aufrütteln möchte. Ein Plädoyer dafür, die Klimakrise nicht ausschließlich als physikalisches Problem, sondern vor allem als gesellschaftliches zu thematisieren. Denn: „Natürlich brauchen wir eine Transformation dessen, wie wir Energie gewinnen. Vor allem aber brauchen wir eine Transformation dessen, wer wie am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, wie politische und wirtschaftliche Macht genutzt wird, wer die Entscheidungen trifft“ (S. 28).

*Hans Holzinger*  
*"pro Zukunft". Buch-Magazin für zukunftsweisende Debatten, 3/2024*

---

**Erscheinungsdatum: 19.10.2023**

**Anders Levermann: Die Faltung der Welt. Wie die Wissenschaft helfen kann, dem Wachstumsdilemma und der Klimakrise zu entkommen**

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; *Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in Kursivschrift gesetzt.*)

Der Buchtitel ist vermutlich für jeden Nicht-Physiker / Nicht-Mathematiker unverständlich. Diese Tatsache kann Neugier wecken, aber sich auch als Bumerang erweisen und abschrecken. Der Autor Anders Levermann ist von der Ausbildung her theoretischer Physiker und an der Universität Potsdam als Professor für "Dynamik des Klimasystems" und am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung als Komplexitätsforscher tätig. Dort hat er auch mit dem "Chef-Ökonomen" Ottmar Edenhofer zusammengearbeitet und die Erkenntnis gewonnen, dass eine Lösung des Klima-Problems nicht ohne eine geeignete Anpassung des herrschenden

ökonomischen Systems möglich ist. Deshalb verknüpft sein vorliegendes Buch beide Sachgebiete.

Der Begriff der "Faltung" stammt aus der sog. "Chaostheorie", mit der Mathematiker und Physiker versuchen, komplexe Systeme mit vielen Wechselwirkungen zwischen chaotisch umherirrenden Bestandteilen zu beschreiben und möglichst auch noch zu berechnen. Die Erd-Atmosphäre mit ihrem Molekül-Chaos ist hierfür ein wahrhaft aus dem Leben gegriffenes Beispiel. Man muss die Chaostheorie allerdings nicht kennen, um Levermanns Buch lesen zu können, denn er erklärt das, was man zum Verständnis seiner Aussagen benötigt.

Die "Faltung" wird als Begriff benötigt, wenn ein System die Tendenz zu unendlichem Wachstum aufweist, jedoch nur endlicher Raum zur Verfügung steht. Prallen die Bestandteile dieses Systems an den Begrenzungen ab, können sie die Richtung ändern und auch andere ihrer Eigenschaften modifizieren - die Möglichkeiten der Diversifizierung bleiben, trotz des begrenzten Raums, unendlich groß. Das System wächst nicht mehr in den (begrenzten) Raum, sondern in die (unbegrenzte) Vielfalt. Dieser Wechsel wird Faltung genannt.

Man kann sich fragen, wo und warum denn überhaupt solche Systeme mit dem Drang zu unendlichem Wachstum in der Praxis vorkommen. Die Antwort: immer dann, wenn es Prozesse gibt, die sich selbst verstärken. Und die gibt es immer wieder. Eine Infektion fängt mit ein paar Erregern an, die sich schon im einzelnen Lebewesen eigenständig vermehren, erst recht, wenn ihnen der Sprung auf weitere Lebewesen gelingt - dann steht die Pandemie vor der Tür. Und das wahrhaft Bösertige (bei negativen Prozessen) ist, dass die Selbstverstärkung nicht "gemütlich" (also etwa linear), sondern explosionsartig (mathematisch: exponentiell) abläuft. Wenn man die Entwicklung noch einfangen möchte, sollte man das unbedingt vor dem "Kipp-Punkt" tun - hinter demselben wird es wegen des starken Anstiegs extrem schwierig oder gar unmöglich.

Die Begrenztheit unseres Planeten kann als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Das zu unendlichem Wachstum tendierende System ist unser aktuell praktiziertes Wirtschaftssystem: ohne ein stetes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) funktioniert es nicht und produziert sofort massive ökonomische und soziale Krisen (Näheres zu den Gründen und Ursachen in einigen Büchern auf der Literaturliste; siehe auch entsprechende Kommentare).

Levermann wendet nun das skizzierte Denkmodell der "Faltung" auf dieses Dilemma an. Da das ökonomische System aus einer unüberschaubaren Fülle von einzelnen Akteuren (Bestandteilen) besteht, deren Verhalten man nicht im einzelnen ermitteln oder gar vorausberechnen kann, liegt eine chaostheoretische Behandlung des Problems nahe. Man muss also geeignete "Faltungsgrenzen" suchen, die einerseits den verletzbaren Planeten und seine Bewohnbarkeit schützen und andererseits das BIP-Wachstum durch Umlenkung in die kreative Vielfalt ebenfalls am Leben erhalten. Und diese Faltungsgrenzen, das ist die zwingende Bedingung, müssen so kompromisslos geschlossen sein, dass es kein Durchkommen gibt, ohne Ausnahmen - sonst misslingt die Strategie.

Der Autor schlägt in seinem Buch fünf solcher Faltungsgrenzen vor. Sie stammen konsequenterweise aus den beiden betrachteten Sachgebieten - Planet (Geophysik)

und Ökonomie - und werden auch - nicht allzu detailliert - grundsätzlich begründet. Es sind;

- 1. Ende der Verbrennung fossiler Energieträger:** CO<sub>2</sub> - Emissionen müssen innerhalb der nächsten 20 Jahre weltweit auf null gefahren werden.
- 2. Ende des Rohstoffabbaus:** Irgendwann (!) dürfen dem Planeten keine Rohstoffe mehr entnommen, sondern nur noch Recycling- und nachwachsende Materialien verwendet werden (ausreichend nachhaltige Energie wird vorausgesetzt) .
- 3. Begrenzung der Unternehmensgröße:** Es darf keine Unternehmen "Too big to fail" geben, um das Primat der Politik in jedem Land sicherzustellen.
- 4. Begrenzung des Erbes:** Zur Angleichung der Start-Chancen für jeden Menschen wird die vererbte Summe begrenzt - Vorschlag: auf 2 Mio € (Grenzwert soll demokratisch ausgehandelt werden).
- 5. Begrenzung des Einkommensunterschieds:** Zur Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts soll die Gleichheit vor dem Gesetz und bei der demokratischen Teilhabe durch die Begrenzung des Einkommensgefälles hergestellt werden - z.B. maximal Faktor 100 (Wert soll ebenfalls demokratisch ausgehandelt werden).

Diese "Faltungsgrenzen" sind erschreckend rabiät. Aber sie sind zweifellos sowohl ökologisch als auch sozial. Sie üben damit Druck aus zugunsten einer sozial-ökologischen Transformation. Sie werden nicht detailliert, weil angeblich zu viele "mikroorganisatorische Vorschriften" Bevormundungsängste wecken, die die Akzeptanz des Ganzen gefährden. *Das kann man allerdings auch genau umgekehrt sehen: die Akzeptanz wird gerade deshalb verfehlt, weil viele Menschen damit überfordert sind, sich vorzustellen, was auf sie zukommt. Es ist auch eine bequeme Strategie, aber genauso eine riskante: es könnten beim "Feintuning" schwer oder überhaupt nicht lösbare Probleme auftauchen, die zu einer Aufweichung der knüppelhaften Faltungsgrenzen führen - also genau das hervorrufen, was vermieden werden soll.*

*Es gibt jedoch noch einen wesentlich gravierenderen Pferdefuß in Levermanns Ansatz: wie sollte denn das (ökonomische) "System", also die Meute seiner agierenden "Bestandteile", seinen Faltungsweg in die rettende Vielfalt finden, ohne die lebenswichtigen Grenzen anzutasten und ohne andererseits sein Wachstum einzubüßen? Hier zeigt sich, dass der Autor ein "Marktgläubiger" ist: durch die aus den Grenz-Ziehungen resultierenden Zwänge werde die Kreativität der Marktteilnehmer explodieren, und der Wettbewerb werde alles zum Guten wenden. So wie das die Märkte immer getan haben, meint Levermann, ein nur leicht eingeschränktes Loblied singend. Er sagt selbst, dass es hier ums "Glauben" geht: "Wer an die Kraft des Marktes glaubt, ...." (S. 243) und "Jeder und jede, die an Wettbewerb und Freiheit als fundamentale gesellschaftliche Kraft glaubt, ....." (S,245). *Ums Prinzip Hoffnung also. Diese sollte man - natürlich! - nicht aufgeben. Aber ist das nicht ein bißchen wenig für einen gestandenen Forscher, einen Wanderer zwischen den Welten der Naturwissenschaft und der Ökonomie?**

*Der Rezensent des Deutschlandfunks meint, Levermann habe sein Buch wohl für Konservative und Liberale verfasst, um ihnen die schwer verdaulichen Faltungsgrenzen schmackhaft zu machen. Das mag sein und ist vielleicht sogar ein durchaus ehernwertes Bemühen. Aber wenn er, der systemisch denkende Naturwissenschaftler, ihnen das Problem des unangepassten Wirtschaftens nicht als ein grundsätzliches nahebringt, sondern als eine Ansammlung von*

*abzustellenden "Auswüchsen" verharmlost (allein auf S. 241 taucht diese Vokabel dreimal auf), verleugnet er sein Metier.*

*Wenn heute der ökonomische Wachstumszwang die Treibgas-Emissionen und Ressourcen-Vernichtung in bedrohliche Dimensionen treibt, gibt es grundsätzlich zwei Auswege: den Wachstumszwang zu überwinden oder ihn von der Umweltzerstörung zu trennen. Obwohl Levermann es nicht klar ausspricht, will er die zweite Alternative realisieren. Und es ist durchaus richtig: wenn tatsächlich die Emissionen und der Ressourcen-Abbau völlig versiegen würden und trotzdem BIP-Wachstum entstünde, hätte man die rettende Entkopplung geschafft. Aber es gibt leider keine Hinweise, dass diese zweite Alternative realisierbar sein könnte.*

*Einfach ist nur die Position der Marktgläubigen. Wenn man ihren Beispielen für die Brillanz der Marktkräfte desaströse Gegenbeispiele entgegensetzt, räumen sie - als Erklärung und/oder Ausrede - ein, das sei dann eben "Marktversagen", und zucken die Schultern. Dem drohenden Klima-Desaster ist's auch egal.*

*Rolf Oesterlein, 4.4.2024*

---

**Erscheinungsdatum: 1.8.2023**

**Susanne Götze & Annika Joeres: Durstiges Land. Wie wir leben, wenn das Wasser knapp wird**

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen der Autorinnen dar; *Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in Kursivschrift gesetzt.*)

Das Buch greift ein wichtiges Thema aus dem Bedrohungspotential des Klimawandels heraus: den auch in Deutschland zu befürchtenden Wassermangel. Im Vorwort wird die Situation in Europa kurz skizziert. So wurden in Frankreich während des Sommers 2022 rund 500 Kommunen durch Tanklastzüge mit Trinkwasser versorgt. In Deutschland sind in den letzten 20 Jahren 2,5 Gigatonnen (Grund-)Wasservorräte verloren gegangen, was alle früheren Prognosen überstiegen hat.

Um die oft als abstrakt empfundenen Aussagen der Klimaforscher zu veranschaulichen, haben die Autorinnen eine Darstellung in konkreten Szenarien gewählt. Für 6 Orte in Deutschland und in der Schweiz werden jeweils der "worst case" und der "best case" für die Zukunft in den 40er Jahren beschrieben. Der "worst case" stellt sich ein, wenn wir alles so weiterlaufen lassen wie bisher, also Klimaschutz allenfalls in Trippelschritten betreiben; der "best case" zeigt, was mit konsequentem Handeln - trotz aller bisher verpassten Chancen - noch erreichbar ist.

*Die Berechtigung einer „Veranschaulichung“ - auch wenn sie prognostisch und wegen der szenischen Ausgestaltung fiktiv ist - lässt sich nicht von der Hand weisen. Wer kann sich denn schon vorstellen, was eine Erhöhung von 1,5°C oder 2°C oder mehr bei einer **Jahresdurchschnittstemperatur** bedeutet? Wir kennen diese Temperaturunterschiede aus dem täglichen Wettergeschehen und müssen bei diesen geringen Differenzen noch nicht einmal eine andere Jacke anziehen - wozu also aufregen? Dass die Auswirkungen bei einem*

*Jahresmittel - also klimatisch - ganz anders zu bewerten sind, ist den Klimaforschern völlig klar, aber allen anderen nicht unbedingt.*

Der erste "inszenierte" Ort ist Berlin. Der "worst case" ist gekennzeichnet durch (in Schlagworten) privatisierte Wasserversorgung, Wassermangel, Trockenheit, fehlendes Grün, Müll-Berge, Atomreaktoren für Meerwasser-Entsalzung, verbreitete Armut, Flüchtlinge aus Südeuropa (als Urlaubsgebiete infolge von Katastrophen nicht mehr "benutzbar"), korrupten Kapitalismus, überforderte Behörden, private "Security" statt Rechtsstaat, schwache Medien und schwache Zivilgesellschaft (von den ständigen Krisen abgestumpft), Depression, Hoffnungslosigkeit. Grüne Bäume gibt es nur noch in den "gated communities", in die sich die Reichen geflüchtet haben.

*Leider erfährt man diesen Aspekt eher am Rande, obwohl er einen Fokus verdient hätte. Man würde dann verstehen, warum heute die Raffgier auf Kosten des Klimas bei großen Teilen der Reichen und Einflussreichen unvermindert weitergeht: sie hoffen - wie die Prepper - auf ihr Wohlergehen in den selbstgeschaffenen Ghettos, obwohl auch sie den Katastrophen wie Hurricanes, Überflutungen, Stromausfällen usw. ausgesetzt sind. Auch ihnen, wenn sie sich durchsetzen, wird weltweit der doppelte Raub an den Marginalisierten - ihnen die Ressourcen wegzunehmen und sinnlos zu verschleudern und die politische Teilhabe zu zerstören - letztlich nichts nutzen. Aber diese Aussicht verdrängen sie.*

Im "best case" gibt es eine "geregelt Mobilität": Kurzstreckenflüge sind verboten, Kerosin wird besteuert, Firmen bevorzugen zum Austausch Videokonferenzen, Fahrradwege verlaufen unter Solar-Paneelen, die Innenstädte sind autofrei, begrünt und entsiegelt. Wasser ist rationiert (tröpfchenbewässert werden nur Nutzpflanzen), wird nach dem Erst-Gebrauch mit Recycling in Trink-, Grau- und Schwarzwasser aufgeteilt und wiederverwendet. Soziale Kontrolle und Demos bekämpfen die Verschwendung. Flüsse werden umgeleitet oder verbunden für eine gerechte Wasserverteilung. Auf dem Land: viele Büsche & Mischwälder, es herrscht viel Selbstversorgung, eine 50:50 Arbeitsverteilung gewerblich / nicht gewerblich. Der Weg dorthin verlief disruptiv, mit Wirtschaftskrisen und Phasen der Angst & Depression.

*Beide Szenarien lassen eine Fülle von Aspekten weg, etwa die soziale und gesundheitliche Situation der Menschen (einiges kommt später beim Blick auf andere Orte.) Vor allem die Frage, wie die Wirtschaftskrisen bewältigt und die neuen ökonomischen Bedingungen erreicht wurden, bleibt unerwähnt. Die ökonomische Konzeptionslosigkeit und ihre Brems-Wirkung auf nahezu alle Transformationsbemühungen werden nicht angesprochen.*

Die weiteren Szenarien betrachten

- die Lage eines Rheinschiffers, dessen Wasserstraße sich in ein Rinnsal & eine Kloake verwandelt hat;
- die Schwerstarbeit eines Försters im Harz, dessen Wälder bereits heute durch Schädlingsbefall, Dürre und Brandkatastrophen auf der Kippe stehen;
- die Situation der Malocher in einer Frankenthaler Chemie-Fabrik, die zwischen ihren ökonomisch unentbehrlichen Arbeitsplätzen und dem Vergiftungsrisiko innerhalb und außerhalb "ihrer" Firma hin- und hergerissen sind;
- die Lebensbedingungen in den Schweizer Alpen, wo die Einkunftsquellen von Schnee- und Wassermangel auf der einen Seite und einem katastrophalen "Zuviel" auf der anderen wegbrechen - sei es der Tourismus oder die landwirtschaftliche Nutzung der Region;

- das Aufeinanderprallen von Arm und Reich im Umfeld eines Allgäuer Luxus-Ressorts, das für das Überleben im Dorf die einzige Rettung zu sein scheint.

Auf der Negativ-Seite tauchen z.B. auf: Entsolidarisierung, wenn unbelehrbare "Investoren" & Lobbyisten die Arbeitslosen gegen Ökologen aufhetzen oder man sich um Trinkwasser aus Kanistern balgt; Kommunen, die finanziell von Investoren abhängig sind; die Lokalpresse gehört den Umweltzerstörern; die Ernährungssituation wird prekär (Mangelernährung); es bilden sich Schwarzmärkte für Reiche; Lieferketten reißen; verzweifelte (Öko-)Bauern werden in den Suizid getrieben.

Außer der Eliminierung der Negativ-Treiber ist bei den positiven Szenarien zu vermerken: Rückgang des Konsums und des Warenumschlags; lokale statt exotische Produkte; der Rhein als Trinkwasser-Reservoir; Internalisierung der Umwelt-Kosten; Rückgang der Medikamentenflut (beim Konsum und im Trinkwasser), weil gesünder gelebt wird infolge der "künstlichen" Verteuerung des Ungesunden; ökonomische Kipp-Punkte stoppen umweltschädliche Produkte (Verbrennungsmotoren, Beton, Massentierhaltung ...); Fleisch-Ersatz und nachhaltige Baustoffe dominieren; eindeutige gesetzliche Prioritäten für die Verteilung des Wassers und anderer knapper Güter; Vorherrschaft einer demechanisierten "bäuerlichen Landwirtschaft".

*Auch für diejenigen, die sich mit dem Klimawandel schon länger befassen, sind die schlechten Szenarien beklemmend. Man spürt, wie lächerlich die heutigen fast schon panischen Abwehr-Reaktionen gegen harmlose Vorschläge wie den "Veggie-Day" sind - angesichts dessen, was auf uns zukommt. Man spürt auch, wie ätzend es ist, wenn die üblicherweise vielgescholtene "Bürokratie" überfordert und machtlos ist. Allein schon der Zusammenbruch der "bürokratischen Infrastruktur" ist eine Katastrophe. Und die fängt gerade an. Selbst der unwilligste Steuerzahler, der im Finanzamt seinen größten Widersacher sieht, sollte irritiert sein, wenn die rechtzeitig eingereichte Steuererklärung für 2022 erst 2024 zu einem Bescheid der Behörde führt. Misserfolge wie der Berliner Flughafen, der Stuttgarter Bahnhof, das Infrastruktur-Desaster der Bahn sind keine Management-Fehler, die immer mal vorkommen können, sondern Schritte einer Entwicklung in die "Worst-Case"-Szenarien. Zu verantworten ist das von denen, die immer noch oder vielleicht sogar immer mehr ihrem technologischen Größenwahn verfallen sind. Dazu gehört die gesamte Phalanx der "Greenwasher", die glauben, das Klima-Desaster allein mit technischen Hilfsmitteln - die zum großen Teil überhaupt nicht verfügbar sind - verhindern zu können.*

*Aufmunternd auf die Stimmungslage wirken sich in dem Buch die zahlreichen gute Ideen aus, die in den "besseren" Szenarien stecken. Aber nicht immer wird ersichtlich, welche konkreten Maßnahmen die Verbesserung herbeigeführt haben: ein "Klima-Anpassungsgesetz" wird erwähnt, aber nicht sein Inhalt. Dadurch kann man auch kaum beurteilen, ob und wie schwer oder leicht die avisierten Ziele durchsetzbar sein werden.*

*Aber das ist ja nicht unbedingt Sinn und Zweck des Buches. Die Autorinnen wollten den Wohlmeinenden und Aufmerksamen eine Hilfestellung zur klaren Sicht bieten. Das ist ihnen auch gelungen. Diejenigen, die in ihrem Kokon des Verdrängens verharren wollen, sollten das Buch auf keinen Fall lesen: das könnte ihren Kokon zerfetzen.*

Rolf Oesterlein, 8.2.2024

**Erscheinungsdatum: 24.5.2023**  
**Eva von Redecker: Bleibefreiheit.**

### ***Kernaussagen***

Eva von Redecker entwirft mit „Bleibefreiheit“ einen neuen Freiheitsbegriff für die postmoderne Welt. Der Ausgangspunkt ihrer Argumentation besteht in der Kritik, dass Freiheit bisher vor allem *räumlich* verstanden wurde, also als Reisefreiheit und als Areal der freien Entfaltung des Individuums. Dagegen plädiert von Redecker für eine Verzeitlichung des Freiheitsbegriffs: Es geht nicht mehr um Raumbeherrschung, sondern darum, unsere Freiheit in der Zeit zu bewahren und eine neue Zukunftsfähigkeit zu entwickeln. Dementsprechend identifiziert von Redecker zusätzlich zur räumlichen Dimension drei weitere Ursprünge von Freiheit: erstens unsere Sterblichkeit und unser Verhältnis zu der von uns gestaltbaren Lebenszeit; zweitens die Möglichkeit, radikale Brüche zu begehen und Neuanfänge zu gestalten; und drittens die Befreiung als einen sozialen Akt, der mehr Selbstbestimmung für alle verspricht. Bezogen auf unsere Gegenwart diagnostiziert von Redecker, dass der negative und antisoziale Freiheitsbegriff der liberalen Tradition angesichts der apokalyptischen Krisen und bedrohten Lebensgrundlagen an seine Grenzen stößt: Einen Ort zu haben, den man beleben und intakt halten kann, ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Die räumliche Bewegungsfreiheit kann mithin nicht ohne die zeitliche Dimension des Bleibens gedacht werden. Freiheit gibt es also nur dort, wo auch das Bleiben möglich ist.

### ***Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie***

In Eva von Redeckers Konzeption der Bleibefreiheit finden sich viele Verbindungen und Gemeinsamkeiten mit dem Freiheitsbegriff der Sozialen Demokratie, der in enger Verbindung mit Gerechtigkeitsfragen steht: Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann Gebrauch von seiner Freiheit machen. Die Relevanz dieses sozialdemokratischen Prinzips entfaltet sich besonders in der zeitlichen Dimension der Bleibefreiheit. Eva von Redecker zeigt auf, wie die Lebenserwartung hierzulande von den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Position innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung abhängt. Ein weiteres Grundprinzip des Freiheitsbegriffs der Sozialen Demokratie besteht in der Ermöglichung, seine Fähigkeiten zu entfalten und Gesellschaft und Politik aktiv mitzugestalten. Auch in Eva von Redeckers Konzept der Bleibefreiheit ist dieser soziale Aspekt positiver Freiheit zentral. Daher umfasst Bleibefreiheit den Akt kollektiver Befreiung ebenso wie das gemeinsame Übernehmen von Verantwortung für unsere Mitmenschen und die geteilte Welt.

### ***Votum***

Eva von Redeckers Essay liest sich zunächst als große Abrechnung mit dem Freiheitsbegriff der liberalen Tradition. Kritisiert werden dabei all jene Konzeptionen von Freiheit, die im Kern antisozial sind und vom Menschen als Einzelkämpfer ausgehen. Demgegenüber entwickelt von Redecker mit ihrem Konzept der sich zeitlich entfaltenden Bleibefreiheit einen neuen und reicher definierten linken Freiheitsbegriff. Als auch künftig lebbar Freiheit rückt die Bleibefreiheit die Erhaltung

unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen in den Vordergrund und geht von einem emanzipatorischen, sozialen Freisein aus. Bleibefreiheit lässt sich nur gemeinsam herstellen – und sie wächst, wenn wir sie teilen. Philosophisch betrachtet ist die Bleibefreiheit ein Appell, nicht vor der eigenen Sterblichkeit zu fliehen; politisch erfordert sie die nachhaltige Sicherung bestmöglicher Lebensbedingungen für alle.

Mag der häufig bemühte Dualismus aus Raum und Zeit stellenweise unterkomplex erscheinen, entfaltet sich im Verlauf des Essays dahinter doch ein vielschichtiger Entwurf eines neuen Freiheitsbegriffs. Eva von Redecker nimmt sich in ihrer Zeitkritik Raum für einen eingehenden Blick auf unseren Umgang mit der eigenen Sterblichkeit und der uns umgebenden Umwelt. Die Philosophin rekurriert dabei auf Konzepte aus der progressiven, feministischen Theoriegeschichte. Daraus ergeben sich in manchen Teilen abstrakte und utopische und in anderen Teilen greifbarere Bezüge zu unserer gegenwärtigen und möglichen zukünftigen Lebensform. Mit ihrem Konzept der Bleibefreiheit liefert von Redecker eine Transformationsperspektive und regt dazu an, über unsere Freiheit neu und positiv nachzudenken.

*Hanna Fath, Friedrich-Ebert-Stiftung; 3/2024 download*

---

## **Erscheinungsdatum: 27.10.2022**

### **Greta Thunberg et al.: Das Klima-Buch**

Der Titel des Buches klingt allumfassend. Und das ist berechtigt. Das Werk beschreibt in auf Allgemeinverständlichkeit angelegter Form, was derzeit über die Klima-Problematik bekannt ist. Aber nicht Greta Thunberg allein tut das. Denn das Buch ist ein sog. "Reader". Eine Fülle von Autoren stellt in insgesamt 102 thematisch spezifischen Beiträgen pointiert zusammen, was sie anderswo in ausführlicherer Form bereits veröffentlicht haben. Also nichts Neues, könnte man sagen. Richtig, und wer alle Publikationen des hier versammelten wissenschaftlich arbeitenden Personals gelesen hat (also vermutlich: niemand), kann auf den über 500 Seiten dicken Schmöker getrost verzichten.

Aber die anderen (also: alle) können hier auf einfache Weise ihre Lücken füllen. Denn wer immer der große Organisator für das Entstehen des Bandes war: er oder sie hat ihm eine hervorragende Strukturierung verpasst. Die 102 Artikel sind 5 Teilbereichen zugeordnet, und man kann sich in einem übersichtlichen Inhaltsverzeichnis heraussuchen, was man lesen möchte. Ein regelrechtes Nachschlagwerk also. Man muss keineswegs alles "am Stück" verschlingen, weil die durchschnittlich 5-6 Seiten eines Beitrags sehr angenehme und leicht verdauliche Happen sind.

Leicht verdaulich auch deshalb, weil eine möglichst einfache, leicht verständliche Sprache gewählt worden ist - obwohl Wissenschaftler durchaus auch anders können. Wem das stellenweise nicht tiefgründig genug ist, der kann jederzeit zu den ausführlicheren Arbeiten des jeweiligen Autors greifen.

Außer dem Namen von Greta Thunberg, der unter 18 Artikeln steht, erscheinen noch über 100 weitere. Etliche sind (hierzulande) bekannt (Friederike Otto, Stefan Rahmstorf, Jason Hickel, Amitav Ghosh, Michael E. Mann, Naomi Klein, Thomas Piketty u.a.), andere weniger, denn es ist ein internationales Team. Wissenschaftler dominieren, aber auch alle anderen zeichnen sich dadurch aus, dass sie seit langen Jahren, oft in verantwortungsvoller Funktion, am Klima-Thema arbeiten.

Im ersten Teil wird die grundsätzliche Funktionsweise des Klimas erläutert; die Einflussfaktoren - vor allem natürlich die Treibhausgase - werden betrachtet, auch im historischen Rückblick. Der 2. Teil richtet den Fokus auf die Veränderungen auf unserem Planeten, an denen wir den Klima-Wandel erkennen. Im 3. Teil wird beschrieben, welche Auswirkungen diese Veränderungen auf das menschliche Leben haben und in Zukunft haben werden. Teil 4 analysiert den Umgang, den die mittlerweile aufgeschreckte Menschheit mit den neuen Verhältnissen pflegt - und es ist natürlich eine kritische Analyse. Diese führt dann im 5. Teil zur Frage, was wir tun müssen, um die zuhauf konstatierten Defizite zu überwinden. Und in einem abschließenden Kapitel "Was nun?" werden die Anforderungen heruntergebrochen bis auf die individuell-persönliche Ebene.

So wie das Buch konzipiert ist, kann es keine neuen, bisher unbekanntem Lösungen präsentieren: was die Autoren in ihren Original-Werken nicht herausgefunden haben, können sie auch hier nicht "abhaken". In zwei Artikeln wird z.B. auf das Problem des wirtschaftlichen Wachstums eingegangen. Es wird in einfachen Worten erklärt, warum es kein "grünes Wachstum" geben kann, also Wachstum, das zwar das BIP (Bruttoinlandsprodukt) ansteigen lässt, aber der Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft nicht im Wege steht. Und dass auf der anderen Seite die Reduktion oder gar Umkehrung des BIP-Wachstums den sozialen Aspekt einer Transformation zerstört. Man hätte allerdings etwas deutlicher darauf hinweisen sollen, dass dieses Dilemma nach wie vor ungelöst ist und im operativen politischen Umgang mit dem Klimawandel ständig massiv stört.

Das letzte Kapitel mit den individuell-persönlichen Aspekten hat wieder Greta Thunberg als Autorin. Egal, ob sie es vollständig in eigener Regie verfasst hat oder eine Art "Ghostwriter" mitgeholfen hat: es ist auch für diejenigen lesenswert, denen die Fülle dessen, was zuvor beschrieben worden ist, zu "technisch" oder zu kompliziert erscheint. Es ist wie ein konstruktives, aufmunterndes Konzept, ein Leitfaden für einen Alltag in schwierigen Zeiten. Und so etwas ist derzeit nötiger denn je - für jeden, der nicht völlig blind durchs Leben laufen will.

Vermutlich hat man damit gerechnet, dass eine prominente Herausgeberin wie Greta Thunberg dem Buch größere Aufmerksamkeit verschaffen könnte. Dennoch ist zu hören, dass die Verbreitung nicht so gut läuft wie erhofft. Das ist auch im Interesse des wichtigen Themas bedauerlich. Greta Thunberg drückt es im Buch so aus:

*Aber bis heute bin ich fest überzeugt, dass der effektivste Ausweg aus dieser verfahrenen Lage für uns darin besteht, uns und andere weiterzubilden (ein bisschen paradox, da die Idee des Schulstreiks darauf beruht, dem Unterricht fernzubleiben, aber dennoch). Denn wer erst einmal die Situation begreift, mit der wir uns konfrontiert sehen, wer erst einmal einen Eindruck vom Gesamtbild bekommt, wird mehr oder weniger wissen, was zu tun ist.*

Woran könnte die Zurückhaltung liegen? Dass (fast) alle schon (fast) alles wissen? Eher nicht. Dass das Thema vielen weniger wichtig ist? Auch das kann man eigentlich nicht sagen; die Sache geht den meisten Menschen immer mehr an die Nieren. Dass das Buch zu teuer ist? Man kann es in Bibliotheken als eBook kostenlos downloaden (z.B. Onleihe Rheinland-Pfalz). Dass das Thema zu komplex und zu langwierig ist für Zeitgenossen mit geringer Aufmerksamkeitsspanne? Könnte sein. Aber alle wollen doch Teilhabe, oder? Die fällt niemandem in den Schoß; dafür muss man etwas tun. Der Kabarettist Hanns Dieter Hüsch, der lange Jahre in Mainz gelebt hat, führte eine seiner Kunstfiguren ("Der Sauerländer ....") in seinen Programmen mit dem Satz ein: "Der Sauerländer hat von nix 'ne Ahnung und zu allem 'ne Meinung!" Mit Sauerländern funktioniert Teilhabe nicht.

*Rolf Oesterlein, 20.3.2024*

---

**Erscheinungsdatum: 8.9.2022**

**Ulrike Herrmann: Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden**

Ulrike Herrmann ist eine der kompetentesten Wirtschaftsjournalisten, weil sie wohlüberlegt nicht blindlings der Mainstream-Ökonomie hinterherläuft. Im Gegenteil: brillant, aber gnadenlos entlarvt sie immer wieder deren Unzulänglichkeiten. Ihre Artikel in der taz sind stets höchst aufschlussreich, und das gilt - vornweg gesagt - auch für dieses Buch (341 S.), das gleich in die SPIEGEL-Bestsellerliste gestürzt ist. Das liegt auch daran, dass die Autorin die nicht immer leicht zu durchschauenden Zusammenhänge sehr verständlich zu erläutern und auf den Punkt zu bringen versteht und dadurch die weitverbreitete Scheu, sich intensiv mit ökonomischen Fragen zu befassen, offenkundig immer wieder erfolgreich bekämpft.

Eingeteilt in 20 handliche Kapitel, ist das Buch ein Parforce-Ritt durch die aktuell kursierenden Ideen zum Klimawandel und trennt die Spreu vom Weizen. Der Schwerpunkt liegt natürlich auf der Ökonomie, weil dort die entscheidenden Weichenstellungen und disruptiven Veränderungen stattfinden werden.

Zunächst wird eine Geschichte des Kapitalismus skizziert und nicht mit Lob gezeit, denn bis zum Beginn in Großbritannien gab es nirgendwo breites Wachstum und Wohlstand, der auch immaterielle Errungenschaften wie Bildung und Gesundheit gefördert habe. Auch die Entwicklung der Energie-Gewinnung wird beschrieben, die ehemals nur aus der Verbrennung von Holz bestand; heute nutzen wir in Europa 20-mal so viel Energie wie - rein theoretisch - durch Waldverbrennung möglich wäre. Schon vor 1939 hatte Deutschland ein Pro-Kopf-Einkommen wie heute Südafrika, der Iran oder Tunesien; ab etwa 1950 ereignete sich in ganz Europa eine Art "Wirtschaftswunder". Allerdings setzte bald eine Tendenz zur Machtkonzentration ein: eine zunehmende Kartellbildung und eine massive Risiko-Absicherung für Investitionen durch den Staat (z.B. Bürgschaften) widerlegen die Legende vom

perfekten Wettbewerb. Nur 0,7% aller Firmen sind Großkonzerne, sie kontrollieren aber zwei Drittel des Umsatzes.

In einem Teufelskreis zwischen Armut und zu niedriger Produktivität steckt der Globale Süden; selbst die Schwellenländer hinken bei letzterer um den Faktor 1:5 hinterher. Ein Aufbruch wird erschwert, weil die funktionierenden wirtschaftlichen Einheiten (Fabriken) zusehends größer sein müssen als früher. Die Mächtigen fordern dogmatisch den Freihandel und verweigern den armen Staaten gezielt den aufholenden Protektionismus; etliche asiatische Staaten haben den Anschluss geschafft, indem sie den westlichen Protektionismus des 19. Jahrhunderts erfolgreich kopiert haben. Faire Lieferkettengesetze und eine ebensolche internationale Steuerpolitik könnten helfen, mindestens für die Sicherstellung der armutsbeseitigenden Basics.

Die Vermutung, der Kapitalismus habe auch ohne Ausbeutung und Kriege funktionieren können (was er allerdings nicht getan hat), macht die Autorin etwa an der Tatsache fest, dass in den USA vor allem der Norden industrialisiert worden sei, wo es kaum Sklaverei gegeben habe.

Der Wachstumszwang des Kapitalismus hat schon immer auch zur Propagierung von Umweltsünden geführt, etwa in der Finanzkrise zu Verschrottung und Neukauf von Autos. Dabei geht es bei den Rezessionen übrigens nicht etwa darum, dass notwendige Güter fehlen, sondern nur - um Arbeitsplätze. Das Ergebnis dieser dauerhaften ökologischen Rücksichtslosigkeit hat dazu geführt, dass das 1,5°-Ziel zwar noch physikalisch (also: theoretisch), aber nicht mehr politisch (also: praktisch) erreichbar ist. Schon in der letzten "kleinen" Eiszeit, während der in Holland die Grachten und in Venedig die Kanäle zugefroren sind, hat sich gezeigt, wie folgenreich bereits geringe Änderungen bei den Durchschnittstemperaturen sind. Das 12 000 Jahre andauernde Holozän, das vermutlich mit seiner Stabilität noch bis zu 50 000 Jahre hätte anhalten können, ist verspielt; die aktuelle Erwärmung verläuft beispiellos schnell. Und wir wissen noch nicht einmal genau, ob wir alle Risiken kennen und richtig einschätzen. Weltweit fürchten fast 50% der Befragten die Ausrottung der Menschheit durch den Klimawandel. (... und sind möglicherweise zu keinerlei Anstrengungen mehr bereit - vielleicht die schlimmste Bedrohung von allen!)

Ulrike Herrmann hält "Worst-Case-Szenarien" für nicht wahrscheinlich, weil sie doch schon viele Erkenntnisse und auch Weichenstellungen beobachtet hat, die dagegensprechen (ohne sie detailliert auszuführen). Aber sie warnt auch vor Irrwegen, etwa der unsicheren, unwirtschaftlichen und ressourcenabhängigen Atomenergie. Aber auch Sonne und Wind, die natürlich vorzuziehen sind, haben ihre Tücken. Der "grüne Wasserstoff" gibt keinen Anlass für Euphorie, die Stromspeicher entwickeln sich zu einer bedenklichen Materialschlacht, auch Pumpspeicher gibt es zu wenig, und das Lastmanagement der "Dunkelflauten" ist nicht trivial.

Die Energiewende wird nicht billig zu haben sein. Prognosen sind schwierig und häufig willkürlich gemäß den Intentionen der Propagandisten. Viele fortschrittliche aktuellen Produkte führen noch ein Nischendasein. Der Rohstoffbedarf wird explodieren, Lithium z.B. bis 2040 auf das 42-fache. Das Recycling steckt noch in den Kinderschuhen; bis 2040 wird wohl kaum mehr als eine Quote von 10% erreicht. Das alles wird möglicherweise zu beschränkendem Mangel führen, mindestens aber zu Verteuerungen, denn 70% des Endpreises von Batterien rührt vom

Ressourcenbedarf. Bei großen e-Autos werden für ihre Herstellung mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen freigesetzt als es ein sparsamer Verbrenner auf 100 000 km Fahrstrecke tut. Ökostrom wird knapp und teuer bleiben, also nicht im Überfluss zur Verfügung stehen. Radikales Energiesparen ist angesagt.

Synthetische Kraftstoffe sind unausgereift und auf jeden Fall energieintensiv. Alle Trickereien scheitern, Flugreisen grün zu rechnen. Der Verzicht ist unabweisbar. Sie emittieren zwar "nur" 3% der CO<sub>2</sub>-Äquivalente, verursachen aber wegen der Verbrennung in der Höhe 10% der Schäden, und das als Luxus-Vergnügen von maximal 10% der Weltbevölkerung. Allein Bill Gates produziert pro Jahr per Privatjet 1600 t. Es heißt, er wolle jetzt "nachhaltiges" Kerosin für einen um den Faktor 2,5 teureren Preis verwenden. Das ist deshalb erwähnenswert, weil es zeigt, wie die Superreichen ticken: sie glauben, das Problem durch ihr Geld zukleistern zu können.

Der Schiffsverkehr (3% der Treibhausgase) befördert zu 43 % Öl, Gas und Kohle. Bei Zement und Beton (7% Treibhausgase) gibt nicht viel zu begrünen. Der natürliche Alternativstoff Holz steht quantitativ unter Druck: durchs Klima selbst und die Konkurrenz zu Ackerflächen (Biosprit, Tierzucht ...). Der (fruchtbare) Boden wird immer weiter zurückgedrängt (täglich 60 ha in Deutschland) und entfällt dadurch als CO<sub>2</sub>-Speicher. Entsiegelter Boden braucht ewig lang bis zur Bildung von 1 cm Humus. Deutschland will bis 2030 die Verluste durch Versiegelung auf null herunterfahren, aber der Flächenfraß geht derzeit ungebremst weiter, und jeder Hinweis in Richtung "Ein Neubau ist Umweltfrevel" führt zu Hass-Tiraden. Derweil gibt es statistisch 2,3 Millionen leerstehende Wohnungen, die vermutlich der preistreibenden Verknappung dienen.

Die intensive Landwirtschaft ist - keineswegs nur wegen der exzessiven Fleischproduktion - der Ort, an dem massive Umgestaltung vonnöten ist. Zwischen 21 und 37% liegen die Treibhausgase, darunter auch solche wie Methan und Lachgas, deren Schadenspotential pro Gewichtseinheit das von CO<sub>2</sub> gewaltig übersteigt. Hier, wo in Deutschland auf die heute nur noch 287 000 Vollzeit Arbeitsplätze jeweils für 600 000 € Maschinen kommen, bringt die gebotene Abrüstung übrigens auch neue Arbeitsmöglichkeiten.

Es gibt nach wie vor keine absolute Entkopplung zwischen Wachstum und Ressourcenverbrauch, nirgends. Klimaneutralität funktioniert nur mit weniger Gütern, und das ist entgegen dem weitverbreiteten Narrativ kein "grünes Wachstum", sondern "grünes Schrumpfen". Da die gesellschaftlichen Aufgaben derzeit aus dem Wachstum finanziert werden, sind auch dort Abstriche nötig. Stattdessen verkünden Institute wie Agora und das Potsdam-Institut Wachstumsraten von 1,3 bis 2,4%: alles aus der Luft gegriffene Wohlfühl-Propaganda; sie räumen ihre unseriösen Ansätze, um den Klimaschutz in einen "positiven Business-Case" gesundzubeten, teilweise sogar selbst ein. Mit schrumpfendem BIP, für das jeder Deutsche 75% seines persönlichen Ressourcenverbrauchs von 30 t pro Jahr einsparen muss, entsteht einfach kein wie auch immer lackiertes Wachstum.

Auch Innovationen und Digitalisierungen, die meistens energieintensiv sind, retten das "grüne Wachstum" nicht; zukünftige Phantasien kommen zu spät; nur das hilft, was jetzt existent ist. Auch eine Art "immaterielles Wachstum" ist nicht zu erzielen, solange Geld über den Gegenwert von Gütern funktioniert. Wenn letzterer entfällt,

droht die Entwertung von 8 Billionen Geldvermögen allein in Deutschland, Aktien wie sonstige Ersparnisse sind betroffen, Banken und Versicherungen ebenso.

Das Grund-Dilemma: die Ökonomie wird nur durch Schrumpfen klimaneutral, kann dann aber den "ökologischen Umbau" kaum noch finanzieren, vermutlich noch nicht einmal ein "Bedingungsloses Grundeinkommen". Und während eine Rezession als vorübergehend gilt, muss die Postwachstumsgesellschaft auf Dauer Bestand haben. Eine Transformation dorthin kann nur erfolgreich sein, wenn jeder Bürger eine realistische Vorstellung haben kann, wie und wovon er leben wird. Hier klafft noch eine nicht unerhebliche Erkenntnis-Lücke.

Und was machen die Ökonomen? Ulrike Herrmann konstatiert lapidar das Versagen auf breiter Front. Die Keynesianer können Krisen nur mit Wachstum bekämpfen und setzen, ebenso wie die Neoklassiker, fast schon verzweifelt auf das illusionäre "grüne Wachstum" (wie die meisten Bundestagsparteien). Sie verharren in ihrer Preis-Fixiertheit mit dem Aberglauben, abschreckende Preise würden automatisch gute Lösungen generieren (nun ja; vielleicht auch den Kollaps?). Sie propagieren immer noch den CO<sub>2</sub>-Emissionshandel, als hätten etwa hohe Sprit-Steuern jemals den Autoverkehr reduziert. Auch "Ökosteuern" aller Art werden immer das Wachstum schonen, also nie in wirklich abschreckender Höhe festgesetzt. Bei den sog. "indirekten Subventionen", also z.B. der Übernahme von industriellen Umweltschäden durch den Staat, wird so getan, als ginge es um Geld, das man einbehalten und anderweitig verteilen könne. Kann man nicht - und wenn es der Staat zu 100% bei den Verursachern belassen würde, könnte das deren Geschäftsmodell - siehe oben - wiederum in den Kollaps treiben.

In einem Exkurs beschreibt die Autorin nochmals die britische Kriegswirtschaft während des 2. Weltkriegs, die sie schon in vielen Vorträgen dargestellt hat. Es war eine Art Planwirtschaft ohne Abschaffung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln. Etwas Ähnliches - keineswegs dasselbe, weil die äußeren Umstände doch sehr unterschiedlich sind - skizziert sie auch im abschließenden Kapitel über ihre Zukunftsvorstellungen.

Der vordringlichste Paradigmenwechsel betrifft ein antiquiertes Freiheitsverständnis, wie sie ihn beispielhaft aus dem Munde des Grünen Anton Hofreiter zitiert. Wir können nicht mehr leben, wie wir wollen, sondern nur noch, wie wir können. Weil wir das Holozän verlassen haben, gibt es bestimmte Freiheiten schlicht nicht mehr. Die Natur bestimmt, was wachsen kann, nicht das Wachstum bestimmt, was von der Natur übrigbleiben darf. Wir weltfremden Träumer verabscheuen jegliche Form von Rationierung, jeder kleinsten Beschränkung springt eine Phalanx hetzerischer Betonköpfe entgegen. Aber die CO<sub>2</sub>-Budgetierung ist unvermeidlich, ob wir wollen oder nicht; unseren 11,3 t pro Kopf und Jahr stehen andere mit weit unter 1 t (Malawi 0,1 t) gegenüber. Auch Indien, das riesige Indien, liegt pro Kopf noch weit hinter uns - Katar mit 32 t weit vorn. Aber unser reichstes 1% kommt auf 115 t, die ärmsten 50% erreichen 6 t. Die Briten im Krieg haben "funktioniert", weil alle gleichermaßen Opfer bringen mussten. Der Schriftsteller George Orwell sagte 1940: "Die Lady im Rolls Royce lädiert den Kampfgeist mehr als eine ganze Flotte von Görings Flugzeugschwadronen." Nur so kann das auch in unserem "Krieg" funktionieren: mit flächendeckender Solidarität.

Ohnehin werden - selbst wenn sich die Betonköpfe noch länger durchsetzen sollten - die Dürrephasen zunehmen und z.B. eine Wasser-Rationierung erzwingen. Und auch sonst wird es nicht ohne massives Eingreifen des Staates gehen, der in der Pandemie mit Milliardenhilfe "den Markt" gerettet hat, während der DAX um 40% eingebrochen ist. Das sehen sogar so zweifelhafte Protagonisten wie Bill Gates ein. Der Staat muss z.B. die durch das Branchensterben entstehende Arbeitslosigkeit sozial auffangen. Er soll, so die Autorin, eine "Überlebenswirtschaft" nach dem britischen Vorbild steuern, in der er festlegt, was noch produziert und wie es verteilt wird, aber er lässt das Privateigentum bestehen. Auch die Eliten leben in einer fairen Gesellschaft länger. Vielleicht weil weniger und gesünder gegessen wird und die 11% Todesfälle durch Übergewicht allmählich vollständig verschwinden.

**Fazit:**

*Obwohl das Buch noch mehr Gedanken enthält als hier aufgeführt worden sind, können natürlich nicht alle Fragen geklärt werden. Für die staatliche Planungsstrategie - wir erinnern uns an die Fehlschläge der "realsozialistischen" Länder - hätte man sich z.B. eine genauere Darlegung gewünscht. Man kann auch einige Einschätzungen anders vornehmen oder gewichten. Auf jeden Fall gewinnt man aber eine gut lesbare Übersicht über den "State of the Art", der vermutlich auch zum Einstieg in den Themenkomplex geeignet ist.*

Rolf Oesterlein, 3.4.2023

---

**Erscheinungsdatum: 6.9.2022**

**Jørgen Randers et al.: Earth for all. Ein Survivalguide für unseren Planeten. Der neue Bericht an den Club of Rome**

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen der Autoren dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

Um das Buch richtig einzuordnen, muss man mit dem Anhang auf S. 227 anfangen. In den 50 Jahren nach dem legendären Werk "Die Grenzen des Wachstums" hat das damalige Wissenschaftler-Team, ergänzt um zahlreiche frische Kräfte, die jenem Startschuss zugrundeliegende Computer-Modellierung in mehreren Arbeitsschüben weiterentwickelt. In den Jahren 1992, 2004, 2012, 2016 und 2018 folgten weitere Veröffentlichungen. 2011 begannen Jørgen Randers - der von Anfang an dabei war, 1972 als junger Doktorand - und andere mit der Schaffung eines "systemdynamischen Modells des Klimawandels", das nun unter der Bezeichnung "Earth4All" allen Forschenden zur Verfügung steht.

Das vorliegende Buch ist eine Zusammenfassung dessen, was bisher auf der Grundlage dieses Modells an Erkenntnissen gewonnen worden ist und was das für die Zukunft des Planeten bedeutet. Von den unzähligen Szenarien, die man aus der computergestützten Nutzung eines solchen Modells gewinnen kann, werden zwei exemplarisch dargestellt: ein Szenario des Versagens, wenn die getroffenen Maßnahmen zu wirkungsarm bleiben, weil sie zu gering ausfallen oder zu spät kommen ("Too Little - Too Late"), und ein wünschenswertes Szenario, in dem die Maßnahmen zwar einen gewaltigen Sprung erfordern, aber zu einer lebenswerten

Zukunft führen ("Giant Leap"). Es werden jeweils die ergriffenen (teilweise auch die versäumten) Maßnahmen und ihre Auswirkungen beschrieben.

Bei dieser Darstellung hat das Verfasser-Kollektiv großen Wert darauf gelegt, dass das Buch allgemeinverständlich bleibt. Die erste Entscheidung für dieses Ziel war die Begrenzung des Umfangs auf 250 Seiten. *Deshalb kann man nicht erwarten, dass hier die detaillierten Blaupausen für konkretes politisch-ökonomisches Politiker-Handeln zur Lösung aller anstehenden Probleme versammelt sind, aber doch die zielführenden Prinzipien für eine lebenswerte Zukunft, so wie es der Buchtitel verspricht.*

Die Forscher haben ihr Modell zunächst mit allen Daten aus den Jahren 1980 bis 2020 gefüttert, die für die zukünftige Entwicklung relevant sind. Mit diesem Erfahrungsschatz haben sie eine Bestandsaufnahme skizziert, die sich - themenbezogen - durch das ganze Buch zieht. Klimatisch sind wir dabei, die über 10 000 Jahre andauernde Phase der Stabilität, in der die durchschnittliche Welt-Temperatur nie um mehr als  $\pm 1^\circ \text{C}$  schwankte, zu verlassen (Übergang vom Holozän zum Anthropozän). Es ist aber offenkundig, dass eine menschliche Zivilisation wie die bisherige nur unter vergleichbar stabilen klimatischen Verhältnissen überleben kann. Seit 2009 werden zunehmend Überschreitungen planetarer Grenzen konstatiert.

Was zu erwarten ist, zeigt das Szenario "Too little, too late" mit den nicht ausreichenden Maßnahmen: Nachhaltigkeit bleibt ein reines Objekt der Rhetorik. Wachsende Bevölkerungsgruppen leiden verstärkt unter Hitzewellen, katastrophalen Dürrephasen und Überschwemmungen, die zu Ernteausfällen mit der Gefahr von Kipp-Punkten & Irreversibilität führen. Ab 2050 steigt die Wahrscheinlichkeit für einen ökologisch-gesellschaftlichen Kollaps. Der technische Fortschritt führt zu prekären Verhältnissen. Es gibt starke regionale Ungleichheiten. Im subsaharischen Afrika verstärkt sich das Bevölkerungswachstum, das zu dramatisch ansteigender Klima-Migration führt. Unsicherheit und Spannungen führen zu Staatszerfall. Ressourcen-Konflikte (Trinkwasser, Nahrungsmittel) eskalieren zu Handelskriegen und dem Zusammenbruch der Versorgungsketten. Bis 2075 klettert der Temperatur-Anstieg auf  $2,4^\circ \text{C}$ , und die Zonen der Unbewohnbarkeit weiten sich immer weiter aus. Jedoch: insgesamt ist die Menschheit - reicher.

Natürlich widmet sich das Buch nun intensiv dem positiven Szenario "Giant Leap". Es werden 5 gravierende "Kehrtwenden" identifiziert, die für ein erfolgreiches Umsteuern unerlässlich sind:

1. Abschaffung der Armut
2. Abschaffung der Ungleichheit
3. Gleichberechtigung und Frauen-Empowerment
4. Aufbau eines gesunden und nachhaltigen Ernährungssystems
5. Bereitstellung sauberer Energie

Man mag in dieser Auflistung die Ökonomie vermissen. Das Forscherteam jedoch verortet jeden dieser 5 "Hebel der Veränderung" im Wirtschaftssystem, das heißt, das ganze Vorhaben ist eine gewaltige Umgestaltung desselben (wobei die Autoren die Begriffe "Reform" und "Revolution" offenbar synonym verwenden); deshalb widmen sie einem neuen "wirtschaftlichen Betriebssystem" doch auch ein eigenes Kapitel.

Schon die Beendigung der **Armut** lässt sich offenkundig nicht ohne Eingriffe ins ökonomische System angehen. Das ist längst bekannt und hätte auch längst - ohne jeden Gedanken an irgendwelche Klima-Probleme - gelöst werden können. Jetzt aber kommen zu den bereits bestehenden moralischen Argumenten weitere hinzu: Die 1 Mrd. Reichsten (oder: die 20 reichsten Länder) verbrauchen 72% aller Ressourcen, die 1,2 Mrd. Ärmsten nur 1% - leiden aber viel stärker unter den klimatischen Katastrophen. In den armen Ländern konkurriert die Bekämpfung von Armut mit jener des Klimawandels. Das globale Wirtschaftssystem zwingt diese Länder zur Öffnung für ausländische Kapitalströme, die nichts verbessern, aber ihnen einen Schuldendienst aufzwingen, der höher ist als die Ausgaben gegen die Klima-Probleme. Im Klartext: die westlichen "Investoren" behindern ein weltweites Umsteuern beim Klimaschutz, was ihnen selbst hierzulande als Bumerang um die Ohren fliegt. Außerdem sorgt die destruktive Handelsarchitektur dafür, dass reiche Länder ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen, die für die Konsumgüter ihrer Bevölkerung anfallen (z.B. Textilien), exportieren - und wer sich im Globalen Süden dagegen wehrt, wird als "Freihandelsfeind" verklagt.

In der westlichen Öffentlichkeit wird den Armutsbekämpfern gern vorgehalten, dass deren Ziel den Konsum der bis dato Armen erhöhen und damit das Klima zusätzlich belasten würde. Angesichts von Studien, die bei einer Abschaffung der extremen Armut (bis 1,9 \$ pro Tag) einen CO<sub>2</sub>-Anstieg von weniger als 1% feststellen, wird die Heuchelei der hiesigen Umweltfrevler überdeutlich. Der "Club of Rome" postuliert folgerichtig, dass den armen Ländern ein jährliches nachhaltiges Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 5% zuzugestehen ist, bis sie 15 000 \$ pro Kopf erreicht haben. Ihr Handlungsspielraum muss erhöht werden, z.B. durch einen Schuldenschnitt und angemessen hohe international gültige Unternehmenssteuern, die auch ihre Einnahmen erhöhen. Sie müssen ihre neuen Industrien schützen können, so wie das die heute reichen Länder in ihren ökonomischen Anfängen auch getan haben, um so die aus Klimagründen erwünschte Regionalisierung und Verkürzung der Lieferketten auch bei sich realisieren zu können.

Für die CO<sub>2</sub>-Emissionen ist das Verursacherprinzip einzuführen. Die Herkunftsländer der multinationalen Konzerne sind für deren Wirken verantwortlich und haben sie regulatorisch "an die Kette" zu legen. Das heißt auch, die restriktiven Gesetze bezüglich des "geistigen Eigentums" (Patentrecht; vgl. z.B. Pandemie-Impfstoffe) abzuschaffen, die den Technologie-Transfer massiv behindern.

Schon hier wird klar, dass die aktuelle globale Finanzarchitektur, die zeitweise für stabile Verhältnisse gesorgt haben mag, überholt und für das Anthropozän nicht mehr tauglich ist. Es sind radikale Änderungen notwendig gegen schädliche Markt- und Wachstumsmodelle, gegen Regulierungsfeindlichkeit, gegen den Globalen Süden tyrannisierende internationale Institutionen, gegen Korruption, gegen Verträge mit Schiedsgerichten - kurz gegen alle "Errungenschaften", die die Abkehr von unökologischen Praktiken erschweren. Die (weltpolitische) Macht wird sich dabei notwendigerweise vom Westen weg in Richtung einer Weltgemeinschaft bewegen.

Die Armut wird bis hierher überwiegend als globales Problem betrachtet, gilt aber auch innenpolitisch als einer der Treiber für die hier ebenfalls schädliche Ungleichheit. Weltweit besitzen 10% Reiche 76% des "Wohlstands", 50% Arme nur 2%. In den USA hat das Verhältnis der Chef-Gehälter zum Durchschnittsgehalt aller Angestellten im Jahr 1965 21:1 betragen, im Jahr 2020 jedoch 352:1. Ungleichheit führt zu

schwindendem Vertrauen, zu sozialen Spannungen und politischer Destabilisierung. Die Rettung maroder Banken auf Kosten der Allgemeinheit erzeugt Ungerechtigkeitsgefühle mit Hang zum Populismus, der in Frankreich nach jahrelanger Stagnation und Deprivation zu den "Gelbwesten"-Aufständen geführt hat; auch die USA sind spätestens seit Trumps Präsidentschaft ein weiteres eklatantes Beispiel.

Das herrschende Wirtschaftsmodell fördert und verstärkt die **Ungleichheit**. Der Konstruktionsfehler: Die Vermögen akkumulieren sich rascher als die Einnahmen aus Arbeitseinkommen. Superreichtum ist ein politischer Machtfaktor, weshalb sich die Situation weiter verschlechtert.

All das trifft - wie bei der weltweiten Ungerechtigkeit - auch ohne Klima-Problematik zu. Aber: 1% der Reichen produzieren 15% der fossilen Emissionen - auf Kosten der anderen. Da haben wir den Zusammenhang. Eine Folge der Ungleichheit ist die Nachahmung. Das Status-Denken ist zwar ein "Idiotenspiel", denn natürlich kann nicht jeder mehr haben als alle anderen. Aber es führt dennoch zum schädlichen Überkonsum, der - "ungestört" hochgerechnet - bis 2060 eine Verdoppelung des Materialverbrauchs bewirkt.

Umverteilung ist somit für die Forschenden "nicht verhandelbar". Ihr Ziel: wenn 10% über weniger als 40% des Nationaleinkommens verfügen, halten sie das für ein noch erträgliches Ausmaß an Ungleichheit. Erreicht werden soll dies durch eine "Demokratisierung der Wirtschaft", die auf 3 Schwerpunkte abzielt: Steuerprogression, Stärkung der Arbeitnehmerrechte, Verteilung einer "Grunddividende".

Die Steuerprogression soll Einkommen, Erbschaften und die Vermögen umfassen. Schlupflöcher und Steueroasen sind zu schließen. Multinationale Steuerflucht wird unterbunden, eine angemessene globale Mindeststeuer durchgesetzt. Die Arbeitnehmerrechte sollen durch eine Stärkung der Gewerkschaften (Flächentarifverträge) und häufigere Miteigentümerschaft verbessert werden. Dem Konzept der Grunddividende liegt eine konsequente Forcierung des Gemeingüter-Prinzips zugrunde. Als solche zählen eine Fülle von Objekten, z.B. fossile Brennstoffe, Land, Süßwasser, Meere, Rohstoffe, Atmosphäre, Daten, Wissen. Ihre (private) Nutzung wird mit Abgaben belegt, die in einen "Bürgerfonds" fließen, aus dem die soziale Steuerungsgröße "Grunddividende für alle" gespeist wird.

Die Umgestaltung des Wirtschaftssystems wird im eigenen Kapitel noch etwas detaillierter beschrieben. Obwohl die Autoren mit Verweis auf die skandinavischen Länder feststellen, dass auch bei Reichen eine geringere Ungleichheit für ein besseres Gefühl sorgt, ist ihnen klar, dass eine Demokratisierung der Wirtschaft heftige Widerstände bei jenen Reichen und Mächtigen auslösen wird, die Ungleichheit gemäß der herrschenden neoliberalen Ideologie als "naturegegebene Ordnung" verteidigen (*siehe ausführlich bei Lepenies [Bücherliste und Kommentare]*). *Vage Hinweise im Buch auf ehrenwerte "patriotische Millionäre" wirken in diesem Zusammenhang eher naiv. Realistischer erscheint da die Einschätzung, dass ein fehlendes Sicherheitsnetz für die Mehrheit der Bevölkerung diese in die Arme von Populisten und schlimmeren Rattenfängern treiben kann, die die Transformation als neue Bereicherungsmasche der Eliten ablehnen. Das ist eine der wechselseitigen Abhängigkeiten*

(Interdependenzen) zwischen den 5 Kehrtwenden, die nicht einzeln erfolgreich sein können, sondern nur gemeinsam zum Ziel führen.

Das weltweite **Empowerment der Frauen** ist - zusammen mit Bildung, Gesundheit und wirtschaftlicher Sicherheit (auch im Rentenalter) - für die Forscher der Schlüssel zur Stabilisierung der Weltbevölkerung. Nachdem die globale Fertilität 2020 bereits unter 2 Kindern pro Frau lag, gehen sie davon aus, dass etwa 2050 der Peak bei 9 Mrd. erreicht sein sollte und sich nach einem Rückgang die Zahl bei etwa 6 Mrd. einpendeln wird. Für das "Giant-Leap"- Szenario muss hier eine Beschleunigung stattfinden. Dazu gilt es eine Fülle von Hindernissen aus dem Weg zu räumen. Es gibt immer noch Länder ohne kostenlosen Schul-Zugang, mit fehlenden Einsatzgebieten für gut ausgebildete Frauen (und Männer), mit systematischer Diskriminierung von Mädchen und Frauen - und natürlich fehlender wirtschaftlicher Sicherheit, die schon bei den beiden ersten "Kehrtwenden" störend aufgefallen ist.

Die aktuelle Nahrungsmittel-Produktion bedroht die Einhaltung der planetaren Grenzen erheblich: durch Treibhausgase, Entwaldung, Verlust der Biodiversität, Süßwasserverbrauch, Düngemittel. Und muss - laut FAO-Schätzung für das "Business as usual" - bis 2050 etwa 50% mehr produzieren. Die ungesunde westliche Ernährung sorgt dafür, dass sich Unterernährung (ca. 820 Mio Menschen) und Übergewicht (ca. 2 Mrd. Menschen) gegenüberstehen - beides unter der Drohung lebensgefährlicher Auswirkungen, denn 8% der weltweiten Todesfälle stehen im Zusammenhang mit Adiposität. In der Biosphäre leben 15 mal so viele Nutz-Säugetiere wie Wild-Säugetiere. Die Abhängigkeit von einem unsicheren Welthandelssystem könnte - selbst ohne Kriege *wie der gegen den Getreide-Produzenten Ukraine* - bis 2050 klimabedingt um ein Drittel steigen; Wetter-Extreme könnten noch schlimmere Folgen haben, etwa massive Ernteauffälle. Wir leisten uns eine riesige Lebensmittelverschwendung, die weltweit 6 % aller Treibhausgase produziert.

Eine **"Revolutionierung" der Landwirtschaft** ist unumgänglich. Sie muss von einer CO<sub>2</sub>-Emittentin zur CO<sub>2</sub>-Senke werden. Es muss mit weniger Aufwand mehr erreicht werden, z.B. mit einem geringeren Flächenverbrauch: 50% des Planeten sollten unter Naturschutz gestellt werden. Der Überkonsum von Fleisch & Milch muss lokal reduziert werden, aber eine vollständige Umstellung auf vegan oder vegetarisch ist auch bei 9 Mrd. Weltbevölkerung nicht erforderlich. Die Verschwendung muss für das Szenario "Giant Leap" um mindestens 30% reduziert werden; die unvermeidbaren Abfälle kann man immer noch zu Biogas verarbeiten.

*Die Beschreibung der notwendigen Umstrukturierungen bleibt auf einem recht allgemeinen Level. Klar, Subventionen & Regulierungen müssen auf die Umstellungsziele ausgerichtet, die Arbeitskräfte rechtlich & sozial abgesichert werden. Aber es wird nicht klar, ob es irgendwo - etwa in der Fachliteratur - ausgearbeitete Konzepte gibt. Einige Ansätze sind auch nicht überzeugend, etwa die Hoffnung auf eine "exponentielle" Technisierung (Traktoren mit GPS) statt einer personalintensiven Demechanisierung; da scheint der Blick auf den ökologischen Fußabdruck gelegentlich unterblieben zu sein. Vielleicht setzen die Autoren - viele Naturwissenschaftler unter ihnen - überhaupt zu sehr auf revolutionäre Durchbrüche bei "KI, Robotik, Vernetzung, Biotechnologie". Die Agrarmonopole, die es an die Kette zu legen gilt, sollen auch nicht alle, sondern nur "einen größeren Teil" der Externalitäten (von ihnen verursachte ökologische Kosten) übernehmen.*

Betont wird hingegen, dass weder der Einzelne noch die Märkte - wie bei allen "Kehrtwenden" - das staatliche Eingreifen ersetzen können, insbesondere deshalb nicht, weil die fundamentalen Veränderungen allesamt disruptiv vonstatten gehen werden und daher soziale Sicherheitsnetze erfordern. Es soll ein "Food System Stability Board" geschaffen werden, nach dem Vorbild des „Financial Stability Board“ der G20, der nach Ansicht des Autorenteam die Stabilität des Finanzsystems erhöht hat, weil es in der Pandemie nicht wieder einen Crash gegeben hat. *Da von irgendwelchen Sanktionsbefugnissen für das neue Gremium keine Rede ist, erschließt sich nicht, wie es z.B. "Preisschocks" verhindern könnte in einem möglicherweise nach wie vor neoliberalen Wirtschaftssystem.*

Nicht verschwiegen werden auch die Hindernisse, etwa die Umstellungskosten und die Existenzsicherung der Landwirte. Allerdings wurden zur Pandemie-Bekämpfung weltweit etwa 10% des BSP (Bruttosozialprodukt) ausgegeben, während eine resiliente Zivilisation - wenn wir sie denn schon allen Hindernissen zum Trotz realisiert hätten - nur 2-4% erfordern würde. Am gravierendsten - und hier kommt dann doch wieder der Einzelne ins Spiel - ist jedoch der Teufelskreis zwischen uneinsichtigem Konsumentenverhalten und feigen Regierungen, in dem sich die Angst vor Veränderungen hochschaukelt. *Dessen Durchbrechung kann man mit Modellrechnungen natürlich nicht bewerkstelligen.*

Relativ einfach sind die Erfordernisse für **saubere Energie** zu beschreiben. *Einiges ist da ja auch schon auf den Weg gebracht worden.* Die Elektrifizierung von fast allem und der exponentielle Anstieg von erneuerbaren Energieformen, auch grünem Wasserstoff, werden postuliert. Allein die Effizienzausschöpfung kann den Energiebedarf bis 2050 um 40% reduzieren. *Zu euphorisch erscheint die (nicht quantifizierte) Aussage, dass "Energie im Überfluss" bereitstehen werde, wenn alle Pläne realisiert werden.* Öffentliche Massentransportmittel, weniger & kleinere E-Autos, geringer Konsum, Kreislaufwirtschaft werden benötigt; eine Reduzierung der Mobilität wird nicht erwähnt. Aber es wird doch auf die Gefahr hingewiesen, dass das vergleichsweise geringe CO<sub>2</sub> - Rest-Budget der Menschheit widersinnigerweise durch Privatjets aufgebraucht werden könnte *(mit denen z.B. ein Parteivorsitzender seine Hochzeitsgäste auf eine Insel ankarren lässt).*

Für den Globalen Süden muss der Norden nicht näher spezifizierte Finanzierungshilfen leisten und die bisher gepflegte Praxis der Nichteinhaltung von Zusagen überwinden. Auch einige allgemeine regulatorischen Maßnahmen werden genannt; erneut auch die Abschaffung des WHO-Rechtssystems "geistiges Eigentum" zwecks Intensivierung des Technologie-Transfers: keine Wissensmonopole, keine Renten-Dominanz, alles ist dem Gemeinwohl unterzuordnen. CO<sub>2</sub> - intensive Branchen werden kollabieren; das beendet den Bedarf an globaler Logistik (Transport), macht Milliarden Hektar Land frei verfügbar, regeneriert Ozeane und reduziert die Luftverschmutzung.

Das seit 30 Jahren zu beobachtende Nichtfunktionieren des CO<sub>2</sub> - Emissionshandels muss überwunden werden, Regierungen mit unambitionierten Zielen oder gar fossilen Subventionen müssen bekämpft werden. Die Zurückhaltung der Bevölkerung in dieser Angelegenheit liegt angeblich an der Furcht vor finanzieller Überforderung, *was aber für die unbelehrbaren Fetischisten für ungehemmte SUV-Nutzung, Vollgas trotz Inflation & Fernreise-Luxus eher nicht zutrifft.*

Nun muss alles, was zu den 5 Kehrtwenden gesagt worden ist, noch in ein systemisch zusammenpassendes **"wirtschaftliches Betriebssystem"** gepackt werden. Das spuckt die Modellrechnung zwar nicht automatisch aus, sie kann aber wertvolle Hinweise liefern.

Basis für das neue "Spielbrett" der Ökonomie sind die Gemeingüter, die einen neuen Wachstumsbegriff definieren sollen. Unterschieden werden:

- **"produktive Gemeingüter"**: Maschinen, Straßen, Internet, Stromnetze, Wasser, Patente, öffentliche Infrastruktur, ausgebildete Arbeitskräfte ...
- **"natürliche Gemeingüter"**: Land, Böden, stabiles Klima, Flüsse, Ozeane, Algen & Seetang, Wälder, Wolken, Gebirgsökosysteme, Mineralvorkommen, intakte Ozonschicht & alle sonstigen lebenserhaltenden Erd-Systeme ...
- **"soziale Gemeingüter"**: gemeinsam genutztes Wissen, Traditionen, Gesetze, Open-Source-Algorithmen ...

Durch eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs (*relative Entkopplung*) und eine Minimierung des ökologischen Fußabdrucks (Netto-Treibhausgas-Emissionen auf null in diesem Jahrhundert) soll "echtes grünes Wachstum" entstehen. Gesteuert wird dieses jedoch nicht durch das Bruttosozialprodukt, sondern einen "Wohlergehens-Index", in den pluralistische, lokal durchaus unterschiedliche Gegebenheiten einfließen wie

- Würde (angenehmes, gesundes, sicheres & glückliches Leben)
- stabile Natur
- Verbundenheit (gemeinwohlorientiert);
- Fairness
- Teilhabe

Alle Faktoren werden mit geeigneten Variablen quantitativ bestimmt und bilden die Basis für eine "Wellbeing Economy".

Diese unterscheidet sich durch eine Reihe weiterer Faktoren vom aktuellen System wie z.B.

- die Geldschöpfung durch Kredite privater Banken wird verändert
- die Kredit-Vergabe wird gelenkt in Richtung Nachhaltigkeit
- die Zinspolitik als parasitäres System, das den Gemeingütern mehr entnimmt als regenerierbar ist, wird verändert
- leistungslose Renten sollen zwar nicht abgeschafft, aber stark besteuert werden, nicht aber die Arbeitseinkommen: ähnlich wie die bereits erwähnte Grunddividende ein Umverteilungseffekt (analog dem sog. "Baker-Shultz-Plan", USA)
- Beseitigung schädlicher Patentierung von Saatgut & Organismen, privater Abbaurechte & der Praxis des "Landgrabblings"
- Erlass "unfairer" Schulden

*Unter den weiteren Ausführungen zur Kritik des alten "neoliberalen" Spielbretts und zu den Vorzügen der "Wellbeing Economy" gibt es auch einige ambivalente Ansätze, wie z.B. die CO<sub>2</sub> - Bepreisung. Es wird nicht klar, ob sie zur Eindämmung der Emissionen oder zur Einnahme-Generierung für die Grunddividende oder andere soziale Ausgleichszahlungen dienen soll; sie kann nicht für beide Ziele gleichzeitig maximiert werden. Auch ob eine funktionierende Neudefinition des Wachstumsbegriffs gelungen ist, kann nicht entschieden werden, solange nur eine relative Entkopplung vom Ressourcenbedarf erreicht wird. Auch*

*diese wird auf einem endlichen Planeten in eine Sackgasse münden, und eine absolute Entkopplung hat noch niemand aufgezeigt. Vielleicht rührt daher das - bei all den Bemühungen verblüffende - Statement auf S. 42: "Ein kohärentes Wirtschaftsmodell ist nicht in Sicht".*

***An dieser Stelle sei nochmals auf das Grundproblem der sozial-ökologischen Transformation hingewiesen: der Begriff deutet an, dass man bei den notwendigen Veränderungen auf der sozialen (ökonomischen) und auf der ökologischen Seite scheitern kann - und beides wäre fatal. Also fordern die Wohlmeinenden, dass die Maßnahmen zur ökologischen Rettung von einem sozialen Sicherheitsnetz begleitet sein müssen. Aber dessen ökonomische Realisierbarkeit wird häufig nicht betrachtet. Man fordert etwa, dass die Umweltschäden den verursachenden Firmen in Rechnung zu stellen sind, und ignoriert, dass das Branchen in die Insolvenz treiben und über massive Rezessionen ebenso massive soziale Probleme hervorrufen kann. Auch das vorliegende Buch beweist nicht, dass eine ausreichende Grunddividende aus den Gebühren für die Nutzung von Gemeingütern finanziert werden kann. Haben sie diese Frage (und etliche andere) tatsächlich mit positivem Ergebnis durchgerechnet? Dem Buch ist das nicht zu entnehmen; man müsste die gesamte Modell-Rechnung im Detail nachvollziehen - was aber den Rahmen einer Rezension übersteigen würde.***

Am Ende des Buches steht ein Appell für eine Bewegung, die auf Empörung und Optimismus aufbaut. Sie soll das Thema überall hintragen, wo im "business as usual" verharrt wird und dort diskutieren gegen lähmende Angst vor der Zukunft, für sozialen Zusammenhalt und Demokratie, im Interesse künftiger Generationen.

In jedem Fall haben die Forscher das Verdienst, ein rechenbares Modell geschaffen zu haben, das eine Fülle entscheidender Parameter einbezieht, z.B.: Armut, Ungleichheit, Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit, Jahresarbeitsstundenzahl, Finanzsystem (Zinsstruktur), Reformfähigkeit, soziale Spannungen, soziales Vertrauen, Wohlergehensindex, BIP, Sparquote, Fertilität, Lebenserwartung, Rentenalter, Energieverbrauch, Lebensmittelverbrauch ....

Zur Genauigkeit und zu den Grenzen des Modells nehmen die Autoren ebenfalls im Buch Stellung. Schon das 1972er-Modell war für die damaligen Möglichkeiten überraschend vorhersagegenau. Dennoch sind aber auch jetzt keine präzisen Vorhersagen für Zeitpunkte und Werte relevanter Events und Größen möglich, denn das Modell ist immer noch nur eine grobe Vereinfachung der realen Welt. Die Abbildung ist jedoch gut genug für die relativen Auswirkungen politischer Maßnahmen. Geopolitische Spannungen sind unberechenbar und können disruptive modellsprenge Veränderungen bewirken. Das anzustrebende Szenario könnte auch zu optimistisch sein; es bleibt aber eine Zielvorgabe, auf die hinzuarbeiten sich lohnt.

Und die Autoren bieten ihre Software als ausführbare Open-Source-Applikation **auf** ihrer Website [www.earth4all.life](http://www.earth4all.life) kostenlos zum Download an - für jedermann. *Also keine Ausreden mehr für alle Ökonomen mit Mathematik-Phobie, die sogar bis zu einem der konsequentesten Vordenker der sozial-ökologischen Transformation reicht: er hat die Volkswirtschaften aus nicht näher benannten Gründen für "nicht steuerbar" erklärt, die Zahlen der Klimaforscher aber - deren System "Atmosphäre" bekanntermaßen mindestens genauso träge und chaotisch ist wie das System "Ökonomie" - baut er sehr gern und knallhart in seine Vorträge ein.*

## Appendix:

Für Interessierte soll der am Schluss der Rezension kritisierte Ökonom nicht im Dunkeln bleiben: es handelt sich um den "pluralen Ökonomen" Nico Paech, der in der Literaturliste und den Kommentaren mehrfach vertreten ist. Die kritikwürdigen Ausführungen stammen aus einer Veranstaltung der Klimaliste Berlin vom 30.4.2021.

Dort erklärte Paech auf Nachfrage "Modelle", mit denen man ökonomische Maßnahmen in ihrer Auswirkung abschätzen kann, für "altertümliche, steuerungsoptimistische, fortschrittsgläubige" Methoden der "neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler". Für "Wachstumsmodelle" gebe es eine Fülle von Ansätzen ("postkeynesianische, neoklassische, endogene, evolutorische, Stock Flow, System Dynamic"), aber keinen Konsens, welcher Ansatz "adäquat" ist. Man müsse Annahmen in das Modell stecken, und dann komme heraus, was man hineingesteckt habe. Man könne "die Volkswirtschaft nicht steuern", sondern nur den Menschen sagen, wie sie Versorgungsmodelle und Lebensstile realisieren können, um - *Achtung, Metapher!* - für die Titanic "Rettungsboote zu bauen". Das gehe auch "demokratisch und ohne politischen Erdrutsch" (!!!), nämlich über die bereits existierenden und wachsenden Nischen-Aktivitäten engagierter Menschen. Paech erwähnt auch seinen Doktoranden Christoph Gran. Der habe ein Modell für die deutsche Volkswirtschaft entwickelt und dann einige Untersuchungen angestellt, aber nur Dinge herausgefunden, die man schon vorher gewusst habe (z.B. Arbeitszeitverkürzung, Umbau Steuersystem). Es gebe genügend Literatur, auch Fachzeitschriften, man wisse alles [*wo steht "alles"?*], es gehe nur um das "Wollen".

*Paech kann sich den Verzicht auf Modellrechnungen leisten, weil er in seinen konzeptionellen Darstellungen nur qualitative Aussagen macht. Ob seine Vorschläge "aufgehen" können, wird nicht einmal thematisiert. Er tut so, als würden auch aus Modellen keine diesbezüglichen Zahlen herauskommen, bzw. als brauche man gar keine. Sein einziges Argument zur Desavouierung von Modellrechnungen ist ihre Ironisierung. Die wenigen Zahlen, die er nennt, hat er von den Klimatologen. Es wäre interessant zu erfahren, wie er glaubt, dass diese Zahlen zustande gekommen sind. Wenn die Klimatologen ähnlich "fortschritts-un-gläubig" argumentieren würden wie er, wüssten wir - und auch Herr Paech - heute gar nicht, dass es einen Klimawandel gibt. Die Behauptung, dass "man" die Volkswirtschaft nicht "steuern" könne, wird noch nicht einmal spezifiziert (Was heißt "steuern"?), geschweige denn begründet oder gar bewiesen - nicht bei dieser Veranstaltung und auch nicht sonstwo. Das ist vor allem deshalb sehr bedauerlich, weil die Denkansätze von Paech ansonsten revolutionär, brillant und schlüssig sind.*

Rolf Oesterlein, 30.3.2023

---

## Erscheinungsdatum: 1.9.2022

## Maja Göpel: Wir können auch anders. Aufbruch in die Welt von morgen

Nachdem vor Kurzem die Mitwirkung eines Ghostwriters beim letzten Buch der Transformationsforscherin Maja Göpel bekannt wurde, liest man ihr neues Buch mit etwas anderen Augen. Die Mitarbeit von Marcus Jauer ist nun explizit ausgewiesen, und so fragt man sich beim Lesen immer wieder: Was mag wohl Jauers Beitrag in so einem Buch sein?

Sind es die oft weit hergeholtten Geschichten über die Stenografin, die Monopoly erfunden hat, oder die Schönheit des Romanescos in der Gemüse-Auslage, mit denen die ersten Seiten jedes Kapitels gefüllt sind und bei denen man sich fragt, ob sie wirklich eine plausible Illustration der Kernaussage des Abschnitts sind? Oder ist es der Unternehmensberater-Duktus, in dem weite Abschnitte des Buchs formuliert sind, sodass man oft meint, das Manuskript einer jener Manager-Keynotes zu lesen, mit denen die Belegschaften großer Konzerne auf einen neuen Kurs eingeschworen werden sollen? Oder sind es die Merksätze am Ende eines jeden Kapitels?

Vielleicht sollen ja die vielen eingestreuten Geschichten in diesem Buch gar keine plausiblen, verständlichen Beispiele für das sein, worum es jeweils gerade geht, sondern eher so etwas wie ein großes Bild zeichnen. Dass dieser Romanesco wie ein Fraktal aussieht und dass Fraktale im Kleinen wie im Großen ähnlich komplexe Strukturen sind und dass deshalb (spätestens an dieser Stelle war der Rezensent dann abgehängt) die kleinen Strukturen die großen verändern können und es deshalb bei der notwendigen Transformation der Gesellschaft auf jeden Einzelnen ankommt – das soll vielleicht gar keine schlüssige Argumentation sein, sondern eben nur ein schöner „Lesefluss“, bei dem man sich mitgenommen fühlt – aber wohin eigentlich? Jeder von uns muss versuchen, etwas zu bewirken, damit sich die Probleme der Welt lösen lassen – hätte es dafür nicht einer etwas klareren Gedankenkette bedurft, als vom Kohl über mathematische Gebilde zur Wirksamkeit des eigenen Handelns zu gelangen?

Oft besteht das Argument, auf das sich Göpel stützt, darin, einen anderen Autor zu zitieren, der einen Begriff verwendet hat, und dieser Begriff ist dann ein englisches Wort, das klingt wie aus einem Management-Handbuch. „System Traps“, „purpose“, „critical slowing down“, „safe operating space“. Diese Begriffe tauchen dann später im Buch wieder auf, wobei man sich häufig fragt, ob sie wirklich in dem Sinn verwendet werden, wie man sie am Anfang verstanden hatte.

Das alles macht es anstrengend, die Argumente des Buchs nachzuvollziehen, wenn man sich nicht auf die Merksätze verlassen will oder wenn man angesichts der Dürftigkeit vieler dieser Merksätze meint, dass da doch mehr enthalten sein müsste als Aussagen wie „Unsere Wirklichkeit ist in komplexen Systemen strukturiert, die in sich, aber auch untereinander vernetzt sind. (...) Wir müssen Zusammenhänge verstehen.“ Und in der Tat gibt es Anklänge einiger Thesen, die wirklich einer fundierten Auseinandersetzung wert sein könnten, etwa die Idee, Kipp-Punkte in sozialen Systemen produktiv zu machen für positive Veränderungen. Dass in instabilen Situationen die Eigendynamik eines sozialen Systems bei kleinen Erschütterungen zu radikalen Umwälzungen führen kann, weiß jeder, der schon eine Revolution erlebt hat. Aber wie bewirkt man, dass tatsächlich das entsteht, was man bewirken wollte?

Das wäre die Frage, die das Buch einer Transformationsforscherin zu beantworten versuchen sollte. Zwar verspricht der umfangreichste zweite Teil des Buchs, Handlungsempfehlungen zu geben, aber die Kipp-Punkt-Dynamik wird da gerade übersehen. Über schillernde Thesen kommt Göpel nicht hinaus: „Anders zu lernen, bedeutet, zur Vorwärtskopplung fähig zu werden. Es heißt, die Zukunft bewusst zu beeinflussen, bevor sie eintritt.“

Am Ende schreibt die Autorin, dieses sei ihr letztes Buch. Vielleicht wäre es die Sache aber doch wert, einen weiteren Versuch zu machen. Ohne Geschichten, ohne Berater-Sprech und stattdessen mit wohldurchdachten Analysen und Argumenten. Vielleicht kann Maja Göpel auch anders.

Jörg Phil Friedrich, "Der Freitag", 3/3024 download

---

**Erscheinungsdatum: 1.8.2022**

**Lea Dohm & Mareike Schulze: Klimagefühle: Wie wir an der Umweltkrise wachsen, statt zu verzweifeln.**

Die "Psychologists for Future" über die psychologischen Folgen der Klimakrise

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Mojib Latif und Beiträgen von Dr. Eckart von Hirschhausen, Carola Rackete, Özden Terli, Gregor Hagedorn, Stefan Rahmstorf und Harald Lesch.

**Das Verdrängen der Klimakrise ist ein großes Hindernis für eine wirkungsvolle Politik. Daher müssen wir lernen, uns Gefühlen von Angst, Ohnmacht und Wut zu stellen, so die Gründerinnen der Psychologists for Future. In ihrem Buch erklären sie, wie wichtig diese Gefühle sind, um ins Handeln zu kommen. Und sie erzählen die Geschichte ihres eigenen Engagements.**

Es gibt Bücher, die holen einen emotional genau da ab, wo man gerade ist. Solch ein Buch ist „Klimagefühle“ von Lea Dohm und Mareike Schulze. Die beiden Gründerinnen von Psychologists for Future erklären, warum die Klimakrise auf die Psyche schlägt und was wir tun können, um dennoch handlungsfähig zu bleiben.

Die beiden Psychotherapeutinnen beschreiben aus eigener Erfahrung Strategien für den Umgang mit Traurigkeit, Ärger, Furcht und Schuld. Und sie erklären, wie wir trotz Krise psychisch gesund bleiben, wie Aktivwerden dabei helfen kann und wie durch Handeln Freude, Verbundenheit und sogar Zuversicht und Mut entstehen können.

Sie scheuen dabei auch nicht die harten Themen wie den Neid oder die Wut auf Zeitgenossen, die noch immer unbekümmert mit dem Flugzeug die Traumziele dieser Welt ansteuern, die Sehnsucht nach der guten alten Zeit, oder die beklemmende Frage, ob man in diese Welt eigentlich noch Kinder setzen kann.

Unterfüttert wird das praxisnahe Werk mit emotionalen Erfahrungsberichten von prominenten Forschenden, Aktivistinnen und Engagierten wie Carola Rackete, Claudia Kemfert, Harald Lesch, Eckart von Hirschhausen, Özden Terli oder Stefan Rahmstorf.

Letzterer ist Professor am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und sagt: „Die Klimakrise wird den Rest unseres Lebens überschatten und verändern. Das löst unangenehme Gefühle aus. Dieses Buch macht Hoffnung und hilft, dass die Gefühle zum Handeln motivieren, statt zu lähmen“.

### **Warum wir nicht handeln**

Rahmstorf steht wie sein Professorenkollege Mojib Latif, der als Präsident der Deutschen Gesellschaft Club of Rome fungiert und das Vorwort geschrieben hat, oft

fassungslos davor, wie lange schon alles Wesentliche zur Klimakrise bekannt ist, und wie tatenlos die Menschheit immer noch ist.

Latif weiß, dass eine Revolution des Denkens nicht ohne eine Revolution des Fühlens geht. „Um aus der Verleugnung der Klimakrise herauszukommen, müssen wir uns emotional mit ihr auseinandersetzen“. Dies zu leisten, haben sich Lea Dohm und Mareike Schulze aufgemacht.

Bei Mareike Schulze beginnt alles 2018 mit gleich mehreren Ereignissen: der Geburt ihrer Tochter, dem ersten Schulstreik von Greta Thunberg sowie einem Hitzesommer, wie ihn Deutschland noch nicht gesehen hatte. Sie erlebt eine Politisierung im Turbogang.

Schulze beginnt zu begreifen, wie Klimasysteme zusammenwirken und was es für Ökosysteme bedeutet, wenn Arten aussterben. Sie steht unter Schock, durchlebt Phasen tiefer Trauer und heftiger Schuld, als ihr die globalen Zusammenhänge bewusstwerden. Und dann kommt die Wut. Auch auf den eigenen Berufsstand. Sie postet ihre Gedanken auf den Sozialen Medien. Und begegnet dabei einem Menschen, der das genau so sieht: Lea Dohm.

## **Unbequeme Wahrheit**

Dohm ist Mutter von zwei kleinen Kindern, ebenfalls in psychotherapeutischer Praxis tätig und beginnt über die heraufziehenden Ökokatastrophen zu lesen. „Das Gefühl, das mich in diesen Tagen und Wochen erfasst, entspricht dem, was wir wohl erfahren, wenn wir eine unbequeme Wahrheit herausfinden, die unsere bisher sicher geglaubten Grundfesten erschüttert“, schreibt sie.

Sie nimmt im März 2019 an ihrer ersten „Fridays for Future“-Demo teil. Das Engagement macht Mut, erzeugt aber auch Handlungsdruck. Dann sieht sie Mareike Schulzes Post und entdeckt, dass ihre Berufsgruppe diverse Anknüpfungspunkte an die Klimaproteste hat: Die Geburtsstunde der „Psychologists for Future“ in Deutschland.

Was dann kommt, ist eine echte Erfolgsgeschichte. Zwischenzeitlich gibt es über 40 Regionalgruppen, 30 Arbeitsgruppen. Die 36 größten Psychotherapie-Verbände taten sich zusammen und riefen zu konkreten Aktionen auf. Das ist viel, wenn auch noch nicht der große, gesellschaftliche Wandel, der notwendig wäre.

Dafür braucht es nach Ansicht der Autorinnen Zeit und Raum, Gespräche und Gefühle. Gerade darum soll es gehen. Zu entdecken, was wir in Bezug auf die Klimakrise fühlen und gemeinsam zu überlegen, wie wir gut und konstruktiv damit umgehen können.

Vielleicht ist das das größte Verdienst des Buches, dass es deutlich macht, wir und unsere Klimagefühle sind in Ordnung, auch wenn sie ambivalent sind, uns ängstigen, lähmen, empören – und manchmal nicht leicht im Zaum zu halten sind. „Hoffnung kann aus dem Handeln heraus entstehen“, formulieren es die Autorinnen. Das Gefühl, den eigenen Beitrag zu leisten, sein Bestes zu geben – mit anderen Menschen zusammen, das trägt.

Manchmal hilft dann auch nur die radikale Akzeptanz, also das Annehmen unliebsamer Tatsachen, aber nur, um sorgsam unterscheiden zu können, an welchen Stellen wir noch etwas ändern können.

„Wir haben jetzt keine Zeit aufzugeben“, appellieren die Autorinnen. Als Psychologinnen wissen sie auch um so genannte soziale „Tipping Points“, also Kipppunkte. Das heißt: Wenn mindestens 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung inhaltlich von einer Sache überzeugt sind und etwa drei Prozent sich aktiv dafür einsetzen, sind sehr schnell, sehr weitgreifende gesellschaftliche und politische Veränderungen möglich.

*Kirsten Baumbusch, 15.3.2023  
netzwerk ethik heute*

---

## **Erscheinungsdatum: 7.7.2022**

**Klaus Wiegandt et al.: 3 Grad mehr.** Ein Blick in die drohende Heißzeit und wie uns die Natur helfen kann, sie zu verhindern

Auch Menschen, die bereits sehr gut über die Folgen der Erderhitzung informiert sind, werden in diesem Buch Neues finden. Eine ganze Reihe der renommiertesten Forschenden haben daran mitgeschrieben. Sie erklären nicht nur in gut verständlicher Sprache, welche Folgen die Klimakatastrophe schon heute für die verschiedenen Lebensbereiche und Regionen hat und wie die ökologischen Megakrisen zusammenhängen. Unumwunden konfrontieren sie die Leserschaft auch damit, dass ohne geeignete Gegenmaßnahmen schon bald ein Plus von 3 Grad zu erwarten ist – und dass das eine existenzielle Gefahr für die menschliche Zivilisation bedeutet. „Es fällt mir schwer, das zu schreiben, während ich an meine Kinder denke“, bekennt Stefan Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

Trotzdem ist das Buch nicht dystopisch, sondern ein überzeugender Versuch, die notwendigen Lösungen zu propagieren. Dabei halten sich die Autor\*innen nicht mit technischen Schein-Auswegen wie Elektroautos oder CO<sub>2</sub>-Verpressung in ehemalige Bergwerke auf. Vielmehr verweisen sie auf eine ganze Reihe umfassender, naturbasierter Lösungen. Deren konsequente Umsetzung könnte das Horrorszenario doch noch verhindern, so das Credo der inspirierenden und überaus informativen Aufsatzsammlung.

Schon heute fallen immer wieder Tausende von Flughunden in Australien tot von den Bäumen – ihr Organismus kollabiert bei Temperaturen über 42 Grad. Für pflanzliche Zellen ist die Hitzegrenze bei 35 bis 46 erreicht. Jedes Grad mehr bedeutet Ernteverluste von 3 bis 7 Prozent bei den wichtigsten Nahrungspflanzen Weizen, Reis, Mais und Soja. Sollte der Temperaturanstieg tatsächlich 3 Grad erreichen, wird der Amazonas-Regenwald nicht mehr zu retten sein und versteppen.

Es gibt im Prinzip nur zwei Stellschrauben, um die menschengemachte

Belastung der Atmosphäre mit CO<sub>2</sub> zu verringern. „Zum einen kann der Verbrauch an fossilen Energien verringert werden, zum anderen können die Kohlenstoffspeicher aktiviert werden“, fasst Reinhard Mosandl zusammen. Ein riesiges Potenzial liegt in der Wiedervernässung von Mooren und in der Humusanreicherung von landwirtschaftlichen Böden. Der dritte Faktor sind Wälder. In China, Nigeria und Ägypten ist es gelungen, erhebliche Flächen wieder aufzuforsten und damit große Mengen Kohlenstoff aus der Atmosphäre zu binden, schreibt Waldprofessor Mosandl.

Genau das ist auch der Ansatz, den der ehemalige PIK-Leiter Hans Joachim Schellnhuber in seinem mitreißenden Beitrag „Bauhaus für die Erde“ verfolgt. Ihm zufolge könnte das weitere Wachstum von Megastädten dazu genutzt werden, um aus dem extrem klimaschädlichen Bausektor eine CO<sub>2</sub>-Senke zu machen. Statt weiter auf den mit viel fossiler Energie hergestellten Beton zu setzen, sollte in großem Stil Holz zum Einsatz kommen, so sein Plädoyer. Werden entsprechend viele Bäume nachgepflanzt, verdoppelt das den positiven Klimaeffekt.

Schellnhuber verweist auf die ETH Zürich, die das zusätzliche Bewaldungspotenzial der Erde ausgerechnet hat. Erste Holzhochhäuser existieren bereits; aus Brandschutzsicht stellt das Baumaterial dank neuer Bearbeitungsmöglichkeiten kein Problem mehr dar. Auch bekommt Holz durch Querverleimung der Bretter eine große Stabilität und Festigkeit.

Am Schluss des Buches wird Herausgeber Klaus Wiegandt politisch. Er verlangt, dass das reichste Prozent die Kosten für die Klimaschäden und den notwendigen Umbau trägt. Außerdem müssten der Bevölkerung die Folgen von Nichtstun drastisch vor Augen geführt werden. Dazu trägt das Buch bei – und deshalb sind ihm viele Leser\*innen zu wünschen.

Annette Jensen (taz), 12.11.2022

---

**Erscheinungsdatum: 5.5.2021**

**Helge Peukert: Klimaneutralität jetzt!** Politiken der Klimaneutralität auf dem Prüfstand

**Und:**

**Erscheinungsdatum: 1.4.2022**

**Helge Peukert: Klimaneutralität jetzt!** Update 2022

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

Helge Peukert ist Professor am Forschungsbereich "Plurale Ökonomik" der Universität Siegen. Er analysiert hier in zwei Bänden die aktuellen Klima-Maßnahmen in Deutschland und der EU. Ein zweiter Band war nötig, um Neuerungen zu berücksichtigen, u.a. einen neuen Bericht des Weltklimarats IPCC.

Dadurch türmt sich das gesamte Werk auf rund 720 Seiten, zuzüglich des Verzeichnisses von rund 500 Quellen, die in die umfassende Arbeit eingeflossen sind. *Man kann sie mit Fug und Recht als das aktuelle allgemeinverständliche Standard-Werk der SÖT-Thematik bezeichnen.*

*Der schiere Umfang des Buchs könnte manche am Thema Interessierten abschrecken. Aber man muss den Text nicht wie einen Kriminalroman lückenlos von vorne bis hinten lesen, sondern kann es durchaus selektiv tun.* Peukert hat die Essenz seiner Untersuchung in 20 Thesen zusammengefasst, die beim Metropolis-Verlag unter dem Link <https://www.metropolis-verlag.de/Klimaneutralitaet-jetzt%21/1470/book.do> und am Ende dieser Rezension im Klartext zu finden sind. *Man wird feststellen, dass nicht jede dieser Formulierungen auf Anhieb in ihrer vollständigen Tragweite für jeden erfassbar ist; dann kann ein gezieltes Nachlesen im Buch sehr hilfreich sein.*

Der Autor entdeckt bei seiner akribischen Analyse eine in Gesetzestexte gegossene Ideologie, die er "Ökomodernismus" nennt. Dieser ist ziemlich deckungsgleich mit dem, was der Mainstream - nahezu weltweit, bei uns natürlich auch CDU, SPD und Grüne einschließend - als Prinzip des "Grünen Wachstums" propagiert, gemäß dem man nur die Energie-Erzeugung "elektrifizieren" und auf Erneuerbare umstellen müsse, dann gehe gegen den Klimawandel - dank der bevorstehenden technologischen Revolution - alles wie von selbst, ohne dass irgendjemand seinen Lebensstil ändern oder auch nur auf ein Quäntchen "Wohlstand" - ja, man meint den materiellen Wohlstand, nicht das viel umfassendere "Wohlergehen" - verzichten müsse, weil man ja damit auch den wachstumgetriebenen Kapitalismus retten könne, wenn er grün lackiert ist.

Peukert entlarvt das als fatalen Irrweg, und mehr noch: möglicherweise als einen großangelegten Betrug. Dank seines unermüdlich präzisen Hinsehens merkt man sogar, dass dies nicht nur für die Gesamt-Bewertung gilt, sondern für nahezu jedes Detail.

*Mancher könnte geneigt sein, sich mit diesem grundlegenden Fazit zu begnügen. Davor muss gewarnt werden. Erst letztens fand in Mainz eine Propaganda-Veranstaltung fürs grüne Wachstum statt, die zeigte, wie schwer es ist, gegen wohltonende Allgemeinplätze mit nüchternen (und leider unangenehmen) Fakten anzukommen. Gegenreden und Hinweise aus dem Publikum auf entsprechende Publikationen wurden auf dem Podium höflich angehört, aber ignoriert, also schlicht "ausgesessen". Man kann daraus schließen, dass die freundlichen Propagandisten keine harmlosen, ob ihres Unwissens bedauernswerten Traumtänzer sind, sondern bösartige Realitätsverleugner, hinter denen übrigens eine vielfältige, knochenharte Seilschaft von Lobbyisten steht (wie man in zwei anderen Büchern aus unserer Literaturliste nachlesen kann), die jede Chance für wirkungsvollen Klimaschutz zunichte machen wollen. Die Hoffnung, dass sich durch einen von allseitiger Wahrhaftigkeit geprägten Diskurs die richtigen Einsichten einstellen könnten, erscheint illusorisch; man muss gewappnet sein, um bei Bedarf auch auf Detailebene ebenso knochenhart die gemeingefährlichen Greenwashing-Umtriebe attackieren zu können. Trotz aller individueller Beschwerden beim Durcharbeiten hilft das Buch dabei erheblich.*

Es geht zunächst auf die (spärlichen) Ergebnisse internationaler Konferenzen ein: das Kyoto-Protokoll (seit 2005 in Kraft) und die Welthandelskonferenzen Paris (2015) und Glasgow (2021) werden beleuchtet. Es werden die Blockierer genannt, das wilde Ein- und Aussteigen der Staaten bei den Verträgen wird genannt und als Folge mangelnder Abstimmungen die politischen Fehlsteuerungen. Selbst das Verbrenner-Aus ab 2035 haben die meisten PKW-Hersteller und Länder (auch Deutschland) **nicht** unterschrieben. Trotz anwachsender Warnsignale (katastrophale Klima-Ereignisse) hat es keinen Paradigmenwechsel gegeben. Die Konferenzen sind strukturell zur Erfolglosigkeit verdammt: (zu) viele Delegierte, Einstimmigkeit, nationaler Partikularismus und Sanktionslosigkeit haben Bremsfunktionen; es fehlen NGO's & Gegengewichte zu den privaten klimafeindlichen Interessenvertretern.

Zur Verhinderung eines in ein dauerhaftes Desaster führenden Klimawandels strebt die Gesetzgebung in Deutschland und der EU, in verschiedenen, zeitlich begrenzten Schritten, die Erreichung von "Klimaneutralität" bis 2050 an. Dieser Begriff ist nirgends physikalisch präzise definiert; wenn man doch Versuche dazu findet, sind sie uneinheitlich; man bringt sie nicht auf einen Nenner. Je ungenauer und wohlklingender ein Begriff ist, desto häufiger wird er benutzt, weil es der Reputation dient, wenn man sich mit ihm schmückt, sei es auch nur als anvisiertes Ziel und gleichzeitig genügend Interpretationsspielraum fürs eigene ungestörte Handeln bleibt.

Deshalb gibt es Elemente wie "Emissionshandel" und "Kompensationsprojekte" sowohl auf verpflichtender Basis, also vom deutschen Staat oder der EU für bestimmte Akteure vorgeschrieben (in Europa sind etwa 11 000 Unternehmen betroffen), und auf freiwilliger Basis. In letztere weichen Firmen aus, die unter gesellschaftlichen Druck geraten sind und Reputationsschäden vorbeugen wollen.

Beim Emissionshandel müssen Zertifikate erworben werden, um bestimmte Mengen von Treibhausgasen (THG) emittieren zu dürfen. Die entstehenden Kosten sollen dazu dienen, den Emittenten zur Reduzierung seiner Emissionen zu animieren. Das ist das erklärte Ziel jedes Emissionshandelsystems (ETS), ob von der EU oder national initiiert. Generiert werden sollen also Geldeintreibung für den Staat, Innovationen für den Klimaschutz - was allerdings von vornherein ein Zielkonflikt ist und nicht gleichermaßen funktionieren kann. Aber wenigstens teilweise, wenn die Zertifikatskosten höher sind als die THG-Minderungskosten. Das könnte allerdings für die Firmen ins Geld laufen - und das darf auf keinen Fall passieren. Deshalb fluten die Initiatoren in großem Umfang den Markt mit kostenlosen Zertifikaten, in manchen Branchen bis 98% der Gesamtmenge. Im Schnitt liegt die "Überausstattung" mit Zertifikaten bei 4-5%; das führt oft zu sehr niedrigen Handelspreisen. Damit sind die Chancen für eine THG-Minderung natürlich gering, da unwirtschaftlich. Schon hier erkennt man, wo die Prioritäten liegen. Während die THG-Emissionen seit langem und immer noch weltweit nach oben steigen, räumt selbst die EU ein, dass vor 2030 nicht mit klimafreundlichen Innovationen aus ETS zu rechnen ist.

Die sog. "Kompensationsprojekte" sind eine andere Möglichkeit, ohne große Kostenbelastung THG emittieren zu können. Wie im privaten Umfeld eine Spende für die Organisation "atmosfair", die das Geld irgendwo auf der Welt in ökologisch

sinnvollen Projekten anlegt, das gute Gewissen trotz klimaschädlicher Flüge aufrechterhalten soll, stecken umweltbelastende Firmen irgendwelchen "Projektentwicklern" Geld zu, mit dem diese - meist im Globalen Süden- ökologisch sinnvolle Aktivitäten umsetzen, die ohne diese Unterstützung von außerhalb nicht stattgefunden hätten (also: zusätzlich sind). Warum im Globalen Süden? Weil dort jedes THG-Emissionen vermeidende Projekt um Größenordnungen billiger ist als hierzulande. Eine Tonne THG kann durch direkten Zertifikatserwerb bis zu 30 € kosten, im Globalen Süden über Kompensationsprojekte unter 1 €. In jedem Fall bleiben hierzulande die Emissionen oben.

Soweit das Prinzip. Vor allem im staatlichen Bereich gibt es hierzu eine Fülle von Detail-Regelungen und Ausführungsbestimmungen, die alle diese Systeme zu schwer durchschaubaren Bürokratie-Monstern machen. Verantwortlich dafür sind allerdings nicht irgendwelche schon als Bürokraten auf die Welt gekommene Sonderlinge in Staatsdiensten, sondern genau jene, die sich auf der politischen Bühne als Anti-Bürokratie-Schreihälse profilieren: Firmenvertreter und ihre Lobbyisten, die für ihre Klientel Sonderregelungen, Ausnahmen, Hintertürchen, Möglichkeiten für Trickserien usw. einfügen lassen, indem sie entsprechenden Druck aufbauen, was ihnen - in Demokratien wundersamerweise, oder? - immer wieder gelingt.

Wer nun meint, diese präzisen Regeln würden dazu führen, dass alle diese Systeme effizient auf das Ziel "Emissions-Verminderung" hinführen, wird durch die Lektüre von Peukerts Buch eines besseren belehrt: Es gibt kaum eine klimaschädliche Aktivität, die nicht zu niedrigsten Kosten "kompensiert" werden könnte.

Vor allem in Schwellenländern ist kaum nachweisbar, ob die Projekte tatsächlich "zusätzlich" aufgesetzt worden sind und ob überhaupt eine THG-Minderung eintritt. Die Zuordnung konkreter Projekte zu (durch sie erlaubten) Emissionen hierzulande ignoriert meist völlig, dass die Projekte eine vergleichsweise kurze Laufzeit haben, während die gleichzeitig emittierten CO<sub>2</sub>-Moleküle jahrhundertlang in der Atmosphäre bleiben und ihre verheerende Erwärmungswirkung beibehalten. Aus THG-Sicht unzureichend ist etwa die "Kompensation" von Abholzungen durch Neupflanzungen, die Jahrzehnte benötigen, ehe sie die gleiche CO<sub>2</sub>-Speicherungskapazität erreichen wie die vernichteten Bäume.

Regierungen in Projektländern werden durch die Zahlungen animiert, nicht selbst Klimaschutzmaßnahmen einzuleiten (z.B. den Ausbau erneuerbarer Energien), sondern lieber auf "Kompensationsgelder" von außerhalb zu warten. In Ruanda entlasten die Zertifikat-Gelder die Regierung und fließen letztlich, wenn auch indirekt, ins Militär. Der Mischmasch zwischen staatlichen und freiwilligen Handels- und Kompensationssystemen führt oft zu Doppelzählungen von Projekten, was aus prinzipiellen Gründen kaum vermeidbar ist. Die Projekt-Prüfer werden bei freiwilligen Aktivitäten von den Projekt-Entwicklern bestellt und bezahlt. Ihre (Nutzen-) Schätzungen werden oft angezweifelt, was allerdings folgenlos bleibt. Ein Flug von Stuttgart nach Detroit wird mal mit 2,8, mal mit 1,4 t CO<sub>2</sub> "berechnet". Das Angebot übersteigt die Nachfrage; Umweltschäden vergrößern den Markt: je mehr Waldsterben, desto mehr Aufforstungsmöglichkeiten. Es fehlt jeder Überblick, jede Transparenz, oft der Zugang zu relevanten Daten. Betrügereien sind ausgesprochen leicht durchzuführen, auch weil es kaum Sanktionsmöglichkeiten gibt. Peukert legt dazu eine seitenlange Liste vor. Laut einer Studie des Öko-Instituts bleibt die

Mehrheit der freiwilligen Kompensationsprojekte ganz ohne Emissionsreduzierung. Insgesamt bringen sie mehr Schaden als Nutzen.

Das liegt auch daran, dass die "Handbücher" - verpflichtende wie freiwillige - voller falscher Annahmen über "klimaneutrale" Maßnahmen sind, etwa mit "zero emission" für erneuerbare Energien (Windräder): gerechnet wird, als gäbe es nicht Produktion, Wartung und Entsorgung, die sehr wohl einen relevanten ökologischen Fußabdruck haben. Der gleiche Unsinn wird allenthalben über Bahntickets und E-Autos verbreitet. Dabei müssen manche E-Autos erst einmal bis zu 100 000 km gefahren werden, ehe sie mit einem Verbrenner gleicher "Komfortstufe" ökologisch gleichziehen und bei der weiteren Nutzung - relativ! - im Vorteil sind; das liegt am schlechten Produktions-"Fußabdruck" (*zur klimaschädlichen Tesla-Fabrik in Grünheide siehe in unserer Literaturliste das Buch "Eine Gigafabrik in Grünheide. Oder der Albtraum vom grünen Kapitalismus" von Heidemarie Schroeder*) und am schlechten EU-Energiemix; unberücksichtigt sind dabei - wie so häufig - weitere ökologische Schadensquellen wie Lithium-Abbau, Batterie-Lebensdauer, Reifenabrieb, Reparaturen.

Nahezu flächendeckend bei allen möglichen Berechnungen werden die sog. "Rebound"-Effekte ignoriert. Gemeint ist damit, dass vordergründig nützliche Aktivitäten zu anderweitigen Nachteilen führen, die den Nutzen neutralisieren oder gar übersteigen, etwa wenn spritsparende Autos höhere km-Leistungen hervorrufen oder im Globalen Süden Hilfe für die ärmere Bevölkerung zum Kochen mit Holz die klimaschädliche Abholzung befördert. Man wundert sich dann, wenn z.B. zwischen 2010 und 2018 über 150 Mrd. Euro in die energetische Sanierung von Wohngebäuden gesteckt werden, ohne dass sich der Energieverbrauch pro Quadratmeter reduziert. Großzügige Erhöhungen der Entfernungspauschale sind reine Rebound-Produzenten.

Können solche Fehler auf Unkenntnis beruhen? Wenn nicht, sind sie beabsichtigt, und damit sind wir bei vorsätzlicher Irreführung und Betrug, natürlich regelmäßig zu Lasten der Klimawandel-Eindämmung.

Kompensationsprojekte, so Peukert, sollten nicht für jedwede klimaschädliche Aktivität akzeptiert werden, sondern nur für sowohl technisch als auch vom Bedarf her unvermeidliche; durch die aktuelle Beliebigkeit verhindern sie echten Klimaschutz und erlauben für wenig Geld Raubbau und Korruption lokaler Widerstände, denn auch z.B. Waldzerstörung (durch Lebensmittelkonzerne) und Umweltzerstörung (durch Bergbau-Betriebe) werden urplötzlich "nachhaltig"; es wird suggeriert, dass der Spagat zwischen Erhalt der Lebensgrundlagen und des Wachstums möglich sei. Das Ganze ist ein Ablass-Handel, der zu "freudigem Sündigen" auf anderen Gebieten führt.

ETS müssen billig bleiben, um Abwanderungen & Insolvenzen von Firmen zu verhindern. Das Marktprinzip (Wachstum ist die entscheidende Prämisse für ETS) führt zu kontraproduktiven Ergebnissen, wenn z.B. infolge reüssierender Erneuerbarer die fossilen Preise sinken und attraktiv werden. Das "Spiel der freien Kräfte" erweist sich wegen Eingriffen für kostenlose Zertifikate und andere Subventionsformen ohnehin als Illusion und führt bei Zuspitzung des Klimawandels tendenziell zu Handels- (oder Klima-) Kriegen, falls keine Regulierung über Ordnungsrecht die Konflikte löst.

Alle ETS sind bisher wirkungslose Farcen. Man spekuliert mit Verschleierung der ökologischen Wahrheit auf "Zeitgewinn" durch Hinausschieben anstelle einschneidender Maßnahmen, was jedoch ein desaströser Verlust ist, denn schon 2020 hat das Wuppertal-Institut gezeigt, dass alle staatlicherseits scheinbar angestrebten Ziel-Einhaltungen nur bei sofortigen starken Reduzierungen funktionieren können - die aktuelle Manie des Hinauszögerns ist tödlich.

Es gibt national und in der EU neben den o.g. Instrumenten auch Klimaverordnungen, die das Klimaneutralitätsziel für 2050 in Zwischenziele auf verschiedenen Sachgebieten herunterbrechen und auch z.T. Maßnahmen zu ihrer Erreichung vorschreiben. Helge Peukert betrachtet näher die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, den Autoverkehr und den Flugverkehr und vergleicht das, was sich dort abspielt, mit den aktuellen Zahlen aus den IPCC-Berichten unter der Fragestellung: reicht das?

Es reicht nicht, bei weitem nicht. Es kann mit dem Ökomodernismus-Narrativ auch nicht reichen, weil es ein verlogenes Narrativ ist. Peukert fügt den bereits bis hierher aufgeführte Ausprägungen der Irreführungen und Widersprüchlichkeiten noch eine Fülle weiterer hinzu:

Schon die konkreten Ziele sind unzureichend; aber laut Öko-Institut werden in Deutschland schon die Zwischenziele bis 2030, vor allem in Landwirtschaft und Verkehr, nicht erreicht. Zwar absorbiert der Wald in der EU noch 10% der anfallenden THG, aber 2020 waren in Deutschland 80% der Bäume krank; es gab eine Schadh Holzfläche von der Größe des Saarlandes (277 000 ha), und noch präziser: zwischen 1/2018 & 4/2021 sind 500 000 ha Baumbestand durch Dürre & Hitze zerstört worden. Lokale Baumschutzverordnungen (z.B. gegen den Einsatz schwerer Maschinen im Wald oder zum Schutz von Bäumen in Parks) werden beim geringsten ökonomischen Störungseffekt über Bord geworfen. Der Wald wird von einer CO<sub>2</sub> -Senke zu einer Quelle.

Beim Flugverkehr, den überhaupt nur 5-10% der Weltbevölkerung nutzen, stehen die Zeichen auf exponentieller Expansion. Von 1991-2021 ist das Frachtaufkommen in Deutschland um 243% gestiegen. Die EU erwartet bis 2030 45% Zunahme der Flüge (gegenüber 2015) und 90% bis 2050 - offenkundig ohne jedes Problembewusstsein. Statt Emissionsobergrenzen, Rückbau & Neubauverbot von Flughäfen, Einführung von Kerosin- & Vielfliegersteuern, Austrocknung des innereuropäischen Flugverkehrs usw. soll die internationale Organisation CORSIA allen Ernstes "kohlenstoffneutrales Wachstum" vorantreiben.

Es herrscht ein ungezügelter Subventionswettbewerb. Die LH hat während Corona 9 Mrd. Euro ohne klimapolitische Auflagen erhalten (EU: 33 Mrd). Die CO<sub>2</sub> - Belastung pro Personen-km: zu Fuß 0, Bahn im Schnitt 5,4 g, Bus 37,5 g, Auto 146 g, Flugzeug 394 g. Die 4-köpfige Familie kann ihren durchschnittlichen Urlaubsflug-Fußabdruck zu Hause nicht mehr kompensieren. Die weitere Schadensanalyse (Energie- & Materialverbrauch bei Herstellung & Flughäfen, Luftqualität [Feinstaub], Lärm, Flächenfraß) leidet darunter, dass auf den fachlich zuständigen Lehrstühlen oft Lobbyisten sitzen. Die Kosten fürs Grünfärben werden auf etwa 1% der Gesamteinnahmen prognostiziert; das ist weniger als die Kosten aus Kerosinpreisschwankungen. Der Etikettenschwindel hilft gegen das Aufkommen von Flugscham bei Stakeholdern wie Passagieren, die sich alle gern täuschen lassen.

Und auch die EU wird bei kostentreibenden Öko-Maßnahmen sofort einknicken, um keine Aufträge für die Airbus-Industrie zu verlieren. Wie das bis 2050 für den Flugverkehr angestrebte Halbierungsziel für THG-Emissionen realisiert werden soll, ist unklar (andere Schäden als durch CO<sub>2</sub> werden gar nicht erst berücksichtigt). Das Ziel ist ohnehin zu mager: laut IPCC ist bereits heute eine Netto-Null-Emission erforderlich.

Auch anderen grünwaschenden Selbstbeweihräucherern fehlt jegliche Glaubwürdigkeit. Ihre Ziele liegen so unrealistisch hoch wie weit in der Zukunft. So will Shell bis 2050 den eigenen CO<sub>2</sub> - Ausstoß und den seiner Kunden (!) auf 0 senken (aber die Erdöl-Förderung um 20% steigern). Über die Hälfte der DAX-Firmen erfüllt ihre bis auf 2050 gestreckten eigene Ziele nicht, hat eine Studie herausgefunden. Sie mindern ihren Fußabdruck durchaus, aber sehr begrenzt; ihre Ambitionen werden dank vollmundiger Werbung & Lobbyismus häufig grob überschätzt. Dubiose Institute verteilen ähnlich wie Ratingagenturen für Geldanlagen "Klima-Noten" von A (= super) bis F (= mies); dabei erhält z.B. eine Auto-Firma mit jährlichen Emissionen von 165 Mio t CO<sub>2</sub> ein A-, Heidelberg Cement sogar ein glattes A, obwohl die selbst gesetzten Ziele dieses Unternehmens, wenn sie für alle allgemeingültig wären, bis 2050 zu einer Erwärmung von 10,3 ° Celsius führen würden.

Ähnliche "Mogeleien" (der Begriff "Betrug" wäre treffender, kommt im 2. Band auch vor) durchziehen die gesamte "grüne" Geldanlage. Entsprechende "grüne" Fonds, für die es keine einheitlichen Standards gibt, sind häufig voller ökologisch zweifelhafter Firmen (z.B. Erdöl-Konzerne), ähnlich wie in dem 2020 eingeführten Index DAX 50 ESG (= ökologisch, sozial, good governance) mit Unternehmen wie Lufthansa, Siemens, Heidelberg Cement, Bayer, BASF usw.; die Ausgabe-Aufschläge sind hoch, die Renditen minimal. Für den Normalanleger sind sie unübersichtlich (pro Jahr kommen in Europa etwa 500 neue Angebote auf den Markt) und kein Grund für ein gutes Gewissen im Kampf gegen den Klimawandel. Peukert sieht nur wenig positive Ausnahmen und ganz andere grundsätzliche Aspekte als wichtiger an für eine Verbesserung des instabilen Finanzsektors wie etwa eine allgemeine Schrumpfung, ein Vollgeld-System, Trennbanken, Transaktionssteuern, ein Leerverkäufe-Verbot, ein Haltedauer-Minimum u.a.

Gemessen am "Restbudget" tolerierbarer THG-Emissionen, das der IPCC in seinem 6. Bericht für bestimmte Erwärmungsbegrenzungen ermittelt hat, liegen - weltweit - sämtlichen angestrebten Ziele (selbst wenn sie alle erreicht werden würden) viel zu spät. Die für 2050 angestrebte Netto-Null-Emission müsste spätestens 2030 erreicht sein; ansonsten verschiebt sich die einhaltbare Temperatur-Begrenzung auf bis zu 3,5 Grad. Von unbekanntem Risiken wie Kipp-Punkten (Permafrost) oder zurückgehender THG-Speicherfähigkeit in Ozeanen & Vegetation ganz zu schweigen. Auch die zwingend notwendige, aber häufig ignorierte Entmilitarisierung (jede Rüstungsmaßnahme schädigt das Klima, schon vor dem Waffen-Einsatz) wird durch die sich gerade auch hierzulande explosionsartig ausbreitende Kriegshysterie unterlaufen. Ein Ziel wie "Begrenzung auf 2 Grad Erwärmung" bedeutet übrigens: nach Ausbringung eines "Restbudgets" wird auf Netto-Null-Emission gestellt, also nicht auf den vorindustriellen ppm-Gehalt (ppm=parts per million), was wegen der jahrhundertelangen Verweilzeit der Gase - speziell des CO<sub>2</sub> - in der Atmosphäre nicht mehr funktioniert. Und das bedeutet umgekehrt: wegen dieser Verweilzeit

dauert es nach Erreichen eines Emissionsstopps noch Jahrzehnte, ehe eine Temperaturstabilität eintritt.

Hinzu kommen vielfache Herausforderungen: Diversitätserhaltung, Entwaldung, Bodenerosion, rückgängige Bodenfruchtbarkeit, Wasserverknappung, Wasserqualität (Pestizide, Schwermetalle, Plastik), langlebige organische Schadstoffe (POP's: persistent organic pollutants), radioaktive Verseuchung, Ablagerungen & Rückstände, Feinstaub, Bodenverdichtung (Städte- & Straßenbau), Austrocknung amphibischer Lebensräume usw. - all diese Probleme werden allein durch CO<sub>2</sub> - Begrenzung nicht automatisch gelöst, aber fast alle externalisiert, also nicht den Verursachern angelastet..

Wie handeln die Ökomodernisten? Sie offerieren eine - partiell noch nicht näher bekannte - "Wundertüte" an technischen Innovationen, die fast nichts für unmöglich hält. Nutzfahrzeuge sollen bis 2030 alle 150 km grünen Wasserstoff tanken können, jenes durch den immensen Bedarf an erneuerbaren Energien sehr teure Sehnsuchtsprodukt, das auch die Stahlproduktion grün anstreichen soll, aber vermutlich nach Ansicht des Sachverständigenrats keine Brückentechnologie, sondern eine Sackgasse ist. Auch 10 % Atomstrom werden für denkbar gehalten, und Energie aus Gas hat die EU auch als grün anerkannt. Den Zwang zur Energie-Begrenzung erkennt man nicht: man bejubelt das Anwachsen der Ferienflieger-Flotte und der Auto-Verkäufe ((14% in den 10 Jahren bis 2021); und jede Kiste fährt statistisch 200 000 km bis zu ihrer Verschrottung nach 10 Jahren.

Es sind überhaupt keine Grenzen des Wachstums vorgesehen, aber hemmungslose Ressourcen-Verbräuche. Immer noch störendes CO<sub>2</sub> - immerhin übersteigt der Betrieb eines E-Autos bereits heute jedes persönliche Restbudget - sequestriert man, also man sperrt es unterirdisch, gasdicht und dauerhaft ein - wie bei der Endlagerung des Atommülls gibt man keine Kosten an, weil man sie nicht kennt. Man behauptet übrigens schamlos, dem Verursacherprinzip verpflichtet zu sein - so etwas wie Externalisierung von Umwelt-Schäden (siehe oben) gibt es also gar nicht.

Tatsächlich werden natürlich eher Firmenprofite als die Natur geschont. Man versucht, soziale und wirtschaftliche Brüche durch den Glauben an die absolute Entkopplung von Wachstum & Ressourcenverbrauch zu vermeiden. So sollen die Netto-Emissionen bis 2030 um 55% (gegenüber 1990) sinken und das BIP soll um 80% steigen, und so geht das auf den die Zukunft darstellenden Schaubildern weiter.

Am 24. März 2021 hat das Bundesverfassungsgericht die Klimabemühungen für nicht ausreichend, spricht: verfassungswidrig gehalten. Daraufhin wurde der Schlachtruf "Fit for -55" (das meint die o.g. Emissionsminderung um 55% bis 2030) in "Fit for -65" umgewandelt. Die Nachbesserungen werden in einer Studie der Beratungsfirma "Boston Consult" nicht für ausreichend gehalten. Ob man aber die Ökomodernisten juristisch auf den Pfad der Tugend bringen kann, erscheint zweifelhaft.

*Auf mehr als 100 Seiten beschäftigt sich Peukert kritisch mit dem IPCC. Man kann diesen Bereich getrost rasch überfliegen oder gar weglassen. Der Autor fremdelt mit zwei Aspekten, die nicht zu seinem Fachgebiet gehören: mit der zwingend notwendigen Messfehler-Diskussion bei physikalischen Messungen (zur Ermittlung der*

*Genauigkeit) und mit der Statistischen Mathematik. Seine Forderung nach "99 bis 100% Sicherheit" ist nicht erfüllbar, und diese Tatsache ist natürlich nicht dem IPCC anzulasten. Eine Vollkasko-Mentalität kann im Klimawandel nicht befriedigt werden. Es gibt aus einer Reihe von Gründen immer einen Spread bei allen Voraussagen. Während reine Physikbücher, die das detailliert darstellen, für Nichtnaturwissenschaftler weitgehend ungenießbar sind (wofür weder die einen noch die anderen Kritik verdienen), steht man in allgemeinverständlichen Publikationen - um Verwirrungen zu vermeiden - vor der Wahl, sich eher an der unteren Grenze (Gefahr der Verharmlosung) oder eher an der oberen Grenze (Gefahr des falschen Alarmismus) zu orientieren. Peukert befürchtet das erstere, räumt aber im 2. Band ein, dass der IPCC die brisanten Fakten so deutlich darstellt, wie man es nur kann - den 1. Band konnte er da aber nicht mehr revidieren. Wer sich für die Thematik näher interessiert, sollte zu anderen Veröffentlichungen greifen, z.B. Mojib Latif, "Heißzeit" (siehe Literaturliste.)*

Helge Peukerts umfassendes Werk enthält auch das wichtige Kapitel "Was tun im Angesicht des Klimanotstands?". Es ist ein (zu) kurzes, zählt aber doch eine Fülle von Ansätzen auf, die allerdings nicht vertieft werden. Einige Schlagworte:

- Chance des systemimmanenten Gradualismus ist vertan (also: Disruption statt Trippelschritten wie Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen)
- Unabhängigkeit für ökologische Umbau-Maßnahmen durch neue Geldtheorie (Vollgeld): 50% der Staatsausgaben über "geschenktes Zentralbank-Geld", u.a. für ein "Bedingtes Grundeinkommen" an die Entlassenen aus abgewickelten Branchen
- Kaufkraft entziehende Besteuerung wird Ressourcendurchsatz verringern (Subsistenzwirtschaft, Verkehrsberuhigung statt Umsatzmaximierung)
- wirtschaftliche Gesamtrahmenplanung: Grundbedürfnis-Definition ("Welche Lebensäußerungen sind legitim, welche nicht und müssen eingeschränkt werden?"), Ressourcen-Rationierung, Quotenzuteilungen, Preiskontrollen, Senkung Produktions-Volumen um Faktor 10
- Kredite nur noch für ökologisch korrekte Projekte (staatl. Kontrolle; weltweit 2016-18 rund 2 Bill. US-Dollar Kredite für fossile Projekte)
- Verstaatlichung fossiler Groß-Konzerne & gezielte ökologische Industriepolitik
- "1°-Kriegsplan" von Jörgen Randers (2010) fordert kriegsähnliche Umstellungen wie: PKW-Bestand halbieren, Flüge jährl. um 10% reduzieren, ebenso Fleischkonsum (pro kg Rindfleisch: 14 kg CO<sub>2</sub>, Gemüse: 0.5 kg); Dächer weiß streichen; Aufforstung; Dritter Sektor für Klima-Arbeitslose; hohe Zahlungen an Globalen Süden, auch um Migration einzudämmen; weltweit die 1000 größten Kohlekraftwerke schließen; Konsumverzicht und Suffizienz ....
- .... und weitere Beispiele: Privat-PKW weitgehend abschaffen; Straßen zurückbauen; klimaneutrale Häuser bauen; alternative Transportmittel (Schwebebahnen); Renaturierung von Mooren; Lebensqualität durch Beschränkung auf "sinnvolle" Arbeiten: statt Fließband-Jobs für Autos & Drückerkolonnen für Finanzprodukte Sorge-, Pflege- und Erziehungsarbeit sowie professionelle Entfernung von Plastik-Müll; klassische Industrie-Produkte stark reduzieren und alternativ (Antriebstechnik) konzipieren
- Forschung, geändertes Patentrecht, Reduzierung der Ungleichheitsschere - alles im ökologischen Sinn anpassen
- Suffizienz-Avantgarde prägt neuen Lebensstil in Ökodörfern mit "klimafreundlichem Hedonismus"

Diese notwendige Postwachstumsökonomie, hier nur in Umrissen angedacht, braucht eine "kluge makroökonomische" Spezifizierung, die die sozialen und ökologischen Bedürfnisse vereint - und leider immer noch fehlt. Die Herausforderungen sind in den ökonomischen Lehrbüchern noch nicht angekommen, weil wirtschaftswissenschaftliche Ausschreibungen für kritische Umwelt-Ökonomie seit Jahrzehnten fehlen.

Wieso jedoch führt ein Krieg wie in der Ukraine zu einer rasend schnellen militaristischen Kehrtwende? Stecken dahinter "archaische Urhorde-Reflexe", die es für ökologische Bedrohungen nicht gibt? Die existentielle Grenzsituation wird verleugnet, "weil sie das persönliche und gesamtgesellschaftliche Sinnkonzept in Frage stellt". Peukert zitiert den Klima-Forscher Hans Joachim Schellnhuber, der bereits 2015 erkannt hat, "dass es jahrzehntelang eine schlitzohrige Übereinkunft zwischen Regierung, Behörden und Bürgern gab, mit dem Ziel, ohne Rücksicht auf gestern oder morgen ein möglichst komfortables Dasein zu genießen." Demokraten werden zu "Bequemokraten" (Niko Paech). Vor allem die Mittelschicht verteidigt ihr "Weiter so!" Selbstentfaltung vor Vernunft, auch in der "vegan-ökologisch- bunten " Alternativkultur der Jüngeren. Stephan Lessenich nannte sein Buch von 2016 "Nach uns die Sintflut". Was, wenn bei soviel Schlafmützigkeit durch die Kumpanei zwischen Industrie-Unternehmern und Staat ein autoritäres Überwachungsregime entsteht? Auch die Nazi-Katastrophe hat man herannahen sehen, aber nicht für möglich erachtet, um sein kleinbürgerliches Leben - natürlich nur vermeintlich – zu retten.

*Angeblich sind 80-89% der Bevölkerung für Klimaschutz. Aber für welchen? Unter welchen Bedingungen? Wieviele der 89% "verschwenden" vor einer Autofahrt, vor einem kurzen oder langen Flug auch nur einen Gedanken daran, ob und warum diese klimaschädliche Aktion für sie "unverzichtbar" ist? Derzeit blüht und gedeiht nach wie vor das, was Schellnhuber "Schlitzohrigkeit" genannt hat: die Suche nach Ausreden. Ist ein Stoppen des Klimawandel denn überhaupt noch möglich? Warum sollen denn ausgerechnet wir die Kosten übernehmen? Andere tun doch noch weniger! Es müssen doch weltweit alle mitmachen, was können wir denn schon tun? Und ausgerechnet ich, wo sie hier in der Straße doch alle SUV's fahren und 3-mal im Jahr in Urlaub fliegen ....*

Den primitiven Freiheitsbegriff, den die Neoliberalismus-Ideologen Hayek und Milton Friedman in die Welt gesetzt haben (vgl. die *famose Darstellung von Philipp Lepenies: "Verbot und Verzicht" in der Literaturliste*), den predigen auch die wachstumsbesessenen, ökomodernistischen Greenwasher wie etwa der Ex-Wirtschaftsminister Habeck. Bei diesen Leuten rangiert tatsächlich die "Konsumentensouveränität" vor dem Klimaschutz. *Ein unglaublicher Zynismus, wenn man etwa daran denkt, wie 135 souveräne Konsumenten in den Ahrtal-Fluten - nicht nach uns, neben uns die Sintflut! - ums Leben gekommen sind.*

Worauf warten wir noch? "Die Zusammenführung von Lösungsansätzen in einen Gesamt-Entwurf erfordert ein eigenes Werk," schreibt Helge Peukert. *Seine ideologisch versiffte Zunft drückt sich um diese Aufgabe seit Jahrzehnten herum. Möge deshalb er es so bald wie möglich erschaffen, dieses Werk.*

*Rolf Oesterlein, 26.4.2025*

-----

## 20 Thesen von Prof. Helge Peukert (von der Website des Verlags:

<https://www.metropolis-verlag.de/Klimaneutralitaet-jetzt%21/1470/book.do>

1. Die Weltgesellschaft befindet sich im Ökozid.
2. Laut IPCC-Berichten ist selbst ohne Einbezug von Kippunkten das weltweite CO<sub>2</sub>-Restbudget für die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 bis 2 Grad schon heute aufgebraucht.
3. Nur ein sofortiges und drastisches Schrumpfungsprogramm „Netto-Null heute“ bannt die Gefährdung der menschlichen Zivilisation und der Biosphäre.
4. Der allergrößte Teil noch förderbarer fossiler Energien muss im Boden bleiben.
5. Klimapolitische Absichtserklärungen und weiterlaufende Weltwachstumsgesellschaft sind unvereinbar.
6. "Klimaneutralität" lädt als schwammiger Begriff zu missbräuchlicher Verwendung ein.
7. (Freiwillige) Kompensationsprojekte sind vom Ansatz her problematisch und eignen sich vor allem zur Grünfärberei.
8. Europäische und (inter-)nationale Klimapolitik ist das Ergebnis widerstreitender Interessengruppen mit unterschiedlichem Durchsetzungspotenzial und nicht des umweltpolitisch Erforderlichen.
9. Das Kyoto-Protokoll war ein Feigenblatt und trug wesentlich zu einem weiteren klimapolitisch verlorenen Jahrzehnt bei.
10. Das Pariser Abkommen ist ungenügend. Beliebige nationale Minderungspläne werden die Klimakatastrophe nicht verhindern.
11. Der europäische Emissionshandel EU-ETS reicht nicht aus und hat grundlegende Konstruktionsprobleme.
12. Auch die EU-Klimaschutzverordnung sieht anspruchsvolle, aber nicht ausreichende Minderungsziele vor. Es fehlen sektorale Vorgaben, und Überprüfungen erfolgen zu spät.
13. Die aktuelle EU-Politik widerspricht mit Freihandelsverträgen wie dem Mercosur-Abkommen und Binnenpolitiken wie der Agrarpolitik den Zielen des europäischen Green Deal.
14. Die Probleme des EU-Emissionshandels sind ein Musterbeispiel eurokratischer Verkomplizierung und belegen, dass Markt-Auktionssysteme ohne Eingriffe nicht funktionieren.
15. Für den unter Abholzungen und Dürre leidenden Bereich Land, Landnutzung und Forstwirtschaft gilt die geringstmögliche Vorgabe in der EU. Das überkomplexe Regelwerk ist nicht in der Lage, den anthropogenen Einfluss aussagekräftig zu erfassen.
16. Es gibt einen post-ökologischen Verteidigungskonsens quer durch die Gesellschaft, für den Kompensationsprojekte und undurchschaubare Handelssysteme als Entlastungsgesten dienen.
17. Die beliebten freiwilligen Kompensationsprojekte bei der Landnutzung sind kontraproduktiv, da hier preisgünstige Gutscheine für Unterlassungen ausgegeben werden, die schlecht zu überprüfen sind und oft problematische Folgen für die indigene Bevölkerung haben.
18. Der weltweite Flugverkehr wird dank preisgünstiger Kompensationsprojekte und zahlreicher Ausnahmen weiter exponentiell wachsen. Daran wird auch das CORSIA-Abkommen für „kohlenstoffneutrales Wachstum“ nichts ändern, das u.a. hilft, die Festlegung maximaler Flugemissionen und das Verbot von Flughafenneubauten zu verhindern.

19. In Europa gibt es angesichts freier Zuteilungen und Ausnahmen sowie des Zukaufs aus dem EU-ETS kein Limit der Flugbewegungen.

20. Es bedürfte eines weltweiten Postwachstums-Klimanotstandsprogramms mit sofortigen drastischen Schrumpfungsmaßnahmen, z.B. einer Schließung der 1000 größten Kohlekraftwerke, einem Ende privater PKWs und einem zentralbankfinanzierten ökosozialen dritten Arbeitssektor.

---

**Erscheinungsdatum: 7.3.2022**

**Philipp Lepenies: Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens**

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

*In den Diskussionen um Maßnahmen zur Verhinderung der drohenden ökologischen Katastrophe trifft man häufig auf reflexhaften Widerstand, wenn ein paar Schlichtdenker schon von weitem etwas erschnüffeln, was nach Verbot oder Verzicht riecht. Dabei tun sie so, als seien beide Begriffe von vorneherein mit einer irreparabel negativen Bedeutung behaftet, so wie etwa Mord & Totschlag. Natürlich ist das grober Unfug, und es fällt eigentlich nicht schwer, das mit einfachen Beispielen zu belegen: Niemand käme auf die Idee, einen Straßenverkehr in vollständiger Eigenverantwortung ohne jegliche Verbote zu fordern, und wer davon absieht, täglich 2 Liter Wein zu trinken, hat wenig Probleme, den Nutzen dieses Verzichts für seine Gesundheit zu erkennen.*

*Damit könnte man das Thema abhaken. Man kann sich aber auch überlegen, warum ausgerechnet beim nicht ganz unwichtigen Kampf gegen ein herannahendes Desaster dieser Unfug dahergeredet wird. Wer also tiefer in die Hintergründe einsteigen möchte, wer wissen will, aus welcher ideologischen Ecke diese irrationalen Reflexe kommen, der ist mit diesem Buch gut bedient. Warum ist Philipp Lepenies, Ökonom und Professor für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin, der kompetente Analytiker für diese Fragestellung? Weil die unreflektierte Aversion gegen Verzicht und Verbote aus der Verinnerlichung neoliberaler Dogmen herrührt, wie er ausführlich darlegt, und auf diesem Gebiet kennt er sich als Ökonom natürlich bestens aus.*

Adam Smith, der im 18. Jahrhundert als Moralphilosoph (!) die klassische Nationalökonomie begründete, plädierte zwar für die Anhäufung eines Vermögens und für dessen Mehrung durch Investitionen, aber keineswegs für Konsum. Die Calvinisten radikalisierten dieses Denken noch. Sie versahen es mit einer moralisch-religiösen Ideologie: Durch harte Arbeit Vermögen anzuhäufen war ein Zeugnis für ein gottgefälliges Leben, aber Konsum - also Verschwendung und Prasserei - war das verabscheuungswürdige Gegenteil. Rigide Verbote zwangen die Gläubigen zu Verzicht und Beschränkung.

Im 20. Jahrhundert räumte Friedrich August Hayek (1899-1992) mit dieser Sichtweise gründlich auf. Dabei ging er aber zunächst keineswegs von der Adelung des Konsums als nützlichem Wachstum-Treiber aus. Da er sich etlicher Anhänger der Planwirtschaft erwehren musste, sang er das hohe Lied des freien Marktes und bekämpfte jegliche staatliche Einmischung als Teufelswerk. Allerdings bezog sich

diese Ideologie der Freiheit und des Liberalismus nicht etwa allgemein auf Bürgerrechte und freie Selbstbestimmung, sondern ausschließlich auf die Ökonomie. Und das gilt im Neoliberalismus bis auf den heutigen Tag. Deshalb kann dieser auch in autoritären Staaten funktionieren - eine Demokratie braucht er nicht. 1973 wurde die chilenische Militärdiktatur zum "ersten und radikalen Reallabor neoliberaler Politik". Hayek und sein etwas jüngerer Bruder im Geiste Milton Friedman (1912-2006) reisten des Öfteren in das Land und lobten die dortigen Verhältnisse zeitlebens.

Autor Lepenies stellt ausführlich dar, wie Hayek - unterstützt durch interessierte Geldgeber, vor allem aus den USA - hartnäckig um die Verbreitung seiner neuen Ideologie kämpfte. Damals entstanden die ersten "Think Tanks", bei deren Zusammensetzung penibel darauf geachtet wurde, dass dort wirklich nur eingefleischte Gesinnungsfreunde des eigenen Lagers mitmischten; eine Kultur der Vielfalt und ergebnisoffene Diskussionen waren ausdrücklich nicht erwünscht, sondern nur reiner Propaganda-Output für die eigenen Wahrheiten. *Diese Rosstäuscher-Methode wurde bis auf den heutigen Tag kontinuierlich verfeinert: die neutrale Bezeichnung "Think-Tank" soll die interessengeleitete Einäugigkeit verschleiern.*

Man bildete Seilschaften heran, die auf allen möglichen Wegen in die Zentren der Macht einsickern sollten, von denen Hayek zunächst noch meilenweit entfernt war. *Diese Strategie wird auch heute noch gepflegt. Unvergessen ist jene Kabarett-Sendung (!), in der Frank-Markus Barwasser gekonnt satirisch, aber faktensicher darlegte, wie zahlreich ehemalige Manager der Goldman-Sachs-Bank in politische Ämter diffundierten, um dort umzusetzen, was sie vorher beim ideologischen Briefing in der Bank gelernt hatten.*

*Man kann also das Vorgehen zu Zeiten von Hayek und später Milton Friedman getrost als Verschwörung bezeichnen, die bis heute andauert. Insofern ist es eine sehr unglückliche Wortwahl, wenn man heute irrationale "Querdenker" und Rechtsextremisten als unglaubliche "Verschwörungstheoretiker" bezeichnet, weil das suggeriert, es gäbe so etwas wie Verschwörungen gar nicht (mehr). Dabei ist der Lobbyismus, insbesondere auch der Undercover-Lobbyismus, nichts anderes und weiter verbreitet und mächtiger denn je.*

Der propagierte "Schutz" vor den Eingriffen des Staates galt jedoch keineswegs für die Allgemeinheit. In deren anonymer Masse erkannten Hayek, Friedman und die erste Epigone aus der Politiker-Kaste, Margaret Thatcher, in ihrer elitären Überheblichkeit nur eine Ansammlung von "kognitiv eingeschränkten Individuen". Die Aversion gegen Verbote sollte nur für die unternehmerischen Markt-Teilnehmer gelten, damit diese in ihrer Profitgenerierung nicht beeinträchtigt wurden, etwa in Richtung auf irgendwelche moralischen Postulate wie soziale Gerechtigkeit oder andere Formen der gesellschaftlichen Verantwortung. (Thatcher stellte bekanntlich die Existenz einer "Gesellschaft" vollkommen in Abrede). Die Unternehmer, so Hayek und Friedman, seien gar nicht in der Lage, "Verantwortung" zu übernehmen, sondern nur von der Profitmaximierung würden sie etwas verstehen. *Dass diese Aussage von den Urvätern des Neoliberalismus stammt (und nicht etwa von ihren Widersachern), sollten sich alle hinter die Ohren schreiben, die heute im Gleichklang mit den Unternehmern den Klimawandel oder die Pandemie ("Impfstoff für alle") stoppen wollen.*

Hayek wie auch Friedman erhielten (1974 und 1976) den Nobel-Preis für Ökonomie. Lepenies weist *erfreulicherweise* auf die zweifelhafte Stellung dieser 1969 geschaffenen Auszeichnung hin, die von der schwedischen Reichsbank zur

Aufwertung der eigenen Reputation eingeführt wurde und der die Alfred-Nobel-Stiftung - die ansonsten damit nichts zu tun hat - nur unter Druck zugestimmt hatte, was heute in der Öffentlichkeit regelmäßig unterschlagen wird.

In ihrer hysterischen Polemik gegen den Staat stellten Hayek und Friedman diesen als Feind der Individuen dar, die ihre wahre Freiheit nur in der "Konsumenten-Souveränität" finden könnten, die jedes demokratische Recht überragte: als Konsument könnten sie selbst entscheiden, was sie konsumieren wollten, und bekämen das auch; in der Demokratie müssten sie warten, bis sie eine Mehrheit für "ihre" Entscheidung finden, ansonsten eben - verzichten. Also zählt allein die "Verbraucherdemokratie" - und ja, die gab es tatsächlich auch in Pinochets chilenischer Diktatur (außer in den Kerkern).

Alles, was der Staat - immer schlechter als der Markt - bereitstellt, gilt als verabscheuungswürdiger "Sozialismus", auch Errungenschaften wie Krankenversicherungen. Das dringende Gebot lautet hier: Privatisierung. *Die kann man, gerade im Gesundheitswesen, auch heute in exzessiver Weise beobachten, und keine der im Bundestag vertretenen Parteien - vielleicht außer der Linkspartei - leistet Widerstand, obwohl die Bevölkerung mehrheitlich dagegen ist; die Umfragen schwanken um die 80% Ablehnung.*

Den Zwang der Armen und sozial Abgehängten zum Verzicht auf die Segnungen des freien Marktes sahen die beiden Chef-Ideologen unseres heutigen Wirtschaftssystems nicht als eine Problematik, die es aufzulösen gilt; denn die Ungleichheit war eben Gottes Wille. Friedman nahm auch sehr wohl zu Problemen wie der "Umweltverschmutzung" Stellung. Er machte für sie nicht die Unternehmen, sondern die Konsumenten verantwortlich. Sollte der Staat nun wenigstens hier zum Wohle der Allgemeinheit eingreifen? Keineswegs, das war Sache der "Eigenverantwortung" des einzelnen Individuums. *Dieser Begriff feierte fatalerweise bei der (Nicht-)Bekämpfung der Corona-Pandemie phasenweise wieder fröhliche Urständ. Und wenn sogar Kirchenleute triumphierend die Regel der Maskenpflicht in ihren Veranstaltungen aufheben und den Frommen das "Maskentragen in Eigenverantwortung" dringend empfehlen, fragt man sich, ob ihnen eigentlich bewusst ist, wessen Ideologie sie gerade transportieren.*

Die von Hayek und Friedman ausgerufene "Freiheit von Zwang" war allerdings noch in anderer Hinsicht ein Etikettenschwindel: es gab sehr wohl eine "Handlungserwartung" an den Konsumenten - er soll, ja er muss konsumieren, ansonsten können Markt und Wettbewerb nicht ordentlich funktionieren. *Heute braucht man die "Konsumidioten" ganz klar als Wachstumstreiber; denn ohne Wachstum funktioniert das aktuelle Wirtschaftssystem nicht (sagen auch Mainstream-Ökonomen, vgl. **Binswanger 2015** in der Literaturliste).*

Man lockt den umworbenen Konsumenten in der neoliberalen Ideologie damit, dass man ihn vor dem Auferlegen moralischer Regeln schützt, gewissermaßen durch ein staatliches Verbot. Das Individuum hat einzig und allein an sich selbst zu denken. Alles andere - Solidarität, Gemeinwohl, Gemeinschaftssinn usw. - sind von Übel, weil sie stören. Hayek und Friedman (und vermutlich etliche andere) haben tatsächlich geglaubt, so - auf den Fundamenten Egoismus und Verantwortungslosigkeit - könne die Menschheit überleben.

Lepenies sieht die Norm des individuellen Konsums ab 1979 massiv in die Wirklichkeit vordringen und dann nochmals in den 90er Jahren mit der Globalisierung einen Schub erleben. Die Einschränkung des eigenen Konsumverhaltens wird immer vehementer abgelehnt, "die Souveränität des Einzelnen wird zur Tyrannei". Aber es wächst auch die Überforderung durch ein Übermaß anstehender Entscheidungen. Der polnisch-britische Soziologe Zygmunt Bauman (1925-2017) wird zitiert: „...das Individuum verfolge keine eigenen Bedürfnisse mehr, sondern befriedige Wünsche, die von der Produzentenseite bei ihm geweckt worden seien ..." Macht und Souveränität seien (falls jemals real existent) dem Wunsch gewichen, die Unsicherheit des eigenen Seins durch Konsum zu verringern. Der ironische Satz "Ich kaufe, also bin ich!" ist bereits in den 80er Jahren entstanden, aber bis heute nicht überholt. Bauman stellt sogar fest, dass das Individuum selbst zum Konsumgut wird: "Wir wollen selbst nachgefragt werden und damit begehrenswert für andere sein."

Das führt Lepenies schließlich noch zu einem Blick auf das Internet und die sozialen Medien, die "das neoliberale Ideal des Wettbewerbs für einen Aufmerksamkeitswettbewerb nutzen". Hier gebe es wenig Affektkontrolle, es herrschten keine zivilisierenden rationalen Narrative und Kommunikationsströme vor, sondern oftmals Hass, Beleidigung und Diskriminierung - das perfekte Bild des vermeintlichen Souveräns als Tyrann, der glaubt, mit sich selbst als Zentrum des Universums "regieren" zu können.

Lepenies betont, dass die Entstehung des Neoliberalismus kein Zufall, sondern das Ergebnis eines Plans ist. Dass er sich über ein Jahrhundert hinweg letztlich fast weltweit ausgebreitet hat, liegt daran, dass sich zahlreiche Menschen unter Überwindung der Barriere des eigenen Denkens dazu haben verleiten lassen, an die Unumstößlichkeit und Naturgesetzlichkeit des Konstrukts und damit auch an die Unzulässigkeit staatlicher Regulierungen durch Verbote und Zwang / Verzicht zu glauben. Das sei eine "apolitische Gesellschaft", in der Grundwerte wie Gemeinwohl und Konsensfindung aufgegeben worden seien.

Die Folge ist eine (staatliche) "Politik des Unterlassens" - so auch der Untertitel des Buches. Wenn man die Gegenwart hierzulande unter unserem Thema SÖT betrachtet, so Lepenies, stellt man fest, "dass jahrelang kaum transformative Maßnahmen Teil des Regierungshandelns waren", was das Bundesverfassungsgericht schon 2019 bemängelt hat - ohne Konsequenzen, trotz eines Regierungswechsels nach einem weitgehend inhaltsleeren Wahlkampf. Selbst Parteien wie die Grünen "bemühen sich, den Eindruck abzuschwächen, dass von ihnen eine transformative Verhaltenssteuerung ausgehen werde", Untätigkeit werde als große politische Tugend angesehen, etwa beim Thema Corona. Die "Tyrannei der Ungeimpften" und "die staatliche Passivität gegenüber Bewegungen wie den Querdenkern" seien aktuelle Beispiele. Politiker liefern sich Unternehmensberatern aus, weil sie selbst an die grundsätzliche Unterlegenheit des Staates glauben. In Amt und Würden arbeiten viele selbst kräftig daran, den öffentlichen Sektor zu einem "institutionellen Idioten verkommen zu lassen".

*Das 265 Seiten starke Büchlein zeigt eindrücklich, wes Geistes Kind die lautstarken Pauschal-Kritiker von Verbots- und Verzichtmaßnahmen sind. Es mag manchem stellenweise etwas trocken erscheinen. Wenn man jedoch beim Lesen begleitend darauf achtet, was bei uns alles schon neoliberal "versifft" ist und was (zum Glück) noch nicht, so wie es dieser Kommentar an manchen Stellen auch getan hat, und prüft, welche Partei die in viele Politik-*

*Bereiche vorgedrungene Ideologie noch nicht widerstandslos verinnerlicht hat, dann gewinnt man eine Fülle erhellender Erkenntnisse, die die Lektüre lohnenswert machen.*

Rolf Oesterlein, 23.11.2022

---

**Erscheinungsdatum: 23.9.2021**  
**Klaus Dörre: Die Utopie des Sozialismus**  
Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

Der Autor erkennt, dass die herannahende Klimakatastrophe ohne ein neues ökonomisches System nicht abzumildern, geschweige denn abzufangen ist. Hierzu möchte er Vorschläge machen. Zuvor erläutert er jedoch recht ausführlich, warum er diese Neue Ökonomie "Sozialismus" nennt, obwohl dieser Begriff durch kritikwürdige reale Vorgänger-Modelle stark in Misskredit geraten ist. *Diese Rechtfertigung ist phasenweise durchaus spannend zu lesen, man kann sie jedoch auch überspringen, ohne bezüglich des Sujets Wesentliches zu versäumen.*

Der Autor bezeichnet sein 350 Seiten starkes Buch bescheiden als "Essay". *Das ist angemessen, damit man nicht den Entwurf eines schlüssigen, revolutionären gesellschaftlich-ökonomischen Systems erwartet.*

In Kapitel 5 stellt Dörre die Dringlichkeit eines "nachhaltigen Sozialismus" dar. Die Schäden durch Wetterextreme wachsen weltweit immer stärker. Wenn man diesen Vorgang quantifizieren will, braucht man sich nur mit Versicherern wie der Münchener zu befassen. Aber dennoch weist der Autor zurecht darauf hin, dass das wahre Ausmaß der Bedrohung nur von der Fachwelt in seiner Gänze verstanden wird. *Weder die Allgemeinheit, noch die Politik, noch die industriellen Akteure können sich unter 2 Grad als Klima-Kenngröße für eine dramatische Veränderung etwas Realistisches vorstellen; es bleibt immer die Vorstellung von einem Tagestemperatur-Intervall hängen, bei dessen Änderung man noch nicht einmal eine andere Jacke anzuziehen braucht.*

Was kräftig verdrängt wird, ist das Ende der "Billig-Ressourcen", als da sind: Natur, Geld, Arbeit, Fürsorge, Nahrung, Energie. Selbst das Wachstum der Arbeitsproduktivität nimmt ab. Die finanzkapitalistischen Rendite-Interessen verhindern immer stärker die überfälligen Infrastruktur-Investitionen. Die großen Privatvermögen der Reichen haben ohnehin schon immer mehr der Bereicherung als der Wertschöpfungserhöhung gedient. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass 50% der ökologischen Schäden von den oberen 10% der Reichtumspyramide angerichtet werden. In den USA produzieren die Reichsten pro Kopf 2000 mal so viel CO<sub>2</sub> wie die Ärmsten; für den gesamten Fußabdruck liegt das mittlerweile erreichte Gefälle beim Faktor 175.

Mit diesen und weiteren Zahlen zeigt Dörre die entstandene Frontstellung, die sich ökonomisch wie ökologisch im Gleichschritt verschärft. Die Ärmsten im globalen Norden sind nicht mehr "wohlhabender" als die durchschnittliche Bevölkerung im Süden. Sie zehren noch von der Überausbeutung des Südens. Aber die Schwäche der Gewerkschaften kommt gegen die ungleiche Wertschöpfungsverteilung durch Technologie-Gefälle und Unternehmer-Macht schon innerhalb der westlichen "imperialen Lebensweise" nicht an (ein Begriff, den der Autor übrigens nicht mag, weil die Underdogs hierzulande sich gar keine imperiale Attitüde leisten könnten, wie er sagt - *obwohl er die gerade erwähnte Nutzung der Überausbeutung ja durchaus konstatiert*); erst recht gilt das im Weltmaßstab. Weniger als 50% arbeiten bei uns unter Tarifverträgen, in Europa haben weniger als ein Drittel eine Arbeitnehmervertretung in ihrem Job. Wegen dieses miserablen Organisationsgrads, *den die grünen und sozialdemokratischen Hartz-IV-Erfinder durch die Preisgabe der ehemaligen Pflicht zu Flächentarifverträgen mitzuverantworten haben*, muss der Staat regelnd intervenieren, wie z.B. beim Mindestlohn. Und der Bedarf an staatlichen Interventionen wächst.

Denn trotz der bequemen Machtverhältnisse hätten die sich zuspitzenden ökologischen Zwänge den Kapitalismus aus seinem Wohlfühl-Nest herausgeworfen, wenn man die Kosten dieser Zwänge nicht externalisieren würde. Das gilt auch für die Infrastrukturkosten, deren Finanzierung den Kapitalismus erheblich limitieren würde, wenn er sie selbst leisten müsste. Übrigens ist auch die Wissensabschöpfung, für welche die sich selbst immer wieder lobenden "forschenden Unternehmen" nichts an den in Vorleistung getretenen Staat zahlen müssen, eine - positive - Externalität. Und die massiven Überlebenshilfen bei Krisen wie Finanz-Crash, Pandemie und ökologischen Katastrophen zeigen, dass der Kapitalismus wohl nur als "parasitäres System" überleben kann; zumindest würde eine konsequente Internalisierung seiner realen Kosten jeden Anschein von Effizienz zerstören.

Die dystopischen Großereignisse lassen sich nicht mehr so einfach externalisieren wie die "Umweltverschmutzung". Das beharrliche Festhalten an Wachstum und Überproduktion, so Dörre, deute darauf hin, dass die erforderliche Transformation eine disruptive sein müsse. Wissenschaftler wie von Weizsäcker scheuten solche radikalen Schlussfolgerungen und unterschätzten die Konfliktrichtigkeit des Notwendigen.

Dörre erklärt die 17 Nachhaltigkeitsziele, die die Vereinten Nationen formuliert haben, als "normative Basis" für ein ökosozialistisches Zielsystem und den transformativen Weg dorthin. Allerdings sind die Einzelforderungen teilweise gegenläufig oder auch ambivalent, wie etwa Wachstum für arme Länder oder die Auflösung von Gerechtigkeitsproblemen. Für Ökonomien mit geringem, selektivem oder gar ausbleibendem Wachstum fehlt naturgemäß der Beweis der Praxistauglichkeit, denn für völlig neuartige Bedrohungen kann es kaum bewährte Gegenmittel geben. Auch die Gefahr, dass Transformationsprozesse in autoritäre oder gar faschistoide Polit-Systeme umschlagen können, darf nicht ignoriert werden.

Das Problem der "Besitzstandswahrung" mit der weitverbreiteten Verzicht-Phobie führt leicht zu Spaltungen innerhalb sozialer und regionaler Gruppen, die eigentlich große Gemeinsamkeiten aufzuweisen haben. Der Autor weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es für die Phase nach dem Wachstum durchaus unterschiedliche Lebensentwürfe geben kann, die gleichermaßen machbar sind und

ausgehandelt werden müssen. Er warnt vor etlichen Greenwashing-Widersprüchen ("grüner" Stahl, unendlicher Energiebedarf, Rebound-Effekte usw.). Dazu zählt er auch einen angeblich "nachhaltigen Wachstumskapitalismus", dem auch Organisationen wie die Leopoldina anhängen, und eine marktkonforme CO<sub>2</sub> - Bekämpfung, die in der Schweiz bereits gescheitert sei. Und natürlich dürfe man die UN-Ziele auch nicht etwa als Festschreibung des Neoliberalismus interpretieren wollen.

In Deutschland biete das Grundgesetz zahlreiche Möglichkeiten zur rechtlichen Absicherung nachkapitalistischen Wirtschaftens, vor allem, um große Unternehmen als Machtzentren zu neutralisieren. Dazu gehört auch der aufgeblähte Finanzsektor, der die Gewinn-Erwartungen der Industrie in die Höhe treibt. Neue kollektive Eigentumsformen sind nötig, wobei durchaus individuelle persönliche Verantwortung bestehen bleiben kann. Wenn staatliche Leistungen für Unternehmen konsequent in Anteilen "bezahlt" werden, können dadurch sukzessive Mitarbeitergesellschaften entstehen. Während kleine und mittlere Firmen nicht enteignet werden sollten und durchaus unter Marktprinzipien arbeiten können, sollte bei den großen Playern das Konkurrenzprinzip ausgeschaltet werden. Mittelfristig sollte das private Profitstreben möglichst vollständig überwunden werden. Und auch der individuelle Besitz ist kritisch zu sehen, weil er sogar für Reiche ein Angst-Objekt ist, das durch Teilen und Teilhabe überwunden werden könnte.

*Unklar bleibt, wie die beiden unterschiedlich organisierten Bereiche aneinander geflanscht werden sollten. Wer entscheidet nach welcher Maßgabe über die Produktionsziele? Dass nur die makroökonomische Planung zentral erfolgen soll, ist noch recht vage. Dass man das BIP als Steuerungs-Größe ersetzen muss, ist seit einem halben Jahrhundert bekannt - nur nicht, wodurch. Wie Gewerkschaften die Machtbalance und auch die Nachhaltigkeit überwachen könnten, wird nicht ersichtlich. Dass Manager-Gehälter nicht weiter als auf das 6- bis 8-fache Facharbeiter-Gehalt ansteigen, kann man wohl in ihre Obhut geben. Aber wenn Dörre "faire erschwingliche Preise für ökologische Produkte" über Lohnerhöhungen erreichen will, zeigt sich, dass er die Preisbildung in einem solchen gemischt-wirtschaftlichen System als ebenso entscheidenden wie komplexen Knackpunkt total unterschätzt.*

*Hier wäre eine Betrachtung der vergangenen realsozialistischen Systeme in Osteuropa erhellend gewesen. In Polen z.B. sind die Kommunisten nicht etwa am Freiheitsdrang der Bevölkerung gescheitert (wie das dort heute gerne kolportiert wird), sondern an der Entwicklung eines konsistenten Lohn-Preis-Gefüges, das etwa dem Danziger Werftarbeiter so viel Geld in seine Haushaltskasse spült, dass es für seinen Lebensunterhalt ausreicht, allerdings ohne dass die Lebensmittelproduzenten am Hungertuch nagen. Das gelang nie: den Fischern an der Ostsee ging es gut, den Werftarbeitern nicht; die Verhältnisse umzukehren, hätte nichts genutzt. Etwa alle 8 Jahre manifestierte sich das Misslingen der Bemühungen durch massive Aufstände, die zur Absetzung (meist auch zur Inhaftierung) der gescheiterten Regierung führten - bis zum Ende der sozialistischen Epoche. Die Schaffung verschiedener Gremien, die der Autor vorschlägt, reicht nicht, um einen Lösungsweg aufzuzeigen. Auch die richtige Forderung nach einer Änderung von Lebensstil und Konsum-Mustern in Richtung langlebiger Güter und einer Kreislaufwirtschaft führt zwar ökologisch weiter, klärt das ökonomische System-Problem aber nicht.*

Für die Verlagerung von Aufgaben zu staatlichen Stellen weist Dörre auf einige "Pionierleistungen" derselben hin. Wenn er aber erwartet, dass nach der Ausbremsung des Finanzkapitalismus Banken in öffentlichem Eigentum durch die

Mitbeteiligung von Klein-Anlegern und -Sparern auf dem Pfad der sozial-ökologischen Tugend gehalten werden könnten, *erscheint das doch sehr optimistisch; da wird man sich vermutlich etwas Wirkungsvolleres ausdenken müssen.*

Laut Dörre gibt es eine Reihe von "Planungskonzepten", von denen er drei grob vorstellt (Cockshott/Cottrell, Laibman, Devine). Sie haben jeweils Stärken und Schwächen, arbeiten alle ohne externalisierte Kosten, aber ihnen fehlt die praktische Erprobung.

Neben der ökonomischen System-Frage werden noch eine Reihe anderer Themen angesprochen: Mobilität, Städtebau, Landwirtschaft, Energie-Management, Arbeitsgestaltung, Nord-Süd-Konflikt und Immigration, Konsumismus, Konflikt-Strategie bei der Transformation sind die wichtigsten.

*Auffällig ist dabei, dass immer wieder Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als diffuse Retter in der Not ins Feld geführt werden, wenn keine Lösungswege aufgezeigt werden (können), so als würden die noch zu erwartenden Errungenschaften aus dem Silicon Valley all die offenen Fragen einer Klärung zuführen. Das ist ein fataler Irrglaube, auf den bevorzugt Nichttechniker hereinfließen. Etliche kritische Beobachter stehen auf dem Standpunkt, dass aus dieser Ecke des "Fortschritts" überhaupt noch keine die Menschheit voranbringenden Lösungen gekommen sind. Es ist eher so, dass sie sich die Dinge aussuchen, die sie gut hinzukriegen glauben, und diese dann mit entsprechendem Marketing-Aufwand der Menschheit als unentbehrlich aufs Auge drücken, auf dass die Profite stimmen. Oder welches der z.B. in Dörres Essay behandelten Probleme könnte etwa mit den heißerwarteten "autonomen Fahrzeugen" gelöst werden? "Künstliche Intelligenz" ist ein seit fast einem halben Jahrhundert bestehender reiner Etikettenschwindel, denn sie ist natürlich künstlich, aber eben nicht intelligent nach irgendeiner anerkannten sozialwissenschaftlichen Definition dieses Begriffs. Sie kann alles schneller, genauer und voluminöser als der homo sapiens, hat deshalb auch noch etliche Anwendungsgebiete vor sich, aber sie schafft nichts, was nicht jemand aus dieser Spezies vorgedacht hat.*

*Kaum Neues kann man bei den angesprochenen Unter-Themen entdecken; dazu bleibt vieles zu vage. Auch die im öffentlichen sozialökologischen Diskurs weithin fehlende Quantifizierung der Ansätze - die unter diesen Bedingungen tatsächlich etwas Neues wäre - findet fast überhaupt nicht statt. Die Arbeitsplatzverluste beim PKW-Bau z.B. sollen durch Bahn und Fahrradbau kompensiert werden. Aber geht das auf? Und bei den anderen beschäftigungsrelevanten Konversionsbranchen? Wie sieht das Konsumieren "in höherer Qualität, aber geringeren Mengen" aus? Wenn man die notwendige Konsum-Reduzierung aus Gründen der Gerechtigkeit nicht über den Preis erreichen soll, wie dann? Dass eine Austerität, die bei einem Finanz-Crash entsteht, etwas anderes sei als jene, die ein "revolutionärer" Systemwechsel auslöst, ist nicht falsch, aber diese Einsicht hilft nicht bei der Frage, wie man sie überwinden kann.*

Dörre weist darauf hin, dass die Konkretisierung einer ökologisch-sozialistischen Gesellschaft letztlich durch Versuch & Irrtum ausgehandelt, aber auch erkämpft werden muss. *Nur sollte man sich die Dinge vorher durchaus ein bisschen genauer überlegen, ehe man 80 Millionen Leute (oder weltweit 100 Mal so viele) von einem Irrtum in den nächsten schickt.* Der herrschende "Katastrophen-Kapitalismus" (David Harvey) wird den ökologischen Kollaps nicht verhindern. Andererseits warnt der Autor vor der Ambivalenz von apokalyptischen Visionen ebenso wie vor der Gefahr gewaltsamer

Auseinandersetzungen. Eine Strategie könne sein, reformwillige Eliten mit Appellen an ihre Selbsterhaltung auf die Seite der revolutionären Nachhaltigkeit zu ziehen.

Rolf Oesterlein, 2.1.2023

---

**Erscheinungsdatum: 8.3.2021**

## **Michael E. Mann: Propagandaschlacht ums Klima. Wie wir die Anstifter klimapolitischer Untätigkeit besiegen**

Buchkritik aus

<https://www.spektrum.de/rezension/buchkritik-zu-propagandaschlacht-ums-klima/1886374>

### **Nach dem Leugnen**

Der Klimaforscher Michael Mann entlarvt die Methoden, mit denen Klimaschutzverzögerer heute ihre monetären Interessen zu Lasten des Planeten wahren.

»Krieg«, »mächtiges Arsenal«, »gewaltige Waffen«, »Front« und der »Kampf um den Planeten« – im jüngsten Buch von Michael Mann, einem der renommiertesten und engagiertesten Klimaforschenden weltweit, geht es martialisch zu.

»Propagandaschlacht ums Klima« heißt das umfangreiche Sachbuch, im Englischen sogar »The New Climate War«. Das wirkt auf den ersten Blick übertrieben, doch nach der Lektüre fallen die Vorbehalte gegen diese Wortwahl deutlich schwächer aus. Der deutsche wie der englische Titel beschreiben zusammen genau, worum es im Buch geht. Oder mit den Worten des US-Autors: »Die Klimaschutzverhinderer wurden gezwungen, sich von der ›harten‹ Klimaleugnung auf eine ›weichere‹ Leugnung zurückzuziehen: herunterspielen, ablenken, spalten, verzögern und Verzweiflung schüren.« Wollte man dagegen antreten, müsse man die Strategien entlarven und überwinden.

### **Von Opferrolle keine Spur**

Als Urheber der berühmten »Hockeystick-Kurve«, die den Verlauf der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre beschreibt, ist Mann seit mehr als zwei Jahrzehnten eines der Hauptziele jener Kräfte, die sich gegen angemessene Reaktionen auf die Klimakrise wehren. So kann der Autor zahlreiche Beispiele aus eigener Erfahrung beisteuern. Dabei beschreibt er die Methoden, die durch fossile Brennstoffe reich gewordene Menschen gegen Personen aus Wissenschaft, Politik und Aktivismus anwenden, wenn diese naturwissenschaftliche Fakten betonen und konsequentes Handeln fordern. Man könnte nun befürchten, die »Opferrolle« des Autors habe zu einem unsachlichen oder polemischen Werk geführt. Doch Mann führt weit mehr als die eigenen Erfahrungen aus, und fast immer sind seine Aussagen durch öffentlich zugängliche Quellen belegt.

Wer »Die Machiavellis der Wissenschaft« von Erik M. Conway und Naomi Oreskes gelesen hat, wird im ersten Teil des Buchs manches wiedererkennen: Mann zeigt zunächst die Parallelen auf, wie die teils gleichen Personen und Organisationen, die früher die Gefahren des Rauchens, des sauren Regens, des Ozonlochs und manches mehr heruntergespielt haben, heute den Klimaschutz sabotieren.

Dabei präsentiert der Autor meist knapp und gut belegt die Fakten zu einem klimawissenschaftlichen Sachverhalt und entkräftet falsche Argumente und Behauptungen. Viel wichtiger aber: Danach setzt er sich mit den Methoden der jeweiligen Angriffe und den dahintersteckenden Personen auseinander. Das ist nicht nur spannend wie ein Krimi, sondern man lernt bei der Lektüre Schritt für Schritt, wie Manipulationen der öffentlichen Debatte die Wahrnehmung der Klimakrise verfälschen und dringende Maßnahmen verzögern. Darin liegt die erste große Leistung Manns: Wem diese Muster bewusst sind, ist immun dagegen. Die zweite große Leistung, bei welcher der Autor oft die Arbeit investigativer Journalistinnen und Journalisten zitiert, ist die Bloßstellung jener Kräfte, die im Hintergrund die Propagandaangriffe finanzieren und koordinieren.

So zeigt Mann, wie man konservative Kräfte einerseits durch Verharmlosung davon abhält, aktiv zu werden, und gleichzeitig Klimaschützer durch Übertreibung der Folgen der Klimakrise dazu bringen möchte, zu resignieren und inaktiv zu werden. An anderer Stelle verspricht man Scheinlösungen wie Wasserstoff, CO<sub>2</sub>-Speicherung (CCS) oder Geoengineering, wodurch man vor allem Liberale dazu verleitet, vorhandene Lösungen wie die erneuerbaren Energien zu ignorieren und auf Innovationen und scheinbare Marktmechanismen zu setzen, die viel zu spät greifen würden: »Wenn wir eine Erwärmung jenseits der kritischen Grenze von 1,5 Grad Celsius abwenden wollen, haben wir nur noch ein Jahrzehnt Zeit, um die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen um den Faktor zwei zu reduzieren. Das ist eine sehr kurze Brücke«, schreibt Mann unter Anspielung auf Propagandisten von Brückentechnologien.

Ganz besonders betont der Autor die Motive der Ablenkung und der Teilung: Er belegt, wie die Feinde des Klimaschutzes Forderungen nach individuellen Verhaltensänderungen unterstützen. »Der Ölkonzern BP propagierte Mitte der 2000er Jahre das Konzept eines ›persönlichen CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks‹.« Denn solange nur Minderheiten Konsequenzen umsetzen, können die fossilen Industrien ihr Geschäft rentabel fortführen – anders, als wenn starke politische Mehrheiten Änderungen am System fordern würden: »Die Wahlfreiheit von Verbrauchern führt nicht zum Bau von Hochgeschwindigkeitszügen, zur Finanzierung von Forschung und Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien oder zur Festsetzung einer CO<sub>2</sub>-Steuer.« Obendrein entstehe so Streit in der Klimaschutzgemeinschaft darüber, welcher Weg richtig sei, und Vordenkende könnten so diskreditiert werden, weil sie nicht in allen Aspekten konsequent handeln.

Milliardäre, die mit Rufmordkampagnen einflussreiche Forschende und progressive Politikerinnen und Politiker angreifen, Troll- und Bot-Armeen, die Kinder und Jugendliche schikanieren und bedrohen, gekaufte Lobbyisten in Politik und Wissenschaft, millionenschwere Kampagnen, um Falschinformationen zu verbreiten und die Gesellschaft zu spalten – teils mit Hilfe des eigenen Medienimperiums: Die erschreckende Faktensammlung in »Propagandaschlacht ums Klima« lässt keinen Zweifel daran, dass wir uns in einem »neuen Kampf ums Klima« befinden, wie es im

Original heißt. Vielleicht sind der beachtliche Umfang des Buches und die Vielzahl an Beispielen erforderlich, um zu begreifen, dass eine kleine, schwerreiche Gruppe einen Krieg gegen den Rest der Menschheit führt. Manns jüngstes Werk kann dabei helfen, die Angriffe abzuwehren und optimistisch zu bleiben.

Björn Lohmann, 10.8.2021

---

**Erscheinungsdatum: 1.10.2020**

**Schmelzer, M. et al. (Konzeptwerk Neue Ökonomie):**

**Zukunft für alle - Eine Vision für 2048: gerecht. ökologisch. machbar.**

Erstmals seit Paech 2012 ("Befreiung vom Überfluss", Kommentar s. u.) wagt sich wieder jemand an die Beschreibung eines postwachstumsökonomischen Ziel-Szenarios, das die gesamte Palette der verschiedenen Unter-Themen abdeckt. Allein dieser Umstand verdient schon ein grundsätzliches Lob. Das "Konzeptwerk Neue Ökonomie" ist ein seit 2011 bestehender gemeinnütziger und unabhängiger Verein, der in Leipzig ansässig ist.

Rund 200 Leute haben an der Erarbeitung der vorliegenden "Zukunftsvision" mitgewirkt. Formal wird sie aus der Sicht des Jahres 2048 beschrieben; auch der Weg dorthin - also der Transformationsprozess - wird in Form eines allerdings nur groben Rückblicks beleuchtet. Natürlich erhebt der Text nicht den Anspruch, das Ende der Diskussion zu markieren, sondern will genau diese anregen. Deshalb sollen hier auch nicht alle Vorschläge detailliert und kritisch vorgestellt, sondern nur ein paar allgemeine Beobachtungen und Einschätzungen zusammengefasst werden.

Das Thema ist ein sehr umfassendes; daran führt kein Weg vorbei. Allerdings ist es kontraproduktiv, wenn man es ohne Not noch ausweitet. So werden zu etlichen Aspekten Vorschläge gemacht, die nicht zwingend aus der existentiellen Gefahrenlage folgen (also: Klimawandel, sonstige Umweltschäden und Ressourcenbegrenzung), etwa: Abschaffung der Noten in den Schulen, Teilhabe, Barriere-Freiheit usw. Das heißt natürlich keineswegs, dass diese Vorschläge in der Sache falsch wären, sie gehören nur nicht zum Thema und führen, wenn sie kontrovers diskutiert werden, sogar vom Thema weg.

Dieser übertriebene Universalismus ist auch noch aus einem anderen Grund problematisch. Die Rezipienten des Textes können das Gefühl haben, dass ihnen sehr viel vorgeschrieben wird in dieser neuen Welt, auch und gerade im persönlichen Bereich. Es können Akzeptanzprobleme entstehen, die man dadurch entschärfen kann, dass man stets den engen Bezug zur Gefahrenlage darstellt. Was hier nicht hilft, ist der ständige Hinweis, dass dies alles demokratisch entschieden wird. Wieso sollte ich andere über "meine" Angelegenheiten mitentscheiden lassen? Es entstehen z.T. regelrechte Widersprüche; z.B. wird beim Wohnen gesagt, jeder könne sein "Wohnmodell" für sich gestalten, wie er wolle; andererseits wird ein starker Druck zum Gemeinschaftsleben ausgeübt, also: kein Herz für Eigenbrötler.

Die Ambivalenz demokratischer Abstimmungen wird nicht thematisiert. Der Text geht offenbar davon aus, dass diese der Garant für die Erzielung der besten Lösungen sind. Das ist sicher nicht der Fall, wie zahlreiche Beispiele aus der Realität zeigen.

Es gibt pessimistische Stimmen, dass eine wirkungsvolle Transformation vielleicht nur mit einer Ökodiktatur durchführbar ist. Dagegen enthält der Text keinerlei Argumente; er droht noch nicht einmal mit dieser sicherlich nicht erfreulichen Alternative.

Ein höchst ambivalentes Ziel ist auch die an vielen Stellen propagierte Lokalisierung. Für diese gibt es zweifellos häufig gute Gründe; das besagt aber noch nicht, dass sie überhaupt bzw. in welchem Umfang, bis zu welcher Grenze sie funktionieren kann. Auch der Hang zu lokalen Abstimmungen scheint nicht sonderlich reflektiert zu sein. Es gibt vieles, was auf diese Weise nicht zu regeln ist (z.B. der Bahnfernverkehr, notwendige Stromtrassen, die keiner vor seiner Nase will).

Insgesamt hat der Text keine homogene Eindringtiefe. Vieles wird nur sehr allgemein dargestellt, anderes geht sehr ins Detail (z.B. dass bei der Wohnungsvergabe im Falle einer Patt-Situation das Los entscheidet). Das strahlt eine gewisse Beliebigkeit aus: die verstreut vorhandenen Details sorgen dafür, dass ihr Fehlen andernorts als Mangel empfunden wird, der Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Konzepts weckt.

Es sieht so aus, als seien die Vorschläge des Textes durch eine Art "Wünsch-dir-was"-Fragestellung entstanden, zu der die Beteiligten beigetragen haben, was ihnen gerade so eingefallen ist. Ob die Vorschläge überhaupt funktionieren und ob sie zur Abwendung der Bedrohungen ausreichen, scheint häufig nicht im Fokus der Überlegungen gestanden zu haben.

Die Frage, welche politische "Weltstruktur" am Ende eines gelungenen Transformationsprozesses stehen könnte, wie die Aufgabenteilung zwischen Nationalstaaten und übergeordneten Instanzen (erwähnt wird ein "Rat für Zukunftssicherheit" zur Ressourcen-Verwaltung) geregelt sein könnte, ist eine extrem komplizierte; eine ausführliche Betrachtung dazu würde den Rahmen des Textes sprengen. Schon heute sind die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern in D. höchst umstritten, gerade in der Pandemie nochmals verstärkt hervorgetreten. Auch das abschließende "Szenario des Transformationsprozesses" ist eher ein erbaulicher Überblick denn eine präzise politische Handlungsanweisung. Aber man wird ja bei der Ausarbeitung einer Vision auch einmal ein bisschen träumen dürfen.

Rolf Oesterlein, 6.3.2022

---

**Erscheinungsdatum: 1.8.2020**

**Bernd Riexinger: System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal - Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können**

Das etwa 125 Textseiten umfassende Büchlein liest sich phasenweise wie ein Wahlprogramm, was für den Ex-Vorsitzenden der Partei "Die Linke" und ein Jahr vor einer Bundestagswahl auch naheliegend ist. Aber es ist dennoch mehr, weil es sich

nicht auf eine Legislaturperiode beschränkt. Da es schon im Titel von einem "Green New Deal" (GND) spricht, gehört es auch zum Thema SÖT. Allerdings soll der kritische Blick des Kommentars sich auf die GND-Elemente beschränken. Sie werden allerdings nicht in einem eigenen Kapitel dargelegt, sondern ziehen sich durch das Buch.

Lobend erwähnt werden Konzepte von Bernie Sanders (USA) und Jeremy Corbyn (GB), allerdings ohne nähere Erläuterungen. Ebenso wird Distanz gehalten zur Besetzung des GND-Begriffs durch die Grünen (Fücks & Co.), aber eher wegen fehlender sozialer Komponenten und dem Festhalten am neoliberalen Wirtschaftssystem, und nicht, weil das "grüne Wachstum" eine untaugliche Illusion wäre.

Durch das Buch zieht sich, auf allen Gebieten, ein nicht enden wollender Forderungskatalog, durchaus mit sinnvollen Inhalten, und es wird sogar häufig angegeben, was die Maßnahmen kosten würden. Aber wie diese Kosten gedeckt werden sollen, wird höchstens selektiv erwähnt. Irgendeine zusammenhängend-vollständige Kostenbilanz wird gar nicht erst versucht. Es ist eine typische Oppositions- und Wahlkampf-Attitüde: es werden Einzelpositionen aufgelistet, in denen man sich (meistens) von anderen unterscheidet, aber weniger die Elemente eines konsistenten Szenarios. Trotz der Zahlen bleibt die Sache, wie in den meisten sonstigen Publikationen zum Thema, wiederum nur qualitativ.

An den Kern einer grundlegenden Umgestaltung, wie sie z.B. Nico Paech seit 2012 beschreibt, reichen die Überlegungen nicht heran. Regionalisierung und Konversion der Industrie-Produktion ja, aber nichts über Reduzierung der gewerblichen Arbeitszeit und schon gar nichts über Suffizienz; die Klientel hat ja Nachholbedarf, weil sie bisher von jenem Lebensstil ferngehalten worden ist, den es eigentlich abzuschaffen gilt. Eine schwierige Konstellation für die Linkspartei, gewiss, ähnlich übrigens wie für die Gewerkschaften - aber sie lässt sich weder wegdiskutieren noch klammheimlich umkurven.

Der Begriff "Wohlstand" wird aber durchaus umgedeutet, insbesondere in Richtung auf das "Gemeinwohl", in dem "Gemeingüter" die Privatisierung verdrängen sollen, insbesondere im Bereich der Infrastruktur, und zwar auf allen Gebieten - vom ÖPNV über Wohnen, Bildungssystem, Energiewende bis zum Sozialen. Dazu sind massive Investitionen vonnöten, und sogleich rollt die erste Forderungswelle an, wie oben erwähnt.

Riexingers Blick auf die Arbeitswelt erfolgt, wie bei der Linkspartei zu erwarten, aus ähnlicher Sicht wie bei den Gewerkschaften. Arbeitszeitverkürzung wird sehr wohl angemahnt, aber ohne jeden Bezug zum GND. Es geht, klassisch gewerkschaftsorientiert, um Stressabbau und einen Anteil am wachsenden (!) Produktivitätskuchen; daher wird auch der volle Lohnausgleich gefordert. Dass das ein massiver (BIP-)Wachstumstreiber wäre und einem echten linken GND total zuwiderlaufen würde, ist dem Autor (und vermutlich auch seiner gesamten Partei) wohl überhaupt nicht klar; jedenfalls wird es nicht thematisiert.

Umso ausführlicher werden Umverteilungsaspekte behandelt. Sie werden als wichtiger Bestandteil der sozial-ökologischen Transformation gesehen. Das ist sicher richtig. Allerdings lässt der Begriff "Lebensstandard" in diesem Zusammenhang

vermuten, dass darunter vor allem ein materieller verstanden wird. Und auch diese Sichtweise ignoriert vollständig die Anforderungen an eine ökologische Transformation, die u.a. zu einer deutlichen Konsumreduzierung führen muss.

Ökologisch angemessen wiederum ist die Forderung nach einer Mobilitätswende. Die individuellen E-Autos werden als Sackgasse dargestellt. Die wegfallenden Arbeitsplätze in der Auto- und Zulieferindustrie sollen aber ohne Entlassungen in andere, ökologisch unproblematische konvertiert werden. Wie diese Rechnung aufgehen soll, wird nicht im Detail erläutert, es gibt auch keine (wenigstens groben) Zahlen dafür, wird aber immerhin als unausweichliche und nicht einfach zu lösende Aufgabe beschrieben.

Allgemein soll mehr demokratische Selbstbestimmung in die Ökonomie gebracht werden. Das geht weit über die klassische betriebliche Mitbestimmung hinaus. Wirtschaftsräte sollen geschaffen werden, die die "Industriepolitik" festlegen. Hier ist auch von Regionalisierung der Strukturen und von Lebensqualität statt Lebensstandard die Rede. Die "sozial-ökologische" Konversion der Industrie, die - entgegen der gescheiterten zentral von oben vorgegebenen Planwirtschaft in den "realsozialistischen" Ländern - von den demokratischen Institutionen gesteuert werden soll, wird zurecht als Mammutaufgabe bezeichnet. Der Shareholder-Einfluss vor allem in den Groß-Betrieben soll zurückgedrängt, aber offenbar nicht abgeschafft werden - durch demokratische "Rahmenplanung". Dazu gehört auch, (lebens-)wichtige Dienste in öffentliches Eigentum zu überführen, unter Hinweis auf die Grundgesetz-Forderung "Eigentum verpflichtet".

Globalisierungsaspekte werden hier nur kurz gestreift; es wird auf die Regionalisierung der Lieferketten und Einhaltung der Menschenrechte hingewiesen, aber auf ein detaillierteres Konzept nicht eingegangen.

Für den GND wird, einem Literaturzitat folgend, allein für Deutschland eine Investitionssumme von 1,5 - 2 Milliarden Euro in 10 Jahren gefordert (S.74). Die Kosten des Nicht-Handelns, so wird einige Seiten später ausgeführt, lägen noch höher. Das riecht nach der systemkonformen Argumentation, der GND sei aus Gründen der Kosteneffizienz zwingend. Diese (auch wieder nicht durchgerechnete) Behauptung bewegt sich im Dunstkreis der konventionellen Ökonomie und steht im Widerspruch zur ansonsten geübten Distanz gegenüber dem Mainstream.

Bei der Frage des Aufbringens dieser Summe werden qualitativ oder in groben Zahlenangaben allerlei Quellen der Umverteilung herangezogen. Das sind Sonderabgaben für Firmen und Reiche, intensive Besteuerung (z.B. auch für Vermögen) und die Umlenkung von Subventionen, auf jeden Fall die Vermeidung von Zahlungen zugunsten von Dividendenausschüttungen in Unternehmen, wie sie in der Pandemie vorgekommen sind.

Bei ökologischen Schäden soll das Verursacherprinzip gelten. Diese Internalisierung bisher als extern behandelte Kosten (d.h. die Unternehmen haben sie bisher nicht in ihrer Kostenrechnung berücksichtigt, so dass sie zu keiner Schmälerung der Profite beigetragen haben) wird allerdings nicht näher betrachtet, also auch nicht die Frage, ob und in welchem Umfang dieses Prinzip die Profitabilität der Firmen reduziert, möglicherweise bis zur Insolvenz, also eine massive Rezession auslöst. Dieses Problem, das in eine dauerhafte Wirtschaftskrise münden und alle Überlegungen zur

"Umverteilung" zunichtemachen könnte, wird weitgehend ignoriert, auf gar keinen Fall gelöst.

Die Schuldenbremse ist natürlich keine Option, und auch die Finanzmärkte sollen entmachtet werden. Weil Riexinger für letzteres in der neoliberalen Gralshüterschaft der EU eine Barriere sieht, fordert er die "demokratische Neugründung eines sozial-ökologischen Europas" (S.82). Den Weg dorthin will er durch geeignete Einstiegsprojekte auf nationaler Ebene beginnen, die aber allenfalls grob skizziert werden.

Die Frage nach globaler Gerechtigkeit darf natürlich nicht fehlen. Zwar wird eingeräumt, dass die für den Norden vorgeschlagenen Ziele keine Blaupause für den Süden sein können, aber es werden für diesen Süden keine konzeptionellen Ansätze entwickelt und damit auch keine Rückkopplungen auf die Situation im Norden thematisiert, so dass dieser Aspekt in dem Buch als reiner Platzhalter angesehen werden muss.

Im 3. Kapitel werden die Akteure benannt, die sich einem GND widersetzen, weil sie Einbußen an Geld und Macht befürchten. Die besondere Sorge gilt zögerlichen gewerkschaftlich orientierten Kräften, die den GND als Ablenkungsmanöver weg von den sozialen Interessen der Arbeitnehmer sehen. Ihnen versucht Riexinger klarzumachen, dass diese Sicht falsch und ein Schulterschluss zwischen Gewerkschafts- und Klimabewegung empfehlenswert ist, zumal auch in dieser die sozialen Aspekte keineswegs ignoriert werden. Zur Verdeutlichung der gewerkschaftlichen Ambivalenz verweist er auf die IG Metall mit ihrem Vorsitzenden Hans-Jürgen Urban auf der einen Seite und Betriebsräten auf der anderen Seite, die z.B. Abwrackprämien und Kohlekraftwerk-Erhaltung fordern und recht blauäugig auf der Position ihres Managements verharren. Er lässt keinen Zweifel daran, dass er solch kurzsichtiges Verhalten nicht für zukunftsfähig hält, und nennt die Notwendigkeit neuer Bündnisse aus unterschiedlichen Milieus eine "verbindende Klassenpolitik". Dafür verzichtet er auch auf das Stellen der "sozialistischen Systemfrage". Das werde sich von selbst ergeben, wenn erst einmal genug Menschen "in Bewegung" seien. Andererseits müsse die Linke benennen, "was alles geändert und auf den Kopf gestellt werden muss" (S. 101). Das ist zumindest ein Spagat, vielleicht auch ein Widerspruch.

Die Frage nach Zwischenschritten auf dem Weg der Transformation könnte auch für das allgemeine GND-Thema interessant sein, läuft hier aber eher auf parteitaktische Überlegungen hinaus, also z.B. hinsichtlich Mitregieren oder Erkämpfen kleinerer Fortschritte für die Klientel. (Riexinger legt den Fokus eher auf die thematische Hegemonie-Erlangung als auf die Rolle einer "Regierungspartei im Wartestand".) Vor allem über Einmischungen im Alltag will er die Basis verbreitern - für die Partei, aber auch für die Anliegen der Partei.

Man verfüge über eine "kohärente wirtschaftspolitische Alternative", heißt es an einer Stelle (S. 114). Eine solche wäre auch für das Thema GND / SÖT sehr wünschenswert, denn genau die fehlt dort, und das blockiert die Transformation in viel stärkerem Maße, als es den meisten durchaus engagierten Streitern bewusst ist. Jedoch erscheint dieser Anspruch zumindest für das vorliegende Buch doch etwas zu hoch gegriffen. Zwei Aktivisten der Linkspartei haben vor kurzem mitgeteilt, dass sie sich aus ihren (Bundestags-)Funktionen zurückziehen, weil sie innerhalb der

Partei das kompetente und ernsthafte Bemühen um ökonomische Themen vermissen. Wenn diese Einschätzung zutrifft, wäre das auch für das Vorantreiben der - für alle! - so dringlichen sozial-ökologischen Transformation ein Manko.

Rolf Oesterlein, 20.4.2021

---

**Erscheinungsdatum: 2.6.2020**

**Susanne Götze & Annika Joeres: "Die Klimaschutz-Lobby" - Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen.**

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen der Autorinnen dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

Lobbyismus gibt es auf nahezu allen Gebieten der Politik; er sorgt dafür, dass das demokratische Prinzip "one person - one vote" trotz formellen Weiterbestehens in der politischen Realität mehr oder weniger stark durchlöchert wird. Im Unterschied zu dem Buch "Lobbykratie" (2018), das ebenfalls auf unserer Literaturliste steht und besprochen worden ist, haben die beiden Autorinnen (eine freie und eine SPIEGEL-Wissenschaftsjournalistin) sich hier auf den Klimawandel und die Versuche einer sozial-ökologischen Transformation fokussiert. Sie beschränken sich dabei nicht auf die offen als Lobbyisten auftretenden, teilweise sogar "akkreditierten" Akteure, sondern richten ihren kritischen Blick auf alle Kräfte, die die Veränderungen hin zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft blockieren. Und nennen diese Mischpoke salopp "Klimaschutz-Lobby".

Natürlich liegt der Schwerpunkt auf den deutschen Verhältnissen. Aber diese kann man kaum darstellen, ohne auch die euopäischen zu betrachten - die Wechselwirkungen sind zu stark. Genauer hingeschaut wird auch in Frankreich, Großbritannien, Polen, Tschechien, den USA und sogar Brasilien.

Der "klassische", mit offenem Visier agierende Lobbyist hat einen zahlenden Auftraggeber und versucht, Abgeordnete in den Parlamenten zu einem Abstimmungsverhalten im Sinne dieser Auftraggeber zu bewegen. In Berlin und Brüssel läuft diese Spezies scharenweise in Erfüllung dieser Aufgabe herum. Da aber die meisten Abgeordneten eine Wiederwahl anstreben, können sie sich nicht total gegen den (Mehrheits-)Willen ihrer Wähler stellen. Deshalb hat der Lobbyismus die weitere Aufgabe, die öffentliche Meinung ebenfalls im Interesse seiner Auftraggeber zu beeinflussen. Dazu gibt es eine Vielzahl von Institutionen, die häufig von den Betreibern als "Thinktanks" bezeichnet werden, um ihnen einen neutralen und wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen. Dass beide Qualitätsmerkmale nicht zutreffen, stellen die beiden Journalistinnen an zahlreichen, hervorragend recherchierten Beispielen dar.

Sie enttarnen jene, die hinter den scheinbar harmlosen, massiv und oft aggressiv auf publizistische Oberhoheit setzenden Institutionen stehen (Beispiele: "American Enterprise Institute", "Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft", "Heartland Institute", Friederich Naumann-Stiftung (FDP), EIKE, Austrian Economics Center

(AEC)). Das heißt: sie nennen die Geldgeber, und die Neutralität fällt in sich zusammen. Sie demaskieren aber auch die inhaltlichen Absurditäten, mit denen versucht wird, die öffentliche Meinung zu desorientieren.

Anfangs wurde der menschengemachte Klimawandel von den Klimaschmutzlobbyisten schlicht geleugnet. Die Krone der Verlogenheit gebührt dabei der Erdöl-Industrie, der nachweislich seit Jahrzehnten das genaue Gegenteil - aufgrund eigener Studien! - wohlbekannt ist. Dennoch bezahlt sie die Leugner. Immer noch. Auch aus der rechtsextremistischen AfD ist zu hören, dass nicht der Mensch, sondern unabänderliche Sonnen-Turbulenzen den Klimawandel hervorrufen (*wie tröstlich!*) Trotzdem schaffte es die Partei, einen ihrer Unterstützer (den mittlerweile verstorbenen Schweizer Charles Beat Blankart) in den "Wissenschaftlichen Beirat" einer schwarz-roten Bundesregierung zu schleusen. Die verantwortlichen Minister Altmaier (CDU) und Gabriel (SPD) bekommen im Buch öfters ihr Fett weg, obwohl der Sozialdemokrat, der einen Lobbyisten zum Klimaschutz-Chef berufen hat, eine Gesprächsanfrage der Autorinnen abgelehnt hat - kein Einzelfall: Recherche-Behinderungen wie Zutrittsverbote für Leugner-Veranstaltungen sind ihnen öfter widerfahren.

Den leider nicht aus der Welt zu schaffenden Klimaforschern wird seitens der Leugner mit unterschiedlichsten Verschwörungstheorien begegnet. Sie seien alle korrupt, kommunistisch unterwandert und das ganze sei ein marxistischer Komplott. In manchen Ländern - z.B. Russland, USA, Brasilien - hilft hierbei eine ausgeprägte Wissenschaftsfeindlichkeit. Es werden "alternative Klimaberichte" verfasst, in denen regelrechte "Fake Science" aufgebaut wird. CO<sub>2</sub> sei, so wird z.B. ernsthaft ins Feld geführt, überhaupt kein Schadstoff, sondern eine positive chemische Verbindung (*oh ja, sie ist ja auch über die Kohlensäure in prickelndem Sekt enthalten!*); eine Temperaturveränderung von 2° Celsius beim Wetter (*da braucht man ja nicht einmal eine andere Jacke anzuziehen!*) wird mit einer solchen beim Klima gleichgesetzt (*denn 2 Grad sind halt 2 Grad, ist doch ganz simpel!*).

Vor allem in den USA schieben Stiftungen die Spenden unbekannter Geldgeber zu den Leugnern. Auch Firmen wie Google und Amazon mischen hier finanziell mit. In Deutschland ist hierbei die Beweisführung schwierig, aber es dürfte kaum anders sein. Organisationen wie das "Atlas Netzwerk" mit zahlreichen Partnern in den USA wirken auch nach Europa; sie haben z.B. auch die polnischen Gewerkschaften in die Leugner-Szene gezogen. In Polen führt das gnadenlose Festhalten an Kohle-Verbrennung auch beim privaten Heizen jährlich zu unfassbaren 43 000 Todesopfern.

Der Kohle-Ausstieg verläuft allerdings auch hierzulande alles andere als vorbildlich. Zwischen der Kohlelobby, CDU, FDP und der Leugner-Szene stellen die Autorinnen eine funktionierende Vernetzung dar. Zu Leugnern in der CDU findet man eine interessante Grafik im Buch. Der Ex-Ministerpräsident Tillich z.B. sitzt in Kohle-Aufsichtsräten. Die FDP hat noch 2019 die damaligen Naturkatastrophen als normale Wetter-Phänomene bezeichnet. Auch der Gewerkschaft IG BCE und dem RWI (Leibniz-Institut f. Wirtschaftsforschung) wird eine üble Rolle beim Kohle-Thema attestiert. Die Koinzidenz zwischen Marktradikalen und Leugnern ist sehr auffällig.

Eine andere Strategie der Leugner besteht darin, das Klima-Thema aus dem Zuständigkeitsbereich der Wissenschaftlichkeit herauszunehmen und in eine Weltanschauung überzuführen: sie glauben einfach nicht daran, was alles auf sie

(und alle anderen) zukommen soll. *Eine Religion zu schaffen, das haben die Neoliberalen mit ihrem ökonomischen Konstrukt der Marktgläubigkeit schon seit einem Jahrhundert vorgeführt.*

Dieser Trick hilft auch beim jüngsten Strategiewechsel. Man verzichtet immer mehr auf das offene Leugnen des menschengemachten Klimawandels und verlegt sich auf die Rolle des Bremsens: von jeder ökologischen Maßnahme, die sich leider nicht ganz verhindern lässt, wird immer nur die äußerste Minimal-Variante angestrebt. Also: die Ziele loben und die Maßnahmen (Gesetze) torpedieren.

Und hier sind die Allianzen nahezu unüberschaubar; der Lobbyismus schwimmt mit der Politik. Die Rolle der neoliberalen Thinktanks wird in der Öffentlichkeit selten durchschaut. Abgeordnete in Berlin und Brüssel werden mit lukrativen Nebenjobs oder Folgejobs (nach der Abgeordneten-Tätigkeit) geködert. EU-Kommissare halten ihre Lobby-Kontakte geheim und wechseln nach dem Ausscheiden zu Klimaschmutz-Unternehmen. Die gesamte EVU-Fraktion (CDU, FDP) bremsen EU-Abgasregeln nach Kräften aus; für Autos und Flugzeuge sind sie entsprechend lasch. Die Gas-Lobby zählt den Rohstoff zu den "erneuerbaren Energien" und setzt überhöhte Bedarfsprognosen in die Welt, und die EU subventioniert Erdgas immer noch massiv. Den NGO's wird die Einsichtnahme in Dokumente verweigert. Sie erleben Minister als fachlich defizitäre "Branchen-Anwälte" der Industrie. Aber auch viele Kommunen in NRW, denen RWE-Anteile gehören, gerieren sich als Lobbyisten.

Der parlamentarische Kampf für eine Veränderung, gegen die blockierenden Lobbyisten ist auch viel anstrengender als das Gegenteil. Man trifft auf massive Einschüchterungsversuche, beklagen sich manche Abgeordnete. In der SPD wurde der ökologische Flügel regeleht ausgebootet. Der Aufbau von Drohpotential läuft auch über die Öffentlichkeit, denn die Thinktanks, aber auch z.B. die FDP, schicken ihre Undercover-Leute zu seriösen Medien (soweit diese darauf hereinfallen - was z.B. auch bei "Süddeutscher Zeitung", Rundfunksendern und sogar bei der "tagesschau" zu beobachten ist) und sogar in die Schulen. Ein Adenauer-Enkel aus dem diffusen Feld der Leugner und Bremser sitzt im Aufsichtsrat des Dumont-Verlags, der fast alle Kölner Zeitungen beherrscht.

Inhaltlich werden, wenn man nichts in der Hand hat, einfach nur Zweifel gestreut. Die Vorschläge der Umweltschützer werden für "realitätsfern" erklärt. Umgekehrt plädiert man für technologische Lösungen, die schlicht nicht verfügbar sind (CCS, grüner Wasserstoff usw.). Die Luftfahrt verweist seit 1997 auf "nachhaltiges Fliegen", aber die Emissionen steigen unvermindert weiter - die Politiker in Brüssel und Berlin beten die Sprüche trotzdem nach und lassen das Unternehmen "Airbus" seine Auflagen selbst schreiben. Manches grenzt an technologischen Größenwahn (Lithium für alle Auto-Freaks) - als Ablenkung von unerwünschten Maßnahmen ist jeder Unsinn allemal willkommen. Die Vereinnahmung des "Freiheit"-Begriffs als Argument für ungehemmte Naturzerstörung gehört auch ins Arsenal, während gleichzeitig das Landschaftsbild und große Mindestabstände als Kampf-Mittel gegen Windräder positioniert werden (AfD, FDP, einige Naturverbände u.a.). Statt einer direkten Besteuerung von CO<sub>2</sub> richtet man einen Emissionshandel ein, der in der vorliegenden Form zwar die Firmen, aber nicht das Klima schützt (*irreführendes Killer-Argument: "keine Deindustrialisierung!" - genau um die wird man aber nicht herumkommen*) und in der EU pro Jahr 676 Mio € zusätzliche Verwaltungskosten generiert.

Die "Kosten-Ambivalenz" schreit auch in Deutschland zum Himmel: für Ex-Umweltminister Altmaier ist die Klimawende "zu teuer" (*klar, das Klima-Desaster als Alternative ist ja kostenlos zu haben*). Man rettet 20 000 umweltschädliche Kohle-Jobs (die man von 1970-2012 bereits mit 400 Mrd. € subventioniert hatte) und lässt 70 000 nachhaltige Solar-Jobs klaglos verschwinden, nachdem man dieser Branche auch durch die EEG-Aufweichung zugesetzt hatte. Man kämpft ganz grundsätzlich gegen die Akzeptanz von Klima-Gesetzen, indem man sie möglichst kompliziert macht: das EEG wuchs so von 5 auf 140 Seiten (*um dann, nachdem man möglichst viele Ausnahmen untergebracht hat, die Verwässerung also gelungen ist, das "Bürokratie-Monstrum" zu beklagen, wie das die FDP ständig tut*). Studien - vor allem, wenn sie unerfreuliche Ergebnisse enthalten - werden trotz Veröffentlichungspflicht zurückgehalten.

Die Merkel-Regierungen haben die Diskrepanz zwischen Reden und Tun systematisch ausgeweitet und sind ständig vor dem Lobby-Druck eingeknickt, egal welche Vorschläge (zum Energiesparen, Verkehr einschränken ...) vorlagen. CDU und FDP liegen voll auf der Linie der "Initiative für Neue Soziale Marktwirtschaft" (INSM). Auch das Agrar-Propaganda-Institut "information.medien.agrar" (ima), das seine Lobbyisten auch in Schulen schickt (die das widerstandslos zulassen), ist sehr erfolgreich. Die EU-Agrarpolitik steckt voller ökologischer Fehlanreize, aber die konventionelle Agrar-Lobby wird in der Öffentlichkeit kaum als Klima-Bremser wahrgenommen. Die industrielle Landwirtschaft, in der EU nahezu bedingungslos unterstützt, verursacht weltweit 80% der Emissionen der gesamten Landwirtschaft (also inklusive Kleinbauern), ernährt aber nur 30% der Bevölkerung. In den FAO-Gremien für den Klimaschutz sitzen zahlreiche professionelle Klimaschmutz-Profiteure. Auch im Bundestag und im EU-Parlament tummeln sich zahlreiche "reiche" - also industrielle - Landwirte und sind in Personalunion Abgeordnete und Lobbyisten in eigener Sache. Sie beherrschen auch den konventionellen Bauernverband, der mit der Mär vom weltweiten Hungertod bei Ausweitung der Bio-Landwirtschaft seine Alternativlosigkeit beweisen will.

Leugner, die den Schafspelz des rein rhetorischen Klimaschutzes angelegt haben, gibt es viele. Die europäische Arbeitgeber-Vereinigung "BusinessEurope" z.B. schreibt sogar in einer internen Richtlinie, dass die EU-Klimaziele zu loben seien, die entsprechenden Gesetze aber torpediert werden sollen. Auch viele Staatschefs verhalten sich so. Putin gehört übrigens auch dazu, einschließlich Unterstützung der Leugner im Westen. Ebenso die polnische Regierungspartei PiS, die aber mittlerweile abgewählt worden ist; da wird man abwarten müssen, ob die neue Regierung das große Umwelt-Defizit in dem Land angehen wird.

In **Frankreich** hat vor kurzem ein engagierter Klima-Aktivist im Amt des Umweltministers nach einem Jahr resigniert seinen Rücktritt eingereicht. Ein gutachtender Mediziner wurde immerhin wegen Meineid verurteilt. Jedoch die gesamte herrschende neoliberale Oberschicht muss mindestens zu den Bremsern gezählt werden, auch und gerade in der Landwirtschaft; die Rechtsextremisten mischen ebenfalls mit. Die Autolobbyisten, die pro Fahrzeug 1500,- € fürs Marketing ausgeben (das sind 3 Mrd. € im Jahr), sind aggressiv und bedrohen politische Gegner wie die Pariser Bürgermeisterin Hidalgo, *die dennoch jüngst drastisch erhöhte Parkgebühren für SUV's durchgesetzt hat*. Der Diesel ist niedrig besteuert, der staatliche Bahn-Konzern SNCF hat Linien in der Fläche stillgelegt, und ganze Regionen in der Provinz sind ohne Bahn- und Bus-Netz.

Die Lage in **Großbritannien** ist ambivalent. Pro Kopf der Bevölkerung wird nur halb soviel Treibhausgas emittiert wie bei uns. Der Kohle-Ausstieg ist vollzogen. Katastrophal wirken die Medien; sie sind voller Fake-News, die die Klimawissenschaften für korrupt erklären und Verschwörungstheorien verbreiten. Es ist die Handschrift der Konservativen, *die dabei sind, auch noch die gute alte BBC mundtot zu machen. (Aber das wäre ein Kapitel für sich.)* Treibende Brexiteers sind auch treibende Klimaschutz-Bremser.

**Tschechien** hat mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Vaclav Klaus einen veritablen Leugner; ein fossiler Energie-Unternehmer (Kretinsky ) mit Medien-Imperium und ein Agro-Chemie-Unternehmer (Babis), der ebenfalls Medien besitzt und immer wieder in Staatsämter gelangt ist, sorgen als Top-Lobbyisten mühelos für eine neoliberale Ökonomie, die sich nicht durch Klimaschutz stören lässt. In **Ost-Europa** wird der Energiewandel als ein "Luxus"-Problem angesehen, den man sich nicht leisten könne; manchmal auch als "Diktat aus Brüssel", das nicht im Interesse des eigenen Landes sei. Es fehlt an Geldern für einen Strukturwandel, aber auch an einer aktiven Zivilgesellschaft, die Druck aufbauen könnte.

Da der Klimawandel auch die Lobbyisten und ihre Geldgeber persönlich betrifft, fragen sich die Autorinnen natürlich, was hinter dieser seit über 30 Jahren andauernden beharrlichen Borniertheit steckt: Dummheit? Selbstbetrug? Gewissenlosigkeit? Die neoliberalen Ideologen stören sich schon an der Rolle des Staates als gesetzgebender Klima-Regulator. Ihre Ideologie schlägt die Fakten, weil die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht zu Lebensstil & Weltanschauung "passen". Eine Transformation kostet Pfründe (Wohlstand); eine Verringerung von Konsum (-abhängigkeit) mit mehr dezentralen, lokalen Lösungen bedeutet Machtverzicht. Und ans Klima-Chaos wollen sie, wie gesagt, einfach nicht "glauben".

Also wird versucht, mit technologischen Wunschträumen (wie CCS, grüner Wasserstoff und viele weitere Greenwashing-Ideen) ein untaugliches "Geschäftsmodell" zu retten. Dieses Verhalten legen auch viele Regierungen an den Tag; sie handeln zögerlich und provozieren so die Notwendigkeit von immer massiveren Einschnitten.

Ihnen fehlt der Mut zum Durchgreifen. Sie verbinden die Klima-Ziele nicht mit einer sozialen Idee, sondern spielen den Ball immer wieder an die Bürger zurück. Dadurch verunsichern sie die Menschen, statt ein klimafreundliches Leben zu belohnen. Das Ergebnis: die Prekären und die Mittelschicht fühlen sich als Opfer der Klimapolitik und laufen zur AfD über, die die ganze "Ökologie" genüsslich für unsozial erklärt,

Zum Abschluss zählen die Autorinnen noch einige Maßnahmen zum Klimaschutz auf. Zum Lobbyismus-Problem schlagen sie allerdings nur das Verbot von lukrativen Neben- und Anschluss-Jobs für Abgeordnete vor.

*Das ist zu wenig. Wie eingangs erwähnt, höhlt der Lobbyismus die Demokratie aus. Damit ist er grundgesetzwidrig. Die häufig sogar von Kritikern geäußerte Behauptung, bei perfekter Transparenz wäre gegen den Lobbyismus nichts einzuwenden, ist naiv. Es legt den Demokratie-Gefährdern ja nicht das Handwerk, wenn jeder weiß, dass und wie sie die Demokratie gefährden. Das vorliegende Buch "weiß" ja schon eine ganze Menge (wenn auch nicht alles). Und was geschieht? Nichts. Der strukturelle Fehler ist, dass die*

*strafrechtliche Definition von "Korruption" viel zu eng gefasst ist. Solange z.B. in Ministerien - ganz offen - interessengeleitete "Fachleute" aus Firmen und Verbänden Gesetze formulieren dürfen, wird sich nichts zum Besseren wenden.*

Rolf Oesterlein, 10.3.2024

---

**Erscheinungsdatum: 17.3.2020**

**Manfred Folkers / Nico Paech: "All you need is less" Eine Ökonomie des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht**

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

Nach 8 Jahren und einem kleinen Diskussionsbuch mit Erhard Eppler veröffentlicht Nico Paech ein neues Buch, zusammen mit dem deutschen Buddhisten Manfred Folkers, den er aus Oldenburg seit einiger Zeit kennt. Solchen Berührungspunkten ist ein "*Vorgespräch*" gewidmet, ehe dann die beiden Autoren jeweils einen ca. 90 Seiten starken eigenen Teil verantworten, dem dann noch ein "*Nachgespräch*" folgt.

**Folkers** ist ein (zertifizierter) Lehrer des Dharma, der buddhistischen Lehre, und leitet die Forderung nach Suffizienz aus dem Versuch des Buddha ab, die Leiden der Menschen zu erkennen, zu analysieren und Hinweise zu ihrer Überwindung zu geben. Er sieht in Buddhas gewonnenen Erkenntnissen ein philosophisches Gerüst, das noch keineswegs eine Religion darstellt, sondern mit entsprechenden Elementen gefüllt werden kann, aber nicht muss - und auch z.B. durch Agnostiker zu verwenden ist. Die buddhistische Ausgangsidee ist allerdings nicht einfach zu verstehen: der Kern eines jeden Wesens ist leer, ohne jegliches Element einer Eigenständigkeit, weil es nur als Bestandteil des universellen Ganzen bestehen kann. Der Gedanke wird nicht näher ausgeführt und ist für die Botschaft des Autors wohl auch nicht zwingend.

Als Leidensursachen hat Buddha Verhaltensweisen erkannt, die er mit Gier, Hass und Verblendung benannt hat und die, je nach Situation, mit zahlreichen anderen Vokabel-Triplets umschrieben werden können (z.B. Begehren, Abneigung, Täuschung oder Verlangen, Aggression, Leugnung). Aus Sicht des Autors wurde das "Goldene Zeitalter" der Zivilisation, vor dessen Zerstörung wir stehen, ebenso durch diesen Dreiklang hervorgerufen wie dessen aktuelle Bedrohung. Das ökonomische Wachstumssystem nennt er "*Gier-Wirtschaft*", die "Verblendung" äußert sich in Form von "*Folgenleugnung*"; Aggressionen als Ausprägungen des Hasses richten sich gegen die Konkurrenten in der Wettbewerbsgesellschaft. Da die Menschen mit ihren fehlgeleiteten Motiven das "gefährliche" System geschaffen haben, ist es auch an ihnen, es zu überwinden. Zitiert wird Gandhi: "*Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.*"

In der Folge werden auch außerhalb der ökologischen und sozialen Aspekte liegende Verhaltensweisen in der aktuellen Wirtschaftsordnung durch Bewertung anhand buddhistischer Termini kritisiert (*Achtsamkeit, Rückbesinnung, Gleichmut, Entschleunigung, gesunder Klarsicht* u.v.a.). Es werden Strategien zur Befreiung von den Zwängen empfohlen (z.B. Meditationsübungen). Gegenüber anderen Menschen wird dazu geraten, einfach *"absichtslos das Beste zu tun"* - ohne Zwang und Druck, im solidarischen Miteinander.

Dass ein schlüssiges ökonomisches Konzept jenseits des Wachstumszwangs fehlt und eine dringliche Notwendigkeit zu seiner Entwicklung und Einführung besteht, wird deutlich ausgesprochen. *Natürlich werden die Buddhisten das nicht selbst leisten können. Jedoch könnten ihre Überlegungen im psychologischen und soziologischen Bereich des Gesamtproblems durchaus hilfreich sein.*

**Nico Paech** firmiert im Klappentext als Vertreter der *"Pluralen Ökonomik"*, geht aber im Grunde auf diese Ebene des Postwachstumsproblems überhaupt nicht ein. Nach seinem Credo ist die Politik mit Vorbereitung und Durchführung einer durch Suffizienz getriebenen ökosozialen Transformation völlig überfordert. Helfen kann nur eine ständig anwachsende, sich aus der Nische emanzipierende Zahl von Individuen, die ihr Leben konsequent, ohne Illusionen und Selbstbetrug, auf Suffizienz "umstellen", bis die Mehrheit zu ihnen überläuft, angetrieben durch moralischen Rechtfertigungszwang, *der im Text recht forscht, aber auch ziemlich eklektisch und keineswegs lückenlos aufgebaut wird.*

Zunächst wird erläutert, wieso es ohne Suffizienz nicht geht. Die immer noch vielerorts propagierten Modelle, die offen oder heimlich die Beibehaltung des "Wohlstands" (gemeint ist immer der materielle) nahelegen, werden zurecht ad absurdum geführt. *Das ist zwar schon einige Male passiert, kann aber angesichts der Renitenz der verschiedenen restaurativen Kräfte zur Erhaltung der "imperialen Lebensweise" nichts schaden.* Hingewiesen wird auch auf den Aspekt, dass die innovationsgetriebenen Hoffnungen völlig von allen Realitäten der Gegenwart losgelöst sind und dass dadurch an die Stelle nüchterner Analyse schwärmerischer Glaube tritt (S. 131).

Kulturkritisch wird vermerkt, dass der Freiheitsbegriff in jüngerer Zeit (*m.E. durchaus auch früher, wenn nicht schon immer, vgl. z.B. Auslöser der frz. Revolution*) von der Abwehr von Unterdrückung zur Forderung nach Verfügbarkeit von Konsum gedriftet ist (ambivalentes Beispiel: DDR & Reisefreiheit). Gesteuert wird dies offenbar vom herrschenden neoliberalen Wirtschaftssystem, das für den Wachstumszwang auch den Konsumzwang braucht. Moralische Bedenken (wg. fehlender Nachhaltigkeit) werden mit vereinten Kräften durch Übertünchung weggeräumt; das Kreuzfahrtschiff benutzt Energiesparlampen, und es blüht ein reger Ablass-Handel wie im Mittelalter, hier rein symbolisch für das moralische Feel-good, natürlich ohne die Nachhaltigkeit zu retten. Und alles immer additiv, ohne irgendeine (Konsum-)Freiheit einzuschränken.

Suffizienz als *"ersatzlose Unterlassung"* (S. 144f) ist die Antwort auf

- die *Verantwortung* für eine die Umwelt massiv schädigende Wohlstandsaneignung
- die fehlende *Legitimität* für die räumlich und zeitlich entgrenzten Ansprüche

- die schwindende *Resilienz* angesichts der stresshaft zunehmenden Fragilität der Versorgungssysteme
- die fehlende *Sinnhaftigkeit* der fortgesetzten Wohlstandsanhäufung

Bezüglich des Konsumzwangs weist Paech nun (S. 146-171) auf einen Aspekt hin, *der meines Wissens noch nicht woanders ähnlich deutlich problematisiert worden ist*. Die fortgesetzte Überhäufung mit Konsumangeboten setzt den Konsumenten zusehends unter Zeit-Stress. Ähnlich wie die natürlichen Ressourcen des Planeten sind auch die Zeit-Ressourcen des Individuums begrenzt und nicht vermehrbar. Jedem Konsumobjekt muss ein Mindestmaß an Zeit gewidmet werden, sonst wird sein Besitz sinnlos. Verweilt man aber zu lang, versäumt man anderes. *Möglicherweise hat diese Zwangslage zur bereits häufig konstatierten geringen "Aufmerksamkeitsspanne" von Jugendlichen gegenüber auch komplexeren Themen geführt.*

*In diesen Zusammenhang hätte auch die Verbalinjurie "Konsumidiot" recht gut gepasst, mit der seit einem halben Jahrhundert die unreflektierte Gefolgschaft für kapitalistische Rattenfänger kritisiert wird, eine Mentalität, mit der Menschen selbst Ereignisse, die Mitarbeit zwingend erfordern (z.B. Reha-Aufenthalte in einer Klinik), zu ihrem eigenen Schaden nur passiv "konsumieren". Genau diese Haltung wird ja auch den sozialökologischen Notwendigkeiten, wie Paech zurecht beklagt, in starkem Maße entgegengebracht. Dabei müsste man umgekehrt, selbst wenn keinerlei ökologische und ressourcenmäßige Probleme bestehen würden (reines Gedankenexperiment!), das aktuelle Wirtschaftssystem allein schon wegen seines Konsumzwangs überwinden, und dazu ist Paechs Suffizienzansatz zweifellos ein individuell anwendbares, erfolgversprechendes Mittel.*

Offen ist bisher die Frage, welches "Genug!" denn quantitativ das richtige und erforderliche ist, um die ökologischen Randbedingungen einzuhalten. Im nächsten Kapitel werden einige Überlegungen zur (internationalen) Gerechtigkeitsfrage angestellt. *Sie sind aber leider sehr rudimentär und wenig aussagekräftig*. Die Erkenntnis, dass Einzelaktivitäten nicht isoliert, sondern nur im Gesamtkontext auf ihre Nachhaltigkeitsauswirkungen eingeschätzt werden können, *ist richtig, aber längst bekannt*. Dass man aber Kontingente nicht auf Staats-, sondern nur auf individueller Ebene verhandeln könne, *leuchtet nicht ein*.

Im Folgenden werden wieder einige Greenwashing-Apologeten attackiert, aber auch die gemeinen Vertreter des (Wahl-)Volkes mit ihrer in vielen Situationen sich demaskierenden Doppelmoral und ihrem Hang zur Verantwortungsflucht. Zur Eingrenzung des "Genug!" wird unterschieden zwischen (legitimen) *Grundbedürfnissen* und *"dekadentem Luxus"*. Gerade bei letzterem entstehen die ökologisch ruinösen Prozesse mit wachsender Dynamik (S.183). Beispiele für *"abgehobenen Hedonismus"*: *Flugreisen, Kreuzfahrten, Plastikverpackungen, Ski-Urlaub, Neubau von Wohnhäusern, digitale Endgeräte, PKW, Schönheitschirurgie, Wellnesskonsum, technisierte Freizeitgestaltung* werden angeführt, ohne nähere quantitative Betrachtungen. Beide Kategorien der Ressourcennutzung konkurrieren, u.U. um die gleiche Ressource (z.B. Strom) und sind natürlich unterschiedlich "ökomoralisch" zu bewerten.

An dieser Stelle kritisiert Paech (*zurecht*) die konzeptionsschwache staatliche Energiepolitik, rät seinen Suffizienz-Überzeugten in der Nische aber nicht zu politischem Rabatz und erkennt auch nicht den *Fehler*, die politische Bühne zu ignorieren und anderen zu überlassen. Stattdessen attackiert er umgekehrt Polit-

Aktivisten ohne private Suffizienz-Correctness und *betreibt damit, vermutlich ungewollt, das Geschäft der hartnäckigen Öko-Ignoranten in den Chef-Etagen, die genau das Gleiche tun.* Dass über die Verhältnismäßigkeit von Ansprüchen debattiert werden muss, *ist hingegen nicht zu bestreiten.*

Es werden nun noch ein paar individuelle Umsteuerungsaktivitäten beschrieben, auch solche, die nicht ganz kurzfristig realisiert werden können (z.B. Verringerung Wohnraumbedarf durch Verkauf von Immobilien). Andererseits werden technologische Verbesserungen (bei Energie, Mobilität usw.) mit dem Killerargument desavouiert, man könne ja vollständig verzichten, dann entfalle der Technologie-Einsatz; eine Überprüfung der Auswirkungen auf mögliche Rechtfertigung - wie oben beim Strom für Krankenhäuser (Grundbedürfnisse) oder Luxus - findet plötzlich, aber *unzulässigerweise* nicht mehr statt.

Und dann (S. 192) werden drohende Verluste von *"Karriere- und Einkommensquellen"* *allen Ernstes als lässlicher Effekt verhöhnt - so wie im ganzen Buch durch den Ökonomen Paech der Aspekt der durch seine Vorschläge möglicherweise drohenden Existenzgefährdung mit keinem Wort problematisiert wird, ein Versäumnis, das den gesamten Text infragestellt. Es geht eben nicht einfach nur um den "Mut zum Unzeitgemäßen" (S. 193).*

Nun wird ausführlicher auf die Situation der Politiker eingegangen, die sich einem widersprüchlichen Wahlvolk mit der Maxime "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!" gegenübersehen. Es gibt da nichts zu beschönigen: *"Mehrheitsfähig ist, was in den Abgrund führt."* Aber daraus abzuleiten, dass *"wachstumskritische Transformationsentwürfe Zeitverschwendung"* seien, *ist ein gravierender Denkfehler (oder die Faulheit der - auch pluralen - Ökonomen?).* Paech befürchtet, dann würde die Mehrheit *"auf Godot warten"* und keine Suffizienz praktizieren. *Aber das tut sie - laut Paech - doch ohnehin? Es ist eine rein willkürliche Behauptung, es könne nicht beides gehen, Polit-Aktivismus und persönliches Streben nach Suffizienz; das beißt sich überhaupt nicht, weder auf der persönlichen noch auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene.*

*Wenn der Fokus allein auf der individuellen Ebene verharrt, hätte man sich für diese einiges an Hilfestellung erwarten können. Es ist ja nicht so, dass alle zu begutachtenden Verhaltensweisen - die persönlichen wie öffentlichen - allesamt problemlos in "Basics" und "Luxus" einzuteilen wären oder der ökologische Fußabdruck oder andere Kontingentierungen für den Einzelnen a priori bekannt wären. Es könnten da eine Menge Bezugsgrößen und Messlatten erarbeitet werden, etwa eine Art kommentierte Check-Liste. Nichts davon ist in Sicht. Laut Paech sollen die um Suffizienz bemühten Individuen "in formeller Handlungsfreiheit ...ein zwischenmenschliches Regulativ ...rekultivieren", das so etwas wie "ökologischen Anstand" hervorbringt. Von "oben" könne Suffizienz nicht kommen. Die argumentationslose Einführung von Axiomen übersieht die Gefahr, dass sie falsch sind; dieses ist falsch. Man möge einmal Arme und Sozialwissenschaftler fragen, woher die unfreiwillige "Suffizienz" dieser weltweit immer noch dominanten Bevölkerungsgruppe stammt.*

Paech propagiert eine Elite von Suffizienz-*"Pionieren"*, eine *"Avantgarde"*, die die Suffizienz-Prinzipien (obwohl sie nirgends geschrieben stehen) perfekt und ohne jedes Schwächeln vorzuleben hat - sonst hat sie im öffentlichen Diskurs nichts zu melden, es wäre *"Scharlatanerie"*. *Das ist, wie schon erwähnt, die gleiche verdrehte*

*Argumentation wie bei vielen Greenwashern, die im eigenen persönlichen Bereich zwar keinen Finger rühren, sich aber in jenem ihrer Kritiker zum Korinthenkacke einnisten.*

Die Daseinsberechtigung seiner Avantgarde sieht Paech (S. 203) in der Schaffung einer **"verallgemeinerbaren Problemlösung"** für den ökologischen System-Crash, natürlich technologie- und institutionenunabhängig (*also: technologiefrei und frei von demokratischen Mehrheitsentscheidungen*); angeblich sind die Pioniere die **"Lebensversicherung"** für ihre heutigen Kritiker. *Woher er diese Zuversicht nimmt, bleibt rätselhaft. So vermessen sind nicht einmal die Prepper. Könnte es sein, dass bei einem System-Crash gerade wegen fehlender oder schwacher Institutionen jede Infrastruktur und staatliche Autorität zusammenbricht, so dass - unter völliger Ignorierung der Suffizienz-Avantgarde - eine rational agierende Öko-Diktatur das geringere Übel wäre im Vergleich zu einem drohenden Chaos mit einer lokalen oder internationalen Gewaltspirale, getriggert von Warlord-Banden oder Massenvernichtungswaffen? In der schriftlichen und filmischen Literatur gibt es einige apokalyptische Inszenierungen zu solchen Vorstellungen, die aber allenfalls geeignet sind, Druck auf die Handelnden der Gegenwart auszuüben.*

Das will Paech auch, aber nicht auf der Ebene der Institutionen, sondern mit seinen **"Suffizienz-Sportgruppen"**. Die Pioniere sollen ihre Belastbarkeit trainieren: *"Hierzu bietet es sich an, adäquate Orte und Plattformen zu erschließen, um gemeinsam mit anderen Übungsprogramme der Reduktion und Verweigerung zu initiieren."* (S. 207). Und weiter (S.208): *"Zuweilen sind die Pioniere ethisch engagiert, durchsetzungsstark, eigensinnig oder von einer besonderen Bestimmung oder Idee beseelt, der sie zielstrebig und risikobereit folgen. ... Sie ebnen den Weg dafür, dass die Kohorte mit der nächsthöheren Übernahmeschwelle (frühe Adopter) aktiviert wird."* Angestrebt werden **"Brutstätten für suffiziente Daseinsformen"**; anfangen sollte man, wo **"materielle Knappheit"** herrscht, z.B. in **"bestimmten Regionen in Mecklenburg-Vorpommern"**. Und danach gilt: Seid sesshaft und mehret euch, damit die **"suffiziente Lebenskunst"** nicht ausstirbt (bevor der Crash eintritt)!

Viele Bewegungen hätten klein angefangen, rechtfertigt Paech seinen Ansatz. *Das sagen auch die meisten Sektengründer zu ihrer Klientel und bleiben dann doch im Sektierertum stecken.*

Im Schlusswort bringt Paech sein **"formell anarchistisches"** Konzept noch einmal auf den Punkt: jedes Individuum dürfe aufgrund der aktuellen Gegebenheiten mit seiner **"materiellen Freiheit"** eine Obergrenze nicht überschreiten, was mit einem **"maßvollen Wohlstands- und Technologie-Boycott"** erreicht werden solle. *Dieser Zielsetzung kann man kaum fundiert widersprechen. Aber warum übersieht der Autor, dass dazu eine private Suffizienz-Orientierung nicht ausreicht? Dass dem Einzelnen die Kenntnis darüber fehlt, wo diese Obergrenze, dieses "Genug!" für alle Arten menschlicher Tätigkeiten in der Allgemeinheit und privatissime liegt, in einer für ihn transparenten Maßeinheit übrigens? Und dass er sie sich auch nicht mit anderen Gleichgesinnten halbwegs zuverlässig bestimmen kann? Aber Paech liefert nicht. Er beschränkt sich auf einige wenige, zufällig ausgewählte Fallbeispiele mit rein qualitativen Aussagen.*

*Am ärgerlichsten jedoch ist, dass der Ökonom nicht realisiert, dass jede Gesellschaftsordnung eine Ökonomie **hat**, so wie jeder Tag ein Wetter, aber nicht irgendeine braucht, sondern eine passende. Und die aktuell herrschende ist sicher nicht die richtige. Seine "Avantgarde" wird dieses Problem nicht lösen, wenn er (wie andere Ökonomen auch) sie und alle anderen hängen lässt. Wenn die materiellen Boykotteure (was ja wünschenswert*

wäre) die Nische verlassen und in die Relevanz der "Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung" (VGR) eindringen könnten, ginge es schon los: ähnlich wie z.B. bei einem flächendeckendem Verbot von geplanter Obsoleszenz würden nicht nur die Mainstream-Ökonomen die aufgrund der sinkenden Wertschöpfung heraufziehende Rezession beklagen; es würden sein Heulen und Zähneklappern (Insolvenzen, Arbeitslosigkeit, Steuerausfälle, sozialer Kahlschlag, Existenzgefährdung ...), auch bei den Pionieren in Meck-Pomm. Noch vor der Klimakrise käme eine ökonomische Krise übelsten Ausmaßes, die zu einer massiven politischen würde, mit zweifelhaften Entwicklungen am rechten Rand des politischen Spektrums. Könnte es nicht sein, dass die Politiker gar nicht wegen mangelnder Wähler-Unterstützung zögern (auf die haben sie z.B. bei Privatisierungen im Gesundheitssystem auch nie gewartet), sondern weil ihnen kein Wissenschaftler einen Ausweg aus dem drohenden Rezessions-Alptraum aufzeigt?

Seit 8 Jahren verharret Nico Paech auf einem Postwachstum-Szenario, das über grobe Ansätze nicht hinauskommt, geschweige denn auch nur annähernd abschätzt, ob es überhaupt funktioniert. Modellgestützte Berechnungen gar über Möglichkeiten, Alternativen und Detaillierungen sind nicht in Sicht, obwohl es seit drei Jahren dank der Dissertation von Christoph Gran eine an die deutsche VGR adaptierte Modellierung gibt (Doktorvater: Paech!). In einer Veranstaltung der Berliner "Klimaliste" am 30.4.2021 hat er auf Nachfrage diese Arbeit als "bedeutungslos" desavouiert mit der argumentationsfreien Behauptung, man könne aus solchen Berechnungen keine Erkenntnisse gewinnen. Wenn die Klimaforscher so argumentieren würden, wüssten wir heute nicht, wo wir stehen. Zugegeben, sie haben Jahrzehnte für die Annäherung an verlässliche Ergebnisse benötigt. Und vielleicht hinken die Ökonomen mit ihrer Mathematik-Phobie ja noch weit hinter brauchbaren Simulationen her - aber die Annahme, sich um derlei Fragestellungen dank der Forderung nach "Suffizienz-Fitness" herumdrücken zu können, ist erschreckend naiv. So geht sozial-ökologische Transformation garantiert nicht.

Im "Nachgespräch" deutet Paech einerseits an, dass seine Avantgarde im Krisenfall, wenn alles zusammenbricht, für sich und als "Rettungsinself" auch für die Allgemeinheit ein unabhängiges, autarkes und dezentrales Versorgungssystem aufgebaut haben wird. Andererseits schreibt er (S. 221): "Für mich muss die Ökonomik zu einer Überlebenswissenschaft werden, sonst ist sie überflüssig. Das heißt, sie muss Selbstbegrenzung und Genügsamkeit zu ihren Leitkonzepten werden lassen." Richtig! Aber warum bloß arbeitet der Ökonom Paech, der nach wie vor einer der kompetentesten und konsequentesten Streiter gegen den Ökozid ist, genau daran **nicht**?

Fazit: Das Buch über das "Genug!" ist - bei weitem - nicht genug.

Rolf Oesterlein, 1.3.2022

---

**Erscheinungsdatum: 17.3.2020**

**Christian Berg: Ist Nachhaltigkeit utopisch? Wie wir Barrieren überwinden und zukunftsfähig handeln**

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

## Einleitung:

Dennis Meadows hält das Erreichen von **Nachhaltigkeit** nicht mehr für möglich, da Ziele irreversibel verpasst worden sind (Artenvielfalt: Tierarten sind ausgestorben). Realistisch sei nur noch "Resilienz-Denken" zum Zweck des Überlebens. Christian Berg beharrt auf dem Nachhaltigkeitsziel als Ideal, dem man sich aber vielleicht nur "annähern" könne, weshalb er es hier als Utopie zur Debatte stellt. Das könnte allerdings ein reines Definitionsproblem sein ohne Divergenz in den Positionen [23].

Dass schon Tempolimits als "Öko-Diktatur!" verunglimpft werden, könnte darauf hindeuten, dass es ohne eine solche nicht abgehen wird - die liberale Demokratie als fundamentales Nachhaltigkeitshindernis. Freiheit muss jedoch auch die Demokratie - und kann sie auch! - einschränken, wenn die einen Gruppen die anderen beeinträchtigen (Raucher versus Nichtraucher); das gilt auch global, auch gegenüber zukünftigen Generationen. Natürlich "stören" auch bei einer gutgemeinten Öko-Diktatur die bekannten Nachteile einer Diktatur [25]. Nur: die Demokratie könnte, aber sie tut's nicht. Die Falschen haben die Macht (Lobbykraten und wählende Ignoranten).

Der ständig von Thema zu Thema hüpfende "Krisenfokus" der Öffentlichkeit verstellt den Blick auf komplexe Zusammenhänge schleichender Katastrophen, insbesondere auf die Nachhaltigkeitsbarrieren [30]. Der "Phasenübergang" zur Nachhaltigkeit erfordert die Betrachtung vieler Dimensionen und Parameter gleichzeitig, durch viele unterschiedliche Akteure [35].

Bei komplexen Systemen ist nicht einfach zu durchschauen, welche Akteure welche Entscheidungen treffen und umsetzen können. Auch ihr Zusammenwirken ist komplex (z.B. Abhängigkeit von Stakeholdern) [38f]. Ebenso gibt es Probleme bei Regeln; wegen ihrer Beschränkung auf Allgemeingültiges klären sie meist nicht im Detail, welche Alternative von mehreren die bessere ist.

Anschließend [42] wird mit zahlreichen Zitaten die Brundtland-Definition von Nachhaltigkeit diskutiert: Bedürfnisbefriedigung für die aktuelle Generation ohne Schädigung der Bedürfnisse nachfolgender Generationen. Die meisten Kritiken an der Nachhaltigkeitsdefinition sind zwar berechtigte Hinweise, verkennen aber, dass diese grundsätzlichen Formulierungen nur wegweisend sein können, aber noch der Spezifizierung und der Bereinigung zahlreicher Zielkonflikte bedürfen. Gerade darin steckt der Arbeitsaufwand, der noch zu leisten ist. Selbst die 17 Ziele der UN mit den 169 Unterzielen sind noch keine Handlungsanweisung, die alle Zielkonflikte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit auflöst. Vielleicht sind gar nicht alle 17 Ziele koexistierend möglich, obwohl sie allesamt als wünschenswert erscheinen. Es ist im Übrigen auch einfacher zu beschreiben, was nicht nachhaltig ist, als das, was uneingeschränkt zur Nachhaltigkeit führt.

Die Warnung, nicht zu leichtfertig Entwicklungen als nachhaltig anzuerkennen, ist berechtigt: die Gefahr überraschender, nicht vorhergesehener schädlicher Nebenwirkungen ist groß, wie man an vielen (vermutlich) gutgemeinten, aber misslungenen (Entwicklungs-)Projekten erkennen kann [49f]. Deshalb sieht der Autor den utopischen Charakter der Nachhaltigkeit nicht als Bremse, sondern als Ansporn.

## Teil 1: Nachhaltigkeitsbarrieren

### A. intrinsische Nachhaltigkeitsbarrieren

#### 1. Barrieren der physischen Wirklichkeit

Der "**Erntefaktor**" (EROI) gibt an, das Wievielfache an Energieeinheiten der Einsatz von Primär-Energie bringt: beim Öl ist er - ohne Klimaeffekt-Berücksichtigung - von 1999 bis 2006 von 35:1 auf 18:1 gesunken; Tendenz weiter abnehmend. Je mehr sich der Faktor 1:1 nähert, desto näher ist das Ende des Wachstums, weil Energie die entscheidende Größe unserer Industrie-Gesellschaft ist [65ff].

10:1 gilt als ökonomisch notwendig; einige Erneuerbare (Photovoltaik) liegen tiefer, könnten aber durch technische Verbesserungen gesteigert werden.

Auch die Rückgewinnung von "verwandelten" Stoffen (**Recycling**) gelingt nie vollständig, und daher gibt es auch keine perfekten **Kreisläufe**. Es ist auch keineswegs unbegrenzt Energie verfügbar (2. Hauptsatz der Thermodynamik). Von den durch die Theorie grundsätzlich vorgegebenen Grenzen sind die meisten Länder - auch fortschrittliche - noch weit entfernt, also in der Effizienz viel schlechter. Die offiziellen Recycling-Quoten (in D. z.B. 66% des Hausmülls) sind in mehrfacher Hinsicht manipuliert, z.B. weil ins Ausland exportierter Müll dazuzählt, obwohl er dort gar nicht recycelt wird. *Ebenso gilt Müllverbrennung als Recycling, wenn aus dieser - auf nicht nachhaltige Weise - Energie gewonnen und einer Nutzung zugeführt wird; aber es entstehen keine Produkte, die neue Produkte entbehrlich machen, was die Definition von Recycling verlangt.* Rückstände wie der Reifenabrieb auf Straßen können überhaupt nicht genutzt werden. Seltene Erden, deren Verbrauch gerade stark wächst, können zu weniger als 1% in wiederverwertbarer Form zurückgewonnen werden. Recycling kann verbessert werden, benötigt aber viel Energie. Das gilt auch für die Primärenergiebeschaffung, und das bedeutet einen niedrigen EROI. Das "Take-Make-Waste"-Wirtschaftssystem ist an seinem Ende angelangt [69ff].

Niedrige Recycling-Quoten führen beim Rohstoff-Müll zu Umweltschäden, deren Beseitigung wiederum Energie erfordert, was durch deren "unproduktive" Nutzung den zur Wirtschaftlichkeit notwendigen EROI weiter erhöht [72].

Als **Lösungsansätze** nennt der Autor an dieser Stelle: Ressourcenschonung, Vermeidung von Umweltschäden (immer effizienter als nachträgliche Reparatur), effiziente erneuerbare Energie.

#### 2. Barriere Komplexität

Komplexe Systeme sind schwer prognostizierbar: Konsumenten können die ökologischen und sozialen Folgen ihres Konsums kaum umfassend voraussehen. Rückkopplungen, Interpendenzen, Nichtlinearitäten sind die Gründe dafür. Ursache und Wirkung lassen sich oft nicht trennen, weil die Wirk-Ketten immer länger und verwickelter werden. Viele menschliche Eingriffe in komplexe Systeme erreichen das Gegenteil des beabsichtigten Effekts [Beispiele 75f]. Komplexität ist eine Barriere für

Nachhaltigkeit, weil Erkenntnisse schwer zu vermitteln (Unverständlichkeit führt zu Populismus), häufig unsicher und deshalb leicht anzuzweifeln sind [77f].

### 3. Kognitive Barrieren [80ff]

Für viele Menschen schwierig sind z.B. der Umgang mit exponentiellen Funktionen (dafür werden Beispiele genannt) und die Tatsache, dass viele Nachhaltigkeitsparameter nicht sensorisch wahrzunehmen sind, sondern gemessen oder gar berechnet werden müssen: Zeitskalen sind länger als Menschenleben; Biodiversität, CO<sub>2</sub>, Mikroplastik-Verteilung *bis in die Arktis* sind nicht unmittelbar erfahrbar, komplizierte Rechenmodelle schon gar nicht.

Zu den **Lösungsansätzen** zählen verbesserte und verstärkte Bildungsansätze [z.B. *Öko-Prüfung beim Führerscheinerwerb*]. Die Vorschläge basieren z.T. auf der Arbeit des Kybernetikers Frédéric Vester ["*Ökolopoly*"]. Die zu vermittelnde Grund-Erkenntnis: in komplexe Systeme sollte nur mit großer Vorsicht eingegriffen werden.

### 4. Moralische Barrieren (Gier, Egoismus, Ignoranz, ....)

Der Autor weist auf den (scheinbaren) Widerspruch zwischen systemischen und moralischen Ursachen der Finanzkrise hin. (*Vergisst aber zu erwähnen, dass es auch unmoralische Systeme gibt, die nicht auf Zufall, sondern bewusster Aufrechterhaltung fußen*) [90ff]. Im **Lösungsansatz** wird Christian Felbers Feststellung zitiert, dass der Kapitalismus genau die Untugenden lehrt, die im Privatleben verpönt sind: Egoismus versus Hilfsbereitschaft, spießiger Eigennutz versus Großzügigkeit usw. [93f].

### 5. Barriere "Value-Action-Gap"

Man tut nicht, was man aufgrund seines Wissensstandes tun sollte. Aufklärung ist notwendig, reicht aber allein nicht. Es braucht Druck in die richtige Richtung [95ff]. Störfaktoren sind: Kurzfrist-Denken (Schaden & Nutzen treten erst "später" ein); fehlendes Interesse; fehlendes Verantwortungsgefühl; fehlende Gelder / Zeit / Informationen für nachhaltiges Verhalten; wirtschaftliche & *die Bequemlichkeit störende* Nachteile; fehlende Expertise; gesellschaftliche und institutionelle Fehlanreize [97f].

#### Lösungsansätze:

- Preise mit internalisierten Umweltkosten dirigieren die Konsumenten in die richtige Richtung.
- Nachhaltige Produkte sollten auch die besseren sein bzgl. Zugänglichkeit, Bequemlichkeit usw. und im Angebot als Normalfall ("default") ganz vorne stehen, mit Anreizen für die Nachhaltigkeit und Nachteilen ("Bestrafung") für das Gegenteil.
- Naturerfahrung fördern (*zweifelhaft: man fährt mit dem Auto ins Grüne, ohne dessen Zerstörung durch die Autofahrt zu realisieren; man müsste beides trennen, wie es z.B. die Touristen-Vereinigung der "Alpine Pearls" tut*)
- Handlungsoptionen schaffen
- Gewohnheiten ändern ("nicht uncool sein")
- moralische Autoritäten als Vorbilder

## 6. Barriere Zielkonflikte

Der härteste Zielkonflikt ist Ökologie versus Ökonomie & Soziales. Aber es gibt auch viele "kleinere", technische wie menschliche [101ff]; sie machen die Komplexität aus. "Gutes Leben" ist immer voller Zielkonflikte. Die angebotenen **Lösungsansätze** sind *entweder wohlfeil oder zu unkonkret*.

## 7. Soziale Barrieren

- Systemträgheiten kann man aufzubrechen versuchen: durch die Einbindung aller Stakeholder und möglichst vieler Aktivisten; die Benennung klarer Perspektive; die Bevorzugung von Anreizen gegenüber Verboten und idealerweise durch das Aufzeigen von Benefits [110ff].
- Die Grundbedürfnisse der Gegenwart dürfen bei der Gestaltung der Zukunft nicht ignoriert werden. Das führt bei den armen Ländern zu dem Problem, dass sie sich entwickeln müssen, dabei aber ihren noch günstigen Fußabdruck einbüßen können. Die reichen Länder müssen ihren großen Fußabdruck verringern und "nachhaltige Blaupausen" entwickeln. [121] Änderungspotential liegt z.B. in der Agrar- & Handelspolitik, aber auch in der Unterrepräsentation der armen Länder in den internationalen Institutionen. Armutsbekämpfung (Verweis auf Duflo & Banerjee, siehe dazu Literaturliste & Kommentar), Bildung, Bevölkerungswachstum werden als weitere Aktionsfelder genannt [125f].
- Fundamentalismus und Populismus werden als weitere soziale Barrieren genannt (*ohne dass letzterer präzise definiert wird*). Für den Diskurs mit "Kurzdenkenden" erschwerend wirken Vorsorgemaßnahmen, die schon jetzt ihren Preis haben. Bedient werden sollte das Bedürfnis nach Orientierung und Komplexitätsreduzierung. *Mit Worthülsen wie "Modernisierung der Wirtschaft" [136] wird man aber wohl nicht weit kommen.*
- Die negativen Auswirkungen von sozialer Ungleichheit, national und global, werden beschrieben [137]. Die **Lösungsansätze** stellen allgemeine Überlegungen über Gerechtigkeit und Fairness an und nennen konkret mehr Steuern (für Reiche), weniger Korruption und Wachstum (!) für arme Länder; der Zielkonflikt wird angedeutet, aber nicht behandelt.
- Interessengegensätze auf internationaler Ebene, verbunden mit asymmetrischen und durch Lobbyismus auch intransparenten Machtstrukturen, werden dargestellt, aber nicht aufgelöst.

## B. Extrinsische Nachhaltigkeitsbarrieren [161ff]

### 1. Marktversagen

Kommt häufig vor, ist aber immer auch ein Politik-Versagen, weil diese die Rahmenbedingungen setzt (*typische Exkulpation der Neoliberalen zur Verteidigung ihrer nicht korrekt funktionierenden Ideologie*).

"Niemand glaubt daran, dass der Umgang mit der Natur allein den Kräften des Marktes überlassen werden kann." [163]

Sehr richtige Erkenntnis - aber gegen die "Übernutzung der Gemeingüter" folgt kein einziger handfester konzeptioneller Ansatz des Autors. *Hier müsste das entscheidende Abbiegen stattfinden, aber es erfolgt nicht.* Wohl wird, ohne den Begriff zu verwenden, die "imperiale Lebensweise" des Nordens kritisiert, auf die Schwierigkeit von Monitoring und Sanktionierung hingewiesen, aber auch unterstellt, die Länder des Nordens würden sich um ihre "Glaubwürdigkeit" im Nord-Süd-Konflikt sorgen und deshalb daran arbeiten.

Kritisiert wird die *Externalisierung von Kosten* zu Lasten der sozial Schwachen oder anderer Länder oder zukünftiger Generationen oder schlicht zu Lasten der Natur. Etliche Beispiele werden aufgeführt [173ff]. Außer der Abschaffung nichtnachhaltiger Subventionen und Einführung eines "nachhaltigen" Steuersystems werden keine konkreten **Lösungsansätze** genannt, das Thema wird aber in Teil 2 nochmals aufgegriffen (s.u.).

Es folgt ein Exkurs über die die problematische Dominanz ökonomischen Effizienzdenkens in allen möglichen Lebensbereichen.

## 2. Fehlen von Global Governance [191ff]

Die hier aufgeführten Defizite sind so vielfältig wie der Begriff schillernd und mäandernd ist. Ein internationales Rechtssystem zu fordern, eine Demokratisierung der Institutionen unter Ausschaltung der Machtkonstellationen - *das ist nicht falsch, aber vermutlich illusorisch. Der Weg zur Nachhaltigkeit wird sich auch international wohl nur über einen mühsamen Aushandlungsmarathon öffnen.*

Bei Industrie und ihren Lobbyisten ist Verlogenheit an der Tagesordnung: Exxon sind seit 1982 exakt zutreffende Prognosen für den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre bekannt (420 ppm für 2020), die gezielt ignoriert wurden. Auch der **Lösungsansatz** "Zivilgesellschaft" ist angesichts durch Lobbyisten gekaperter NGO's ambivalent. Statt verwässerter globaler Verträge sind Koalitionen der "Willigen" erfolversprechender. Mit moralisch gesteuerten Handelsrestriktionen - Nachhaltigkeitsaspekte wären da nur eine Kategorie unter vielen - könnten sie die Ideologie des "Frei"-Handels bekämpfen. *Doch wo sind diese Willigen auf internationaler Ebene? Kann sie jemand ausmachen unter der Meute der verlogenen Schurken?* Das Thema wird recht ausgiebig behandelt.

## 3. Zeitachse als Ausweichstrategie

Die Leute verweigern Maßnahmen zur Nachhaltigkeit im Interesse zukünftiger Generationen, weil sie den Vorteil im Heute haben wollen, also für sich. Sie setzen Kinder in die Welt und fressen ihnen die Lebensgrundlage weg. Schon 2002 hat die Bundesregierung eine tolle "Nachhaltigkeitsstrategie" erarbeitet, aber ohne jede praktische Bedeutung [233]. Spätere Überarbeitungen führten nur zu Fristverlängerungen (zuletzt 2016).

## 4. Rechtliche Unverbindlichkeit

Den Zielen der "Nachhaltigkeitsstrategie" wurden keine ressortspezifischen Maßnahmen zugeordnet, dadurch auch keine Verantwortlichen bestimmt. Zumindest

reaktiv könnte man von einem unabhängigen Experten-Gremium mit Veto-Recht alle geplanten Gesetze auf Nachhaltigkeit prüfen lassen, was aber u.U eine Verfassungsänderung erfordern würde. *Der asiatische Kleinstaat Bhutan hat übrigens schon vor Jahren eine solche Instanz eingerichtet.*

Die rechtliche Sanktionierung von Umweltschädigungen ist schwierig, weil diese konkreter sind als die Rechtsverletzung zukünftiger Leidtragender [239f]. Die "liberale" Gesellschaft erkennt individuelle Egoismen an, aber kein Gemeinwohl (*außer wenn auch den bornierten Betonköpfen der Elite der Boden unter den Füßen weggezogen wird*). Erschwerend kommt hinzu, dass unter ökologischen Gesichtspunkten der Fokus auf einem globalen Gemeinwohl liegen muss.

### **5. Ambivalenz der Technik [252ff]**

Es gibt Institutionen für "Technikfolgenabschätzung", Studiengänge für "ethisch-naturwissenschaftliche Doppelkompetenz" - ohne Einfluss auf den bedrohlichen Weg ins Desaster. *Der Autor übersieht hier, dass es weniger um Kompetenzprobleme als um die Machtfrage geht. Die Lösungsansätze sind dürftig. Die (zurecht) beklagte fehlende Fachkompetenz der Öffentlichen Hand ist leicht zu überwinden, weil der Staat viel mehr Mittel hat oder sich beschaffen könnte als private Firmen, die von ihren Shareholdern ausgesaugt werden - man muss es nur wollen und darf den Staat nicht dem Trojanischen Pferd der Lobbykraten und ihrer willigen Politiker-Helfer überlassen. Außerdem spricht der Autor ständig vom "Markt", den er offenbar - trotz Abschnitt 1, siehe oben - für sakrosankt hält, als könne der Staat diesen, mit selbstbestimmtem Fokus, nicht ausbremsen.*

Die Fragmentierung des Wissens wie auch der Institutionen und Zuständigkeiten wird beklagt [263ff]. Dass Interdisziplinarität anzustreben sei, *ist richtig, sollte aber durch Kooperation nicht allzu schwierig zu erreichen sein; größere Firmen schaffen das auch.*

### **6. Barriere Zeitgeist: Beschleunigung & Kurzfrist-Denken**

Zahlreiche Beispiele werden genannt [282ff]. Neben dem vordergründigen Geschwindigkeitsrausch ist die Ausdehnung des IT-Einsatzes der stärkste Treiber. Das Kurzfrist-Denken verhindert die Reflexion über zukünftige Folgen, was für Nachhaltigkeit zwingend ist. Rasches Online-Shopping verhindert Anlegen von Vorräten (im Gegensatz zur Tierwelt), außer in Krisen wie der Pandemie (*d.h. also: die fehlende Nachhaltigkeit wird nicht als Krise wahrgenommen*). Kurzfristiges Fokussieren entsteht durch Übersättigung mit "Anforderungen" (siehe auch 7. Konsumismus).

Als **Lösungsansätze** werden propagiert: bewusste Entschleunigung (privat & gesellschaftlich), Entrümpelung, Entflechtung, Entkommerzialisierung [286]. Langlebigkeit von Gütern soll durch Dienstleistungen unterstützt werden (Nutzen statt Besitzen). *Aber: Leasing kann auch durch ständigen Modellwechsel (z.B. bei Autos) kontraproduktiv sein.*

### **7. Barriere Zeitgeist: Konsumismus [288ff]**

In einer zunehmend unsicheren Welt bietet der Konsumismus eine Zuflucht in Sicherheit und Vorhersehbarkeit (Zygmunt Baumann). Konsum offenbart laut Erich

Fromm das Problem der "Selbstsucht", eine Art Gier, die ein "Fass ohne Boden" ist. Sie kann nicht zur Befriedigung führen, weil der Selbstsüchtige sich selbst nicht leiden kann. Konsum als Ergebnis fehlender Selbstachtung oder zur Schaffung von Status-Symbolen jenseits der Grundbedürfnisse ist nicht akzeptabel. Alternativen sind Suffizienz und aktives Eintreten gegen Konsumidiotismus.

## Teil 2: Handlungsprinzipien [302ff]

Am Beispiel Dekarbonisierung wird massives Politikversagen konstatiert, weil selbstgesetzte Ziele weit (zu 90%) verfehlt werden, etwa beim Autoverkehr und in der Landwirtschaft. Bereits 1998 hat eine Bundestag-Enquête-Kommission 4 Grundsätze für Stoffkreisläufe benannt, die in den folgenden zwei Jahrzehnten nicht annähernd berücksichtigt worden sind [214f]. Vor allem die Industriestaaten haben Rohstoff-Entnahme und (Schad-)Stoff-Einträge in die Natur ohne Rücksicht auf Verluste betrieben. **Gegensteuern** will der Autor durch Effizienz auf der produktiven und Suffizienz auf der konsumptiven Seite. Bisher wurden Effizienzsteigerungen regelmäßig durch Rebound-Effekte (ökologisch) überkompensiert; eine Entkopplung (BIP-Wachstum bei abnehmendem ökologischen Fußabdruck) ist nicht in Sicht.

Die Suffizienz, aus Solidarität gegenüber dem Globalen Süden oder durch institutionelles Nudging & viele "kleine" Maßnahmen gefördert (*bloß nichts verbieten!*), mag das wahre, "aufgeklärte" Glück bringen (Nico Paech 2012), aber kein Politiker wagt diese Strategie, weil man damit keine Wahlen zu gewinnen glaubt.

Zur Frage der (Öko-)Kosten-Internalisierung wird darauf hingewiesen, dass die Firma Puma 2011 den entsprechenden Kosten-Block für sich ermittelt habe. Nicht dargelegt wird, in welchem Zeitraum diese Kosten angefallen sind und was mit den dahintersteckenden ökologischen Schäden geschehen ist (*vermutlich nichts*). Dass eine vollständige Internalisierung der Kosten möglicherweise Geschäftsmodelle in die Unrentabilität, Firmen in die Insolvenz treiben und das gesamte Wirtschaftssystem in die Dauer-Rezession, also eine existenzielle Krise stürzen könnte, wird nicht reflektiert. Aber eine halbherzige Lösung, also ein "weniger schlecht", sei nicht genug; das immerhin wird klar. *Möglicherweise stammt ja unser gesamter materieller Wohlstand, der sich seit mehr als zwei Jahrhunderten aufgebaut hat, ausschließlich aus dem Raubbau an der Natur; nur haben die Mainstream-Ökonomen sich bisher geweigert, das unter genauestem Hinsehen einmal auszurechnen.*

Es wird auch auf "schärfere" Bilanzierungsmodelle hingewiesen (z. B. im Rahmen von Felbers Gemeinwohl-Ökonomie). Aber die Konzepte werden nicht näher betrachtet; ob die darin verborgenen Reparaturen (Renaturierung) überhaupt noch funktionieren, wenn der gerade vertrocknende Wald verschwunden ist (in 10 Jahren, so Ulrike Herrmann in einer medico-Veranstaltung in Frankfurt am 13.2.2021), bleibt unreflektiert. *Konzepte sind ggf. schon überholt, bevor sie angewendet werden.*

Nachhaltiges Konsumieren (lokal, saisonal, vegetarisch; arbeitsintensiv- statt ressourcenintensiv produziert) wird hier ganz auf der individuellen Ebene betrachtet [328ff]. Da die Preise nicht die wahren Kosten widerspiegeln, soll der Konsument entsprechend gegensteuern. Dass ihn das in verschiedener Hinsicht überfordern kann, wird problematisiert.

Das Verursacherprinzip fordert die OECD seit 1972. Und wo ist es? Oft werden die Verursacher sogar direkt subventioniert, obwohl sich die G20 (!) 2009 darauf geeinigt haben, genau das nicht mehr zu tun.

Das Vorsorgeprinzip funktioniert auch häufig nicht, weil Gefährliches erst verboten wird, wenn Schaden angerichtet worden ist. Eine Beweisumkehr bei Sicherheitsaspekten (im weitesten Sinn) wäre hilfreich.

Auch eine emotionale Wertschätzung der Natur wird als nützlich für ihren Schutz deklariert. Persönliche und gesellschaftliche Prinzipien werden benannt, die dem sozialen Zusammenhalt dienen sollen (die Unterprivilegierten unterstützen; aufrechte, offene Dialoge führen; ....). *Die hier vereinigten soziologischen Gedankengänge sind nicht falsch, z.T. sogar für sich genommen durchaus interessant, eröffnen allerdings für die Nachhaltigkeitsproblematik keine konkreten Lösungsansätze.* Dasselbe gilt für systembezogene Prinzipien: systemisch denken, weil alles mit allem zusammenhängt; ganzheitliche Sicht, weil man sonst Fehler macht; global & langfristig denken; Transparenz & Vielfalt erhöhen ....

Zum Schluss folgen noch eine Zusammenfassung, 11 Seiten Anmerkungen sowie ein opulenter Literatur-Apparat. Dennoch hat der Autor - kein Ökonom, sondern "nur" Physiker - zwar die Fragmentierung des Wissens beklagt, *aber - wie so viele - die Chance versäumt, durch intensive Kooperation mit Vertretern anderer Fachgebiete die von ihm gewünschte Interdisziplinarität herzustellen.*

Er outet sich als Anhänger einer "ökologisch-sozialen Marktwirtschaft", was er ebensowenig begründet und spezifiziert wie Harald Welzer andernorts seine Forderung nach einem "aufgeklärten Kapitalismus" [394]. *Dies schränkt die wissenschaftliche Kompetenz zur Problemlösung in einem komplexen Umfeld erheblich ein. Die allgemeine Scheu, das aktuelle Wirtschaftssystem - egal, wie man es nennt - konsequent zu hinterfragen und bei Bedarf auch in Frage zu stellen, ist ausgesprochen auffällig und erinnert in fataler Weise an gesellschaftliche Machtverhältnisse wie in der ehemaligen DDR, unter denen eine offene Kritik an der herrschenden Ökonomie natürlich zu erheblichen Repressionen geführt hätte. Wer oder was bremst aber bei uns das "Selbst denken" (Welzer) aus?*

*Also gilt wieder einmal: bei der Suche nach einem System der nachhaltigen Ökonomie keinen Schritt weitergekommen.*

Rolf Oesterlein, 21.2.2022

---

**Erscheinungsdatum: 18.2.2020**

**Maja Göpel: Unsere Welt neu denken: Eine Einladung**

Die Polit-Ökonomin Maja Göpel, derzeit als Honorarprofessorin an der Universität Lüneburg tätig, hat ein schmales Büchlein (208 Seiten) vorgelegt, das wohl als allgemeinverständlicher Einstieg in das Nachhaltigkeitsthema gedacht ist. Solche Bücher sind wichtig, auch wenn man darin keine neuen Erkenntnisse darüber erwarten darf, wie eine Postwachstumsökonomie aussehen könnte. Entsprechende

Untersuchungen, an denen sie beteiligt gewesen wäre, stehen auch nicht im Hintergrund der Darlegungen, obwohl sie auch drei Jahre Mitglied des WBGU war (bis Ende 2020).

Am Anfang tut sich das Buch schwer, einen zielgerichteten roten Faden zu entwickeln. Auf dem Gedankengang zum Kernanliegen werden einige Umwege in Kauf genommen. Manche Statements, obwohl richtig und auch wichtig, fallen etwas plötzlich vom Himmel, also ohne vorbereitende Argumentation. Ob das Einsteigern einleuchtet, ist fraglich. Gelegentlich liegt das auch an der verwendeten Begrifflichkeit. Wissen finanzpolitische Neulinge, was "toxische Kredite" sind?

Das Weltbild der Mainstream-Ökonomen, der "homo oeconomicus", wird ausführlich und mit dem gebührenden kritischen Abstand dargestellt, ebenso die daraus resultierende Fehlerhaftigkeit der Lehr-Weisheiten. Deutlicher hätte die Autorin darauf hindeisen können, dass diese Form der Ökonomie eigentlich eine Ideologie ist und wem diese Ideologie eher nutzt und eher schadet. Inwieweit das häufige Eintauchen in die Historie der Ökonomie den Einsteigern beim Verständnis der Zusammenhänge hilft, ist schwer abzuschätzen.

Das BIP als ungeeignete Messgröße für das menschliche Wohlergehen wird problematisiert, ebenso das Verhältnis Staat versus Markt und die Auswirkungen von Privatisierung und der sich ausdehnenden Schere zwischen arm und reich. Eingängig sollte die vollkommene Parallelität der beiden Kurven Wachstum des BIP und CO<sub>2</sub>-Emissionen sein, mit der Konsequenz, dass für die - auch von der aktuellen Ampel-Regierung propagierte - absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch jeder Ansatzpunkt fehlt. Auch der fatale Mechanismus der Rebound-Effekte wird eindrücklich mit zahlreichen Beispielen dargestellt. Von der Verlogenheit der Greenwasher führen die Überlegungen zum Problem des Konsumismus.

Danach wird der Antagonismus Staat-Markt-Gemeinwohl dargestellt. Der erste massive Kritikpunkt ist die Externalisierung der Umweltkosten, die am Beispiel der Müll-Exporte und weiterer ökonomischer Tricksereien exemplifiziert wird. Angebliche "Errungenschaften" aus dem privatwirtschaftlichen Bereich sind häufig vom Staat getriggert worden, finanziell wie inhaltlich. Fehlende übergeordnete Koordination von Einzelaktivitäten kann verheerende Konsequenzen haben, wie zahlreiche Beispiele von Deregulierungskatastrophen, Freihandelschäden und Finanzkrisen zeigen. Und die einzige Entkopplung, die garantiert stattfindet, ist die zwischen materiellem Wohlstand und allgemeinem Wohlergehen (Lebensglück), die in schwindende Selbstachtung und Depressionen im Hamsterrad münden kann.

Dann wird - ein bißchen wie im Kindergarten, aber vermutlich dennoch bitter notwendig - geduldig erklärt, warum Verzicht und Verbote notwendig und originäre Aufgabe des Staates sind. Auf die naturwissenschaftliche Dimension und Dringlichkeit des Nachhaltigkeitsproblems wird hingewiesen. Einen Nachteil sieht Maja Göpel darin, dass national und international in den "Panels", die die Entscheidungen vorbereiten und treffen, die Armen und am stärksten Betroffenen kaum vertreten sind. Ihnen bleibt nur, auf die Straße zu gehen. Überhaupt sind die krassen sozialen Unterschiede, zwischen und in vielen Ländern, eine massive Barriere für Veränderungen in Ökonomie, Ökologie und bei den Machtverhältnissen.

Zuletzt wird das Gerechtigkeitsproblem behandelt, das diese Situation kennzeichnet. Die nur grob angerissenen Ideen für Abhilfe bleiben alle systemkonform, d.h. der Kapitalismus wird geschont (z.B. Fonds für eine Art Lastenausgleich, wie er z.B. für Ecuador als Gegenleistung für die Nichtförderung von Erdöl in einem Naturschutzgebiet zur Debatte stand, aber letztlich gescheitert ist.)

Im Schlusswort wird wenig Konkretes für eine sozial-ökologische Transformation benannt. Eher liest man eine allgemeine Ermunterung für eine Art Aufbruchstimmung heraus; jeder Einzelne soll ein wenig "Selbst denken" praktizieren (obwohl vorher die Verschiebung der Verantwortung zum Einzelnen - zurecht - kritisiert worden ist). Alles klingt ein wenig freundlich-betulich und weckt den Eindruck, als könne die Rettung ohne Disruptionen durch gemächliche Hinwendung zur Nachhaltigkeit gelingen. Gründe, warum das so ablaufen könnte, werden allerdings - wie auch? - keine geliefert. Ohne Beunruhigung wird sich die träge Masse kaum bewegen lassen.

Rolf Oesterlein, 25.2.2022

---

**Erscheinungsdatum: 2 /2020**  
**Rainer Griebhammer: #klimaretten.**  
Jetzt Politik und Leben ändern

Vom Aufbau und vom Duktus her ähnelt das Werk der "Ökoroutine" von Kopatz: viele Fakten und Infos, auch ein paar historische (überflüssigerweise wird dabei die "Digitalisierung" als eine "technische Revolution" bezeichnet). Es gibt ein starkes Bemühen um Struktur und Pragmatismus; letzterer führt über weite Strecken in den Ratgeber-Modus. Leider bleiben dabei auch zweifelhafte Empfehlungen nicht aus, wie z.B. der Rat, im (vermutlich immer heißer werdenden Sommer) die Raumtemperatur durch Nichtnutzung des Computers abzusenken (S. 119). Das Buch preist sich selbst als "Nachschlagewerk" an, z.B. für junge Aktivisten von "Fridays for Future"; dazu gibt es einzelne Einschübe mit Hinweisen, wie sie ihre störrischen Eltern überzeugen können.

Während der Autor - wie der Titel schon andeutet - Politik und individuelle Verhaltensweisen nicht als Alternativen, sondern parallel zu bearbeitende Felder sieht, verkennt er die Bedeutung des Postwachstumsproblems total. Er hält es für ein theoretisches und sieht nicht, wie es an vielen Stellen den sehr konkreten, pragmatischen Fortschritt blockiert. Dementsprechend kommen auf diesem Sektor auch keinerlei Ansätze für eine Lösung. Auch die Machtfrage wird nicht behandelt, als sei sie ebenso entbehrlich wie die Suche nach neuen wirtschaftlichen Strukturen.

Im Unterschied zur Ökodesign-Richtlinie der EU, in der ab 2021 klammheimlich etliche positive Verschärfungen greifen werden (S. 122), wird das Klimaschutzprogramm der Regierung von 2019 zurecht als "katastrophal" auseinandergenommen. Auch die Sozialverträglichkeit wird als wichtige Forderung hervorgehoben und sehr kritisch betrachtet. Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen merkt man die ökonomische Blauäugigkeit: das Armutsproblem wird nicht grundsätzlich angegangen, sondern nur punktuell kompensatorisch zu einzelnen ökologischen Vorschlägen. Die Ambivalenz von "Strafsteuern" (z.B. CO<sub>2</sub>-Steuer), die einerseits die Emissionen verringern (also niedrig bleiben) sollen, andererseits aber

zur Finanzierung des Sozialausgleichs benutzt werden (also hoch genug sein sollen), wird nicht gesehen.

Nach ein paar allgemeinen Hinweisen für bewusstes Konsumverhalten werden die 4 Gebiete Strom, Mobilität, Ernährung und Wohnen jeweils unter folgenden 8 Analyse-Aspekten betrachtet:

1. Werte & Leitbilder; 2. Verhaltensweisen & Lebensstile; 3. Märkte & Finanzsysteme; 4. Politikinstrumente & Institutionen; 5. Forschung, Bildung, Wissen; 6. Technologie, Produkte, Dienstleistungen; 7. soziale & zeitliche Strukturen; 8. Materielle Infrastruktur

Es werden zu viele Zahlen aufgeführt, die man sich oft nicht merken kann und zu sehr ins Detail gehen (z.B. wenn sich eine Strompreiskomponente um 0,35 Cent /kWh erhöht; S.82), andererseits aber oft nicht präzise genug definiert werden (z.B. S. 150 beim Vergleich Auto / Bahn) - vermutlich um den (im Übrigen recht angenehmen) Textfluss nicht zu stören. Eine Beschränkung auf quantitative Angaben mit wichtiger Aussagekraft wäre besser gewesen.

Aussagekräftig wie z.B. die sehr bezeichnende Fehlprognose der Energiekonzerne 1993 zur Zukunft der erneuerbaren Energien (S.86), nach der dieselben nie mehr als 4% des Strom-Bedarfs würden decken können und ökonomisch in D. so sinnvoll seien wie "in Alaska Ananas zu züchten": zwei Jahre später hatten diese unterschätzten Erneuerbaren aber bereits 5% erreicht, nach 12 Jahren 10%, 20 Jahre später 25%, Anfang 2019 bereits 44%.

Im Abschnitt "Strom" werden Tipps zu Elektrogeräten und ihrer Nutzung gegeben sowie zur ökologischen Informationsbeschaffung (z.B. bewertet das unabhängige Portal [www.ecotopten.de](http://www.ecotopten.de) die ökologischen Eigenschaften vieler Geräte).

Im Abschnitt "Mobilität" wird nochmals die Schädlichkeit des (Straßen-)Verkehrs deutlich dargestellt. Trotz des Kernsatzes, dass nur weniger Autofahren hilft, wird kräftig über technische Möglichkeiten herumspekuliert (z.B. Brennstoffzellenfahrzeuge) und erörtert, wie unsere Autoindustrie die EU-Vorgaben (die ja durch die "Flottengrenzwerte" zum Mogeln geradezu einladen) einhalten könnte. Die Batterie-Probleme werden kleingeredet, z.B. durch einen Vergleich mit den technologisch altertümlichen Bleiakkus und durch die Ignorierung der Haltbarkeitsprobleme. Bekannte Fehlanreize wie das "Dienstwagenprivileg" und das ausbleibende allgemeine Tempolimit (auf das weltweit nur noch in Afghanistan, Somalia & Nordkorea verzichtet wird) werden natürlich kritisiert, aber andere Vorschläge bleiben vage ("bessere Digitalisierung" bei der Bahn, S. 151). Beim ökonomischen Vergleich Bahn / Flixbus wird unterschlagen, dass erstere ihr Streckennetz selbst finanzieren muss, der Straßencarrier nicht. Nur halbherzig wird die Empfehlung ausgesprochen, weniger zu fliegen. Insgesamt weckt der ganze Detail-Clinch leider den fatalen Eindruck, als könne man mit reformistischen Trippelschritten bei der Mobilität das "Klima retten".

Im Abschnitt "Nahrungsmittel" werden die bekannten Probleme überwiegend angemessen dargestellt (allerdings gibt es dafür bereits bessere Literatur). Nur beim Thema Lebensmittelverschwendung bleibt der Text oberflächlich: die Rolle der kapitalistischen Überproduktion wird nicht behandelt, und die Hilfestellung für das individuelle Ermitteln der Haltbarkeit von Produkten ist schlicht unbrauchbar ("Riecht

es komisch?", S. 204). Obwohl auch hier recht unambitionierte Ziele propagiert werden (z.B. Erzeugung von Bio-Nahrungsmitteln bis 2030 von 9% auf 20% erhöhen), wird das totale Versagen der Bundesregierung auf diesem Sektor unmissverständlich kritisiert.

Das Thema "Wohnen" wird auf 26 Seiten abgehandelt. Das ist zu wenig für eine weiterführende Darstellung. Eine individuelle Energieberatung kann durch den Text vielleicht angeregt werden, mehr aber auch nicht. Auch hier findet man tieferschürfende Literatur.

*Rolf Oesterlein, 1.1.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 28.1.2020**

**Abhijit Banerjee / Esther Duflo: Gute Ökonomie für harte Zeiten.** Sechs Überlebensfragen und wie wir sie besser lösen können

**Zusammenfassung:**

Abhijit Vinayak Banerjee ist ein aus Indien stammender US-Ökonom, Esther Caroline Duflo eine aus Frankreich stammende US-Ökonomin. Beide sind verheiratet und arbeiten am Massachusetts Institute of Technology auf dem Gebiet der Armut- und Entwicklungsforschung. 2019 erhielten beide den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften, den die Schwedische Reichsbank eingerichtet hat und jährlich vergibt. Passend zur Preisverleihung legten sie wenig später dieses in die Zukunft weisende Werk vor. Da die SÖT auch eine starke soziale Komponente umfasst, erschien es sinnvoll, nach entsprechenden Hinweisen und Anregungen in diesem umfangreichen Werk (554 Seiten) zu suchen.

Das Ergebnis ist jedoch ernüchternd. Es werden zwar durchaus kritisch zahlreiche "Weisheiten" des ökonomischen Mainstreams als ideologische Vorurteile demaskiert. Es ist auch verblüffend, was diese Ökonomie alles nicht weiß - noch nicht einmal, wie man Wachstum "ankurbelt", obwohl die Herrschaften in aller Welt ständig eben davon reden, weil es wohl nach wie vor das fundamentale Ziel ihres Wirkens ist, auch das der Autoren: selbst bei den Inhabern der höchsten Auszeichnung findet man keinen einzigen Forscherschritt in Richtung einer Postwachstumsgesellschaft, weil sie die Dimension des Problems, trotz einiger Seiten über den Klimawandel, offenkundig nicht realisiert haben. Was ist das für ein Wissenschaftsbegriff, mit dem man es hier zu tun hat?

**Kapitel 1: "MEGA - Make Economics Great Again"**

Die Autoren beklagen, dass Ökonomen von der Allgemeinheit wenig Vertrauen entgegengebracht wird (S. 15). Sie räumen die Ideologie-Fixierung bzw. Vernarrtheit in "Schulen" als Ursachen dafür ein; das gelte für etliche Kollegen, aber nicht für alle. Für sich beanspruchen sie wissenschaftliche Redlichkeit, auch wenn die Ergebnisse missliebig seien.

## **Kapitel 2: "Aus dem Maul des Haifischs"**

Beim Thema **Flüchtlinge** untersuchen die Autoren die Gründe, die die Menschen zur Migration treiben. Reine Vorteile bei den Lebensbedingungen in der Fremde reichen meist nicht, Kriege und andere Katastrophen "zu Hause" sind nötig. Selbst Migration innerhalb eines Landes ist oft schwer zu durchschauen, trotz verschiedener Studien / Experimente in unterschiedlichen Ländern. Die Autoren gehen davon aus, dass sich die Migranten am neuen Ort oftmals wirtschaftlich verbessern. Ob das immer gilt und auch für die Migranten absehbar ist, wird nicht genau untersucht. Man wertet die (Einzel-)Studien aus, die man hat.

Thema 2 ist die Frage, ob die Migranten an ihrem Zielort die Löhne der Einheimischen nach unten drücken. Dies ist häufig nicht der Fall, weil die neuen Arbeitskräfte nicht nur neue Konkurrenten sind, sondern auch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen lassen. Die Ursachen sind unterschiedlich, z.B. in Abhängigkeit von der Qualifikation der Migranten und der einheimischen Konkurrenten. Es gibt zahlreiche Studien aus vielen Regionen und unterschiedlichen Epochen.

Angeblich stellen Arbeitgeber lieber vertraute Einheimische denn Migranten ein, auch wenn diese niedrigere Löhne akzeptieren würden. Arbeitgeber zahlen grundsätzlich so viel Lohn, dass die Arbeiter bleiben, um sich nicht zu verschlechtern, jedenfalls im Niedriglohnsektor (S. 49ff).

Es folgen einige Aspekte wie Familienbeziehungen, die trotz drückender anderer Bedingungen Migration verhindern können; ebenso Risikoscheu und Unkenntnis. Unkenntnis in die andere Richtung (unangebrachte Euphorie) wird hier nicht erwähnt.

Danach wird, schon fast feuilletonistisch, darüber räsoniert, warum in den USA nicht alle Leute dorthin migrieren, wo (noch) die Boomtowns sind (72ff). "Auch Anwälte brauchen Gärtner!" lautet die etwas naive, auf jeden Fall vorwurfsvolle Formulierung: wie, wenn schon genug Gärtner dort sind? Warum die Jobs nicht zu den Menschen kommen, wird (für die USA) mit persönlichen Wohlfühlaspekten der Bessergestellten etwas oberflächlich erklärt, wenn man von dem Buch mehr konzeptionelles Denken erwartet.

Insgesamt erweckt dieses Kapitel den Eindruck, als gäbe es zu wenig Migration, und alles wäre besser, wenn die Immobilität der potentiellen Migranten und die Aversionen der Residenten verschwinden würden.

## **Kapitel 3: "Die negativen Folgen des Handels"**

Es wird über das "Theorem der komparativen Vorteile" geplaudert; man erfährt aber nichts Neues (außer dass es "linke" Ökonomen gibt - z.B. Paul Krugman, USA). Die Frage, ob Indien besser mit Regulierung gefahren wäre (statt Marktöffnung für den Handel), wird aufgeworfen und als unbeantwortbar wieder begraben. Aber immerhin wird eingeräumt, dass die Liberalisierung nicht nur das Wachstum (BIP), sondern auch die Ungleichheit erheblich gesteigert hat. Dazu werden zahlreiche weitere Länder genannt, in denen das gleiche geschah: Es steigen die Einkommen der Oberschicht, aber nie der gering Qualifizierten. Allerdings muss dafür nicht die

Handelsliberalisierung der einzige Grund sein, denn sie erfolgte meist zusammen mit einer Fülle weiterer Liberalisierungen/Deregulierungen, die in die gleiche Richtung wirken (z.B. auf den Arbeitsmärkten).

Eine junge Ökonomin, die nachwies, wie bei Handelsausweitungen die Armut zunahm, wurde in der Fachwelt gemobbt (S. 100).

Träge sind (in Indien) nicht nur die Arbeitskräfte (auch bei Wechsel im Land, und sogar in der Firma), sondern auch die Kreditgeber und Firmenleitungen.

Es folgt seitenweise Geplauder über die Wichtigkeit von Reputation von Handelsfirmen; auch ein misslungener DVD-Player-Kauf, persönlich verbürgt, wird langatmig ausgebreitet - unklar, warum. Ein wilder Ritt durch alle möglichen Wirtschaftsregionen bringt Beispiele für allerlei Handelsstrategien, etwa Chinas Währungsdumping zur Exportförderung.

Chinas Exportausweitung in die USA wird unter dem Aspekt der Auswirkungen auf die dortigen Arbeitsplätze betrachtet ("China-Schock", S. 126ff). Wegen der zuvor beschriebenen Cluster-Bildung etlicher Branchen ist die (natürlich negative) Auswirkung regional unterschiedlich - nicht gerade eine sensationelle Erkenntnis. Und als Lösung des Problems wird schon wieder angedeutet, die Arbeitskräfte hätten doch nur in die nicht betroffenen Cluster wandern müssen - was aber wegen ihrer Trägheit unterblieben sei. Andererseits: die geschröpften Cluster sollen "intervenieren" (?), damit es wieder aufwärts geht.

Man erfährt, dass in den USA manche "Sozialprogramme" den Berechtigten genau 23 US-Cent auszahlen, was die Autoren allerdings auch selbst als "entwürdigend" bezeichnen. Der "China-Schock" hat in den USA aufgrund des lächerlichen Sozialsystems Menschen vernichtet, auf unterschiedliche Weise, bis hin zum Suizid. Im Klartext: sie sind eine Mörderbande, die Sozialdarwinisten der USA.

Der Außenhandel bringt großen Ländern weniger Gewinn als vermutet (USA ca. 8%), und für kleinere/ärmere ist der Freihandel auch nicht das Tor zur "Entwicklung". Die weltweite Verlagerung von Arbeitsplätzen bringt auf beiden Seiten Instabilität und Nutzen oft nur für die Shareholder (S. 144 ff). Zölle (Handelskriege!) bringen auch nichts, auch nicht den USA. Bessere Programme (z.B. Umschuldung) und Umzugshilfe werden vorgeschlagen. Was denen wenig hilft, die zu alt sind. Das Kapitel endet mit einer gewissen Ratlosigkeit; dem Vorurteil, wer nicht umziehen wolle, sei selbst schuld, folgen die Autoren dann aber doch nicht.

#### **Kapitel 4: "Vorlieben, Wünsche und Bedürfnisse"**

In armen Ländern, aber auch in Schweizer Bergdörfern, werden die "Allmende" als Gemeingüter gehalten, weil das für alle besser ist. Ökonomen, die diese Zusammenhänge nicht verstehen und Privatisierung anregen, haben in solchen Situationen schon katastrophale Schäden angerichtet (S. 162). Allerdings sind die Normen einer Gemeinschaft nicht immer positiv einzuschätzen; sie können im Extremfall sogar Rassismus befördern. In Indien existieren in vielen Dörfern trotz gesetzlicher Verbote noch kastenmäßige Diskriminierungen, in den USA Diskriminierungen gegen Schwarze und Einwanderer überhaupt.

Es folgen Berichte über psychologische Tests darüber, wie die Leute zu ihren Präferenzen kommen. Diese können in verschiedenen Rollen / Kontexten sogar bei *einer* Person unterschiedlich sein: ein Experiment in der Schweiz zeigte, dass Bankangestellte als Privatperson weniger betrügerisch handeln denn als Banker (S. 184 f). Der Ratschlag, man solle die "Wahrheit" zwar durchaus sagen, aber möglichst "wertfrei" (S. 187), ist reichlich weltfremd; die Wahrheit vor allem über brisante Themen ist fast nie wertfrei (oder wie sollte die "wertfreie" Wahrheit über den Holocaust aussehen?)

Ein möglicherweise funktionierender Trick ist es, dem Gegenüber das erwünschte Verhalten als Kompliment zu attestieren und dann als konsequente Fortführung einzufordern ("Du bist doch ein netter Junge, also ...." führt vielleicht dazu, dass er wirklich ein nettes Verhalten zeigt); der Trick besteht in der Stärkung des Selbstwertgefühls. Arme brauchen nicht nur ökonomische Hilfe, sondern auch eine Unterstützung ihres Selbstwertgefühls. (S. 189).

Es folgen Gedanken zur Schwierigkeit bei der Beschaffung fundierter Informationen, verursacht durch (vorsätzliche) Desinformation bei der Verbreitung einerseits und Unwilligkeit oder Unfähigkeit beim Empfang andererseits. Überlegungen schließen sich an, wie man in den USA und Indien die raren Eliteschulen sozial "gerecht" mit Schülern bestückt (ausschließlich gute Schulen in ausreichendem Maße zu haben, steht offenbar nicht zur Debatte). Abbau von Vorurteilen zwischen Bevölkerungsgruppen könnte über durchmischtes Wohnen erreicht werden. Den "Wutbürgern" sollte man begegnen, indem man versucht, an den Kern ihrer möglicherweise existentiellen Probleme oder Unbehaglichkeiten heranzukommen.

## **Kapitel 5: "Das Ende des Wachstums?"**

Das Kapitel beginnt mit historischen Schwankungen des Wachstums und der Frage, ob es vielleicht nie wieder so hoch wird wie manchmal früher. Unter "nachhaltigem" verstehen die Autoren schlicht dauerhaft hohes Wachstum. Dann schlagen sie sich mit der Messung / Bewertung des Internets herum. Arme und reiche Länder werden BIP-quantitativ verglichen; kontrovers wird die Frage behandelt, ob und wie man Wachstum beeinflussen kann (manche Ökonomen meinen: es passiert einfach). Viel Theoretiker-Streit.

Immerhin wird gelegentlich eingeräumt, dass BIP-Wachstum nicht unbedingt das Wohlergehen erhöht (nicht neu; siehe Robert Kennedy vor einem halben Jahrhundert!). Trotz Skepsis werden immer wieder voreilige Erklärungen für "Geschichten" abgeleitet ("Narrative"), die auch andere Ursachen haben könnten - alles sehr spekulativ. Dass der Ansiedlungswettbewerb zwischen Städten einem Land nichts bringt, wird eingeräumt (ist aber auch nicht gerade eine nobelpreiswürdige Erkenntnis; S. 260). Den armen Ländern wird empfohlen, ihre slumgeprägten Städte infrastrukturell zu verbessern und lebenswerter zu gestalten; das könne ihnen Wachstum bringen (der einzige Weg aus der Armut!), ohne andere Regionen zu schädigen (S. 261). Eine klare Aussage folgt auf Seite 271: Steuersenkungen für Reiche führen nicht zu höherem Wachstum; es ist reine Ideologie. Interessant auch, dass historisch in den USA sehr hohe

Spitzensteuersätze gegolten haben, angeordnet von republikanischen Präsidenten (S. 266).

Es gibt viel zweifelhafte Zahlenhuberei. Wieso kann man die weltweite Grenze für "extreme Armut" einheitlich mit 1,90 US-Dollar angeben, obwohl die Dollar-Kaufkraft in den über 200 Ländern dieser Erde äußerst unterschiedlich ist (S. 376)?

Es geht hin und her: manchmal werden Wachstumsförderer benannt, manchmal in Zweifel gezogen. Gute Bildung könnte das Wachstum steigern, aber auch die Folge von steigendem Wachstum sein; also: selbst Ursache und Wirkung sind nicht zuverlässig zu identifizieren (S. 279). Ein ähnlicher "Offenbarungseid" ist auf Seite 285 zu lesen.

Die Arbeitskräfte in armen Ländern, die die Umverschämtheit besitzen, nicht jeden miesen Job anzunehmen, werden als Träumer bezeichnet, selbst schuld an ihrer Misere (S. 296ff). Wenn sich in Indien 28 Mio. Leute auf 9000 einfache Stellen im Staatsdienst bewerben - sind die alle doof (S. 304)? Die Personalfuzzis schwärmen doch immer von Leuten, "die wissen, was sie wollen". Die Empfehlung der Autoren lautet: die attraktiven Arbeitsplätze zu verschlechtern. Was die schlecht bezahlten (privaten) Arbeitsplätze mit dem ökonomischen Druck der reichen Länder auf die armen zu tun haben, wird nicht erwähnt - so wird das nichts mit der Armutsbekämpfung.

Immerhin verweisen die Autoren die weitverbreitete Theorie, der Vermögenszuwachs der Reichen werde als Trickle-Down-Effekt zu den Armen sickern (wie die biblischen "Brosamen" vom Tisch des reichen Mannes) in irrationalen Raum der Legende. Reiche fördern und Arme zu weiteren Opfern zwingen (also Ungleichheit erhöhen), tötet das Wachstum (S. 312).

Schlussfazit der Autoren: wie man Wachstum hochtreibt, wisse man nicht wirklich. Aber es reiche ja auch, das Wohlergehen - vor allem in den armen Ländern - zu erhöhen. Nur: die ökologischen Grenzen des Wachstums spielen in diesem Kapitel nicht die geringste Rolle.

## **Kapitel 6: "In heißem Wasser"**

Jetzt wird der Klimawandel betrachtet: von den reichen Ländern verursacht, die Armen am stärksten treffend. Hitze hat Nachteile für Arbeitskraft und Gesundheit; Klimaanlage fördern den Wandel noch. Die Autoren meinen, Klimaschutz und Wachstum unter einen Hut bringen zu können; man muss Forschung und Entwicklung anschieben, damit "saubere Technologien" die anderen ersetzen. Die Prognose ist eine Sache von Optimismus und Pessimismus. In bisherigen Projekten waren die Annahmen immer zu optimistisch. Vielleicht müssen wir doch auf Autos verzichten (S. 331). Mit einem detaillierten Blick auf die massive Umweltverschmutzung in China und Neu Delhi ist das Kapitel auch schon zu Ende.

## **Kapitel 7: "Player Piano"**

Hier wird über die Wirkung der "Digitalisierung" auf Arbeitsplätze spekuliert. KI wird für etwas Neues gehalten, und deshalb räumt man ein, dass man eigentlich gar nichts weiß, die Zukunft betreffend. Und spekuliert munter und ziemlich sinnentleert weiter.

Danach wird die schamlose Bereicherungsstrategie der angelsächsischen Neoliberalen dargestellt, die die Ungleichheit vorangetrieben haben (S. 361ff). Ein anderer Grund für die Ungleichheit besteht in den irrational-exorbitanten Verdiensten/Profiten im Finanzsektor (die gibt's z.B. in Dänemark nicht, ebenso wenig wie die große Ungleichheit).

In den USA steigt die Sterblichkeit weißer Menschen im mittleren Alter im Unterschied zu allen anderen Gruppen; Hauptgrund: Tod aus Verzweiflung (S. 389ff). Ähnliches geschieht in anderen angelsächsischen Ländern. Sie sehen ihre Situation als eigenes Versagen, weil ihnen die Gehirnwäsche eingebläut hat, das System sei gerecht, und die Alternative zur Verzweiflung (oder deren Vorstufe) ist: Wut. Das tragische: aus Wut wählen sie in den USA reaktionäre Republikaner, die aus ideologischer Verbohrtheit (z.B. "keine staatlichen Eingriffe") überhaupt nichts für die Wutbürger tun. Ein kritisches Kapitel-Schlusswort (S. 395) entlarvt den "amerikanischen Traum" als eine gezielte Irreführung.

### **Kapitel 8: "Staatliche Legitimation" (Steuern)**

Entgegen mancher Legende: Die Reichen hören nicht auf zu arbeiten, wenn sie mehr Steuern zahlen müssten. Aber wenn man erst ab 50 Mio Dollar Vermögen hoch besteuert, bringt's nicht viel; wenn man "(fast) alle" höher besteuert, macht die Mehrheit (in den USA) nicht mit. Zwischen 50 Mio und "fast alle" gibt's offenbar nichts - obwohl über die wachsende Zahl der Abgehängten und Sozialschwachen ausgiebig berichtet wird, die ja wohl keine Steuererhöhung verkraften würden. Der Trick ist der Selbstbetrug bzgl. Aufstiegschancen: "If I were a rich man" - dessen Steuern sollen deshalb vorsorglich niedrig sein.

Ein weiterer Trick: die Plutokraten im US-Staatswesen bemühen sich unermüdlich, den Bürgern eine Staatskepsis einzureden. "Die Ideologie der Eigenverantwortlichkeit ist ein Fantasiegebilde!" (S. 404) Deren größte Propagandisten sitzen in Bundesstaaten, die am stärksten von Bundeshilfe abhängig sind.

### **Kapitel 9: "Cash & Care"**

Die Fragestellung lautet: soll man bedingungslos mit Geld unterstützen odersoll man "sorgen", d.h. sich um die Sozialschwachen auch mit Auflagen kümmern. Das Problem ist die Bezeugung von Respekt gegenüber den Hilfsbedürftigen.

Ausgiebig, aber sehr wohl kritisch werden die Eiertänze der reichen Bedenkenträger gegen Sozialhilfe aller Art geschildert. Mit einigen Vorurteilen räumen die Autoren durch Hinweise auf gezielte Studien auf. So ist die Vermutung, bei Bargeldhilfen würden Männer die Summe eher verpulvern als Frauen, schlicht falsch; es konnten keine genderspezifischen Unterschiede ermittelt werden. Man gab die Hilfe dennoch oft an Frauen, wenn man dadurch die familiären Machtverhältnisse ändern wollte. Auch die angebliche Trägheit konnte in Entwicklungsländern wie auch in den USA nicht in Studien nachgewiesen werden. Selbst bedingungslose Unterstützung hat nicht dazu geführt, dass die Leute zu arbeiten aufhörten (S. 439f).

Für Entwicklungsländer schlagen die Autoren ein "rudimentäres", aber bedingungsloses Grundeinkommen vor, für das es allerdings keine längerfristigen Studien gibt (S. 445f).

In den USA wird das Grundeinkommen diskutiert unter der Maßgabe, dass die "Digitalisierung" alle einfachen Arbeitsplätze vernichten wird und/oder die Wutbürger besänftigt werden müssen. Der "Freizeit aspekt" wird problematisiert: viele können mit zusätzlich "gewonnener" Freizeit nichts Zufriedenstellendes anfangen, und Kündigungen als Ausgangspunkt für diese Freizeit können sich sogar steigernd auf die Mortalität auswirken (S. 453). Und das Thema "Selbstwertgefühl" taucht auch wieder auf. (In den Entwicklungsländern bauen die Leute dasselbe seltener auf ihrem Job auf.)

Das dänische Modell "Flexi..." (schnell einen Job verlieren und einen neuen finden) ist auch suboptimal, vor allem für Ältere. Die Autoren tendieren eher zu einer filigranen, situationsangepassten Synthese unterschiedlicher Unterstützungsoptionen (S. 456ff).

Für die USA geht das Buch nun sehr ins Detail, mit zahlreichen sehr spezifischen Programmen, z.B. im Bildungsbereich. Es gibt verblüffend viele solcher Programme, aber die meisten sind zu kurzatmig und nicht wirklich auf die nachhaltige Überwindung der prekären Verhältnisse ausgerichtet.

Vor allem bei den Programmen für die Ärmsten muss man darauf abzielen, dass ihnen Respekt und Würde zugestanden werden und Selbstbewusstsein aufgebaut werde, was mit reinen Transferzahlungen nicht geht, so die Autoren. Aber bei "entgegenkommenden" Care-Projekten wird immer wieder erwartet, dass die Hilfsbedürftigen eigene Ideen entwickeln sollten (die die Projektinitiatoren selbst offenbar nicht haben), oft hinsichtlich selbstständiger Beschäftigungen (jeder sein eigener Schein-Unternehmer - diese Crux ist den Autoren offenbar nicht geläufig). Dass das möglicherweise viel zu schwierig, ein regelrechtes Am-eigenen-Schopf-aus-dem-Sumpf-ziehen ist, genau auf der Linie der im Vorkapitel kritisierten Ideologie der "Selbstverantwortlichkeit", wird offenbar nicht gesehen, auch nicht von den Autoren.

Als größtes Hindernis jeder Sozialpolitik sehen sie die Verachtung, mit der den Armen und Benachteiligten begegnet wird.

*Rolf Oesterlein, 1.4.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 7.10.2019**

**Michael Kopatz: "Schluss mit der Ökomoral!"**

Wie wir die Welt retten, ohne ständig daran zu denken

Es handelt sich hier um eine Art Ergänzung zum 2016 erschienenen Vorläufer "Ökoroutine", der ein durchaus neues Konzept in überzeugender Form vorgestellt hat (Kommentar s.u.). Viel Neues erfährt man im Nachfolger allerdings nicht. Aber das könnte man mit der Maxime des Autors, dass gute Botschaften sich nur durch Beharrlichkeit und Wiederholungen durchsetzen, durchaus rechtfertigen.

Problematisch erscheint jedoch die punktuell-episodenhafte Darstellung ohne analytischen Tiefgang. Gewiss, das lässt sich sehr süffig lesen, und Veröffentlichungen im nüchtern-komplexen Wissenschaftler-Sprech sind nicht jedermanns Sache. Aber die punktuelle Betrachtungsweise unterschlägt häufig Zusammenhänge, die das gerade behandelte Teil-Thema in einem anderen, realistischeren Lichte erscheinen lassen. Beim propagierten Ziel "100% Bio-Landwirtschaft" wird z.B. lobend darauf hingewiesen, dass die wegfallende Wertschöpfung beim Verzicht auf Chemikalien durch den Einsatz von zusätzlichen Maschinen und Robotern zum mechanischen Pflanzenschutz kompensiert werde. Dass damit aber Ressourcen-Verbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen erhöht werden, also ein klassischer Rebound-Effekt eintritt, wird verschwiegen, obwohl der Autor - an anderer Stelle - durchaus auf diesen Problembereich eingeht.

Insgesamt erweckt das Buch den Eindruck, es gebe eigentlich für alle anstehenden Schwierigkeiten praktikable Lösungen, man müsse sie nur umsetzen. Der Autor erwähnt zwar den ökonomischen "Wachstumszwang", kritisiert auch zurecht das Forschungsdefizit bei diesem Thema, stellt aber nicht dar, dass dieses Forschungsdefizit kein lässliches Versäumnis in abgehobenen Wissenschaftssphären ist, sondern bei nahezu allen praktischen Vorschlägen - auch seinen eigenen - ein massiver struktureller Bremsklotz.

Und der funktioniert z.B. so: BW-Ministerpräsident Kretschmann, vom taz-Interviewer darauf hingewiesen, dass ein E-Auto-Getriebe nur ein Sechstel des Aufwands für einen Benzin/Diesel-Antrieb erfordert, verlangt daraufhin die Kompensation der entgangenen Wertschöpfung, also den Rebound-Effekt. Ist Kretschmann ohne Einsicht? Keineswegs. Er weiß, dass ein Absinken des lokalen Bruttosozialprodukts eine Rezession (nicht nur) über sein Bundesland bringen würde. Und eine tiefe Wirtschaftskrise in ganz Deutschland oder gar der EU würde nicht nur seine Partei (und andere) hinwegspülen, sondern vermutlich dem Rechtsextremismus katastrophalen Zulauf bescheren.

Völlig daneben ist der Titel des Buchs. Moralgesteuertes Verhalten ist das Essential, mit dem sich der Mensch vom Tier unterscheidet. Natürlich kann man über moralische Anforderungen streiten (soll man auch, tut man auch), aber man kann sie nicht pauschal ausknipsen. Niemand kann das, weder der Papst noch Herr Kopatz. Der hält das im Text auch gar nicht durch: wenn er z.B. auf die Wahrnehmung von "Verantwortung" pocht, setzt er voll auf einen moralischen Topos; und endlos weite Tiertransporte bezeichnet er als "ethisches Desaster".

Geradezu absurd mutet die Begründung für den Aufruf zur Unmoral an: moralische Appelle würden "schlechte Stimmung" hervorrufen. Das Orchester auf der Titanic soll weiterspielen, auf dass der seit drei Jahrzehnten existierende Buchtitel "Wir amüsieren uns zu Tode" endlich einmal grausige Wirklichkeit wird, oder? Und dass wir mit unserer "imperialen Lebensweise" andernorts Schäden anrichten, die tödlich sein können, dürfen wir wohl auch nicht sagen, weil es ebenfalls keine gute Stimmung macht. Zur Bewahrung der guten Laune darf man die Moral über Bord werfen - diese Botschaft spricht aus dem Buchtitel.

Es ist eine Illusion zu glauben, man könne eine existentielle Krise zum Wohlfühlthema hochjubeln. Klar, es soll ja nur eine Strategie für ein ehrenwertes Ziel sein. Aber sie wird nicht funktionieren. Sie unterscheidet sich kaum von jener der

"Green-Washer" (ein solcher ist Michael Kopatz absolut nicht), die den Leuten weismachen wollen, mit ein paar technischen Innovationen (die es nur leider noch nicht gibt) könne man's richten und die "imperiale Lebensweise" hierzulande beibehalten. Ohne ein noch unbekanntes Maß an Resilienz werden wir sicher nicht davonkommen, und das sollte man auch offen propagieren.

Der Autor hat ja völlig recht, wenn er das persönliche Konsumverhalten als sekundär und den politischen Widerstand gegen das infrastrukturelle Nichtstun als das entscheidende einstuft. Da es (Adorno) kein "richtiges" Leben im falschen gibt, wird jeder Öko-Pragmatiker früher oder später durch strukturelle Mängel und Zielkonflikte ausgebremst, die er privat nicht beheben kann. Weil diese Grenzen vom persönlichen Umfeld abhängen (z.B. ÖPNV-Nutzung: Ballungsgebiet versus ländlicher Raum, alleinerziehende Mutter versus zeitautonomer Rentner usw.), kann niemand sie allgemeingültig definieren und damit auch nicht als moralisches Postulat fixieren. Und richtig: Lamentieren hilft schon überhaupt nicht. Aber wenn man einen plakativen Titel für sein Buch braucht, muss man nicht gleich die Moral abschaffen wollen.

Die Strategie der moralischen Absolution zwecks politischer Motivation verheißt wenig Erfolg. Wer ohne Rücksicht auf Verluste seine egoistischen Bedürfnisse befriedigt, wird keinen politischen Finger rühren, um sich daran durch Gesetze, Standards und geänderte Verhältnisse hindern zu lassen. Die Diskrepanz zwischen realer Verhaltensweise und wohlfeilen Absichtserklärungen in Umfragen ist natürlich auch dem Autor nicht entgangen. Er nennt sie Schizophrenie. Schizophrenie ist eine Krankheit, für die der Patient nicht verantwortlich ist und aus der er auch nur durch fremde therapeutische Hilfe herauskommen kann. Kaum anzunehmen, dass Millionen Deutsche an diesem Leiden erkrankt sind. In Wahrheit steckt wohl hinter der nicht zu übersehenden Widersprüchlichkeit in den meisten Fällen schlicht - Verlogenheit; ein Wort, das Michael Kopatz offenbar scheut wie der Teufel das Weihwasser. Verlogenheit ist in der Regel keine Krankheit, sondern eine Charakterschwäche, moralisch sehr schwer zu rechtfertigen, aber sehr wohl aus eigener Kraft zu überwinden. Man hätte das Buch "Schluss mit der Verlogenheit" nennen können.

*Rolf Oesterlein, 1.1.2021*

-----  
**Erscheinungsdatum 10.5.2019**

## **Wolfgang Kessler: Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern.** Eine Streitschrift

Wie der Titel schon nahelegt, haben wir es hier mit systemimmanenten Vorschlägen zu tun. Obwohl der Autor promovierter Ökonom ist, kann man kein revolutionäres Szenario erwarten - ob aus Überzeugung oder anderen Gründen, bleibt dahingestellt. Dennoch kann das Buch für Einsteiger geeignet sein, die sich vorsichtig an das sozial-ökologische Transformationsthema heranpirschen möchten. Man muss auch eingestehen, dass selbst die Umsetzung eines Teils der vorgestellten reformistischen Ansätze schon eine erhebliche Verbesserung der aktuellen Situation bedeuten würde.

Und mit dieser Erkenntnis kann man jene konfrontieren, die wegen den Unwägbarkeiten größerer Veränderungen vor diesen zurückschrecken und sich ängstlich an den status quo klammern. Ein Bericht in der Zeitschrift "Futur Zwei" aus dem Stadtrat von Bautzen zeigt, dass dort - wo die AfD und eine ihr nahestehende Bürgerliste die Mehrheit haben - in der CDU die Tatsache des menschengemachten Klimawandels kein gesicherter Wissensstand ist.

Andererseits besteht in solchen Publikationen immer auch die Gefahr der Verharmlosung. Wenn alles im gewohnten System-Rahmen behoben werden kann, kann es ja nicht so schlimm sein; man kann also beruhigt sein - und dann ist der Schritt nicht mehr weit, alles beim alten zu lassen. Dies ist die Ambivalenz auch dieses Büchleins (122 großbedruckte Seiten).

*Rolf Oesterlein, 1.4.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 8.5.2019**

## **Mathias Binswanger: Der Wachstumszwang**

Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben

Die Fortsetzung von "Geld aus dem Nichts" (2015). Auch der Wachstumszwang wird angeblich von den Mainstream-Ökonomen nicht als existent akzeptiert, bzw. schlicht nicht behandelt. Deshalb ist Binswangers Buch, zumindest vom Unterton her, kritisch gegen diesen Mainstream gerichtet.

Offenkundig wendet sich der Text auch, vielleicht sogar vornehmlich, an NichtökonomInnen. Es werden zur Erklärung des Wachstumszwangs als eine systemische und damit keineswegs optionale Komponente des herrschenden "kapitalistischen Wirtschaftssystems" ausgesprochen einfache Formulierungen, einfache Beispiele, ja sogar einfache Szenarien entworfen. Dabei ist allerdings vieles redundant. Es ist rasch einleuchtend, worauf der Autor hinauswill, und das wird dann immer wieder durchgequirlt, ohne dass man dabei aber etwas wirklich Neues erfährt. Alle Aussagen sind rein qualitativ, irgendetwas "durchgerechnet" wird nicht.

Etwas wunderlich wirkt das Kapitel, das sich mit ökonomischen Vorschlägen aus der Ecke der nach Postwachstumsmöglichkeiten suchenden Ökologen (Nico Paech usw.) befasst. Einige dieser Vorschläge werden zwar reportiert, aber dann mit dem Argument zurückgewiesen, solche Maßnahmen stimmten nicht mit der Realität des aktuellen Wirtschaftssystems überein. Es sieht so aus, als habe Binswanger überhaupt nicht realisiert, dass die Ökologen ja keineswegs das aktuelle System unverändert beibehalten wollen, sondern geradezu nach Modifikationen suchen. Ob man nach irgendwelchen Änderungen das daraus resultierende System dann noch als "kapitalistisches Wirtschaftssystem" gemäß der reinen Lehre des Mainstreams oder auch des Herrn Binswanger (falls er sich wirklich vom Mainstream unterscheidet) bezeichnen kann, wird man dann sehen, wenn man etwas gefunden hat, ist aber mindestens derzeit noch ohne Belang. Worauf es ankommt, ist die Frage, ob die Änderungsvorschläge funktionieren können, ob sie die gesetzten Ziele erreichen oder ob sie unerwünschte Nebeneffekte haben, die nicht tolerierbar sind (wie z.B. im aktuellen System schwere Rezessionen mit flächendeckend ansteigenden

Insolvenzen und Arbeitslosenzahlen). Aber genau darüber gibt das Buch so gut wie keine Auskunft.

Stattdessen findet man einen etwas skurrilen Exkurs über Bürokratie. Diese wird angeblich vom kapitalistischen System generiert, um den Konsum verstärkende Arbeitsplätze zu schaffen. (Der Konsum als wichtige Säule des Kapitalismus wird auch noch in einem Kapitel über die Kunst der Bedürfnisweckung in gesättigten Märkten hervorgehoben.) Zwar böten diese "Bürokratie-Arbeitsplätze" weitgehend nur sinnlose "Bullshit-Jobs", aber wenn man diese weglassen und die Arbeitszeit der sinnvoll Arbeitenden entsprechend reduzieren, die sinnvolle Arbeit also auf mehr Köpfe verteilen würde, dann müsse ja deren Lohn, konsumfeindlich, reduziert werden - ein schlichter "Rechenfehler": Binswanger übersieht das Nullsummenspiel in dieser Situation.

Als Beispiel für die Bürokratie-Theorie wird noch das Gesundheitssystem thematisiert, allerdings zu oberflächlich, als dass man etwas lernen könnte.

Die "Grenzen des Wachstums" greift Binswanger dann nochmals explizit auf, mit dem Fazit, dass sie nicht in Sicht seien. Als Beleg nennt er allen Ernstes u.a. eine Umfrage in USA, gemäß der die Mehrheit der Bürger genau das glaube. Und tatsächlich: er fordert den *Glauben* ans Wachstum! Und wie kann man den aufrechterhalten? Man redet sich z.B. ein, dass Dinge, die in der Vergangenheit Bestand hatten, **deshalb** auch in der Zukunft bestehen werden. Wer dreimal bei der ärztlichen Vorsorge befundfrei war, wird das auch in Zukunft sein und daher ewig leben - gilt ja als allgemeine Erfahrung.

Ansonsten der übliche Green-Washing-Nonsense: erhöhte Energie-Effizienz wird mit Entkopplung von Ressourcen- und BIP-Wachstum gleichgesetzt, die technische Innovation ist dank der Halbgötter im Ingenieurskittel grenzenlos, und wenn Prospektoren irgendwo etwas gefunden haben (und sie haben doch immer noch etwas gefunden!), sind alle Probleme gelöst. Auch die Klimaproblematik wird aufs Lächerlichste "widerlegt". Es zeigt sich wieder einmal: spätestens wenn sie fachfremd argumentieren, wirken die meisten Ökonomen wie die berühmten "Nieten in Nadelstreifen". Und wenn sie behaupten "Der Kapitalismus funktioniert bestens - nach wie vor.", weiß man auch, dass sie die Frage "Bestens für wen?" nie stellen werden, weil sie sie längst ideologisch beantwortet haben: bestens für die Profiteure.

Allerdings: Den Satz "Eine kapitalistische Wirtschaft kann keine Postwachstumsökonomie sein" sollte man sich merken - er könnte stimmen.

Rolf Oesterlein, 1.1.2021

---

**Erscheinungsdatum: 15.4.2019**

**Friederike Otto & Benjamin von Brackel: Wütendes Wetter.**  
Auf der Suche nach den Schuldigen für Hitzewellen,  
Hochwasser und Stürme

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen der Autoren dar;  
*Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in Kursivschrift gesetzt.*)

Die Autorin Friederike Otto ist Physikerin und promovierte Philosophin. Seit 2014 arbeitet sie in England (zunächst Oxford, derzeit London) auf einem neuen Forschungsgebiet, der sog. Attributionswissenschaft (World Weather Attribution, WWA), zu deren Mitbegründerinnen sie zählt. Die Attributionswissenschaftler untersuchen konkrete Extremwetter-Ereignisse wie Hitzewellen, Dürreperioden, Starkniederschläge und Stürme und versuchen herauszufinden, welchen Anteil an den jeweiligen Ursachen der Klimawandel hat, also die durch Klimagas-Emissionen hervorgerufene Erwärmung der Atmosphäre.

Denn es ist keineswegs so, dass bei jedem einzelnen Ereignis der Klimawandel die Hauptursache ist. Es gibt sehr wohl immer wieder ganz spezielle lokale Besonderheiten, die beim Entstehen des desaströsen Wetters mitgewirkt haben. Dazu können z.B. eine zu hohe Bodenversiegelung oder exzessive Abholzungsaktivitäten gehören. Die gewonnenen Erkenntnisse werden, vor allem in den allgemeinverständlichen Veröffentlichungen, meist als Faktor angegeben, um den sich die Eintrittswahrscheinlichkeit des untersuchten Events durch den Klimawandel-Einfluss erhöht - oder, in selteneren Fällen, vielleicht auch gesenkt hat.

Dazu ist es notwendig, zuerst einmal die Wahrscheinlichkeit für das betrachtete Ereignis ohne die aktuelle Erwärmung herauszufinden. Das gelingt im günstigen Fall durch Betrachtung der Wetterphänomene der letzten 250 Jahre, soweit für diesen Zeitraum ausreichende Wetteraufzeichnungen vorliegen, insbesondere auch am Ort des zu analysierenden Geschehens. Das ist durchaus nicht immer der Fall und kann ein unüberwindbares Hindernis sein für eine Quantifizierung des Klimawandel-Einflusses bei einem konkreten Ereignis.

Das Ziel der Forscher ist es, die oft spekulativen, manchmal sogar mit Fakes operierenden Berichte über katastrophale Wetterereignisse mit fundierten Bewertungen zu entlarven. Das erfordert rasches Handeln, denn ein Gegenbericht erst ein halbes Jahr nach dem Ereignis erzielt keine große öffentliche Wirkung. Deshalb folgt man bewusst nicht den Forderungen puristischer Klimatologen, die die üblichen 30 Jahre warten wollen, ehe sie eine klimatische Aussage zu einem Wetterereignis treffen.

Dieser selbst aufgebaute Zeitdruck macht die Analyse zu einer Gratwanderung, denn wissenschaftliches Arbeiten erfordert höchste Sorgfalt und kritische Selbstüberprüfung. Die allgemeinverständlichen Zusammenfassungen erscheinen in der Regel vorab zeitnah zum Event, die ausführlichen Publikationen über die Studien in der Fachliteratur deutlich später.

Wie die Forscher sich zu ihrem Königsweg durchkämpfen, erläutert die Autorin ausführlich an dem Hurricane "Harvey", der im Jahr 2017 in den USA über die Stadt Houston hinwegzog und ungeahnte Wassermassen ablud. Danach wird ein wenig Basis-Wissen vermittelt: welche physikalischen Größen das Wetter definieren, welche Auswirkungen sie jeweils haben, wie sie sich in der Vergangenheit verändert haben, auf welche Weise sie sich zu "Extrem-Wetterlagen" zusammenfügen und warum diese so schwer im Voraus konkretisiert werden können. Der Begriff "extrem" wird erläutert, immer mit Blick auf das Schadenspotential. Die verschiedenen Treibhausgase mit ihrer unterschiedlichen Klima-Beeinflussung werden betrachtet.

Dann folgt ein Blick in die Historie, beginnend mit der berühmten Exxon-Story: der Erdöl-Konzern hat bereits in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts durch eigene wissenschaftliche Studien erkannt, was auf die Menschheit zukommt bei ungebremster fossiler Energienutzung - die Ergebnisse aber für sich behalten und sehenden Auges das Klima rücksichtslos aufgeheizt. Und nicht nur das: massiv wurde die auch ohne Exxons Forschungsergebnisse aufkeimende Kritik an der Klima-Ignoranz mit allerlei unlauteren Mitteln bekämpft, bis hin zur persönlichen Desavouierung integrierender Forscherkoryphäen.

Die Lobby der Klimawandel-Leugner hat sich natürlich nicht auf Exxon beschränkt, wie die Autorin ausführlich darstellt. Anschließend geht sie über zur Gegenmacht, dem Weltklimarat (IPCC), der keine eigenen Studien durchführt, sondern nur den "State-of-the-Art" in den Klimawissenschaften akribisch eruiert und dokumentiert und sich auch politischer Folgerungen vollständig enthält.

Die Physikerin kehrt zurück zu ihren Attributionsprojekten: der europäische Hitzesommer von 2015 wird untersucht. Er ist durch den Klimawandel-Einfluss, je nach Standort, um den Faktor 2 bis zum Faktor 6 wahrscheinlicher geworden. Letzteres bedeutet: kam er in der Vergangenheit einmal in 30 Jahren vor, so muss man nun alle 5 Jahre mit einem ähnlichen Ereignis rechnen. Wobei sich aber auch noch eine andere Größe verändern kann: die Intensität - hier also die während der Hitzewelle erreichte Höchsttemperatur. Die ist schwerer vorauszusagen als die Eintrittswahrscheinlichkeit.

Das liegt daran, dass man dazu eine große Fülle an (meteorologischen) Daten benötigt, teils flächendeckend, teils lokal verdichtet. Daran hapert es nach wie vor. Selbst in Europa ist das Netz der Mess-Stellen höchst unterschiedlich dicht geknüpft. So rangiert Holland weit vor Deutschland und Frankreich. Je mehr wegen fehlender Mess-Werte interpoliert werden muss, desto ungenauer werden die Ergebnisse. Die verheerende Überschwemmung eines Slums in Brasilien zum Beispiel wird man kaum analysieren können, weil dort niemand Mess-Stellen hinstellt. So kommt in die konkreten lokalen Vorhersagen tatsächlich eine soziale Komponente. Auch der Blick in die Vergangenheit, also die Modell-Entwicklung für ein fiktives Wetter ohne menschliche Eingriffe (zu Vergleichszwecken), leidet unter Datenmangel; ebenso das physikalische Modell für die Erdatmosphäre, in der sich die ganzen meteorologischen Prozesse abspielen.

Das Rechnen mit Modellen erfordert hohe Rechnerleistung, und die kostet Geld. Die Forscher nutzen die PC's von tausenden von freiwilligen Helfern, um im Hintergrund Rechnerleistung anzuzapfen. Oft werden die Projektkonstellationen mit unterschiedlichen Modellen mehrfach durchgerechnet, um die Ungenauigkeiten zu reduzieren. Jedes Projekt, jede neue Aufgabenstellung bringt auch tiefere Erkenntnisse, die späteren Aktivitäten zugutekommen. Dennoch gibt es immer noch Extremwetter-Kategorien, die noch nicht quantitativ bewertet werden können, etwa Hagelunwetter oder vom Monsun beeinflusste Ereignisse. In etlichen Bereichen tappen die Forscher regelrecht im Dunkeln; manches ist noch nicht verstanden - das Forschungsgebiet ist noch längst nicht am Ende, sondern in voller Entwicklung.

Von hohem Interesse ist nicht nur der Anteil des Klimawandels am Extremwetter, sondern auch jener von anderen menschengemachten Ursachen. In Houston waren die Schäden auch deshalb so hoch, weil jeder in der Stadt bauen kann, wo er will -

also auch in hochgefährdeten Überschwemmungsgebieten. Das liegt daran, dass die Bevölkerung mehrfach gegen jegliche restriktive Baugesetzgebung gestimmt hat - die Freiheit zum Harakiri wurde genutzt. (*Sieht es im Ahrtal wesentlich anders aus?*) Trotz aller penibler Analysen des Tropensturms "Harvey" durch unterschiedliche Forschergruppen (mit untereinander durchaus kompatiblen Ergebnissen) haben anschließend die republikanisch gesteuerten Behörden zur Unterstützung der Bau-Industrie genau dort Bebauungspläne erstellt, wo es nach den vorliegenden Studien potentiell katastrophale Folgen haben kann. Die Berücksichtigung wissenschaftlicher Studien wurde sogar hintertrieben, um höhere Prämien bei den Risiko-Versicherungen zu vermeiden.

In Deutschland streben die Wissenschaftler den Aufbau eines "Attributions-Service" an, der zur Routine werden sollte, so dass z.B. der Deutsche Wetterdienst (DWD) in der Lage ist, schon kurz nach Extremwetter-Ereignissen analytische Aussagen zu treffen.

Ausgesprochen hilfreich im konkret-operativen Sinn können die Analysen der Attributionswissenschaftler dann sein, wenn sie Schäden verursachende Maßnahmen identifizieren oder sogar ebenso schädliche Versäumnisse erkennen. Das setzt die Verantwortlichen in Politik und Behörden erheblich unter Handlungsdruck. Aber auch das schuldhafte Verhalten anderer Übeltäter kann aufgedeckt werden, etwa das von rücksichtslosen Unternehmen, und zwar weit über den Umfang hinaus, der bereits jetzt bekannt ist. Entsprechende Nachweise könnten über juristische Wege mit Schadenersatzforderungen oder gar Strafandrohungen erhebliche Fortschritte beim Kampf gegen die Plünderung des Planeten generieren.

Friedrike Otto richtet den Blick auch in den Globalen Süden (Afrika, Indien). Dort könnten die Attributionswissenschaften auch in der Gerechtigkeitsfrage - wer ist für welche Schäden verantwortlich? - wichtige Erkenntnisse liefern. Das reicht bis in die Migrationsursachen: vielleicht fliehen die "Klimaflüchtlinge" ja genau dorthin, wo die Verursacher ihrer überlebensfeindlichen Misere sitzen?

Aber: all das ist aufwändig. Die Forscher benötigen genaue Daten, die vielerorts (noch?) nicht erhoben werden. Und sie sind auch keine Politiker: deren Handeln können sie nicht ersetzen.

Was sie können: ihre Modell-Berechnungen laufen lassen bei einer angenommenen Erwärmung von nicht 1,5 Grad, nicht 2 Grad, sondern 3 Grad. Dann werden die im Buch angesprochenen Hitzewellen, z.B. die von 2018 in Skandinavien, zu relativ unwahrscheinlichen Ausnahmen - zu **kühlen** Ausnahmen vom heißen Normalfall.

*Man könnte sich fragen, warum es denn wichtig ist, ob und wie sich die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Extremwetter-Vorfalles ändert. Wenn sich die Häufigkeit eines "Generationen-Ereignisses" (es tritt einmal in 70 Jahren auf) verzehnfacht, erlebt man es alle 7 Jahre. Das bringt den helfenden Staat durch das Anwachsen der Schäden in finanzielle Bedrängnis. Private Versicherungsträger, von denen man sich gerade in diesen Wochen die Lösung der Probleme durch eine Pflichtversicherung für Elementar-Schäden verspricht, werden aus dem Geschäft aussteigen, weil die Schadenssummen jede Aussicht auf Profit zunichtemachen.*

*Der Chef des internationalen Versicherungskonzerns Axa warnte schon vor neun Jahren, dass sich die Versicherer bei einer Verschärfung der Klimakrise zurückziehen werden (zitiert nach "Le monde diplomatique" v. 10.5.2024).*

Die Methodik der Attributionsforschung wurde anfangs innerhalb der wissenschaftlichen Community mit Argwohn betrachtet. Man war nicht überzeugt, dass die Berechnung der erwünschten Zielgrößen prinzipiell möglich sein würde. Inzwischen hat sich diese Skepsis angesichts der Vielzahl von brauchbaren und erfolgreichen Studien gelegt. Die Ergebnisse finden ein breites Echo in den allgemeinen Medien (in den Wissenschaftspublikationen schon von Anfang an), und auch der IPCC hat die Methodik abgesegnet. Im Buch wird der Nachweis jedoch nicht erbracht. Das liegt daran, dass die Autorin den Anspruch erhebt, allgemeinverständlich zu schreiben. Deshalb hat sie auch mit einem Umweltjournalisten als Ko-Autor zusammengearbeitet, der ihr die Flausen des Physiker-Sprechs Zeile für Zeile austreiben sollte.

*Er hat das erfolgreich getan. Und das wäre nicht möglich gewesen, wenn die Methodik mathematisch und physikalisch korrekt ausgebreitet worden wäre. So ist dann manche allgemeingültige Aussage und manche Erkenntnis in einem konkreten Projekt für den kritischen Naturwissenschaftler nicht nachvollziehbar. Wer dem abhelfen möchte, muss dann eben in die originale Fachliteratur einsteigen. Was aber ein sehr aufwändiges Geschäft ist, wie ein Eigenversuch bei einem anderen Klimaforscher (Jörgen Randers) gezeigt hat. Also registrieren wir einfach ein für jeden lesenswertes Fachbuch zu einem wichtigen Teil-Thema der sozialökologischen Transformation.*

Rolf Oesterlein, 24.6.2024

---

**Erscheinungsdatum: 13.2.2019**

**Harald Welzer: Alles könnte anders sein.**

Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen

Der rund 300 Seiten lange Text ist ein thematischer Rundumschlag. Der fällt dem routinierten Autor, der sich eine beachtliche Prominenz erarbeitet hat und als publizistischer Allrounder an vielen Orten präsent ist, nicht allzu schwer. Viele kluge Einsichten werden häufig außerordentlich brillant formuliert: "Nachhaltig sind wir erst, wenn es den Begriff nicht mehr gibt." ist so ein Beispiel.

Am besten ist der analytische Teil des Buches. 1989, als man (also: der Kapitalismus) sich am Ziel wähnte und "mit dem Weiterdenken aufhörte", haben die Probleme begonnen. Bis dahin konnten auch Arbeiterschichten mit Wohlstandszuwächsen rechnen, und das war der psychologische Kitt der Nachkriegszeit als Kontrast zum Kommunismus. Darauf glaubte man ab jetzt verzichten zu können. Öffentliche Gemeingüter (z.B. Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendzentren) wurden systematisch kaputtgespart; die Zahl der Sozialwohnungen ist in den letzten 30 Jahren von 3 auf 1,2 Mio. zurückgegangen.

Dann wurde es in der Komfortzone unbequem, weil die "Rechnung" für diese Lebensweise langsam ins Bewusstsein drang, indem z.B. Komfortbedürfnisse auf Überlebensbedürfnisse trafen (Fettleibigkeit versus Unterernährung). Als Zeichen

eines Verfall-Prozesses identifiziert Welzer das Ignorieren der Untergrenzen der Humanität. Weltweit 69 Millionen Flüchtlinge (Prognose für die nächsten 3 Jahrzehnte: 250 Millionen) zeugen vom schlechten (unsicheren) Leben in einem System, das seine Grundlagen auffrisst (konsumiert). Aktuell haben alle Länder dieser Erde entweder eine hohe Lebenssicherheit oder einen kleinen ökologischen Fußabdruck; das utopische Ziel besteht darin, beides zu haben.

Hierzulande hat die Korrelation zwischen Einkommen und Lebensglück längst den Sättigungspunkt überschritten. Dennoch verharren die Bürger in ihrer Rolle als Verbraucher, der auf Lieferung pocht: Produkte, Dienstleistungen, Informationen, Politikangebote. Hineingedrängt in diese Rolle werden sie von einer Elite, deren öffentliche Vertreter sich mit gutem psychologischem Erfolg als "gewiefte Agenten gesellschaftlicher Lebenslügen" betätigen. Trotz umfangreichen Wissens ist die Veränderungsbereitschaft dünn gesät. Jeder Mensch muss in der Gesellschaft flexibel sehr unterschiedliche Rollen wahrnehmen (schon als Schüler jeweils gegenüber den Eltern, Mitschülern, Lehrern); das führt zu Überforderung und Widersprüchlichkeiten: trotz Sorge ums Klima werden Kreuzfahrten gebucht und SUV's gefahren.

Ein weiteres Symptom des Verfalls ist für Welzer das Erstarken der Menschenfeinde. Erich Fromm wird zitiert mit der Erkenntnis, dass Menschen, die Orientierung, Halt, Anweisung brauchen, sich dort anschließen, wo vordemokratische Untertanen gebraucht werden - weil sie "Furcht vor der Freiheit" haben.

Trotz alledem müssen die Verfechter eines "Weiter so!", die ein Experiment mit absehbar negativem Ausgang propagieren, diese Position noch nicht einmal rechtfertigen - im Unterschied zu allen, die nach Alternativen suchen.

Bei der Suche nach solchen Alternativen wird Welzers Buch, das in der Analyse durchaus überzeugend ist (wenn es auch nicht allzu viel Neues bringt), leider immer schwächer. Das beginnt mit polemischen Angriffen (z.B. gegen den Begriff "Anthropozän"), deren Zielgruppe und Argumentationskette unklar bleiben. Auch bei den Ausführungen zum Thema Bildung erschließt sich nicht, worauf der Autor hinaus will; was soll der (sachlich durchaus korrekte) Hinweis, im Holocaust hätten auch Inhaber des Dokortitels mitgewirkt?

Das Routinierte und der Hang zu allumfassender Thematisierung führen stellenweise zu einer bedenklichen Oberflächlichkeit. Das sei am Beispiel Bhutan etwas genauer erläutert:

Dieses Land hat als bisher einziges das Bruttonationalprodukt (angelsächsisch GNP = Gross National Product) als ökonomische Steuergröße abgeschafft und stattdessen als Alternative mit Forschern der Universität Oxford einen wohlüberlegten, komplexen Index entwickelt, der - in Anlehnung an das GNP - die Bezeichnung "GNH" (Gross National Happiness) trägt. Welzer kommentiert: *"So weit wird es mit dem Glück in einem Land nicht her sein, das im Index menschlicher Entwicklung (HDI) auf Platz 132 rangiert."*

Die Unterstellung, wer das Wohlergehen der Bevölkerung als wichtiges politisches Ziel ins Auge fasst, würde behaupten, dieses Ziel schon perfekt erreicht zu haben, ist schlicht - um eine Lieblingsvokabel des streitbaren Autors zu zitieren - Quatsch

(niemand in Bhutan behauptet derlei, was man in der umfassenden englischsprachigen Internet-Dokumentation des Sujets nachlesen kann). Noch erschreckender ist die "Beweisführung" durch den HDI: in diesen Index fließt auch das einige Sätze vorher von Welzer abgelehnte GNP ein, dafür fehlen Nachhaltigkeitsaspekte und Größen wie soziale Gerechtigkeit. Vollends vergessen hat der Autor seine anderswo ausgesprochene (berechtigte) Aversion gegen Rankings und auch jeden Gedanken daran, dass man vielleicht keine kulturübergreifenden einheitlichen Kriterien für "menschliche Entwicklung" finden kann und damit das diesbezügliche Ranking schon a priori willkürlich und nichtssagend ist. Man gewinnt den fatalen Eindruck, dass hier im Geiste eurozentrischer Überheblichkeit die Grundhaltung hervorbricht, dass aus einem jämmerlichen, armseligen Dritte-Welt-Land irgendwelche progressiven Impulse einfach nicht kommen können.

Der größte Blackout des Buches liegt aber woanders. Es wird einerseits korrekt dargelegt, dass Menschen von Anfang an lernende, soziale Wesen sind, lange bevor sie zu "Individuen" werden (andernfalls würden sie nicht überleben). Und dass andererseits ein kultureller Rahmen mit sozialem Engagement, Altruismus und Ressourcenschonung dem Konkurrenzprinzip und der Nutzenmaximierung des Kapitalismus widerspricht. Dennoch behauptet Welzer, mit einem "aufgeklärten Kapitalismus" werde sich alles zum Guten wenden. In diesem "aufgeklärten Kapitalismus" werde es keinen Wachstumszwang geben, und es ließen sich gleiche Lebenschancen überall in der Welt herbeiführen. Kein Wort darüber, wie das funktionieren könnte. Die Internalisierung aller Kosten, also auch der Umweltschäden usw., sei "betriebswirtschaftlich keine Hexerei". Kritische Ökonomen haben hingegen ausgerechnet, dass diese Kosten-Internalisierung - also das konsequente Verursacher-Prinzip - die Rentabilität zahlreicher wirtschaftlicher Aktivitäten zerstören und einen Einbruch des Wachstums mit massenhaft Insolvenzen, also eine massive Rezession herbeiführen würde, mit Folgen, die das Erstarken der rechtsextremen Menschenfeinde noch verstärken würde - das ist Welzer offenbar nicht bekannt, obwohl es der entscheidende, noch ungelöste Knackpunkt der sozialökologischen Transformation ist.

Insgesamt handelt es sich also um einen recht ambivalenten Text; mit Sicherheit ist es nicht die beste von Welzers zahlreichen, überwiegend sehr lesenswerten Veröffentlichungen. Vielleicht wäre es empfehlenswert, der umtriebige Autor würde sich eine Phase des Innehaltens verordnen und diese verstärkt der Reflexion seiner Widersprüche und Unzulänglichkeiten widmen.

*Rolf Oesterlein, 1.3.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 1.6.2018**

**Uwe Ritzer, Markus Balsler: Lobbykratie. Wie die Wirtschaft sich Einfluss, Mehrheiten, Gesetze kauft**

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen der Autoren dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

*Dass auf der politischen Bühne allerlei lobbyistischer Aktionismus stattfindet, ist vermutlich allgemein bekannt. Wer sich jedoch über das Ausmaß, die Methoden und die Auswirkungen informieren will, findet viel Stoff in diesem 370-Seiten-Buch der beiden Journalisten der "Süddeutschen Zeitung". In 11 Kapiteln sowie einem Prolog und einem Epilog wird einiges exemplarisch zusammengetragen, was die Gesamtsituation - trotz der naturgemäß nicht erreichbaren Vollständigkeit - unmissverständlich ins ihr gebührende Licht rückt.*

Von dem, was die Autoren als "politische Landschaftspflege mit undemokratischen Auswüchsen" bezeichnen, geht es über "fragwürdige Geschäfte im Schatten der Energiewende" und das Phänomen der Politiker als Lobbyisten in eigener Sache zu den gutbezahlten "diskreten Helfern der Konzerne", die möglichst unter dem Radar der Öffentlichkeit agieren wollen. Danach werden die Bereiche Tabakindustrie, Nahrungskette, Bildung und Wissenschaft, die Finanzindustrie und der Diesel-Skandal beleuchtet. Und nicht zuletzt blicken die Journalisten auch auf ihr eigenes Arbeitsumfeld, die Medien, die immer wieder als "Transmissionsriemen für Lobbyisten" fungieren.

Bereits im **Prolog** wird der kardinale Systemfehler des Lobbyismus auf den Punkt gebracht: die demokratischen Prozesse werden durch ihn ausgehebelt. Wenn etwa die Bau-Industrie einen "gemeinnützigen" Bürgerinitiativen-Dachverband finanziert und auf "Pro Straßenbau" trimmt, kann von "Waffengleichheit" zwischen Lobbyismus und Zivilgesellschaft keine Rede mehr sein. Es scheitert schon an den Finanzmitteln, die den Lobbyisten zur Verfügung stehen. Das hat auch ein Verfassungsrichter nüchtern konstatiert. 2011 hat schon der Nobelpreisträger Günter Grass, bekanntlich nie ein Freund von politischer Enthaltensamkeit, massiv gegen die demokratiefeindliche Entwicklung gewettert.

Sie begann bereits in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, als sich erstmals organisierter Lobbyismus zur Abwehr der wachsenden Kapitalismus-Kritik formierte. Im Bundestag sind über 2200 offiziell lobbyierende Organisationen gelistet und ständig etwa 5000 Akteure in diesem Sinne aktiv. Genau kennt man diese Zahl nicht. Wenn möglich, scheut der Lobbyismus das Licht der Öffentlichkeit; kaum ein Lobbyist bekennt sich zu seiner Rolle. Wenn Bundeskanzlerin Merkel in Brüssel für hohe Auto-Abgaswerte kämpft und zeitgleich eine stattliche BMW-Spende eintrifft, muss da gar keine feste Absprache über den Zusammenhang getroffen worden sein - eine entsprechende Erwartungshaltung reicht in den meisten Fällen aus. Bemühungen um institutionalisierte Transparenz sind immer wieder am politischen Unwillen der CDU gescheitert, stellen die Autoren fest.

Auch die "Agenda 2010" - man wird sich erinnern - ist mit tatkräftiger Unterstützung aus der Wirtschaft entstanden. Und das ist das zweite Skandalon: die Politiker betteln die Lobbyisten regelrecht um Hilfe an. Große private Kanzleien und sich hochtrabend "Thinktanks" nennende Institute pendeln ständig zwischen der Rolle des Lobbyisten und der des nachgefragten "Dienstleisters" - ob sie die Rollen trennen? Warum müssen Ministerien in einem Jahr 32 Mio € für 206 externe "Beratungen" ausgeben? Warum tauchen Lobbyisten als "Leih-Beamte" in den Ministerien auf und vertreten diese sogar nach außen, wodurch die im Grundgesetz geforderte Treuepflicht des Beamten unterlaufen wird? Selbst die vorgeschriebene zeitliche Begrenzung auf 6 Monate wird in vielen Fällen missachtet. Manche Politiker loben diese Praxis, denn der Staat muss den Externen normalerweise keine Gehälter zahlen. Das tun die entsendenden Firmen, weil ihnen das Gewinnen von

Insiderwissen und die frühen Eingriffsmöglichkeiten bei politischen Maßnahmen diese Kosten wert sind (kein seriöses Wirtschaftsunternehmen gibt Geld aus ohne vorherige positive Kosten-Nutzen-Analyse).

Hier wird das Primat der Politik kampflos dem Primat der Wirtschaft geopfert. *In der Finanzkrise hat der damalige Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) in seiner Not den Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann zu Hilfe gerufen. Als der in einem Meeting - vor laufenden Fernsehkameras - darauf hingewiesen hat, dass alles was er hier sagen werde, im Interesse seiner Bank geschehen werde, nickte Steinbrück devot, statt ihn kurzerhand dienstzuverpflichten oder hinauszuerwerfen. Vor laufenden Fernsehkameras.*

Die Politik steckt ständig zwischen Würgegriff und Hilfsangebot. Die Lobbyisten arbeiten bei Bedarf auch offen mit der Ausschöpfung ihres Drohpotenzials, seien es Arbeitsplatz-Abbau oder Schadenersatz-Forderungen. Im Parlament wird sogar auf persönlicher Ebene gedroht. Die Lobbyisten suchen sich oft Verbündete unter den Abgeordneten, die das für sie erledigen. Den "Widerspenstigen" kann plötzlich die Isolierung in der eigenen Fraktion widerfahren.

Die **Energiewende** hat von Anfang an mit einem unglaublichen Filz zwischen Politik und Energiebranche zu kämpfen. Ein CDU-Präsidiumsmitglied erhält von RWE freien Strom und ein Gehalt; aber auch etliche SPD- Politiker - man denke an den Ex-Minister Wolfgang Clement - werden zweifelhafte Beziehungen nachgesagt. Die zuständige Gewerkschaft (IG BCE) mischt als unerbittliche Bremserin ebenfalls kräftig mit. Vieles läuft über die kumpelhafte Tour (gleiche Partei, gleicher Heimatort, gleicher Fußballverein ...). Es gibt Abgeordnete mit Nebentätigkeiten im 6-stelligen Bereich (Transparenz? Fehlanzeige!), die ebenfalls kaum anders als Lobbyisten zu bezeichnen sind. Sie sorgen dafür, dass Gesetze - wie es sich die Firmen wünschen - möglichst alle Freiheiten und wenig Auflagen enthalten - *also keine "Bürokratie-Monster" sind, wie das im neoliberalen Verschleierungssprech heißt, leierkastenmäßig bei FDP-Finanzminister Lindner zu hören.* Oft erhalten diese "Vertreter des ganzen Volkes" (Forderung des Grundgesetzes) vertrauliche Dokumente von "ihren" Firmen, die die Regierung den "gemeinen" Abgeordneten verweigert. Alles in allem ist es bei dieser Gemengelage nicht verwunderlich, dass die Stickoxid-Grenzwerte für Kohle-Kraftwerke in Deutschland höher als in China sind - weil in den entscheidenden Gremien Lobbyisten sitzen.

Es gibt auch etliche Abgeordnete, die nach dem Ausscheiden aus dem Parlament offen zu Lobbyisten werden ("Drehtür-Effekt"). Ihre Parlamentstätigkeit wurde offenbar dazu genutzt, sich den Firmen und Verbänden für diese Anschlusstätigkeit anzudienen. Sie stehen in der Öffentlichkeit dann weniger unter Druck. Sie kennen sich natürlich gut aus und erhalten von den Parteien fürs Parlamentsgebäude "Haus-Ausweise". Man kennt zwar eine 850 Seiten starke Liste über Verbände, aber genaue Auskünfte über ihre Haus-Ausweis-Praxis verweigern CDU und SPD. Die Autoren haben herausgefunden, dass die CDU vor allem mit Pharma-, Rüstungs- und Auto-Industrie kungelt, und eine ausführliche Tabelle mit "Seitenwechslern" zusammengetragen. Sie finden, dass die Grenzen zwischen legalem Lobbyismus und Korruption fließend seien und es früher mehr Politiker mit Rückgrat gegeben habe.

In **Brüssel** ist alles strukturell genauso, quantitativ natürlich schlimmer. Der Lobbyisten-Tross wird auf mindestens 15 000 Leute geschätzt. Die 100 größten

Kanzleien erzielen im Jahr über 5 Mrd € Umsatz - in Zusammenarbeit mit oder gegen überforderte Behörden. Bei den Verhandlungen über die Datenschutz-Richtlinie bringen CDU-Abgeordnete Vorschlag-Texte von Firmen wortgleich ins Parlament ein. Man kann lernen, wie in der Außenpolitik zwielichtige Kombattanten durch Lobby-Einfluss von Sanktionslisten verschwinden. Und dass der Öl-Lobbyismus von Ex-Kanzler Schröder immer als "der Wirtschaft förderlich" galt - bis sein "Männerfreund" Putin auf die Sanktionslisten gesetzt wurde und kein Lobbyismus mehr half. Wieviel Einfluss der Lobbyismus auf die sog. "Bankenrettung" hatte, lässt sich nicht recherchieren. Nur die Tatsache, dass die EU-Entscheider die Lobbyisten für die Rettung ihrer Auftraggeber auch noch bezahlt haben. LobbyControl, die an diesem Thema lange Zeit arbeitende NGO, wird häufig einfach ausgesperrt.

Die **Tabak-Industrie**, die allein in Deutschland im Jahr für ca. 110 000 direkte Todesopfer und 3300 am Passivrauchen Gestorbene verantwortlich ist, hat ihren Kampf gegen die Gesundheit als edlen Kampf gegen "Bevormundung" verschleiert. Allein Philip Morris schickte 160 Kämpfer gegen die EU-Richtlinie nach Brüssel, die widerspenstige Parlamentarier sogar beim sonntäglichen Kirchgang ansprachen und teilweise bedrohten. Unterstützung erfuhr die Kampagne von FDP-Abgeordneten, die insgesamt 36 Änderungsanträge mit Industrie-Texten einbrachten. Der tabakfreundliche EU-Präsident (Barroso) schaltete per Intrige einen entschiedenen Tabak-Gegner aus. Der Erfolg blieb mäßig: nur dass die Firmen die gesundheitliche Unbedenklichkeit ihrer "Zusatzstoffe" immer noch nicht nachweisen müssen, ist wohl auf Lobbyisten-Einfluss zurückzuführen.

Anders verlief es bei der "**Lebensmittel-Ampel**", die in Brüssel mittels einer satten Euro-Milliarde an Lobbyismus-Aufwand gestoppt wurde. Babynahrung pushte man mit einer "verdeckten" Studie, die den stillenden Müttern das Zufüttern schon nach 4 statt nach 6 Monaten aufzwingen wollte. In der Landwirtschaft sorgen Multifunktionäre für die enge Verbindung von Politik, Verbänden und Industrie (z.B. Manfred Nüssel, Joachim Ruckwied); etliche sitzen im Bundestag. Sie schaffen es teilweise, die Rolle als ihre eigenen Kontrolleure zu übernehmen. Das "Forum Moderne Landwirtschaft" (FML) - es hieß vor 2014 "Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft", was ihnen dann wohl selbst zu peinlich wurde - ist mit Mitgliedern wie BASF, Bayer, Verband der chemischen Industrie, Lidl ein reiner Lobby-Verein der konventionell-industriellen Landwirtschaft und repräsentiert keine kleinen Bauernfamilien, *die dann in ihrer Desorientierung zu rechtsextremen Wut-Bürgern auf Traktoren werden.*

Die **Wissenschaft** wird vom Lobbyismus regelrecht unterwandert. Innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren, den die Autoren untersucht haben, haben sich 80% der Universitäten mehr oder weniger hohe "Drittmittel" zusammengebettelt. Es konnten mehr als 1000 privat finanzierte Lehrstühle entdeckt werden. Und natürlich heißt "privat finanziert" auch "privat gesteuert". Die Geldgeber nehmen Einfluss auf die Besetzung der Lehrstühle, auf Forschungsthemen und -inhalte und auf das, was veröffentlicht wird und was nicht veröffentlicht wird. Viele Verträge bleiben geheim, weil sie den Einfluss der "Förderer" öffentlich dokumentieren würden. Das ist unerwünscht, meist auf beiden Seiten. *Gegen die Uni Mainz musste sich vor einiger Zeit ein SWR-Journalist die Einsichtnahme in eine Vereinbarung mit der Chemie-Firma Böhlinger Ingelheim auf juristischem Weg erstreiten; es ergab sich, dass die Universität zu der Zusammenarbeit keine korrekten Angaben veröffentlicht hatte.* Es gibt vor Ort auch durchaus Widerstand gegen diese Außensteuerung, die das Ende der

Unabhängigkeit einläutet, wenn Professoren zu "Kampftruppen von Unternehmerverbänden" mutieren. Aber die Universitäten geraten durch die mangelhafte staatliche Ausstattung immer stärker unter Druck.

Der "**Kampf um die Köpfe**", den sich der Lobbyismus ganz allgemein auf die Fahnen geschrieben hat, das sog. "Deep Lobbying", beginnt jedoch schon viel früher, nämlich bei Kindern in den Kitas. Mit zielgerichtet ausgewählten Werbegeschenken werden bereits die Kleinsten manipuliert, was der Neurowissenschaftler und Psychiater Manfred Spitzer heftig kritisiert. Und nahtlos weiter geht es dann in den **Schulen**. Exxon Mobile hat mit einem Gymnasium in Solingen eine "Partnerschaft" geschlossen, die angeblich für die sog. MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) werben soll. Neben Coaches vor Ort erhielt die Schule jährlich 10 000 € Unterstützung. Der Ex-Bundespräsident Wulf (CDU) hatte die Schirmherrschaft übernommen. Nicht zur Sprache kam bei dieser Werbe-Aktivität natürlich die Liste der Skandale, die sich Exxon geleistet hat; die Autoren liefern eine beeindruckende Zusammenstellung.

Und so läuft das auf breiter Front. Im Rahmen von PISA wurde herausgefunden, dass 90% der 15jährigen solche Schulen besuchen, die unter dem Einfluss von Wirtschaft und Industrie stehen. Banken tarnen sich gern durch "gemeinnützige" Initiativen wie etwa "My Financial Coach" (MFC), hinter der hauptsächlich die "Allianz" steckt. Ihre Coaches entern die Schulen und erreichen im Jahr über 270 000 junge Leute und überrollen zusätzlich das Lehrpersonal mit Material-Lawinen. Zur Qualität dieses Materials hat man sich ein Gefälligkeitsgutachten von einer Universität besorgt, aber die Verbraucherberatung bewertet es negativ. Ein Soziologe hat als Zielsetzung die Schaffung von kritiklosem Vertrauen identifiziert, eine andere Professorin eine totale Ideologisierung festgestellt. Es werden "Schülerfirmen" gegründet, um "unternehmerisches Denken" einzuüben (das die Coaches auch von den Lehrern einfordern); man soll ein guter neoliberaler Kapitalist werden - wenn's nicht für Höheres reicht, eben eine angepasste Arbeitskraft, aber keinesfalls mehr: eigenständiges Denken, Kritikfähigkeit und ähnliche Tugenden sind nicht erwünscht. Platte Werbung kommt auch vor: der "Bundesverband für Investment & Asset-Management" propagiert - was sonst - Investmentfonds und fondsgebundene Altersversorgung (*die justament im März 2024 von der Ampel-Regierung - FDP, SPD, Grüne - zwangseingeführt worden ist*).

Natürlich funktioniert das Ganze nur deshalb, weil bei Lehrern, Schulleitern, Kultusministerien, Eltern eine gigantische Gedankenlosigkeit und Willfährigkeit vorherrscht. In NRW ist Sponsoring ausdrücklich erwünscht, mit einigen wirkungslosen Einschränkungen. Niedersachsen immerhin hat 2015 die Kooperation mit Energiekonzernen verboten, was von der CDU mit dem Vorwurf der "Wirtschaftsfeindlichkeit" gebrandmarkt wurde. Den trifft auch die "Bundeszentrale für politische Bildung", und sie musste sogar - allerdings zu kurzzeitig - ein Buch zurückziehen.

Um die Köpfe der Erwachsenen bemüht sich der Lobbyismus durch die Instrumentalisierung der **Medien**. Eine treibende Kraft ist hier die "Propaganda-Schmiede" INSM - "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft". Ihr gelang es sogar, Dialoge für eine Fernsehserie in ihrem Sinne - der z.B. für die Forderung nach sozialen Einschnitten steht - schreiben zu lassen. Zahlreiche PR-Agenturen, die übrigens massenhaft Journalisten als Mitarbeiter ansaugen, die dann in den Medien

fehlen, lancieren Meinungsartikel und Kommentare, fertig produzierte Rundfunkbeiträge und Sonderseiten. Die Wahrheit wird bei Bedarf bis zum Fake verbogen, von so etwas wie Redlichkeit keine Spur. Eine beliebte Methode ist das Verbreiten dubioser "Studien", ohne die Auftraggeber zu nennen. Diese Auftraggeber zwingen oftmals die Durchführenden der Studien dazu, die Ergebnisse gemäß ihren Interessen hinzutrimmen, wogegen diese sich aus wirtschaftlichen Gründen meist nicht zu wehren trauen. Auch die Medien selbst sind häufig in einer ökonomischen Notlage und greifen schon deshalb - vielleicht sogar zähneknirschend - auf Vor-Geschriebenes zurück. Anzeigen sind oft ein Koppelgeschäft mit scheinbar redaktionellen Artikeln. Es ist ein internationales Problem. Die Autoren als Insider sagen allerdings ziemlich deutlich, dass es leicht zu lösen wäre, wenn alle Medienschaffenden ihren Job professionell erledigen würden. *Allerdings sollte man auch nicht verheimlichen, dass dies durch die Besitzverhältnisse massiv behindert wird. Und auch das ist ein internationales Problem.*

In einer eigentlich unverständlichen Position der Stärke befindet sich der Lobbyismus der **Finanzindustrie**, erkennbar schon an der erfolgreichen Verhinderung einer Transaktionssteuer (*deren dringende Notwendigkeit einst zur Gründung von attac geführt hat*). Und diese Abwehr gelang trotz einer Finanzkrise, in der allein 9 Staaten insgesamt 1,75 Billionen US-Dollar in ihre Banken gepumpt hatten. Die EU-Staaten wurden durch eine Fake-Studie der Bank Goldman-Sachs gegeneinander ausgespielt. Selbst der zeitweise als Befürworter auftretende Finanzminister Wolfgang Schäuble wurde "umgedreht", *was man bei einem solchen intelligenten Kopf nur mit der Feststellung "Hörigkeit schlägt Verstand" kommentieren kann.*

In Brüssel lobbyieren mit einem Jahresbudget von 120 Millionen € stolze 1700 Leute - das sind 4 pro EU-Finanzexperte. Und diese EU-Mitarbeiter - genau da liegt das Übel - sind auf die fachliche Unterstützung der Branche angewiesen. *Da die EU-Staaten aber letztlich mehr flüssige Mittel haben als die Finanzakrobaten, kann man nur schließen: es ist so gewollt. Man erinnere sich an die Finanzkrise hierzulande und die weiter oben beschriebene Bankrott-Erklärung des damaligen Finanzministers.* Es gibt zwar mittlerweile eine Gegen-Lobby ("Finance Watch"), von "abtrünnigen" EU-Parlamentariern und Bankern gegründet; es sind keine grundsätzlichen Kapitalismus-Gegner - ihnen geht es um die Bekämpfung krimineller Machenschaften. Aber die werden, ebenso wie die Banken und die Derivatmärkte selbst, leider immer größer.

Abschließend würdigen die Autoren noch den **Diesel-Skandal**. "Illegale Abschaltvorrichtungen" sind juristisch nicht hinreichend definiert und erstmals schon 2003 aufgefallen. Trotzdem haben sich die Manipulateure jahrelang dummgestellt und sich ein "Nichtwissen" zusammengelogen. Die Verkehrsminister und das Kraftfahrtbundesamt haben auch nach der Aufdeckung nicht richtig hingeschaut. So wie bei den zu niedrigen Angaben über den Sprit-Verbrauch, die den Fiskus Milliarden an entgangenen CO<sub>2</sub>-Steuern gekostet haben. Und warum? Natürlich auch weil sie verschnarcht waren (jetzt schon seit 4 Legislaturperioden andauernd), aber vor allem weil der bedingungslose Schutz der Auto-Industrie Staatsräson ist. *Da braucht man eigentlich gar keine Lobbyisten mehr, sie haben den "Endsieg" auch so errungen. Der Skandal hat der Branche, außer durch ein paar anfängliche Kursverluste, auch kaum geschadet.*

*Die Autoren haben insgesamt ein stattliches Sündenregister innerhalb eines massiv demokratiegefährdenden Umfeldes erstellt, kommen aber zu einem viel zu zahmen **Fazit**. Die*

Einmischung in die Politik und damit der Lobbyismus seien ja legal, und nur die fehlende Transparenz sei das Übel; die Politiker müssten mehr auf Distanz gehen. *Macht das die "Lobbykratie" wieder zur Demokratie? Wenn die Einmischung in die Politik ausschließlich durch Teilnahme am demokratischen Diskurs geschehen würde, durch Darlegung der detaillierten Positionen zu allen möglichen Themen, etwa auf den Web-Seiten der Protagonisten, dann wäre in der Tat nichts einzuwenden. Aber so ist es ja nicht. Es fließt eben eine Menge Geld. Lobbyismus ist ein einträgliches Geschäft: in den USA zahlen die Unternehmen mit dem höchsten Lobbyismus-Budget die wenigsten Steuern. Politische Entscheidungen werden schlicht gekauft. Das macht die Demokratie zur Plutokratie, und das ist auf der ganzen Linie grundgesetzwidrig. Transparenz - von der niemand weiß, wie sie "schonend", aber flächendeckend herbeigeführt werden könnte - würde partiell zu Verbesserungen führen, aber als alleiniges Remedium nur sehr unvollständig Abhilfe schaffen. Wenn - wie konstatiert wird - die Übergänge von legalem Lobbyismus zu strafbarer Korruption fließend sind, muss man diesen Fluss mit einer Disruption ausstatten: die Korruption juristisch weiter fassen, und zwar so unmissverständlich, wie das Juristen möglich ist.*

*Aber auch das würde noch nicht ausreichen. Ein Gesetz ohne angemessene Kontrollen taugt in der Praxis nichts. Die fehlen auch noch. Schon ein Blick ins Abgeordneten-Handbuch weckt mancherlei Misstrauen. Wenn man nicht jeden Erwachsenen ungeprüft ans Steuer eines Autos lässt: wie wäre es mit einem "Abgeordneten-TÜV"? Ein Regularium ließe sich durchaus entwickeln. Auch wenn die Lobbyisten jeglicher Provenienz für seine Verhinderung kämpfen würden.*

Rolf Oesterlein, 18.3.2024

---

**Erscheinungsdatum: 2.10.2017**

**Club of Rome (Ernst Ulrich von Weizsäcker): "Wir sind dran"**

Der große Bericht: Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen.

Von Weizsäcker ist Herausgeber (Vorwort); viele Wissenschaftler haben Beiträge geliefert, ein Redaktionsteam hat harmonisiert. Es gibt 3 Teile:

A Bestandsaufnahme, was alles nicht nachhaltig läuft

B Notwendigkeit eines philosophischen Umdenkens

C Ansätze für Änderungen bei Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft

Der Kommentar bezieht sich auf Teil C.

Es ist eine wilde & willkürliche Mischung von Ansätzen. Eine Linie ist nicht zu erkennen, geschweige denn auch nur der Versuch, ein homogenes Szenario zu entwickeln. Selbst Verbindungen zwischen den Einzelaktionen bleiben unklar. Die für sich genommen durchaus sinnvollen und erstrebenswerten Vorschläge bringen z.T. für das eigentliche Ziel überhaupt nichts, wie z.B. die Transaktionssteuer.

Der Kapitalismus soll offenbar unbedingt unangetastet bleiben. Einige der beschriebenen Ansätze sollen die Nachhaltigkeitsaktivitäten rentabel machen, denn dann läuft ja im Kapitalismus alles wie von selbst. Deshalb soll auch nicht nach Lösungen für ein (BIP-)wachstumsfreies Wirtschaftssystem gesucht werden, sondern nach einer Entkopplung von ökonomischem Wachstum und Ressourcen-Verbrauch.

Allerdings weist die Zusammenstellung auch für dieses Problem keine systematischen Lösungsschritte auf.

Gefordert wird z.B. eine sog. "Donut-Ökonomie". Das ist ein anschaulicher Name für die Tatsache, dass die Wirtschaftswissenschaften kein eigenständiges, unabhängiges System zu gestalten haben, sondern ein in ein anderes, größeres eingebettetes und deshalb dessen Randbedingungen (Grenzen) berücksichtigen müssen. Der ökonomische Mainstream verweigert diese Sichtweise bis dato strikt, wenn er z.B. die schädlichen Auswirkungen seiner weltweiten Rezepte (z.B. die Generierung von Bürgerkriegen infolge von Durchsetzung einer unsozialen Austeritätspolitik) mit der Begründung "Nicht zuständig!" einfach ausblendet. Diese "Donut"-Ökonomie zu fordern, ist natürlich völlig richtig, aber nicht ausreichend und, trotz des neuen Namens, gefühlt seit ewigen Zeiten bereits als Notwendigkeit benannt. Vielleicht sollte man einmal damit anfangen, diese Ökonomie zu spezifizieren. !?

Enttäuschend ist auch, dass ein Naturwissenschaftler wie Weizsäcker sich bei seinen Überlegungen auf "demokratisch mehrheitsfähige Reformen" beschränken lässt, wohlwissend, dass die Physik keine noch so gut gemeinten Abstimmungen akzeptiert. Die zukünftigen Aufgaben als "spannende Reise" zu bezeichnen, ist eine verantwortungslose Verharmlosung der aktuellen, existentiell brisanten Situation. "Die Denklinie von nicht-nachhaltigem Wachstum verlassen" - das erweckt den falschen Eindruck, man habe das "nachhaltige Wachstum" (s.o., "Entkopplung") bereits gefunden. Eifrig wird an die Unternehmerschaft appelliert, als "private Sponsoren" aufzutreten; die gnadenlose Wallstreet soll mit Philanthropie bekämpft werden - vielleicht begeistern sich dann alle für die "Gemeinwohl-Ökonomie", die Christian Felber im Buch auch (kurz) darstellen darf.

Alles in allem kann (und soll?) man den Eindruck gewinnen, alle diese kreativen Ideen würden sich konfliktfrei zu einem homogenen Ganzen fügen, das das Postwachstumsproblem endgültig und zufriedenstellend löst; niemandem muss dabei auf die Füße getreten werden, niemand muss irgendwelche "Besitzstände" aufgeben. Ein Bärendienst für das Thema.

Ein im Anhang mit Leseprobe aufgeführtes Buch von Prof. Hans Joachim Schellnhuber, dem Gründer und langjährigen Direktor des Potsdam-Instituts macht wenigstens die Brisanz, die existentielle Bedeutung des Themas deutlich ("Selbstverbrennung - die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff"): "Es sind ungeheuerliche Dinge geschehen, die uns ins Ohr brüllen, dass die vertraute Welt aus den Fugen gerät."

*Rolf Oesterlein, 1.1.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 31.8.2017**

**Helge Peukert: Das Moneyfest: Ursachen und Lösungen der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise.**

Helge Peukert ist Professor am Forschungsbereich "Plurale Ökonomik" der Universität Siegen, an dem auch Nico Paech tätig ist. Sein hier vorgestelltes Buch befasst sich in 3. Auflage kritisch mit der Finanzkrise von 2008ff, Stand 2017. Da das Finanzsystem politisch als massiver Wachstumstreiber wirkt, sind seine

Auswirkungen auch im Zusammenhang einer sozial-ökologischen Transformation unbedingt eine genauere Betrachtung wert.

Obwohl bei Banken, Politikern und Wissenschaftlern ein "business as usual" zu beobachten ist, das auf eine erfolgreiche Überwindung der Finanzkrise hindeuten könnte, sind die destabilisierenden Elemente, die sie verursacht haben, keineswegs entschärft; das Finanzsystem befindet sich seit einem Jahrzehnt in einem "Ausnahmestand". Die Krise war für viele Deutsche eher von theoretischer Natur, deshalb hat es weder auf der Straße noch an der Wahlurne nennenswerte Proteste gegeben; in Europa liegen 90% des Finanzvermögens bei 5% der Haushalte, und diese Eigentumsverhältnisse waren und sind ein Krisentreiber.

Es haben bis 2017 und danach sogar Wendungen zum Schlechteren stattgefunden. In den USA hat die Regierung Trump viele bescheidenen Verbesserungen postwendend revidiert. Kriminelle Machenschaften wie der Cum-Ex-Skandal haben die Steuerzahler 30 Milliarden Euro gekostet. In der Eurozone gibt es Mitte 2017 faule Kredite in Höhe von ca. 1 Billion Euro; das ist eine Verdoppelung gegenüber 2008. Die weltweite Verschuldung beträgt 327% des globalen Bruttosozialprodukts (BSP). Die vielen "Nie wieder!"-Versprechungen bei der Bankenrettung wurden schon bald wieder gebrochen. Und für die "Bankenrettung" sind in Europa 1,6 Billionen € an staatlichen Beihilfen geflossen, um das "Casino" am Laufen zu halten und einigen ausgewählten Spielern das Risiko abzunehmen.

"Rettungsschirme" darf es eigentlich gar nicht geben: sie widersprechen dem Beistandsverbot der EU-Verträge, widerlegen die neoliberale Lehre der Marktgläubigen (hier: die angeblich reinigende Wirkung von Insolvenzen) und lassen die Allgemeinheit haften, anstatt die Finanzwirtschaft anzutasten. Sie haben in Deutschland fast alle Banken am Leben gehalten. Diese haben sich mit allerlei Trickserien bedankt, z.B. bei den Banker-Gehältern. Verantwortliche Politiker wurden übrigens keine ausgetauscht (außer in Island). Scheinbar restriktive Maßnahmen wie Provisionsverbote, Regulierung von geschlossenen Fonds, Leerverkäufen und Hochfrequenzhandel, Steueroasen-Abschaffung und Transaktionssteuer-Einführung blieben nur Diskussionsthemen, aber ohne Effekte.

In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts war die Weltwirtschaftskrise in Vergessenheit geraten, und man deregulierte ohne zu reflektieren, dass Deregulierung Instabilität und Krisenanfälligkeit erzeugt. Sogenannte "Risikomanager" sind immer noch der Meinung, durch Mathematisierung zukünftige Entwicklungen im Griff behalten zu können, obwohl Extrem-Ereignisse viel häufiger auftreten als in der Theorie vorausgesagt. Auch der Computer-Einsatz hat die Rationalität nicht erhöht, sondern die Aufschaukel-Effekte durch blindes Herdenverhalten. Es gibt eine regelrechte "Finanz-Demenz", die zu gier- oder angstgetriebenen Euphorie-Ausbrüchen neigt und jegliche Lerneffekte unterbindet.

Außer um die Akteure des Finanzsystems geht es Peukert, wie der Untertitel des Buchs nahelegt, auch um die Staatsverschuldung. Grundsätzlich sollte die Staatsfinanzierung durch Steuern und nicht durch Kapitalaufnahme erfolgen. Und wenn die Verschuldung doch eingetreten ist, sollten zu ihrem Abbau die Spitzeneinkommen und -vermögen belastet werden, weil das am gerechtesten ist. Eine Entschuldung über Austerität funktioniert nicht. Selbst der IWF hat mittlerweile seine eigene Unterschätzung der negativen Auswirkungen von Sparhaushalten

eingräumt. In Griechenland hat die sogenannte "Troika", die am europäischen Parlament vorbei gehandelt hat und aufgrund ihrer Immunität nicht verklagt werden kann, durch bemerkenswerte Kurzsichtigkeit gegläntzt und in Komplizenschaft mit den Reichen, die die Krise verursacht hatten, auf Kosten der Armen gespart; weder Vermögensabgaben noch Zwangsanleihen wurden den 2000 reichsten Griechen auferlegt. Die korrupten Regierungsstrukturen blieben unangetastet. Man hat der Troika eine Art "Richter-Funktion" übertragen, mit der sie rücksichtslos Eigeninteressen gegen die Griechen durchgesetzt hat.

Die Überdimensionierung des Finanzsektors (2007 betrug der Umsatz das 70fache des globalen BSP) erschwert jede Regulierung. Die vorhandenen Institutionen sind nicht unabhängig, eine internationale Regulierungsinstanz existiert nicht; sogar die G20 haben kein entsprechendes Mandat. Auch die Europa-Politiker, in einem labilen Gleichgewicht mit Wählern und der Finanzwirtschaft, treten international eher als Bremser jeglicher Regulierungsmaßnahmen auf. Steuer-Oasen, Steuerdumping, sogar Geldwäsche (Zypern) im eigenen Haus werden nur rhetorisch bekämpft; die ohnehin wenig aussagekräftigen Banken-Stress-Tests werden verwässert, ebenso das Einlagensicherungssystem, das einen massiven Run auf die Bankguthaben nicht überstehen würde. Peukert spricht auch hier von Komplizenschaft. Er kritisiert die willkürgesteuerte Anwendung der Maastricht-Kriterien und ist auf rund 70 nicht-sanktionierte Verfehlungen gestoßen. Dabei riskiert eine Reformunfähigkeit der EU das Auseinanderbrechen des Euro-Raums.

Was sollte getan werden? (Peukert hat seine Vorschläge auch in Kurzform in einem dem Buch beiliegenden "Moneyfest" formuliert; deshalb auch der Buch-Titel)

- Geschäftsfelder der Banken trennen (Trennbankensystem, das in den USA lange Zeit vorgeschrieben war); Trennung zwischen Eigenhandel & Beratung; also: eine begrenzte "Spielwiese" erlauben und den Geschäftsbanken "beruhigende Langeweile" verordnen
- Eigenkapitalanforderungen an Banken erhöhen ( $\geq 30\%$ , gab es in der Nachkriegszeit schon einmal); auch für die sog. Schattenbanken (Hedgefonds,) gegen spekulative Rohstoff-Preiserhöhungen (z.B. Aluminium); realistische Stress-Tests durchsetzen und angeblich "notwendige" Schlupflöcher, die auf Kosten der Allgemeinheit gehen, schließen
- Entflechtung von "Mega-Banken", weil sie Blasen und scheiternde Fusionen generieren, weil "System-Relevanz" zu höheren Risiken verleitet, nur Selbsthaftung zu Vorsicht führt und jede Marktdominanz den Prinzipien der "Marktwirtschaft" widerspricht
- Leerverkäufe und Kreditausfallversicherungen (CDS), die zum Wetten gegen Staaten führen (z.B. Griechenland), regulieren, am besten abschaffen (fordert sogar der emirierte Mainstream-Ökonom Prof. Sinn)
- Derivate limitieren, die Einklagbarkeit und den Verkauf an Klein-Anleger abschaffen, weil das Risiko nicht im voraus erkennbar ist
- europäische Zoll-Union gegen Sozial- und Umwelt-Dumping schaffen; ähnliche Regulierungen bei der "heiligen Kuh" Freihandel
- Steuer-Oasen durch Mindeststeuersätze bekämpfen
- durch Umschuldungen Kreditrisiken von der Allgemeinheit auf die Anleger schieben
- öffentliche Kontrolle der Rating-Agenturen, deren Bewertungen derzeit von der BaFin in vielen Fällen vorgeschrieben werden, was als Werbung für ihre

- angebliche Qualität wirkt, obwohl sie oft nur Daten der zu bewertenden (und zahlenden!) Institute nutzen und in der Finanzkrise massiv versagt haben
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS), alternativ oder ergänzend auch eine leicht administrierbare Gewinnbesteuerung in Abhängigkeit von der Haltezeit - zur Entschleunigung der Transaktionen und Zurückdrängung des Derivate-Handels (kann durchaus auch in einzelnen Staaten eingeführt werden; das Kinderarbeitsverbot hat sich trotz "Wettbewerbsnachteilen" genau in dieser Weise ausgebreitet)

Ausführlich setzt sich Helge Peukert auch mit der Geldschöpfung auseinander. Sie geschieht heute nicht etwa durch die Zentralbanken, sondern durch die Geschäftsbanken mittels Kredit-Vergabe. Das bedeutet, dass der Staat nicht über eine souveräne Geldschöpfungsmöglichkeit verfügt, sondern abhängig davon ist, was auf dem Bankensektor geschieht. In guten Zeiten kommt es zu überschießender Kreditvergabe, über deren Verwendung keine Kontrolle besteht, in schlechten zu Crashes. Darin sieht der Autor einen Faktor der Instabilität.

Die Alternative ist ein (in Europa) von der EZB ausgegebenes sog. "Vollgeld". Dazu gibt es noch einen beträchtlichen Spezifizierungsbedarf, der sicher nicht ohne Kontroversen ablaufen wird. Aber die EZB wäre nicht mehr die "Bank der Banken im Interesse der Banken". Ihr Vollgeld hätte in der Staatsfinanzkrise nicht zur Verschuldung geführt. Die Kontrolle über die Geldmenge bedeutet die staatliche Unabhängigkeit von den Kapitalmärkten. Das Zinsgefälle innerhalb der EU und die Reichtumskonzentration werden durch EZB-Vollgeld reduziert. Die Sicherheit steigt, weil auf Konten eingezahltes Geld ständig verfügbar ist. Allerdings ist die Balance zwischen Inflation und Rezession auf EU-Ebene nicht ganz einfach sicherzustellen.

Beim aktuellen, an die Kreditvergabe gebundenen Geldsystem ist die Verschuldung ein Strukturmerkmal. 2012 erzeugten in Nordamerika 38 Billionen Dollar und in Westeuropa 33 Billionen Dollar privates Finanzkapital einen immensen Verzinsungs- und damit Verschuldungsdruck, dessen destabilisierende Auswirkungen nur durch ständiges Wachstum im Rahmen gehalten werden können. Beigetragen haben zur "Verschuldungslawine" aber auch die Staaten und der Realsektor mit seinem Bedarf an Natur-Kapital. Das führt zur Kernfrage, wie eine Ökonomie ohne Wachstumszwang aussehen könnte. Eine Postwachstumsökonomie scheitert schon am Zinseszinsseffekt des aktuellen Finanzsystems, sie kann aber andererseits nicht schon durch dessen Reformierung erreicht werden, zu der Peukert auch den politischen Willen nicht erkennen kann. Im abschließenden 16seitigen Kapitel "Ohne intakte Biosphäre ist alles nichts!" zeigt er die Probleme, Dilemmata und eine gewisse Ratlosigkeit auf. Vielleicht ist das deshalb so, weil zu viele fähigen Köpfe gar nicht an der Herausforderung arbeiten, sondern innerhalb des etablierten Finanzsystems, wo sie viel mehr Geld verdienen können .....

Rolf Oesterlein, 24.2.2022

**Erscheinungsdatum: 26.9.2016**

## **Jörgen Randers & Graeme Maxton: "Ein Prozent ist genug."**

Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen

Das Buch präsentiert 13 politische Empfehlungen, um die 3 im Untertitel genannten Ziele (Bekämpfung von sozialer Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel) zu erreichen. Die über den Klimawandel hinausreichende Ressourcen-Problematik wird nur am Rande erwähnt, eigentlich ignoriert; daher auch der ärgerliche Titel, in dem die Zahl reichlich willkürlich ist und der Knackpunkt nicht angesprochen wird: wie sieht eine wachstums**freie** Ökonomie aus?

Der Physiker Randers, als junger Doktorand bereits 1972 an der Ausarbeitung des Berichts an den "Club of Rome" beteiligt, verlässt das naturwissenschaftliche Feld, geht auf die ökonomische Ebene und bindet auch den sozialen Aspekt mit ein. Er kritisiert konsequent den Neoliberalismus (die Marktradikalen) und fordert einen starken Staat, aber ohne eine neue Ökonomie systemisch zu skizzieren. Die behandelten Aspekte sind wichtig, z.T. auch sehr gut dargestellt (trotz einiger Schwächen in der Gliederung - manches kommt unverhofft), aber sie sind nicht "flächendeckend". Die Argumentation ist bezüglich der Detailliertheit inhomogen; manches muss man glauben (oder eben nicht). Einige Legenden werden trefflich widerlegt, z.B. die UN-Statistik von der weltweiten Reduktion der Armut. Auch das demokratische System des Westens wird (endlich einmal) sehr hart kritisiert, obwohl das vielleicht nicht zwingend zum Thema gehört, wenn man nur 280 Seiten hat. Manches rutscht aber auch unreflektiert in die Argumentation. Es ist ziemlich abwegig, wenn als Gegenpol zur westlichen Ausbeutung von Mensch und Natur ausgerechnet Venezuela und der Iran positiv erwähnt werden; eine solche Fehlleistung kann für manchen Leser das Vertrauen in die gesamte Diktion des Buches untergraben, was sehr bedauerlich wäre.

Die Ausführungen sind auf die westliche, "reiche" Welt fokussiert, weil die Autoren dieser die umfassenderen Handlungsoptionen und -pflichten zuschreiben. Am strittigsten unter den 13 Vorschlägen ist vermutlich der zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums. Da wird Beifall von der falschen Seite kommen; ebenso der Vorwurf, der reiche Westen wolle so seinen Wohlstandsvorsprung sichern. Dass Randers den ärmeren Ländern - im Unterschied zu den Staaten des Westens - klassisches Wachstum zubilligt (Nachhol-Effekt), wird möglicherweise zur Entkräftung nicht reichen.

Bei der Verdeutlichung der Brisanz der Situation schwankt das Werk unschlüssig zwischen Dramatisierung, Nüchternheit und freundlicher Ermunterung, was weniger vorinformierte Leser verwirren kann. Das gilt auch für Aussagen über die Zukunft, weil nicht immer klar ist, auf welches Szenario sie sich beziehen:

- a) die Situation, wenn keinerlei Umkehr stattfindet;
- b) die Situation, wenn (bestimmte) geeignete Maßnahmen ergriffen werden;
- c) die Situation, die nach Ansicht der Autoren in jedem Fall kommen wird.

Wie der zu befürchtende "Kollaps" aussieht, muss angeblich nicht beschrieben werden, da das bekannt sei. Einerseits wird er aber doch ein wenig angedeutet,

andererseits erscheint fraglich, ob er tatsächlich allgemein bekannt und verinnerlicht ist.

Wenn nur ein Teil der Anregungen dieser Autoren in die Politik einflösse, würde das schon einen Richtungswechsel bedeuten. Dennoch ist das Buch nicht der große Befreiungsschlag, auf den man immer wartet. Da der auch nicht aus einer einzigen zündenden Idee bestehen kann, ist das auf 280 Seiten wohl auch nicht möglich.

Rolf Oesterlein, 1.1.2021

---

**Erscheinungsdatum: 25.7.2016**

**Michael Kopatz: Ökoroutine: Damit wir tun, was wir für richtig halten**

Um es gleich vorwegzunehmen: dem Autor ist hier eine nahezu perfekte Symbiose zwischen Theorie und Praxis gelungen. Die Diktion seines Buches charakterisiert er knapp und treffend:

*"Im Alltag ersetzen oftmals Routinen zeitraubendes Abwägen und werden nicht als Zwang empfunden. In diesem Sinn soll sozialökologisches Verhalten zur Routine werden. Regeln und Standards sind hierbei – wie auf vielen Feldern - hilfreich; Standards können durch ihre sukzessive Verschärfung die Verhältnisse kontinuierlich verbessern. Ihre pauschale Diffamierung als „Verbote“ seitens der Öko-Bremser ist schlicht verlogen. Ökoroutine setzt auf starken Staat & starkes ziviles Engagement."*

Im Folgenden ergießt er ein Füllhorn mit Anregungen über seiner Leserschaft aus, das seinesgleichen sucht. Anregungen dafür, wie sozialökologisches Verhalten - des einzelnen wie der Institutionen - aussehen könnten und wie es zur Routine werden kann. Es wird kaum ein Lebensbereich ausgelassen. Zu den Vorschlägen werden auch leicht eingängliche Argumente geliefert.

Die politische Ebene wird nicht ausgespart; es wird deutlich gemacht, dass ein Verharren im privat-individuellen Umfeld nicht ausreicht und fatal wäre. Mit der Erkenntnis, dass eine "Transformation mit den Profiteuren der alten Ordnung" eine Illusion ist, wird die Richtung vorgegeben.

Allerdings ist Kopatz kein Ökonom. Das Thema "Wachstumszwang" wird etwas ambivalent behandelt: einerseits wird es durchaus als systemisches Problem dargestellt, andererseits als eine Option, auf die Unternehmen auch verzichten könnten, wenn sie wollten. Insgesamt sind die Vorschläge häufig um Konformität mit dem aktuellen (neoliberalen) Wirtschaftssystem bemüht. Aber fairerweise sollte man einem Nichtökonom zugestehen, dass er eine System-Diskussion als einen Sprung in sehr kaltes Wasser empfindet und deshalb meidet. Das Anliegen des Buches ist auch ohne diesen Part legitim und bravourös umgesetzt.

Rolf Oesterlein, 1.1.2021

**Erscheinungsdatum: 12.3.2015**

## **Thomas Piketty: Die Schlacht um den Euro. Interventionen**

Es handelt sich bei diesem Buch des bekannten französischen Wirtschaftswissenschaftlers nicht um einen zusammenhängenden Text, sondern um eine Sammlung von Artikeln und Kolumnen unterschiedlicher Länge. Sie behandeln verschiedene grundsätzliche wie aktuelle Aspekte finanzwirtschaftlicher Themen der Jahre 2007 bis 2015.

Piketlys grundsätzlicher Kritikpunkt am Konstrukt der Gemeinschaftswährung Euro ist das Fehlen einer gemeinsamen Schuldenverwaltung. Dadurch entfällt zwar die Spekulation auf die Währung der Einzelstaaten, aber nicht auf die unterschiedlichen Zinssätze ihrer Schulden. Piketty ist überhaupt ein entschiedener Verfechter einer politisch-ökonomischen Union. Er beneidet die USA, die eine viel effizientere Finanzpolitik betreiben können als die EU. Allerdings verrät er nicht, wo die Eigenständigkeiten aufhören und schon gar nicht, wie die zu treffenden Vereinbarungen für eine politische Union geregelt werden sollten.

Das Dilemma der unterschiedlichen Zinssätze für Staatsschulden besteht darin, dass ihre Festsetzung willkürlich erfolgt. Selbst die Nationalbanken richten sich immer noch nach den privaten Rating-Agenturen, obwohl diese in der Wirtschaftskrise von 2008ff massiv versagt haben und u.a. wegen des Prinzips, sich die Bewertungen von den Bewerteten bezahlen zu lassen, heftig kritisiert wurden. Ländern wie Griechenland kann von einigen wenigen Akteuren über Nacht die Zinslast von 3% auf 6% erhöht werden - mit katastrophalen Folgen für die Schuldner. Gemeinsame europäische Schuldverschreibungen würden dem einen Riegel vorschieben.

Piketty befasst sich auch mit der Frage, wo die Widerstände gegen eine "Schulden-Union" herkommen. Vehement kritisiert er "private Ressentiments", die keinen Platz in den komplexen ökonomischen Beziehungen haben dürften, wie etwa die Stereotypen von den "faulen Griechen": "Den Griechen liegt die Faulheit genau so wenig in den Genen wie den Deutschen die Nazi-Ideologie."

Er beschreibt die Situation in Zypern, wo russische Oligarchen ihr Geld abgeladen haben, das dann in "faulen" griechischen Anlagen versickerte. In der Wirtschaftskrise sollte dann die EU den Zyprioten helfen, und Piketty kritisiert zurecht, dass eine solche Hilfe letztlich die russischen Oligarchen unterstützt - wodurch andernorts keineswegs unberechtigte Aversionen gegen die "Eurobonds" entstehen.

Ein anderes Beispiel ist Irland, das mit niedriger Körperschaftssteuer ausländische Konzerne anlockt und dann in der Krise EU-Unterstützung fordert, um seine Steuern nicht erhöhen zu müssen - was bedeutet, dass die EU skandalöserweise die niedrigen Steuerzahlungen der ausländischen Konzerne subventioniert.

Natürlich hat Piketty insofern ein konsistentes Szenario vor Augen, als er sich intensiv mit dem Thema Steuern befasst und deren Einheitlichkeit in einer Fiskal-Union fordert, womit auch alle Formen des schädlichen Steuerdumpings, mit dem sich die EU-Staaten gegenseitig bekämpfen beim Konkurrieren um Nicht-EU-Konzerne, eliminiert wären.

Steuerpolitik sieht er innerhalb der Einzelstaaten als Mittel zur Bekämpfung des sozialen Auseinanderklaffens. Er verdeutlicht das anhand des Beispiels der L'Oréal-Erbin Bétancourt in Frankreich. Er zeigt, wie der nominale Einkommenssteuersatz von 32% für die Superreichen durch zahlreiche Ausnahmeregelungen, die die Einkünfte künstlich vom tatsächlichen Wert nach unten rechnen, sich in empörender Weise verringert. Historisch verweist er auf die USA, die von 1930 bis Ende der 1970er Jahre exorbitant hohe Spitzensteuersätze eingeführt hatten, um die Krise zu überwinden und "die Verursacher der Krise zur Verantwortung zu ziehen". Genau das sei bei der jüngsten Krise in den Jahren nach 2007 nicht geschehen.

In den Beiträgen mit aktuellen Bezügen erweist sich Piketty als kritischer Geist. Den Ex-Präsidenten Sarkozy bezeichnet er als "notorischen Lügner"; die Wirtschaftspresse bezichtigt er der unüberprüften Verbreitung manipulativer Zahlen aus unveröffentlichten Studien, die gar keine sind - sofern die Periodika nicht gleich vollständig von den Mächtigen aufgekauft werden. Er mokiert sich über die notorische Inflationspanik der Reichen bei Aktivitäten von Nationalstaatsbanken ("Geld drucken!"), während man in Wahrheit am Rande von Deflation und Rezession stehe.

Pikettys Empfehlungen zielen meist in die richtige Richtung (gegen Steuerflucht, für Einkommensangleichungen, für Stabilität im Finanzsystem), aber ein systemsprengender "Revoluzzer" ist er sicher nicht. Wachstum wird nicht in Frage gestellt, ökologische Probleme bleiben unerwähnt. Er hält aufgrund des technischen Fortschritts "immaterielles Wachstum" für möglich, ohne allerdings zu beleuchten, ob damit für Klimawandel und Ressourcen-Verbrauch „harmloses“ BNP-Wachstum erzielt wird (er scheint es anzunehmen).

Manche seiner Bewertungen sind - vielleicht auch infolge der Kürze der Beiträge - nicht nachvollziehbar oder auch anfechtbar. So wundert er sich, dass die EU trotz ihres in absoluten Zahlen stattlichen kumulierten BNP nicht stärker durch Sanktionen in die Weltpolitik eingreift, ohne auch nur ein einziges Beispiel dafür zu nennen, dass Sanktionen jemals in einer konflikträchtigen Situation etwas Positives bewirkt haben.

*Rolf Oesterlein, 1.4.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 4.7.2013**

**Marcel Hunecke: Psychologie der Nachhaltigkeit.** Psychische Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften

In die nicht eben einfache Frage, wie eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Gesellschaft aussehen könnte, mischt sich immer wieder der Aspekt ein, wie man denn die - sachlich noch immer nicht ausreichend klar definierte - Transformation dorthin durchsetzen will. Man stößt auf mancherlei Hindernisse; eines davon ist die Befindlichkeit der Akteure: wie ticken die Politiker, wie die Wirtschaftsbosse, wie tickt die Bevölkerung? Die Soziologen und Psychologen halten sich, wenn man die Veröffentlichungen durchpflügt, offenbar sehr zurück bei der Behandlung dieses Fragenkomplexes. Das vorliegende Buch ist das einzige, das bis dato zu diesem Thema auffindbar war (ansonsten werden psychologische Überlegungen

gelegentlich in Büchern mit anderem Schwerpunkt, dann aber eher am Rande angesprochen).

Der Text ist eine vorsichtige Annäherung ans Thema. Im Bemühen, den Pfad der Wissenschaftlichkeit nicht zu verlassen, erfolgt zunächst ein ausführliches, aber sehr allgemein gehaltenes Abgrasen eher peripherer Aspekte. Die Erkenntnisse sind oft wenig konkret. Im Kern wird schließlich die Aussage herausgearbeitet, dass es 6 psychische Ressourcen gibt, die es für eine Transformation zur Nachhaltigkeit zu stärken gilt:

- Genussfähigkeit
- Achtsamkeit
- Selbstakzeptanz (Selbstbewusstsein)
- Selbstwirksamkeit (Selbstvertrauen auf die Fähigkeit, angestrebte Ziele zu erreichen)
- Sinnkonstruktion (die Definition erstrebenswerter Ziele)
- Solidarität

Dies scheint auf den ersten Blick enttäuschend wenig zu sein, kann aber sehr wohl als hilfreicher Leitfaden für Auseinandersetzungen und (kontroverse) Diskussionen zum Thema SÖT angesehen werden. Es wäre allerdings sehr zu wünschen, wenn es möglichst bald auf dieser Schiene weiterführende Überlegungen und Anregungen gäbe.

*Rolf Oesterlein, 1.4.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 3.4.2012**

**Nico Paech: Befreiung vom Überfluss.** Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie

**Zusammenfassung:**

Nico Paech hat, lange bevor Ulrich Brand den Begriff der "imperialen Lebensweise" geprägt hat, dieselbe mit messerscharfer Analyse auseinandergenommen und ihre fehlende Nachhaltigkeit als systemimmanent entlarvt. Er widerlegt die Legende der "Greenwasher", mittels technologischer Innovation könne man die sich verschärfenden sozial-ökologischen Probleme lösen, ebenso wie die Hoffnung auf (absolute) Entkopplung des BIP-Wachstums vom Ressourcenverbrauch. Er identifiziert die Form der Geldschöpfung und den Zinsdruck als BIP-Wachstumstreiber der herrschenden Ökonomie. Als Konsequenz entwirft er ein Ziel-Szenario für die Überwindung des aktuellen Wirtschaftens und der damit verbundenen Lebensweise. Die entgrenzten weltweiten Fremdversorgungsketten mit hohem Risiko und starkem Kapitaleinsatz sollen durch Lokalisierung und eine Reduzierung der Ansprüche hin zu einem Lebensstil der Suffizienz ersetzt werden. Das schmale Büchlein (155 S., < DIN A5) bietet keine detaillierte Ausarbeitung des Szenarios mit der Beantwortung aller offener Fragen. Es finden sich auch etliche Ansatzpunkte für Kritik (die im folgenden Text *kursiv und rot* gekennzeichnet sind). Dennoch ist das Buch fast ein Jahrzehnt nach der Veröffentlichung noch immer eine Art Standard-Werk, und man sollte es keiner der vielen Nachfolge-Publikationen

durchgehen lassen, wenn sie hinter dessen Erkenntnis-Stand zurückfällt. Deshalb lohnt sich auch eine detaillierte Auseinandersetzung mit ihm.

In der **Einleitung** wird die Ursache für die "Wohlstandsdämmerung" in dem hierzulande herrschenden Gesellschaftssystem beschrieben. Das Konsum- und Mobilitätsniveau mit weltweiten Versorgungsketten wird von der Globalisierung mit all ihren ökologischen Schäden ermöglicht und gefördert. Letztere technologisch zu beheben, ist so aussichtslos wie eine Hydra zu köpfen - man regt bekanntlich nur den Prozess des Nachwachsens an. Selbst Reduktion an einer Stelle führt zu erhöhter Wertschöpfung anderswo (Rebound-Effekt); das wachsende Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird zum Indikator für die Öko-Katastrophe. Eine Steigerung des Glücks kann nur im Individuum liegen und muss nichtmonetär sein; aber dann bewirkt sie kein BIP-Wachstum. Unser derzeitiger "Wohlstand" ist ohne dieses Wachstum nicht zu stabilisieren und auch nicht vom Naturverbrauch zu entkoppeln. Gesucht wird also eine Postwachstumsgesellschaft, die die Versorgungsresilienz und das Glück erhöht, keinen Verzicht verlangt, sondern Suffizienz und den Blick aufs Wesentliche freigibt.

### **Kapitel 1: "Über seine Verhältnisse leben - ein vermeintliches Menschenrecht"**

Dieses Kapitel beschreibt unser schädliches Wirtschaftssystem auf individueller wie auch gesellschaftlich-politischer Ebene und das zugehörige ideologische Zusammenspiel zwischen beiden Ebenen. Es erklärt, warum so gut wie nichts ökologisch geschützt wird und Politiker schon bei entsprechenden Versuchen "demokratisch" abgestraft werden. Dass alles mit allem zusammenhängt, schützt die Umsetzung der ideologischen Verblendung vor selektiven Eingriffen auf sachlicher, lokaler oder zeitlicher Ebene. Die Agrar-Subventionen, ohne die niemand hierzulande verhungern würde, dienen der Minimierung der Lebensmittelkosten, damit dem Konsumenten mehr Mittel für andere, eher expansive und entgrenzte Aktivitäten zur Verfügung stehen; auch kleinräumige Bio-Landwirtschaft ist innerhalb dieses Konzepts nicht wohlgefallen. Die ganze Sache funktioniert nicht ohne Verschuldung, also eine Verlagerung der Kosten auf spätere Lebensabschnitte oder gar Generationen.

### **Kapitel 2: Fortschritt als Illusion**

Die Effizienzsteigerung durch Arbeitsteilung wäre rasch am Ende, wenn man nicht eine totale Entgrenzung von Raum und Zeit betreiben würde, d.h. binnen kürzester Zeit kann auf Zulieferer zugegriffen werden, die auf der anderen Seite der Erdkugel sitzen. Innovationen und Produktionsfortschritte bringen ökologisch meistens nichts, weil sie Umsatz und Wachstum erhöhen, ebenso fast immer den Energie-Einsatz. Von Einsparungen kann keine Rede sein. Übrigens ändert der ewige Verteilungsstreit (zwischen Kapitalisten und ihren Kritikern, z.B. den Marxisten) am ökologischen Raubbau nichts, egal, wer sich durchsetzt.

Ansonsten werden durch Innovation in der Regel körperliche Arbeiten durch (elektrische) Maschinen ersetzt ("Bequemokratie"). Kulturkritisch vermerkt Paech, dass dadurch eine Reduktion manueller Fähigkeiten und der Bereitschaft zu

Suffizienz eintritt. Und man wird abhängig von den "Energiesklaven": wehe, wenn der Stecker gezogen wird. Der nicht körperlich arbeitende Mensch "leistet nichts", behauptet der Autor. Als Beispiele nennt er sog. "unnütze" Produkte, die in der Tat wohl ohne Unterstützung der Energiesklaven nicht entstehen würden. *Es wird nicht so richtig klar, was genau den Autor - außer Energie- und Ressourcenverschwendung - hier eigentlich stört. Denn eine rein geistige - z.B. koordinierende - Tätigkeit ist keine körperliche, aber ggf. doch nützliche und sollte nicht a priori pejorativ besetzt werden* (53).

Auch Bildung scheint Paech suspekt zu sein - sie könnte benutzt werden, den "Fortschritt" in die falsche Richtung zu treiben. *Alternative? Das richtige tun durch dumm bleiben?*

Gegen Ende des Kapitels kommt der Autor dann beispielhaft zu einigen für ihn wichtigen Knackpunkten. Aus einem vom WGBU berechneten jährlichen Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Verbrauch von 2,7 Tonnen (zur Einhaltung des 2-Grad-Temperaturanstiegs) folgt für ihn lapidar die Notwendigkeit zur **Sesshaftigkeit** und damit auch eine Begrenzung beim Güter-Transport, aber auch die Begrenzung der Effizienzsteigerung auf CO<sub>2</sub>-einsparende Geräte und Maßnahmen: mechanische Rasenmäher, Angelruten, Fahrräder, ökologischer Landbau (*Traktoren-Reduzierung hat er vergessen*), Mehrwegverpackungen, Segelschiffe, reparable Holz- und Metallprodukte; Industrieprodukte und konventionelle Verkehrsmittel nur noch sehr sparsam als Ergänzung für Notfälle).

Diese "manualisierte" menschliche Arbeit soll im kommerziellen Bereich auf 50% sinken; *die Zahl wird allerdings nicht schlüssig erklärt.* (59) Dass ein "Wohlstandsverlust" - Wohlstand im vom Mainstream definierten Sinne - unvermeidlicherweise eintreten muss, ist hingegen schnell ersichtlich. *Zweifel wiederum weckt die Erwartung, dass handwerklich-instandhaltende Tätigkeiten im nichtkommerziellen Bereich die Industrieprodukte verbessern (z.B. länger erhalten) und zudem einen "Rückfall ins Mittelalter" verhindern könnten. Ob Paech da nicht das "Heimwerker-Potential" überschätzt?* Dass man die Share-Ökonomie zumindest für eine Reihe von wichtigen Dingen im Nichtkommerziellen ansiedeln könnte, ist auf jeden Fall den Versuch wert.

### **Kapitel 3: Freiheit als Illusion** (63ff)

Das geldbasierte System der Fremdversorgung schafft Abhängigkeiten und deshalb auch Ängste dahingehend, dass sowohl der fremdbeeinflusste Güter-Fluss als auch der für die Versorgung notwendige Geldfluss versiegen könnten. Ersatz-Versorgung durch eigene Leistung wird in diesem Fall nicht funktionieren, weil man sie mittlerweile verlernt hat. Diese Situation marginalisiert den Spielraum für eine nachhaltige Entwicklung. Auch durch eine gerechtere Verteilung des "Wohlstands" innerhalb einer Gesellschaft wird sich an diesem Problem nicht zwingend etwas ändern.

Die "Achillesferse" dieses Systems ist die durch das weltweite Anwachsen der Konsumenten-Schicht immer weiter steigende Nachfrage nach Gütern, welcher Ressourcen-Verteuerung und -Mangel entgegenstehen (Peak-Oil und "Peak of everything": Lithium, Coltan, seltene Erden, diverse Metalle usw.). Das kann - selbst

ohne Nachhaltigkeitsbemühungen - nicht problemlos fortdauern, sagt schon 2010 eine Bundeswehr-Studie (!) und vermeldet für Deutschland heraufziehende "strukturelle Risiken" erschreckenden Ausmaßes. Finanzkrisen werden ebenfalls aus dieser Situation generiert, nicht nur aus dem instabilen Spekulationssystem selbst. Die einzige Option aus Paechs Sicht: der Rückbau des gigantischen Fremdversorgungssystems und der überzogenen Ansprüche.

#### **Kapitel 4: Mythos Entkopplung [71ff]**

Ausführlich befasst sich Paech hier mit dem Thema Entkopplung von BIP-Wachstum und Ressourcenverbrauch bzw. sonstigen ökologischen Schäden. Die Propagandisten des "grünen Wachstums" glauben, dieselbe erreichen zu können durch ständige Erhöhung der "Ressourcen-Effizienz" und perfektere Kreisläufe, unterstützt durch regenerative Energie-Erzeugung. Begrifflich unterschieden werden muss zwischen relativer (d.h. der ökologische Schaden pro BIP-Einheit sinkt) und absoluter (ökologischer Schaden sinkt insgesamt bei wachsendem BIP) Entkopplung.

Die Entkopplungsbemühungen beruhen immer auf zusätzlichen Effizienz- und Konsistenz-Maßnahmen und nicht auf dem Rückbau der alten Produktionsanlagen. Beispiele: Passivhäuser erfordern neue Segmente zusätzlich zum konventionellen Bausektor; E-Autos mit regenerativer Energie brauchen additiv: neue Produktionsstandorte, Stromtrassen, IT-Endgeräte, Lade-Stationen, Produktions- und Entsorgungsanlagen für Akkus .....

Bei den Verbesserungsmaßnahmen bestehen oft anfangs nicht erkannte Risiken. Beim Katalysator z.B. wird viel Platin benötigt, und er emittiert im Betrieb Edelmetalle, Keramikfasern, Lachgas, Ammoniak- sein ökologischer Rucksack ist schwerer als geplant. Paech stellt weitere Beispiele dar. Der "Fortschritt" in unbekanntem Technik-Feldern ist grundsätzlich risikobehaftet; zuschlagende Risiken werden oft erst erkannt, realisiert bzw. zugegeben, wenn der Schaden eingetreten und schwer zu beheben ist. Es wird eine neue "Schicksalsabhängigkeit" aufgebaut, obwohl man mit dem Fortschritt gerade einer solchen entfliehen wollte.

Ökologisch sind Entkopplungsbemühungen häufig nur Verlagerungen eines Problems (81ff): zeitlich (hin zur Verschrottung), systemisch (erneuerbare Energie reduziert Emissionen, erhöht aber Flächenverbrauch), materiell (E-Mobilität verbraucht für Akkus seltene Ressourcen), räumlich (Schadstoffe werden ins Ausland abgeschoben), technisch (IT-Innovationen erhöhen Elektroschrott). Effizienzsteigerungen führen fast immer zu finanziellen Rebound-Effekten, was jede Entkopplung zunichtemacht und schwer zu bekämpfen ist (84ff). Würde man die Effizienz-Gewinne abschöpfen und sowohl dem Konsum als auch den Produzenten entziehen, würde das den Anreiz für Effizienz stören. Und außerdem auch kein Wachstum schaffen - was gut wäre, aber eben keine Entkopplung.

So weit, so schlüssig. *Kritisch zu ergänzen (gegenüber Paechs Darstellung) ist hier jedoch folgendes: Was für die Entkopplung zutrifft, ist nicht grundsätzlich unantastbar. Ob Kaufkraftgewinn zu ökologisch schädlichem Konsum führt, kann und muss in jedem Fall regulatorisch gesteuert werden - etwa durch künstliche Preiserhöhung oder Verbot, natürlich mit der Konsequenz des Wachstumsverzichts. Eine punktuelle Betrachtung von Einzelbeispielen verhindert hierbei den notwendigen Blick aufs*

*Ganze. Deshalb kommen auch alle wohlmeinenden Vorschläge für ein Ziel-Szenario letztlich nicht ohne ein modellgestütztes Durchrechnen aus. Paech mischt hier in seine Argumentation Spekulationen darüber ein, was politisch durchsetzbar sein könnte und was nicht. Das ist aber fehl am Platze, wenn es darum geht, das herauszufinden, was erstrebenswert wäre. (Dass das "Komfortbedürfnis" mit seiner ständigen Ausweitung des Einsatzes von "Energiesklaven" nicht einfach zu bekämpfen ist, stimmt natürlich durchaus.)*

Ansonsten erkennt Paech sehr wohl und mit geschärftem Blick, dass im Detail verlockende Optimierungen in der Gesamtsicht ökologisch problematisch sein können. Er spricht von "psychologischen Rebound-Effekten" (90). So hat der bereits erwähnte Katalysator die fossile Abrüstung bei den Benzinern verhindert; Passivhäuser fördern die Bauwut und Bodenversiegelung, Photovoltaik-Anlagen den Energie-Verbrauch - als seien die additiven Neuerungen zum ökologischen Nulltarif zu haben. Ähnlich ticken viele Leute auch im persönlichen Bereich. Manchmal werden die "entlastenden" Alibi-Effekte sogar nur behauptet, aber nicht oder noch nicht realisiert. Angenehme "Glaubensangebote" werden gern angenommen (92).

*Als Schwachpunkt in Paechs Argumentation erscheint seine Behauptung, dass Effizienz-Steigerungen immer **additiv** seien, also immer ohne Ersetzen der ineffizient gewordenen Produktionsanlagen. **Muss** das so sein (etwa wegen der von ihm erwähnten Entsorgungsprobleme)? Eine ggf. notwendige Übergangszeit bis zur vollständigen Ablösung des Alten könnte man durchaus einpreisen und dadurch kurzhalten. Paech liefert zur Beweisführung keine konkreten Beispiele aus der Praxis.*

Überzeugend ist andererseits der Hinweis auf die Gefahr unvollständiger Betrachtungsweisen: wenn effizientere Autos zum E-Auto-Wachstum führen, das restliche E-Auto aber nicht effizienter wird, treibt das entstehende zusätzliche BIP-Wachstum den ökologischen Fußabdruck in die Höhe. Bei der Ablösung fossiler Energie durch Windenergie geht auch der Wertschöpfungsanteil der fossilen Brennstoffe verloren - also auch hier keine Entkopplung. Für permanentes entkoppeltes Wachstum müsste nicht nur permanente Effizienzsteigerung, sondern auch ein permanenter ökologisch neutraler Rückbau erfolgen - eine unübersichtliche Angelegenheit, wie man am Beispiel Akku & E-Auto sieht. Beim Wohnungsbau ist das ähnlich: ökologische Sanierung bringt kein dauerhaftes entkoppeltes Wachstum.

Wichtig ist auch die **Subjekt-Orientierung** bei der Bewertung: der 1,5-Liter-Auto-Vielfahrer macht den ökologischen Effekt des Objekts zunichte, ebenso der im Passivhaus wohnende Vielflieger und der Öko-Strom produzierende Verschwender (Geräte-Freak). Für die Greenwasher sind die Objekte Symbol-Konsum zur Status-Bekräftigung einer ökologisch scheinbar weißen Weste. Für Paech gibt es keine per se nachhaltige Technik, sondern nur nachhaltige **Lebensstile**. Und da stehen in Deutschland immer noch 11 t CO<sub>2</sub> pro Kopf & Jahr "erlaubt" 2,7 t gegenüber (100). Hilfreich wäre es, wenn sich Ökobilanzierungen ("ökologischer Fußabdruck") für Produziertes und für Verhaltensweisen durchsetzen würden, für Firmen am besten gesetzlich vorgeschrieben. Für Konsumenten gibt es einige CO<sub>2</sub>-Rechner.

## **Kapitel 5: Wachstumszwänge**

Die Darstellung des systemimmanenten Wachstumszwangs der herrschenden Ökonomie folgt dem schweizerischen Ökonom Christoph Binswanger. Das skizzierte kleine "Planspiel" muss man nicht unbedingt nachvollziehen, um die Methode der Geldschöpfung und den Zinsdruck als strukturelle Ursachen zu identifizieren. Interessant ist der Ansatz, dass durch Verschiebung des Verbrauchs in lokale Lieferketten das grundsätzliche Risiko sinke und damit auch die Notwendigkeit der Absicherung durch Zins, wodurch auch der Wachstumsdruck verringert wird. Der gleiche Effekt tritt ein bei jeder Reduzierung des (Fremd-)Kapital-Einsatzes.

Eine Art "kultureller" Wachstumstreiber ist Konsum als Status-Symbol. Soziale Unterschiede sorgen dafür, dass es ständig Aufhol-Aktivitäten gibt, die zum Vergrößern des Konsum-Kuchens und damit zu neuer Status-Differenzierung führen, eine sich selbst antreibende Rückkopplungsmaschine, die funktioniert, obwohl sich dadurch eine Steigerung des persönlichen Glücks längst nicht mehr einstellt.

### **Kapitel 6: Umriss einer Postwachstumsökonomie (113ff)**

Nach der kritischen Analyse folgen nun die konstruktiven Vorschläge. Die strukturellen Wachstumstreiber will Paech durch eine Verkürzung der riskanten Fremdversorgungsketten blockieren. Das soll über eine möglichst weitgehende Lokalisierung bis hin zur Selbstversorgung (Subsistenz) erfolgen. Die kulturellen Wachstumstreiber sollen durch die Strategie der Suffizienz bekämpft werden.

Die "Ökonomie der Nähe" hat verschiedene Vorteile. Für Kapitalgeber und -nehmer besteht ein vertrauensaufbauende Transparenz, die das Risiko minimiert. Unmittelbare Beziehungen anstelle von Marktanonymität können sogar Empathie schaffen. Kapitalgeber als Abnehmer der Produkte haben eine weitgehende Interessengleichheit mit den kapitalnehmenden Produzenten: eine Zinserhöhung würde zur Preissteigerung führen. In gewissen Grenzen behalten die Kapitalgeber auch die Verwendungskontrolle über ihr Kapital (ähnlich verfährt z.B. heute schon die GLS-Bank).

Eine kleinräumige Ökonomie ermöglicht kürzere Transportwege und eher geschlossene Kreisläufe. Kleinere Ausbringungsmengen bedeuten auch weniger kapitalintensive Wertschöpfung. Mittlere, "konviviale" Techniken (handwerklich, geringere Arbeitsproduktivität) brauchen und generieren weniger BIP-Wachstum. Das gilt auch für einen niedrigeren Spezialisierungsgrad (117)

Als hilfreich sieht der Autor "**Regio-Währungen**" an, die parallel zur Hauptwährung Euro genutzt werden (einige gibt es bereits heute). Stabilisiert werden sie durch eine zinslose Umlaufsicherung, mit Wertverlust beim Horten und Rücktausch in Euro (Gebühr). Sie bleiben, zinslos und spekulationsfrei, im regionalen Kreislauf. Durch die Nutzung als Zahlungsmittel halten sie deshalb auch Produktion, Arbeitskräfte, Waren und Dienstleistungen in der Region (was natürlich nur für einen Teil der ökonomischen Aktivitäten möglich ist). Regio-Fremdkapital als "Schwundgeld" übt keinen Druck Richtung Profit-Maximierung aus. Kleine genossenschaftliche Firmen richten sich eher an den Bedürfnissen in der Region aus. Eigenarbeit - die 3. Kategorie des Wirtschaftens - käme sogar ganz ohne (Fremd-)Geld aus. Die materielle Kaufkraft verringert sich durch diese "Lokalisierung"; das wäre aber auch

dann der Fall, wenn Industrieprodukte mit allen realen externen Kosten belastet würden.

Mit "kreativer Subsistenz" kann Industrie-Output teilweise ersetzt bzw. verringert werden:

- durch Nutzungsintensivierung mittels gemeinschaftlichen Gebrauchs
- durch Verlängerung der Nutzungsdauer durch (gemeinschaftliche) Reparatur
- durch Eigenproduktion (z.B. Lebensmittel aus dem Gemeinschaftsgarten)

Voraussetzungen sind gleichdenkende Nachbarn, handwerkliches Geschick und genügend Zeit (die durch Rückbau industrieller Produktion und der kommerziellen Arbeitszeit zu gewinnen ist). Der Austausch der Dienste innerhalb der Gemeinschaft kann ohne Geld-Einsatz erfolgen.

Ausführlich wird in diesem Zusammenhang erläutert, dass das Konsumieren ein "Zeitfresser" ist: der "Konsumidiot" kommt mit der Nutzung seiner Konsumgüter gar nicht mehr nach. Das Konsumieren wird, weil es auch die Lebenszufriedenheit nicht mehr steigert, zur Belastung. Reduktion ist dann kein negativ besetzter Verzicht, sondern eine Befreiung.

Wenn die 50%-Subsistenz-Arbeit funktionieren, verbleiben immer noch 50% kommerzielle Tätigkeiten für Bereiche, die die "Prosumenten " überfordern würden. Die folgenden Ideen werden im Buch mehrfach und redundant benannt:

- Neuproduktion langlebiger, reparaturfreundlicher Güter erfolgen nur im "Notfall"
- Fokus "erhalten": renovieren, optimieren, Nutzung intensivieren und verlängern
- Wertschöpfungsketten verkürzen (Lokalisierung)
- kommerzielle Arbeitszeit verkürzen und flexibilisieren
- Direkt- und Regionalvermarktung
- Entwicklung: modulares, reparables, wiederverwendbares, langlebiges Design
- Prosumenten-Schulung für selbständigen Support, Instandhaltung und Reparatur
- lange Kreisläufe effizienter Material-Verwendung
- Märkte für Second-Hand-Produkte ("stoffliche Nullsummenspiele")
- Addition materieller Objekte vermeiden oder durch Subtraktion an anderer Stelle kompensieren (*hier fehlen Beispiele*)
- ausleihen statt besitzen

Die vielfältigen Rückbau-Aktivitäten sollen durch Geld- und Finanzmarkt-Reformen unterstützt werden, um den systemimmanenten Wachstumszwang abzumildern, weil sonst nach Erreichen eines ökologisch akzeptablen Versorgungsniveaus doch wieder eine Wachstumsdynamik entsteht. (***Unklar bleibt hier, wie das Rückbau-Ziel ohne soziale Krisen erreicht werden kann - es ist vermutlich der Knackpunkt eines solchen Konzepts.***)

Als **finanzpolitische Maßnahmen** werden genannt: attac's Finanztransaktionssteuer; Vollgeld mit staatlichem Geldschöpfungsmonopol ohne Schulden; Regionalwährungen; sozial-ökologisch orientierte Genossenschaftsbanken sollen weniger zins- und renditelastiges Kapital beschaffen (*unklar bleibt, wie das funktionieren könnte*). Das soll auch allgemein für Unternehmen gelten: Non-Profit-

Firmen sollen solidarisch wirtschaften und die "strukturellen Gewinnerwartungen" dämpfen (*auch hier bleibt unklar, wie das funktionieren könnte*).

Eine (kompliziert klingende) **Bodenreform** soll (Investoren-)Besitz durch Pacht und Nutzungsrechte ersetzen, mit ökologisch definierten Obergrenzen. Wertsteigerungen werden abgeschöpft und den Nutzern vorenthalten; dadurch gibt es keine Spekulation. (136)

Ökologisch kritische "Emissionsrechte" müssen gekauft werden. Der "Subventionsdschungel" muss entrümpelt werden, um ökologische Schäden zu verhindern und die öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Das soll im Saldo genug staatliche Mittel für Soziales, Gesundheit und Bildung bringen, trotz der steuerlichen Einbußen durch den industriellen Rückbau.

*Dies ist die entscheidende Frage: die Behauptung muss stark angezweifelt werden, solange sie nicht ansatzweise durchgerechnet worden ist. Zum Beispiel sind hohe "Straf-Einnahmen" bei der Eindämmung von ökologischen Schäden gar nicht wünschenswert, denn dann funktioniert diese Eindämmung nicht wirklich. Man kann die Effekte nicht zweimal verbuchen (Eindämmung und hohe Einnahmen). Ungeklärt ist auch der Verdacht, dass eine konsequente Internalisierung aller externen, derzeit nicht von den Firmen zu bezahlenden Kosten - z.B. Infrastrukturnutzung oder Umweltschäden - an vielen Stellen zur Zerstörung der Wirtschaftlichkeit und im Gefolge zu Insolvenzen mit einer massiven Rezession führen könnte, dass also das derzeitige BIP-Wachstum in großen Teilen genau auf der Subventionierung in Gestalt der Kosten-externalisierung fußt und auf diese angewiesen ist. Alle Vorschläge, die rein qualitativ bleiben, sind wohlfeil und bezüglich des angestrebten Erfolgs letztlich nicht überzeugend.*

*Paech schlägt an dieser Stelle einen nicht näher ausgeführten "Lastenausgleich" von Harald Spehl vor, zu dem auch keine Literatur-Angaben gemacht werden. (137)*

Auf der ökologischen Ebene regt Paech ein Moratorium für die Bodenversiegelung an durch Rückbau von Industrieanlagen, Autobahnen, Parkplätzen, Flughäfen u.a.. Die Flächen sollten renaturiert oder für neue regenerative Energieanlagen genutzt werden. Unabdingbar ist für ihn auch eine **Ressourcenpolitik** mit ökologischen Obergrenzen.

**Bildungsinhalte** sollten, statt Überfluss zu predigen, endlich einen nachhaltigen Lebensstil propagieren und die Lernenden zu dessen Umsetzung ermächtigen. Dazu gehören auch handwerkliche Befähigung und Sesshaftigkeit. Ziel ist eine "Nachhaltigkeitsbildung mit Subjektorientierung", die die Fähigkeit vermittelt, "das eigene Leben im Hinblick auf globale Übertragbarkeit zu reflektieren".

Weitere Vorschläge des Autors fordern von den Unternehmen für alle Güter eine ökologische Kennzeichnung (Fußabdruck) und ein weitgehendes Werbeverbot. Für Einkommen und Vermögen sollen Obergrenzen gelten. Ein Bürgergeld oder Grundeinkommen soll für eine Übergangsphase ausgegeben werden, jedoch geknüpft an gemeinnützige Tätigkeiten und Bedürftigkeit. Dies seien nur einige ausgewählte Essentials, so Paech; umfassenderes Nachdenken lohne sich nicht, solange das Konsumdenken in der Bevölkerung noch so dominant sei (*man kann*

*das auch genau umgekehrt sehen: mit einer Spezifizierung des Zielszenarios das Umdenken anstoßen).*

Wichtig sei das Vorleben alternativer Lebensstile - und zwar jetzt; zumindest aber ihre Thematisierung. Politische Forderungen sollen dadurch zwar nicht ausgeblendet werden, aber auf politische Weichenstellungen zu setzen, sei "Zeitverschwendung", weil die Politik erst handele, wenn sie aus der Gesellschaft glaubwürdige Signale empfängt, dass diese den Wandel will und auch aushält (141)

Hier und im folgenden **Fazit** ("Wir haben - noch - die Wahl!") wird eine **Strategie** zum Anstoß der erwünschten Veränderungen beschrieben. Das bietet naturgemäß viel Raum für den kontroversen Disput. **Paechs vorstehende Bemerkung suggeriert, die "Politik" schiele ständig auf die Wähler und mache, was deren Mehrheit wolle. Dem kann man unzählige gegenteilige Erfahrungen entgegensetzen (z.B. 80% Opponenten in der Bevölkerung gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen können diese bis dato nicht verhindern). Die Politik macht nach ihrer eigenen Agenda das, was sie durchziehen bzw. verhindern kann - auch gegen die Wähler. Aufgeflogene Selbstbereicherer in Pandemie-Zeiten ("Masken-Skandal") möchte man gern vermeiden, aber nicht die Lobby-Hörigkeit als solche. Die politischen Antreiber in der Zivilgesellschaft sind immer wenige, die vielen sind allenfalls Mitläufer (auch in negativer Hinsicht, wie 1933 im Gefolge der Nazis). Zur Überzeugungskraft gehört sehr wohl eine möglichst genaue Kenntnis des Zielsystems, vor allem hinsichtlich der Machbarkeit; und diese gewinnt man ohne fundierte quantitative Betrachtung nicht.** Korrekt, aber nicht weiterführend ist der Hinweis, dass gerade die "Technik-Freaks" unter den Greenwashern ihrerseits jeden Machbarkeitsbeweis schuldig bleiben.

Vor allem die Alternative "by disaster" als Konsequenz für den Fall, dass wir unser "business as usual" fortführen, ist keineswegs allgemein verinnerlicht. Sie ist für viele zu abstrakt (das Klima ist ja auch eine rein abstrakt-statistische Größe), während Veränderungsforderungen hin zur Suffizienz unmittelbar konkret fassbare Auswirkungen vor Augen führen, gegen die es die in der Zukunft liegenden Attraktionen der Postwachstumsgesellschaft schwer haben: das Entspannende durch Weglassen und Reduktion beim Konsumzwang, wachsende Resilienz und Angstfreiheit bei Verkürzung der Versorgungsketten (zumindest wenn alles sozial abgedeckt ist, auch bei der Verteilung der 50% Erwerbsarbeit), die Entschleunigung, Rückgang der Reizüberflutung, erfahrbare Selbstwirksamkeit (Erfolgslebnisse), weniger soziale Ungleichheit, mehr sozialer Zusammenhalt. Glück als oberste Zielgröße, so schließt Paech, ist eine "Interpretationsleistung", aber Glück ohne Verantwortung ist nicht legitim. Und damit hat er wohl recht.

*Rolf Oesterlein, 1.4.2021*